

Fachbereich MEDIEN

Institut für Technologie und Wissenstransfer Mittweida (ITWM)

Martinović, Marina

# RUNDFUNK DER EX-JUGOSLAWISCHEN LÄNDER AUF DEM WEG IN DIE EU-MEDIENORDNUNG

– eingereicht als Masterarbeit –

Hochschule Mittweida – University of Applied Sciences (FH)

Vorgelegte Arbeit wurde verteidigt am . . 2009

Erstprüfer: Zweitprüfer:

Prof. Dr. Ludwig Hilmer Prof. Dr. Otto Altendorfer

Bonn, 2008/2009

Martinović, Marina:

Rundfunk der ex-jugoslawischen Länder auf dem Weg in die  
EU-Medienordnung. - 2009 – 176 S. Bonn/Mittweida,  
Hochschule Mittweida (FH) – University of Applied Sciences,  
Fachbereich Medien, Masterarbeit

Referat:

Diese Masterarbeit soll die Entwicklung des Rundfunks in den ex-jugoslawischen Staaten seit dem Fall des Sozialismus darstellen und erläutern in welchem Tempo sich das Medienwesen der jeweiligen Staaten auf die EU-Medienordnung einstellt oder bereits eingestellt hat.

In der Arbeit wird näher darauf eingegangen was die neue gesellschaftliche Ordnung, bzw. die Demokratie bei den Medien dieser Länder bewirkt hat. Denn der Rundfunk in Jugoslawien hatte keine demokratische Tradition und musste sich in einem Schnellkurs auf die neuen Umstände anpassen.

Es wird die Mediengesetzeslage einzeln in den inzwischen sieben unabhängigen Staaten dargestellt und deren Entwicklung analysiert. Ebenso werden Parallelen zwischen den Mediensystemen gezogen und die Gesetzeslage mit den EU Vorgaben an die Medien verglichen um den Entwicklungsgrad besser erläutern zu können.

Durch die Darstellung der Mediengesetzesentwicklung sowie der gesellschaftlichen Umstände in denen sich das jeweilige Medienwesen entwickeln und entfalten musste, wird in dieser Masterarbeit letztlich verdeutlicht woran die Entwicklung gescheitert oder wo sie erfolgreich gewesen ist und weshalb.

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	4
1. Einleitung.....	6
2. Gemeinsames Europa – Erweiterung .....	8
2. 1. Medienlandschaft in der EU .....	9
2. 2. Europäische und EU Medienpolitik .....	11
2. 2. 1. Europarat: Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen.....	13
2. 2. 2. EU: Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen.....	15
3. Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ) – Überblick .....	21
3. 1. Entstehung des Vielvölkerstaates SFRJ .....	21
3. 2. Die jugoslawische Medienlandschaft .....	23
3. 3. Zerfall und Entscheidung für die EU .....	27
4. Auf dem Weg in die EU-Medienordnung .....	30
4. 1. Slowenien .....	30
4. 2. Kroatien .....	46
4. 3. Bosnien und Herzegowina .....	62
4. 4. Serbien .....	86
4. 5. Kosovo .....	106
4. 6. Montenegro .....	120
4. 7. Mazedonien .....	135
5. Ausblick .....	158
6. Literatur .....	162

## **Abkürzungsverzeichnis:**

AEM: Agencija za elektroničke medije (Regulierungsagentur Kroatien, Nachfolgerin)  
ANEM: Asocijacija nezavisnih elektronskih medija / Association of independent electronic media  
APEK: Agencija za pošto in elektronske komunikacije Republike Slovenije (Agentur für Post und elektronische Kommunikation der Republik Slowenien)  
ARD: Agencija za radio-difuziju Crne Gore (Regulierungsbehörde Montenegro)  
AVMSD: Audiovisual Media Services Directive  
BHR: Radio Bosne i Hercegovine; Bh. Radio 1 (Radio von Bosnien-Herzegowina)  
BHRT: Radio-televizija Bosne i Hercegovine (Radio- und Fernsehanstalt Bosnien-Herzegowinas)  
BHT: Televizija Bosne i Hercegovine (Fernsehen von Bosnien-Herzegowina)  
BiH: Bosnien und Herzegowina  
BRJ: Bundesrepublik Jugoslawien  
CME: Central European Media Enterprises  
COE: Council of Europe  
COE: Council of Europe / Europarat  
DTT: Digital Terrestrial Television  
DVB-T: Digital Video Broadcasting Terrestrial  
EBU: European Broadcasting Union  
EC: European Commission (Europäische Kommission)  
EG: Europäische Gemeinschaft  
EMRK: Europäische Menschenrechtskonvention  
EPRA: European Platform of Regulatory Authorities  
EU: Europäische Union  
EUMAP: EU Monitoring and Advocacy Program  
FERN (Radio): Free Election Radio Network  
FTV: Federalna Televizija (Föderatives Fernsehen)  
FYROM: Former Yugoslav Republic of Macedonia  
HR: Hrvatski Radio (Kroatisches Radio)  
HRT: Hrvatska Radio-televizija (Radio- und Fernsehanstalt Kroatiens)  
HTV: Hrvatska Televizija (Kroatisches Fernsehen)  
IMC: Independent Media Commission  
IRIS: Rechtliche Rundschau der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle  
JRT: Jugoslavenska Radiotelevizija (Organisation der jugoslawischen Radio- und Fernsehanstalten)  
KOM: Kommission  
KTV: Kohavision  
MR: Makedonski radio (Mazedonisches Radio)  
MRT: Makedonska radiotelevizija (Mazedonische Radio- und Fernsehanstalt)  
MTV: Makedonska televizija (Mazedonisches Fernsehen)  
NATO: North Atlantic Treaty Organisation  
OBN: Open Broadcasting Network  
OHR: Office of the High Representative in BiH  
ÖR: Öffentlich-rechtlich (ÖR-Anstalt)  
OSZE/OSCE: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa /

Organisation for Security and Cooperation in Europe  
 PBS BiH: Public Broadcasting System of BiH  
 RAK/CRA: Regulatorna agencija za komunikacije BiH / Communications Regulatory Agency (Regulierungsbehörde BiH)  
 RCG: Radio Crne Gore (Radio Montenegros)  
 RRA: Republička radiodifuzna agencija Srbije (Regulierungsbehörde Serbien)  
 RTCG: Radio-televizija Crne Gore (Radio- und Fernsehanstalt Montenegros)  
 RTK: Radio Televizioni i Kosovës / Radio-television Kosovo  
 RTRS: Radio-televizija Republike Srpske (Radio- und Fernsehanstalt der Republika Srpska)  
 RTS: Radio-televizija Srbije (Radio- und Fernsehanstalt Serbiens)  
 RTV FBiH: Radio-televizija Federacije BiH (Radio- und Fernsehanstalt der Föderation BiH)  
 RTV: Radio and Television (Radio- und Fernsehanstalt; Rundfunk)  
 RUV/RTV: Radiodifuzna ustanova Vojvodine/Radio-televizija Vojvodina (Radio- und Fernsehanstalt der Vojvodina)  
 SAA: Stabilisation and Association Agreement  
 SEE: Southeast Europe  
 SEENAPB: Southeast Europe Network Association of Private Broadcasters  
 SFRJ: Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija (Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien)  
 SRD: Sovet za radiodifuziju na Republika Makedonija (Regulierungsbehörde Mazedonien)  
 SRDF: Svet za radiodifuzijo (Regulierungsbehörde Slowenien)  
 SRSG: Special Representative of the Secretary-General  
 SRT (BiH): Srpska Radio-televizija (Serbische Radio- und Fernsehanstalt)  
 TMC: Temporary Media Commissioner (Regulierungsbehörde Kosovo)  
 TVCG: Televizija Crne Gore (Fernsehen Montenegros)  
 UN: United Nations  
 UNEM: Udruženje nezavisnih elektronskih medija (Verband unabhängiger elektronischer Medien)  
 UNMIK: United Nations Interim Administration Mission in Kosovo  
 USAID: United States Agency for International Development  
 VEM: Vijeće za elektroničke medije (Regulierungsbehörde Kroatien)

## 1. Einleitung

Vierte Gewalt – so werden die Medien in Lehrbüchern zur Kommunikation meistens genannt. Damit wird darauf angesprochen, dass die Medien die vierte Gewalt, nach der Legislative, Judikative und Exekutive, darstellen. Als besonders einflussreich unter ihnen gelten die elektronischen Medien, der Rundfunk, allen voran das Fernsehen. Vor allem erweckt dieses Medium großes Interesse in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens. Dort ist es DAS Leitmedium. Das Internet ist dem Fernsehen in Deutschland inzwischen sogar einen kleinen Schritt voraus, doch bis so etwas in den Ländern Südosteuropas erreicht wird, wird es höchstwahrscheinlich noch einige Jahre dauern. Bis dahin ist und bleibt das Fernsehen in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens das wichtigste Medium für Information und Entertainment.

Aus dem Sozialismus in den Kapitalismus. Aus dem staatlichen in die öffentlich-rechtlichen und privaten Systeme. Und das in kurzer Zeit und mit schmerzhafter Umwandlung. Ungefähr so könnte man in Kürze die Transformation des Rundfunks in den Ländern des Ex-Jugoslawiens beschreiben. Nach dem Zerfall Jugoslawiens zerfiel auch das gemeinsame staatliche System der Rundfunkanstalten der Republiken. Mit der Unabhängigkeit jedes einzelnen Landes, entschied sich auch jedes dieser Länder für den Weg in die Europäische Union. Das hieß allerdings für dortige Medien, dass nun eine bedeutende Transformation bevorsteht. Die wurde auch eingeleitet. Da sich alle diese Länder in der großen europäischen Familie wiederfinden wollten und wollen, müssen sie für die Aufnahme in die EU u. a. ihre Mediengesetze, und das Medienwesen überhaupt, an eine europäische Medienordnung angleichen.

Dieser Weg war und ist mit unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden versehen. Denn, die Medien dieser sechs Länder (plus Kosovo) haben sich, nach dem Zerfall Jugoslawiens, unabhängig voneinander entwickelt. So auch der Mediengesetzesrahmen. Sie sind zwar alle, innerhalb des Erweiterungsprozesses, verpflichtet die Mediengesetze „europäisch“ zu gestalten, doch das Interessante ist es, vor allem, aufzuzeigen wie die Länder mit dieser Europäisierung des Medienwesens im Einzelfall umgegangen sind, welche spezifischen Hürden ihnen bevorstanden und wie schnell oder langsam die

Medienentwicklung vor sich ging.

Deshalb, und wegen der äußerst komplizierten ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung, also der Medienkonsumenten, derer Ansprüche die Medien gerecht werden müssen, wirft sich die Frage auf, welche Umstände und/oder Kriterien wichtig sind, dass sich das eine Land schneller und effizienter an die EU-Medienordnung angleicht als das andere?! Die Homogenität spielt dabei sicherlich eine Rolle, wenn man diese anhand von Beispielen wie dem Medienwesen Sloweniens und Kroatiens anschaut. In diesen beiden Ländern musste sich das Medienwesen mit anderen Problemen auseinandersetzen als bspw. in Bosnien-Herzegowina, wo die Gesetzgeber, wie auch die Medienmacher, selbst beim Ausarbeiten der Gesetze, dem Aufbau des öffentlich-rechtlichen Systems sowie beim Aufbau relevanter Medieninstitutionen auf die Bedürfnisse der verschiedenen Völker und Minderheiten in besonderem Maße achten mussten.

Neben den gesellschaftlichen Umständen spielt allerdings das politische Umfeld wahrscheinlich die größte und bedeutendste Rolle auf dem Weg dieser Länder in die EU-Medienordnung. Doch inwieweit das tatsächlich so ist – dieser Frage wird in dieser Arbeit nachgegangen, durch die Veranschaulichung der einzelnen Medienlandschaften, der politischen Lage, die das Medienwesen direkt oder indirekt betrifft, wie auch durch die Politik der Medien selbst, die sich ihren Platz in dieser EU-Medienordnung schaffen und sichern müssen.

Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Mazedonien und das Kosovo sind heute unabhängige<sup>1</sup> Staaten, mit eigenen Rundfunksystemen, die vor nahezu 20 Jahren noch die Bürger Jugoslawiens mithilfe eines staatlichen Rundfunksystems informiert und unterhalten haben. Diese Zeit ist definitiv vorüber. Jetzt gilt es eine neue Medienperspektive in Betracht zu nehmen, eine EU-Medienperspektive. Diese Arbeit beschäftigt sich deshalb mit dieser Perspektive der Zukunft, wie das in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens angesehen wird. Denn, den Weg in die EU haben sie alle bereits eingeschlagen. Diesen Weg müssen nun auch die Medien mitgehen.

---

<sup>1</sup> „Unabhängige Staaten“ sind rechtlich in internationalem Sinne alle außer Kosovo, dessen Unabhängigkeit einseitig proklamiert wurde und noch nicht international anerkannt ist.

## 2. Gemeinsames Europa - Erweiterung

Der Alte Kontinent hat sich für ein „gemeinsames Europa“ und ein Zusammenwachsen im 21. Jahrhundert entschieden. Seit die Europäische Gemeinschaft sich in die Europäische Union (EU) transformiert hat, erweitert sich die Staatengemeinschaft stetig. Vor allem seit dem Fall der Berliner Mauer 1989 und dem Ende des Kalten Krieges steht einem wachsenden gemeinsamen Bündnis aller europäischer Staaten, wenn man die Idee des gemeinsamen europäischen Raumes im Hinterkopf hat, nichts im Wege. Aus dem anfänglichen Bündnis von sechs<sup>2</sup> Staaten hat sich in sechs Beitrittsrunden eine respektvolle große Union von 27 Staaten entwickelt. Seit 1973 sind Großbritannien, Irland und Dänemark Mitglieder. Griechenland trat 1981 bei, Spanien und Portugal kamen 1986 dazu. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands wurden die neuen Bundesländer ebenfalls Teil der EU. Zum 1. Januar 1995 traten Österreich, Finnland und Schweden bei. Der Beitritt von acht Staaten<sup>3</sup> Mitteleuropas sowie Maltas und Zyperns erfolgte am 1. Mai 2004. Schließlich erfolgte 2007 auch der Beitritt Bulgariens und Rumäniens. (Europalexikon 2007).

Entscheidend für eine solche Entwicklung der EU waren Umwälzungen, die die neue Weltordnung in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts auf dem Alten Kontinent mit sich brachte. Es entstanden neue Grenzen und Staaten, sowie veränderte Ideologien und stärkere demokratische Bestrebungen - vor allem auf der Balkanhalbinsel. In mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten fanden tief greifende politische und wirtschaftliche Reformen statt. Die Europäische Union unterstützte ausdrücklich diesen Prozess und zeigte mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens ihren guten Willen auch die anderen Staaten, die das sozialistische Erbe mit sich trugen, in die Union aufzunehmen. Die Länder aus dem ehemaligen Jugoslawien haben sich allesamt aus eigener Initiative für den Weg, der in die Europäische Union führt, entschieden. **Slowenien** ist 2004 der EU bereits beigetreten, hat den Euro offiziell als Zahlungsmittel eingeführt und hat eine sechsmonatige Führung der EU-Ratspräsidentschaft hinter sich (erste Hälfte 2008).

---

<sup>2</sup> Deutschland, Frankreich, Italien und die drei Benelux-Staaten: Belgien, Niederlande und Luxemburg

<sup>3</sup> Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn



**Kroatien** bekam 2004 den Kandidatenstatus und hat daraufhin im Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen begonnen. Der Europäische Rat verlieh **Mazedonien** im Dezember 2005 den Status eines Beitrittskandidaten, ohne jedoch einen Termin für den Beginn der Beitrittsverhandlungen festzulegen. **Montenegro** hat das Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen (SAA) mit der EU im Oktober 2007 unterschrieben nachdem es sich als letzte ehemalige jugoslawische Republik im Jahr 2006 als unabhängig erklärt hatte, in diesem Fall vom Staatenbund „Serbien und Montenegro“. **Bosnien-Herzegowina** und **Serbien** hinken auf dem Weg in die EU am meisten hinter den anderen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens her. Diese beiden Länder haben bis jetzt lediglich das SAA mit der EU paraphiert. Aufgrund letzteren Geschehnisse was die südserbische Provinz **Kosovo** und dessen Unabhängigkeitserklärung angeht,<sup>4</sup> ist es so, dass auch diese ehemalige jugoslawische autonome Provinz auf dem Pfad hin zur EU wandert.

## 2.1. Medienlandschaft in der EU

Vor 50 Jahren bot sich noch ein ziemlich einfaches Bild im Mediensektor: sehr viele Europäer hatten bereits einen Radioempfänger Zuhause. Das Fernsehen war allerdings als Medium gerade im Aufbruch - die Europäische Staatengemeinschaft auch! Mit der Krönung Elisabeth der II., Königin von England, wurde das Fernsehen populär und heimtauglich. Es wurde für den arbeitenden Bürger erschwinglich sich so ein Gerät ins Wohnzimmer zu holen. Auf der anderen Seite wurde die Macht des Fernsehens, erst zu diesem Zeitpunkt, jahrelang nach seiner Erfindung, erkannt. Schnell wurde das Fernsehen mit der Gründung der jeweiligen staatlichen und öffentlich-rechtlichen Fernsehsender in den europäischen Ländern zu einem Massenmedium. Zusammen mit dem Hörfunk trat es den Siegeszug der elektronischen Medien an. Doch, dass das Resultat der Entwicklung der europäischen Medienlandschaft eine solche Vielfalt und Fülle an Hörfunk- und Fernsehangebot sein wird, hätten wahrscheinlich nur

---

<sup>4</sup> Kosovo hat am 17. Februar 2008 nach einigen gescheiterten Vermittlungsgesprächen mit Serbien einseitig die staatliche Unabhängig erklärt.

die wenigsten vor einem halben Jahrhundert ahnen können.

In den darauf folgenden Jahren gewann die Europäische Gemeinschaft<sup>5</sup> mehr an Bedeutung. Sie wuchs aus einer wirtschaftlichen Union heraus, in eine politische und gesellschaftliche Gemeinschaft, die dem Wohle der „Bürger Europas“ dienen wollte. Mit den Jahren wurde die europäische Staatengemeinschaft dementsprechend auch komplexer. So auch die europäische Medienlandschaft.

Geburtsstunde des Privatfernsehens in den Achtzigern! Der kommerzielle Rundfunk erkämpfte sich rasch seinen Marktkuchen und erkannte das Potential der Zusammenarbeit mit der Werbeindustrie. Viele Rundfunkanbieter folgten dem und verhalfen somit der Etablierung des dualen Systems. Inzwischen gibt es in Europa Rundfunksender in Hülle und Fülle. Das europäische Modell hat sich, zwar nicht zwingend, aber doch zu einem dualen System heraus kristallisiert: auf der einen Seite die öffentlich-rechtlichen Sender, die dem öffentlichen Interesse der Bürger dienen, mit dem Auftrag zu informieren, zu bilden und zu unterhalten; auf der anderen Seite die privaten Sender, die zwar nicht zwingend aber meist im Sinne des Entertainment handeln. Um diesen Entwicklungen im Medienwesen gerecht zu werden, fing man an in Institutionen der EG darüber nachzudenken eine einheitliche Rahmenordnung für den Rundfunk zu schaffen. Vor allem, vor dem Hintergrund, dass in den Achtzigern die Satellitentechnologie schnell vorangeschritten war, und sich der Verbreitungsweg über Kabel immer mehr durchsetzte. Da also die Zahl der Rundfunksender stieg, moderne Verbreitungswege populärer wurden und Rundfunkwellen bekanntlich an Staatsgrenzen nicht halt machen, wurde es für die Europäische Gemeinschaft mit den Jahren nötig sich auf eine gemeinsame Medienpolitik zu einigen. Die Basis der europäischen Medienordnung (Europarat und EU) wurde aus Artikel 10, der Europäischen Menschenrechtskonvention – EMRK<sup>6</sup> – abgeleitet:

1. Jedermann hat Anspruch auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Freiheit der Meinung und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden und ohne

---

<sup>5</sup> Da sich die heutige Europäische Union (EU) aus der anfänglichen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS oder „Montanunion“) in den letzten 50 Jahren gewandelt hat, benutze ich hier den Ausdruck „Europäische Gemeinschaft“ um den Leser nicht zu verwirren, da die Gemeinschaft der europäischen Staaten durch die Jahre verschiedene Termini benutzt und auf verschiedenen Institutionen aufgebaut hatte.

<sup>6</sup> EMRK = Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950.

Rücksicht auf Landesgrenzen ein. Dieser Artikel schließt nicht aus, dass die Staaten Rundfunk, Lichtspiel- oder Fernsehunternehmen einem Genehmigungsverfahren unterwerfen. (Presserecht.de; Dörr 2004, S. 45)

Der Artikel 10 EMRK wurde als Vorgabe für Medienfreiheiten genommen, so wie diese Freiheiten in allen europäischen Ländern gewährleistet werden sollten. Es wurde zu einem der grundlegenden Medienrechte erklärt, aus welchem wiederum die Pflicht herausgeht den Medienpluralismus sowie die kulturelle Vielfalt der Medien in einer demokratischen gesellschaftlichen Ordnung zu sichern. Es wurde zum erklärten Ziel die Medienfreiheit und -vielfalt in Europa zu fördern, da genau das, wie Dörr meint, eine Grundvoraussetzung für eine funktionsfähige Demokratie sei (Dörr 2004, S. 43 f.).

## **2. 2. Europäische und EU Medienpolitik**

Genau die zwei Begriffe – Medienfreiheit und Medienvielfalt – spielten bei der Ausarbeitung von mediengesetzlichen Vorgaben für den europäischen Raum die führende Rolle. Medienfreiheit und Medienvielfalt seien die Schlüsselworte der europäischen Medienpolitik, wie es Doris Pack, Abgeordnete im Europaparlament und eine gute Kennerin der Geschehnisse in den ehemaligen Republiken Jugoslawiens, in einer Rede hervorgebracht hatte:

„Die Begriffe zeigen die beiden Seiten einer Medaille: bei der Regulierungs- und Ordnungspolitik in Europa geht es um das Recht aller Stimmen sich Gehör zu verschaffen und um das Recht aller, zu einem pluralistischen Angebot Zugang zu finden. Zwei Grundströmungen waren es, die die gesellschaftliche Entwicklung in Europa über die letzten Jahrhunderte maßgeblich bestimmt haben. Zum einen das Recht auf Mitbestimmung: 'No taxation without representation' wussten schon die amerikanischen Siedler. Zweitens das Recht auf freie Meinungsäußerung. Gerade wir in Deutschland haben in diesem Jahrhundert erfahren müssen, dass die Meinungsfreiheit kein naturgegebenes Recht ist. Sie ist ein wertvolles Gut, das permanent erkämpft und verteidigt werden muss. Derzeit lässt sich dies schmerzlich vor unserer Haustür in der serbischen Republik nachvollziehen.“ (Pack 2000)

In dieser Rede, gehalten im Mai 2000 in Freiburg, brachte Pack zum Ausdruck welchen Zweck eigentlich die Medienpolitik der Europäischen Union haben sollte oder sogar müsste. Dabei hat sie wohl bewusst auf die damalige Situation in Serbien hingewiesen, als das Milošević-Regime endlich zu Fall gebracht werden sollte, um das Land in eine demokratische Ordnung führen zu können. Das Beispiel Serbiens, bzw. damals noch der „Bundesrepublik Jugoslawien“, ist besonders interessant, da zu der Zeit allerlei Bürgerrechte in einem europäischen Land missachtet wurden und größtenteils keine Medienfreiheiten oder wahre Medienvielfalt evident waren. Und das auch praktisch vor der Tür der EU zu Anfang des neuen Jahrtausends! Das Land stand vor Wahlen, dessen angeblich manipulierte Resultate die Bürger endgültig im Oktober 2000 auf die Straßen getrieben haben um, nicht nur gegen Miloševićs Regierung, sondern auch gegen Slobodan Milošević selbst zu protestieren. Auf dieser Großdemonstration in Belgrad wurde zugleich verlangt, dass der staatliche Radio- und Fernsehsender RTS<sup>7</sup> eine faire und objektive Berichterstattung über die Geschehnisse im Lande in den Medien bringt (Milivojević/OSI 2005/06, S. 210 f.). Dieses Beispiel zeugt nur von der Dringlichkeit einer europäischen Medienregulierung, die alle Medienfreiheiten und die korrekte Ausführung journalistischer und anderer Tätigkeiten in den Medien der ex-jugoslawischen Länder gewährleistet. Denn genau das erwarten die Bürger von den Medien. Sowohl in den Ländern welche bereits in die EU aufgenommen wurden, als auch in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, die sich für diesen europäischen Weg entschieden haben, ist es wichtig sich an den gemeinsamen audiovisuellen Rechtsrahmen zu halten um, auf der einen Seite die wirtschaftlichen, und auf der anderen Seite die kulturellen und gesellschaftlichen Anforderungen, welche die EU aufstellt, erfüllen zu können.

Zu den ersten medienpolitischen Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaft kam es bereits in den Sechziger Jahren. Im Hinblick auf die Grundfreiheiten und auf die Rechtsangleichung im Binnenmarkt wurden erste Richtlinien zur Filmproduktion und dem Kinosektor erlassen. Von einer wirklichen europäischen Medienpolitik kann aber erst zu Beginn der Achtziger Jahre gesprochen werden. Die Medienpolitik der Gemeinschaft bezieht sich fast ausschließlich auf den audiovisuellen Bereich.

---

<sup>7</sup> RTS = Radiotelevizija Srbije (Radio and Television of Serbia)

Ausgangspunkt war der grenzüberschreitende Rundfunk. Bis dato hatte sich der Rundfunk innerhalb der nationalen Grenzen und Gesetze entwickelt (Pack 2000). Doch dann kam es zum Durchbruch der neuen Übertragungswege und zum Aufbruch des privaten Rundfunks. Das Fernsehen wurde zum wichtigsten Informations- und Entertainmentmedium und ließ das Radio definitiv hinter sich, welches sich in der Rolle des Begleitmediums etablierte. Zugleich wurde man sich in den europäischen Institutionen bewusster, dass der audiovisuelle Sektor klar reguliert werden sollte, weshalb intensiv daran gearbeitet wurde, das bis heute „mächtigste“ Medium sowie den Rundfunk im Ganzen, so weit es ging in den Griff zu bekommen. Zuerst verabschiedete der Europarat die „Konvention über das grenzüberschreitende Fernsehen“. Wenige Monate später verabschiedete auch die Europäische Gemeinschaft ein fast identisches Dokument zur Regulierung des Rundfunksektors – die Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“

### **2. 2. 1. Europarat: Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen**

Die Konvention bzw. das Übereinkommen über grenzüberschreitendes Fernsehen wurde am 5. Mai 1989 unterzeichnet. Wie bereits erwähnt, ist es aus europäischer Sicht, darunter zählen genauso der Europarat wie auch die EU, nötig geworden die grenzüberschreitende Verbreitung von Programmen zwischen den Vertragsparteien zu erleichtern, d.h. zwischen Mitgliedern der jeweiligen Organisation, die die Konvention/Richtlinie angenommen haben (Europarat Konvention 1989). Für den Europarat war es zu der Zeit wichtig so eine Konvention auf den Weg zu bringen, weil die neuen Entwicklungen der Medienwelt, wie bereits erwähnt, dieses verlangt hatten. Die Rundfunksignale bahnten sich neue Wege und das konnte wohl nicht allzu lange auf dem europäischen Flickenteppich der Länder ohne richtungsweisende Vorgaben bleiben. Der Hintergrund der Konvention liegt darin, dass der Europarat, als der etwas lockerere Zusammenschluss der Länder als dies die EU ist, die Grundprinzipien der freien und demokratischen Medienordnung bei seinen

Mitgliedsländern sicherstellen wollte. Diesem Prinzip wurde nach dem Fall der Berliner Mauer, als nach und nach die Länder aus Ost-, Mittelost- und Südosteuropa in den Europarat aufgenommen wurden, noch mehr Bedeutung beigemessen. Dörr meinte bereits 2004, dass für eine demokratische Entwicklung der Medien in Europa der Europarat mit seiner Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen in Zukunft eine wichtige Rolle spielen wird. Denn, der Europarat verfüge über einen Einfluss, der über den der EU hinausreicht. Zudem behandle diese europäische Organisation die Massenmedien als sein Hauptgebiet II (Dörr 2004, S. 39). Soweit hat Dörr sicherlich Recht, denn die Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen des Europarates gibt den Ländern, die die Konvention unterschrieben und ratifiziert haben, Vorgaben wie sie ihr Medienwesen rechtlich zu organisieren haben. Außerdem können diese Länder, als Mitglieder, immer auf Hilfe des Europarates bauen, wenn es darum geht ihr Mediensystem demokratisch zu gestalten. In diesem Sinne ist die Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen ein grundlegendes richtendes Dokument für die Länder, die mit dem Erbe der sozialistischen Weise der Medienregulierung zu kämpfen haben. Denn, die Konvention hat Mindestvoraussetzungen festgesetzt, unter denen die Verbreitung von Programmen laufen soll. Diese Mindestvoraussetzungen beziehen sich, wie in der EU Richtlinie, auf die Medienfreiheiten, die Wahrung der Menschenwürde, das Recht auf Gegendarstellung, Schutz von Minderjährigen sowie Werberegulungen. Dabei wird hervorgehoben, dass dies Mindestvorgaben sind und dass jedem Land die Freiheit überlassen wird einige Regelungen noch strenger zu gestalten. Das alles sind Voraussetzungen, die eine europäische, an demokratischen Werten orientierte, Medienordnung in den postsozialistischen Ländern fördern sollen. Obwohl der Europarat im Vergleich zu der EU von zweitrangiger Bedeutung ist, ist seine Bedeutung im Medienwesen für die Länder des ehemaligen Jugoslawien von erheblicher Wichtigkeit. Denn, mit der Mitgliedschaft im Europarat haben sich all diese Länder dazu verpflichtet mit der Organisation zusammenzuarbeiten. Der Europarat wiederum kann diesen Ländern in vielerlei Hinsicht behilflich sein wenn es um die Ausarbeitung eines EU gerechten Medienrechtsrahmens geht. Eine ausführliche Zusammenarbeit der EU Institutionen und des Europarats gibt es bereits auf dem Gebiet der Medienregulierung. Dabei dient der Europarat auch als ein Monitoring-Faktor und kann durch kontinuierliche Beobachtung der Entwicklung in den jeweiligen Ländern

einschätzen was im Sinne der EU Medienordnung gemacht wurde, und dann ja auch wo Reformbedarf besteht. In diesem Sinne könnte man nochmals Dörres Behauptung bestätigen, dass wegen weitreichenden Kompetenzen im europäisch-geographischen Sinne, der Europarat sicherlich mehr als die EU dazu beitragen kann, nicht nur den „Medienraum EU“, sondern den „Medienraum Europa“ einheitlicher zu machen. Zudem dient die Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen als eine gute gesetzliche Vorbereitung dessen, was auf die Länder, die in die EU aufgenommen werden wollen, wartet. Denn, die Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen ist fast identisch mit der Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen, die im Oktober 1989 verabschiedet wurde.

### **2. 2. 2. EU: Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen**

Die 1989 verabschiedete Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ wurde zum Grundstein der europäischen Medienpolitik erklärt. Sie ist der „Eckpfeiler der Politik der Europäischen Union im audiovisuellen Bereich“ und ist ab dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens zum offiziellen rechtlichen Rahmen für die audiovisuellen Medien in der EU geworden. Das was bis dahin eine Sache der jeweiligen Staaten war, wurde nun in vielen Punkten gemeinsam und einheitlich reguliert. Die Richtlinie beruht im Allgemeinen auf zwei Grundprinzipien:

- **Freie Verbreitung** der europäischen Fernsehprogramme innerhalb des Binnenmarktes.
- **Quotenregelung**, die die Sender verpflichtet, mehr als die Hälfte der Sendezeit europäischen Werken vorzubehalten (EC 2008: Richtlinie 89/552/EWG Zusammenfassung).

Ziel der Medienpolitik, die mit der Verabschiedung der Richtlinie zu einem wichtigen Thema in Europa wurde, war es, vergleichend mit den Motiven des Europarates, vorerst

Hindernisse für grenzüberschreitende Ausstrahlungen abzubauen. So wie die Wirtschaft in der EU Regelungen unterliegt, wurde erkannt, dass es auch am Medienmarkt Regelungen braucht. Mit der Entwicklung des dualen Systems wurde auch der Weg für die Medienvielfalt im Rundfunk geebnet. Dieser Umbruch auf dem Medienmarkt und der Durchbruch der neuen Technologien forderten für die Länder der EG/EU eine gemeinsame Ordnungspolitik und Gesetzgebung. Außerdem waren sich die Verantwortlichen in den EU-Institutionen bewusst, dass Information die entscheidende Grundvoraussetzung für die europäische Einigung ist. In erster Linie ist das Fernsehen durch seine Macht auf den Konsumenten/Zuschauer das entscheidende Instrument um die Aufmerksamkeit auf die europäischen Institutionen zu lenken und den politischen Einigungsprozess voranzutreiben. Es wurde in den letzten 15 bis 20 Jahren infolgedessen sehr viel gemacht um mithilfe des Rundfunks ein europäisches Bewusstsein zu schaffen. Dieser Prozess ist momentan sehr gut zu beobachten in den Ländern Südosteuropas, die in die EU eingegliedert werden wollen. So haben bspw. die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender von Bosnien-Herzegowina verschiedene Sendungen bzw. Magazine, die sich gerade mit dem Thema „Europäische Union“ und der Eingliederung in die Staatengemeinschaft beschäftigen. Auch der kroatische Rundfunk wie auch vermehrt kroatische Online Medien messen einen besonderen Stellenwert den Informationen aus und um die EU bei. Solche Sendungen, Magazine oder sonstige Formate, die sich mit der EU und über sie beschäftigen, sind ebenfalls im Fernseh- sowie Hörfunkprogramm der anderen ex-jugoslawischen Länder anzutreffen und werden z.T. von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt. Die Gesellschaft durch Informationen in den Medien auf die EU vorzubereiten ist natürlich einer der Aspekte, der dazu beiträgt, durch diesen Prozess auch die Medien Südosteuropas auf die Komplexität und die Anforderungen der EU einzustellen. Denn, wenn sich die Medien erstmal mit EU-Themen beschäftigen um, in erster Linie, die Bürger des jeweiligen Landes zu informieren, hat dies einen gegenseitigen Effekt, dass die Medien bzw. die Medienmacher die Funktionsweise der EU ebenfalls kennenlernen. Das allerdings, sollte begleitet werden von dem Willen der Politik entsprechende Gesetze auf den Weg zu bringen.



Dieses gilt auch wenn es um die europäischen audiovisuellen Vorgaben geht. Denn, die EU hat ausnahmslos all diesen Ländern im Zuge der Beitrittsgespräche Bedingungen vorgegeben, Reformen im Medienwesen durchzuführen. Orientierung sind dabei vor allem die Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen sowie die EU Fernsehrichtlinie.

Das eigentliche Ziel der Fernsehrichtlinie ist, neben der Vereinheitlichung des Rundfunkmarktes, auch einen besseren Überblick über den audiovisuellen Markt in Europa zu erhalten, mithilfe von Regulierungsmaßnahmen, die schließlich auch die Konkurrenzfähigkeit der Union stärken sollen. Denn, wenn jedes Land in Europa das Medienwesen so gestaltet wie es gerade passt, dann würde die Staatengemeinschaft im internationalen Medienlicht eher schlecht dastehen. Eine besondere Bedeutung der Richtlinie liegt im Grundsatz des „Ursprungslandes“. D.h. Programme, die mit den Gesetzen des EU Mitgliedslandes sowie mit den Bestimmungen der Fernsehrichtlinie in Einklang stehen, dürfen innerhalb der EU ohne Einschränkung verbreitet werden (EC 2006: Bericht über die Anwendung der Richtlinie, S. 5). Dieser Grundsatz ist insoweit positiv für die Rundfunksender die, wenn sie die finanziellen und anderen Voraussetzungen haben, gesetzlich nicht an einer Landesgrenze halt machen müssen. Eine Einschränkung dieses Grundsatzes stellt jedoch die Vielsprachigkeit in Europa dar. Aber auch dies wird in naher Zukunft keine entscheidende Rolle spielen. Denn, wir haben bereits das Beispiel, dass deutsche Sender in den Niederlanden wie auch im deutschsprachigen Österreich oder der dreisprachigen Schweiz viel gesehen und gehört werden. Vielmehr kann es in naher Zukunft passieren, dass dieser Grundsatz durch den grenzüberschreitenden Rundfunk bei den zukünftigen Generationen das Lernen der anderen europäischen Sprachen sogar fördert. Der einheitliche europäische Medienrechtsrahmen kann demnach positive Entwicklungen der europäischen Gesellschaften zusätzlich fördern. Allerdings regelt das die EU bekanntlich in ihrer strikten Art. So schreibt die Richtlinie einige Punkte vor, an die sich die Länder prioritär halten müssen. Dieses ist bspw. der Jugendschutz, Achtung der Menschenwürde, oder die Gewährleistung der Informations- und Medienvielfalt. Dieses sollte jedoch in demokratischen Gesellschaften eine Selbstverständlichkeit sein. Ein anderer Punkt, der meist sehr prominent mit den Regelungen der Fernsehrichtlinie verbunden wird, ist die

Werbung. Die strikten Regelungen des Umfangs und der Art von Werbeausstrahlung ist das wohl am meist diskutierte Thema in den Mitgliedsländern. Hier sieht die EU strikte Regelungen vor, die in der Richtlinie sehr ausführlich beschrieben werden (89/552/EWG, Kapitel IV, Art. 10 bis 21). Wenn man das vor dem Hintergrund betrachtet, dass der private Rundfunk seine Haupteinnahmequelle in der Werbung hat, hat die EU hier besondere Notwendigkeit gesehen, dieses Feld einheitlich zu regulieren. Denn andernfalls würde die Werbeindustrie erheblichen Einfluss auf die Medien ausüben können, was schließlich nicht im Sinne der Medienfreiheiten ist.

Doch obwohl diese strikte Haltung der EU seine positiven Seiten hat, sind die negativen auch nicht zu übersehen. Das ist vor allem dieses Strikte, das manchen Ländern nicht passt, mit dem Argument, es würden nicht genügend nationale Freiheiten fürs jeweilige Medienwesen überlassen werden. Dieses Argument greift allemal wenn man das von der nationalen Seite her betrachtet. Doch diese Länder haben sich dazu bekannt in einer Union zusammenzuarbeiten und zusammen zu wirken – in jeglicher Hinsicht. Europa wäre ohne die Union zersplittert in zu viele eigenständige Teile, die auf dem globalen Feld nichts zu sagen hätten. In der Europäischen Union haben sich die Länder verpflichtet über den nationalen Schatten zu springen und eine europäische Sicht an den Tag zu bringen. Das gilt nun mal auch im Medienwesen. Zudem kam die Befürchtung auf, die EU habe keine festgesetzten Grenzen wie weit es mit der Regulierung der audiovisuellen Medien gehen könnte. Tatsächlich sind die Grenzen der Kompetenzen der EU in diesem Bereich nicht klar beschrieben. In diesem Falle kann man jedoch mit dem „Gebot der Gemeinschaftstreue“, Art. 10 EG, argumentieren. Die Gemeinschaftstreue verpflichtet die Mitgliedsstaaten zur Treue gegenüber der Gemeinschaft sowie die Gemeinschaft selbst zur loyalen Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten. Aufgrund dessen muss die EU bei der Rechtsprechung die Besonderheiten ihrer Mitglieder achten und auf „elementare nationale Verfassungsprinzipien Rücksicht nehmen“ (Dörr 2004, S. 48). Die Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen ist nicht aus einer Willkür der EU Institutionen heraus entstanden, sondern durch Kompromiss der damaligen Mitgliedsländer. Des weiteren werden jegliche Änderungen der audiovisuellen Medienpolitik ebenfalls aus einem Dialog und Kompromiss aus hergeleitet. Genau auf diesen Grundsätzen hatte sich die europäische

Staatengemeinschaft 1989 auf eine einheitliche Richtlinie einigen können. Im Zuge der Erweiterung müssen sich alle Länder, die in die Union aufgenommen werden wollen, ebenfalls auf ein solches Denken und auf diese Richtlinie auf ihrem Weg in die EU einstellen. Das aber erfordert Reformen, die ein rasches Tempo haben sollten, weil sich auch das Medienwesen der EU weiterentwickelt. Dementsprechend folgten zwei Änderungen der Fernsehrichtlinie. Die erste Änderung der Richtlinie 89/552/EWG folgte 1997 vor dem Hintergrund, dass sich die Medienlandschaft in Europa ständig ändert und neue Technologien der Rundfunkverbreitung an Bedeutung gewinnen. So sollte die neue Richtlinie 97/36/EG auch „modernisiert“ werden. Die EU musste sich dabei vor allem auf neue Strategien der Werbeindustrie einstellen. In den Neunzigern setzte sich bspw. das Teleshopping immer mehr durch, weshalb die EU reagieren musste und diese Art der Werbung ebenfalls in der Richtlinie den Werberegulungen aussetzen musste. Zudem wurde in der Richtlinie von 1997 dem Schutz Minderjähriger mehr Bedeutung beigemessen. Regelungen diesbezüglich sollten nun mehr dafür sorgen, die Entwicklung Minderjähriger durch gesendete Programme nicht negativ zu beeinflussen.

Mit dem schnellen Wachstum der Neuen Medien, insbesondere des Internets, wurde es bereits wenige Jahre nach der Überarbeitung von 1997 wieder nötig entsprechende Schritte einzuleiten um den audiovisuellen Rahmen für die Medien den neuen An- und Herausforderungen anzupassen. Dieser Prozess begann 2001. Da die EU aber einen komplexen Entscheidungsapparat hat, hat es sechs Jahre gedauert bis die neue Richtlinie letztlich konsolidiert verabschiedet wurde. Wenn man bedenkt, dass in der heutigen Medienära die klassischen Medien immer mehr mit den neuen verschmelzen, sozusagen eine Symbiose bilden, wurde die neue Richtlinie um einige Punkte geändert und den neuen audiovisuellen Diensten angepasst. So heißt die Richtlinie auch nicht mehr „Fernsehen ohne Grenzen“, sondern „Audiovisuelle Mediendienste ohne Grenzen“, kurz AVMSD<sup>8</sup> (2007/65/EG). Sie regelt jetzt nicht nur das Fernsehen bzw. den Rundfunk, sondern ist generell für die Regulierung der audiovisuellen Medien zuständig, zu denen auch On-Demand (auf Abruf) Dienste zählen. Der Text der AVMSD Richtlinie liefert in der Präambel eine Erklärung wieso es notwendig geworden war, die Fernsehrichtlinie zu ändern:

---

<sup>8</sup> engl. Audiovisual Media Services Directive

„...um den Auswirkungen des Strukturwandels, der Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und den technologischen Entwicklungen auf die Geschäftsmodelle und insbesondere auf die Finanzierung des kommerziellen Rundfunks Rechnung zu tragen und optimale Wettbewerbsbedingungen und Rechtssicherheit für die europäischen Unternehmen und Dienste im Bereich der Informationstechnologien und der Medien sowie die Achtung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt sicherzustellen.“ (AVMSD 2007/65/EG)

Die Änderung der bestehenden Fernsehrichtlinie sowie die neuen Entwicklungen auf dem Medienmarkt zeigen, dass sich dieser Bereich immer schneller entwickelt. Dieses sollte auch den Ländern bewusst sein, die in die EU aufgenommen werden wollen. Die Europäische Kommission ist davon überzeugt, dass mit der Fernsehrichtlinie, wie auch neuerdings mit der AVMSD Richtlinie, ein wirksamer Rechtsrahmen für den europäischen audiovisuellen Sektor geschaffen wurde. Um diese Wirksamkeit auch in Zukunft behalten zu können, wenn neue Mitglieder aus Südosteuropa dazu stoßen, arbeitet die EU bereits jetzt mit diesen Ländern zusammen um entsprechende Gesetzgebung auszuarbeiten, die die Entwicklung geregelter „europäischer“ Medienmärkte in diesen Ländern fördert. Schließlich wurde aus Brüssel mehrfach unterstrichen, dass die Länder des Westbalkans Aussichten auf eine EU-Mitgliedschaft haben. Infolgedessen verfolgt die Kommission in Zusammenarbeit mit dem Europarat eine Strategie, die das Ziel hat, das jeweilige Medienwesen an die europäischen Medienstandards anzugleichen (EC 2007: Bericht über die Anwendung der Richtlinie, S. 10).

### **3. Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ) – Überblick**

Wenn wir uns das Bild Europas heute genauer anschauen oder besser noch eine politische Karte des Alten Kontinents näher betrachten sehen wir eine unglaubliche Vielfalt in Farben gekennzeichnet. So eine Karte weiter betrachtend fällt die Region Südosteuropas als besonders „bunt“ auf, da in dieser Region nach dem Fall der Berliner Mauer einige kleinere Staaten entstanden sind. Vor 20 Jahren gab es in dieser Region noch einen Vielvölkerstaat: Jugoslawien. Um die heutige vielfältige und für Außenstehende zum Teil verwirrende Medienlandschaft des Westbalkans verstehen zu können muss man sich erstmals mit der politischen, geschichtlichen und geographischen Entwicklung dieser Region auseinandersetzen. Denn die Medienentwicklung in Südosteuropa hängt in vielerlei Hinsicht davon ab wie sich die Staaten des ehemaligen Jugoslawien einzeln entwickelt haben.

#### **3.1. Entstehung des Vielvölkerstaates SFRJ**

Die Idee des Panslawismus oder des „Südslawismus“ und eines gemeinsamen Staates, in dem die Völker des westlichen Balkans zusammen leben könnten ist nicht erst im 20. Jahrhundert entstanden. Sie ist schon etwas älter. Die ersten Bestrebungen nach einem gemeinsamen Staat gehen auf die Anfänge des 18. Jahrhunderts zurück. Es folgten nationale Bestrebungen, die zum Ziel hatten sich von den damaligen Mächten des Ostens und des Westens loszulösen und Herr im eigenen Land zu werden. Letztlich haben sich dann Anfang des 20. Jahrhunderts die südslawischen Nationen von der österreichisch-ungarischen Monarchie losgelöst und zu einem gemeinsamen Staat durchgedrungen. Im Jahre 1918 entstand der Staat der Slowenen, Kroaten und Serben (SHS), der kurz darauf zur Monarchie, zum Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen wurde. Dieses Königreich SHS stand unter der Herrschaft der serbischen

Karadorđević Familie. Im Januar 1929 hat König Aleksandar I. Karadorđević das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen zum Königreich Jugoslawien umbenannt und eine Diktatur ausgerufen. Zugleich wird dies des öfteren in Geschichtsbüchern als „erstes Jugoslawien“ genannt, welches aus den späteren sechs sozialistischen Republiken, die allesamt heute unabhängige demokratische Staaten sind, bestand.

Während des Zweiten Weltkriegs kam es zum Fall der Monarchie und die Karadorđević Familie floh nach England. Der jugoslawische Raum wurde wieder zum Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen, wo sich letztlich die kommunistischen Partisanen, angeführt von Josip Broz Tito, ihren Platz erkämpften. Das „zweite“ sozialistische Jugoslawien entstand: Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien - SFRJ. Dieses Jugoslawien entwickelte sich als eigener Staat in einer Zeit, in der auch die Medien in der ganzen Welt im Umbruch und Entwicklung standen. Vor allem in Westeuropa trat das Fernsehen seinen Siegeszug an. Fernsehapparate wurden erschwinglicher und Information aus diesem „Kasten mit Röhre“ immer wichtiger.

Das Fernsehen hielt als Massenmedium jedoch etwas später Einzug in die jugoslawischen Haushalte als in Westeuropa. Aber, erstmal angekommen in Jugoslawien, wurde es dort sehr schnell zum Leitmedium. Die staatlichen Radiosender genossen bereits große Aufmerksamkeit bei den Menschen. So wurde es zur Selbstverständlichkeit, von der Seite des Staates aus gesehen, das Fernsehen und Radio in ein gemeinsames System einzubinden. So wie in diesem sozialistischen Land alles staatlich aufgebaut wurde, so entwickelte sich mit der Zeit auch ein staatliches Broadcastingsystem bestehend aus Fernseh- und Radiostationen, den RTVs, in den jeweiligen Republiken sowie den Provinzen.

### 3.2. Die jugoslawische Medienlandschaft

Die Fernsehsender des jugoslawischen Broadcastingsystems haben sich aus dem Hörfunk heraus entwickelt, bzw. anlehnend an den Hörfunk. Der erste Radiosender im Königreich SHS/Jugoslawien war Radio Zagreb, der am 15. Mai 1926 auf Sendung ging. Zuerst wurde der Sender als Aktiengesellschaft privatwirtschaftlich betrieben, doch durch die Wirren der Geschichte wurde es 1940 von der damaligen Banovina Hrvatska (Banschaft Kroatien) nationalisiert. Mit der Ausrufung des „Unabhängigen Staates Kroatien“<sup>9</sup> (NDH-Staat) 1941 wurde der Radiosender völlig verstaatlicht um das Medium für Propagandazwecke auszunutzen.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die Praxis der „Verstaatlichung“ in den jugoslawischen Republiken konsequent durchgeführt. Dieses war besonders bei der Entstehung der Fernsehsender in den Republiken bemerkbar, die alle von Anfang an als staatliche Medien aufgebaut wurden. Diese Praxis des staatlichen Besitzes der Medien wurde fortgeführt bis in die späten Achtziger/Anfang Neunziger als auch in Jugoslawien das duale System in langsamen Schritten den Einzug hielt. So existiert beispielsweise der private Fernsehsender Hayat TV in Sarajevo seit 1991 als solcher. Oder auch der serbische Privatsender B92, der 1989 zunächst als kommerzielles Radio auf Sendung ging. Außerdem wurden in den Achtzigern zunehmend private lokale Sender gegründet. Allerdings, die weitere Entwicklung der privaten Sender, und somit die Ausweitung der Medienvielfalt in Jugoslawien haben die Kriege und die extremen politischen Umwälzungen in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts entscheidend gebremst.

Bevor der Vielvölkerstaat zerfiel, hatte Jugoslawien ein ziemlich respektabel ausgebautes staatliches Fernsehsystem. Aus Radio Zagreb, das nach dem zweiten Weltkrieg „Republikeigentum“ wurde, entstand RTV Zagreb. In der Republik Bosnien und Herzegowina kam zum Radio Sarajevo noch TV SA (Televizija Sarajevo) dazu, zu Radio Beograd kam TV Beograd hinzu, usw. Daraus hat sich dann das öffentlich-

---

<sup>9</sup> NDH = Nezavisna država Hrvatska (Unabhängiger Staat Kroatien) war ein Staat ausgerufen von den kroatischen faschistisch orientierten „Ustaša“, entstanden im April 1941. NDH diente als Vasallenstaat der Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg.

rechtliche/staatliche System Jugoslawiens gebildet. Im Staat gab es acht Rundfunkorganisationen (je eine für jede Republik und Provinz), die sich 1952 zur *Jugoslovenska/Jugoslavenska Radiotelevizija* (JRT)<sup>10</sup> zusammengeschlossen hatten. Das JRT war jedoch nur ein Art „Umbrella“ bzw. Dachorganisation für das ganze System, welches auf die Republiksender aufgespalten war, die in ihren Republiken eigentlich eine Art eigene Broadcaster waren.

Mit der Ausstrahlung des ersten jugoslawischen Fernsehprogramms wurde am 15. Mai 1956 begonnen. Dieses Datum wurde gewählt weil es der 30. Jahrestag der Gründung von Radio Zagreb gewesen ist (Mihailović/Sinobad 1988, S. E105 ff.; HRT.hr o.J.).

In Slowenien startete am 28. Oktober 1928 **Radio Ljubljana** mit seinem Programm. Im November 1958 begann man auch mit der Ausstrahlung eines Fernsehprogramms. Das **slowenische RTV** übernahm in den ersten Jahren die Nachrichten aus Belgrad, doch ab 15. April 1968 wurden Nachrichtensendungen in eigener, slowenischer Sprache ausgestrahlt. Als Regionalprogramm von RTV Ljubljana ging 1971 TV Koper/Capodistria auf Sendung, das zweisprachig – slowenisch und italienisch – sendete und sich auch in Italien großer Beliebtheit erfreute. Italienische Unternehmen bauten Sendeanlagen auf, die das Programm aus Koper übernahmen und auch in von Koper entfernten Regionen empfangbar machten (Mihailović/Sinobad 1988, S. E105 ff.; RTVSLO.si o.J.).

Am 24. März 1929 begann der Sendebetrieb von **Radio Belgrad** (Beograd). Nach einer Unterbrechung durch den Zweiten Weltkrieg wurde der Sendebetrieb 1944 wieder aufgenommen. Am 23. August 1958 kam ein Fernsehprogramm – **TV Beograd** - hinzu. Ein zweiter Fernsehkanal kam am 31. Dezember 1971 hinzu. Mit diesem zweiten Kanal wurde von Sendebeginn an in Jugoslawien, erstmals in Farbe gesendet. Das dritte Fernsehprogramm mit Sendungen für Kinder (Bildungsfernsehen) startete am 1. Juli 1989 (Mihailović/Sinobad 1988, S. E105 ff.; RTS.rs o.J.).

**Radio Skopje** startete sein Programm am 28. Dezember 1944 mit der Liveübertragung einer Sitzung des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung

---

<sup>10</sup> JRT = Jugoslawisches Radio und Fernsehen



Mazedoniens. Am 14. Dezember 1964 kam ein Fernsehprogramm hinzu – **TV Skopje** (Mihailović/Sinobad 1988, S. E105 ff.; MRT.com.mk o.J.).

**Radio Sarajevo** startete sein Programm am 10. April 1945. Mitte der Sechziger wurden bereits erste Fernsehproduktionen in Bosnien-Herzegowina gemacht und erste Fernsehsendungen ausgestrahlt. Doch ein richtiges eigenes Fernsehprogramm kam erst 1969 dazu – **TV Sarajevo**. Im Jahr 1977 ging ein zweiter Kanal von TV SA auf Sendung. Einen entscheidenden Schub in der Entwicklung der audiovisuellen Medien gaben die olympischen Winterspiele in Sarajevo 1984, wofür das Fernsehen wie auch Radio mit der neuesten Technik der damaligen Zeit ausgestattet wurden (Mihailović/Sinobad 1988, S. E105 ff.; BHRT o.J.).

In der montenegrinischen Hauptstadt ging **Radio Titograd**<sup>11</sup> 1949 in Betrieb. Zuvor fing man 1944 in Cetinje mit einem Radioprogramm an. Ein Fernsehprogramm folgte 1971 (Mihailović/Sinobad 1988, S. E105 ff.; RTCG.me o.J.).

In der Provinz Kosovo sendete **Radio Priština** ab 1944. Wie in den anderen Republiken und der Provinz Vojvodina bildete sich auch hier eine Fernseh- und Rundfunkorganisation. Das Fernsehprogramm von RTV Priština startete 1975 mit seinem Programm.

**Radio Novi Sad** in der Provinz Vojvodina ging 1949 erstmals auf Sendung. Ein Fernsehprogramm kam 1975 hinzu (Mihailović/Sinobad 1988, S. E105 ff. u. 1986, S. E70 ff.).

Da sich Ende der Achtziger die nationalen Bestrebungen der Völker Jugoslawiens auch im Programm der Republiksender bemerkbar machten, gründeten die jugoslawischen Staatsoberhäupter im Oktober 1990 YUTEL – ein Fernsehprogramm das aus einer einstündigen Nachrichtensendung bestand und mithilfe von Programmfenstern in den Republiken ausgestrahlt wurde, jedoch meistens nur auf TV Sarajevo und TV Skopje. Sitz des Fernsehsenders war in Sarajevo. Im Mai 1992 wurde der Sendebetrieb von YUTEL wegen dem fortschreitenden Krieg in Bosnien und Herzegowina jedoch

---

<sup>11</sup> Die Hauptstadt der Republik Montenegro wurde in Jugoslawien in Titograd umbenannt, doch die Stadt trägt heute wieder ihren ursprünglichen Namen - Podgorica.

eingestellt (Reuter 1992, S. D157).

Das JRT hat sich von der Rundfunkgebühr finanziert, welche von den rund 4,5 Millionen angemeldeten Hörfunk- und 4 Millionen Fernsehnutzern erhoben wurde (Stand 1985). Diese haben, nach den Angaben von Mihailović und Sinobad (1986; S. E71 ff.), 1984 etwa 88% der Einnahmen der JRT-Sender ausgemacht. Die übrigen Einnahmen wurden hauptsächlich durch Werbung erwirtschaftet. In den Jahren danach hat sich die Zahl der Fernsehnutzer auf 4,3 Millionen erhöht und die der registrierten Hörfunknutzer auf 4,8 Millionen (Mihailović/Sinobad 1988, S. 107 ff.).

Die jugoslawische Medienlandschaft war zwar in Bezug auf den Vielvölkerstaat und auf kommunistischen Prinzipien aufgebaut, jedoch hat sich das jugoslawische Fernsehen im Allgemeinen auch an europäischen, bzw. internationalen Fernsehformaten beteiligt. So nimmt Jugoslawien als erstes und einziges sozialistisch-kommunistisches Land seit 1961 am Eurovision Song Contest teil. Der jugoslawische Beitrag wurde in einer Vorausscheidung ermittelt, die unter dem Namen *Jugovizija*, jährlich aus einer anderen jugoslawischen Republik, übertragen wurde. 1989 gewann Jugoslawien diesen Song Contest. Daneben nahm das Land auch am San Remo Festival<sup>12</sup> teil, wie auch teilweise an dem „Spiel ohne Grenzen“<sup>13</sup>.

Obwohl sehr vieles im jugoslawischen Fernsehen politisch angehaucht war, erfreute sich dieses Medium großer Beliebtheit seit seiner Einführung. Die Menschen haben sehr schnell die Angewohnheit entwickelt eher fern zu schauen als Radio zu hören. Dem Fernsehen wurde nahezu alles geglaubt. In dieser Region Europas haben die Zuschauer sogar die Angewohnheit entwickelt das Fernsehen im Alltag nebenher laufen zu lassen. Bei der heutigen Medienvielfalt sind die Medienkonsumenten zwar vorsichtiger geworden, doch das Fernsehen spielt in den ex-jugoslawischen Ländern immer noch die Leitrolle bei Information und Entertainment, mit einer Reichweite der Nutzung zwischen 81% und 96% täglich. Außerdem wird es auch am meisten genutzt, wie das eine Studie der Deutschen Welle zeigt, die nach einigen Marktuntersuchungen

---

<sup>12</sup> San Remo Festival ist ein Musikfestival, welches seit den Fünfzigern in Italien veranstaltet wird.

<sup>13</sup> Spiel ohne Grenzen ist eine Spielshow, die seit den sechziger Jahren in Europa unregelmäßig abgehalten wurde. Jugoslawien nahm 1990 das letzte Mal teil. Inzwischen wurde die Show von der EBU (Europäische Rundfunkorganisation) abgesetzt; Versuche der Wiederauflebung dieser Show scheiterten aus finanziellen Gründen.

2006 erstellt wurde. Diese Studie zeigt, dass die Menschen auf dem Balkan das Fernsehen zu 80% zur Informationsbeschaffung nutzen und das Radio nur zu 30%. Zudem wird darauf hingewiesen, dass in diesen Ländern in nahezu allen Haushalten ein Fernsehapparat vorhanden ist. Aber nur vier von fünf Haushalten besäßen ein Radiogerät (DW Studie 2006, S. 12), was wiederum von der größeren Beliebtheit des Fernsehens zeugt.

### **3. 3. Zerfall und Entscheidung für die EU**

In den späten Achtzigern konnte man bereits durch die Medienberichterstattung in Jugoslawien bemerken wie sich die politische und soziale Lage im Land zuspitzt. Die Republiksender nahmen zunehmend die nationalistische Rolle ein, und koppelten sich in ihrer Berichterstattung vom gemeinsamen Staat immer mehr ab. Dieses war auch der Grund weshalb YUTEL gegründet wurde. Leider kam es in Jugoslawien nicht wie in den anderen sozialistischen Ländern in Europa auf friedliche Weise zum demokratischen Wandel. Dieser Wandel wurde in den jugoslawischen Ländern blutig vollzogen. Im manchen weniger, in anderen leider mehr blutig. Doch diese Länder wollten sich aus den Zwängen des Sozialismus lösen und in moderne, demokratische Gesellschaften umwandeln – und zwar um jeden Preis, so wie es schien und teilweise immer noch scheint. Der Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien hat die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts in Europa gebrandmarkt. Nach dem Chaos, welches nach dem Zerfall Jugoslawiens auf der Balkanhalbinsel evident war, wurde es den Führenden jedes einzelnen ehemaligen jugoslawischen Staates klar, dass sie die Mitgliedschaft in der Europäischen Union anstreben sollten, wenn sie wirtschaftlich und überhaupt als stabile kleinere Staaten überleben wollten. Man sah die einzige Perspektive in der Europäischen Union.

Slowenien trat als erste Republik aus dem gemeinsamen Staat und rief die Unabhängigkeit aus. Da es in Slowenien keinen ausweitenden Krieg gab<sup>14</sup> und die

---

<sup>14</sup> offiziell dauerte der Krieg, bzw. die Abwehr gegen die Jugoslawische Volksarmee nur einige Tage an.

Infrastruktur des Landes nicht zerstört wurde, konnte man dort den europäischen Prozess schnell einleiten. Es gab in Slowenien sehr wohl Probleme in der Medienwirtschaft, die aber im Vergleich zu den anderen jugoslawischen Staaten schnell gelöst wurden, so dass das Land in den damals fahrenden Zug in die EU einsteigen konnte. Diesen Zug, für den Slowenien ein gültige Fahrkarte hatte, haben die anderen fünf Länder jedoch verpasst. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit und deren Anerkennung in der Welt, hat Slowenien als einziges ex-jugoslawisches Land das sogenannte Europa-Abkommen mit der Europäischen Union abgeschlossen. So ein Prozess wurde für die ost- und südosteuropäischen Länder nach dem EU-Gipfel in Kopenhagen 1993 ermöglicht. Die Abkommen waren zunächst ein Instrument, die wirtschaftliche und politische Ordnung der osteuropäischen Staaten zu stabilisieren. Darüber hinaus wurden die Staaten auf ihrem Weg zur Demokratie und Marktwirtschaft unterstützt. In der Folge entwickelten sich die Abkommen aber als Mittel, mit dem die Länder auf den Beitritt zur Europäischen Union vorbereitet wurden. Die „Kopenhagener Kriterien“ legten demnach fest welche Voraussetzungen alle an einem Beitritt interessierten europäischen Staaten erfüllen müssen:

"Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Mitgliedschaft setzt ferner voraus, dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der Politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu Eigen machen können." (Europalexikon o.J.)

Schließlich konnte Slowenien, mit einigen anderen mittelosteuropäischen Ländern, im Jahr 2004 der Europäischen Union beitreten.

Für die anderen Staaten des Westbalkans bedient sich die EU heute vergleichbarer Assoziierungsabkommen<sup>15</sup>. Das heißt, dass auch im Fall der anderen südosteuropäischen Länder, die die EU-Mitgliedschaft anstreben, zunächst eine engere

---

<sup>15</sup> Assoziierungsabkommen = Annäherungsabkommen

Zusammenarbeit und eine Stabilisierung der Länder erreicht werden soll (Europalexikon o.J.). Damit wurden diesen Ländern allerdings noch mehr Bürden aufgetragen, als dies der Fall mit den Europa-Abkommen war. Nachdem 2007 auch Bulgarien und Rumänien der EU beigetreten sind, ist in Europa ein Sättigungsgefühl aufgetreten. Es wird nach einer „Erweiterungspause“ verlangt. Doch ausgerechnet mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens sollte die Aussicht auf die EU-Mitgliedschaft der Länder des Westbalkans eigentlich noch verstärkt werden, da diese Länder nun auch geographisch, und damit in gewisser Weise auch wirtschaftlich von der EU eingekreist sind. Somit wäre es nur logisch, so einige Europaexperten aus dieser Region, etwas rascher mit der Erweiterung voranzuschreiten.

Dabei spielen jedoch zu viele andere Faktoren, als die geographische und geschichtliche Zugehörigkeit zu Europa, eine Rolle. Letztendlich hängt es auch von den einzelnen Ländern ab, wie und, vor allem, wie schnell sie die geforderten Reformen umsetzen. Die aussichtsreichste Perspektive zum Beitritt hat momentan Kroatien. Aber auch Mazedonien holt entscheidend auf. Neue Mitgliedsstaaten müssen mit ihrem Beitritt das gesamte rechtliche Regelungswerk der EU übernehmen. In diesem Prozess sind die Länder des Westbalkans bereits mittendrin. Der Annäherungsprozess schreitet anhand von Beitrittsverhandlungen voran, die allerdings jahrelang andauern können. Die Medien spielen dabei eine große Rolle, denn durch die Medien kann eine Zustimmung für die EU in der Gesellschaft – bei den Bürgern - erreicht werden, und auf der anderen Seite können die Medien als Druck- und Kontrollmittel für die Politik dienen, damit der Prozess der Annäherung ernst genommen wird. Um das zu erreichen brauchen diese Länder unabhängige Medien, die sich an europäische Standards halten. Es ist zudem nötig den vorgegebenen rechtlichen Rahmen der audiovisuellen Medienpolitik der EU in der nationalen Umgebung jedes Staates auch umzusetzen.

## **4. Auf dem Weg in die EU-Medienordnung**

### **4. 1. Slowenien**

Die Neunziger, bzw. die Zeit nach der Ausrufung der Staatsunabhängigkeit, war für die slowenischen Medien eine Dekade der allgemeinen Gesetzesabwesenheit (Hrvatin/Milosavljević 2001, S. 9 ff.). Veränderungen im Mediensektor wurden politisch bedingt durchgeführt. Die Frage wie man die Medien demokratisieren kann/soll war auch gleichzeitig eine Frage der generellen Demokratisierung der Gesellschaft in Slowenien. Um die Gesellschaft zu demokratisieren und für die EU bereit zu machen war es nötig eine absolute Unabhängigkeit der Medien vom Staat gewährleisten zu können. Denn auch die europäischen Prinzipien schreiben unabhängige Medien vor, die dem Bürger und nicht dem Staat dienen und dabei eine Kontroll- und Kritikfunktion der Staatsorgane darstellen.

Der Demokratisierungsprozess des unabhängigen Sloweniens - wenn auch mit den spezifischen Problemen eines ehemaligen sozialistischen Landes - wurde rasch eingeleitet. Der Staat gab die Kontrolle über die Medien langsam ab und garantierte offiziell ihre Unabhängigkeit. Offiziell ja, aber praktisch nicht, denn es blieb eine mehr oder weniger leichte Form der Kontrolle der Politik über die Medien bestehen. Und weil man sich eben sehr auf die politische Ebene und den demokratischen Wandel konzentriert hatte, vergaß man die andere Seite der Medaille – den Wirtschaftsfaktor. Der wurde entscheidend vernachlässigt. Deshalb hat dieses Land in seinem kleinen Medienmarkt beträchtliche Probleme bei der Etablierung des dualen Systems und dem Privatisierungsprozess gehabt.

Die Medien, welche im Sozialismus als „Institutionen von besonderer nationaler Bedeutung“ galten, mussten sich nun in einer angehenden demokratischen Umgebung den Regeln der Marktwirtschaft unterwerfen. Dies hatte wiederum politische Konsequenzen. Da sich im Mediensektor die Angst breit machte, dass große europäische und US-amerikanische Korporationen Monopole bilden könnten, wurde versucht das Spiel auf heimischem Boden zu belassen. Das Prinzip „Slovenian media to

Slovenian owners“ wurde versucht durchzusetzen (Hrvatin/Petković 2008, S. 18). Deswegen bildete sich eine Konzentration von wenigen heimischen Eigentümern, deren politische Implikationen manchmal zu offensichtlich waren. Darunter litt die Transparenz des slowenischen Medienmarktes. Doch genau da sind die Regeln der EU strikt und einfach – es wird Transparenz im Bereich des Medieneigentums und die Möglichkeit einer effektiven Kontrolle dieses Sektors gefordert. Zu wahren Medienfreiheiten im europäischen Sinne war es noch ein steiniger Weg.

Losgelöst vom Sozialismus versuchte die Politik sich am Westen zu orientieren und als guten Willen zur Mediendemokratie ein duales System zu erschaffen. Interessenten waren bereits da, und es galt die Frequenzen den neu entstandenen privaten Sendern zu vergeben. Es gab aber keine unabhängige Regulierungsbehörde und auch noch kein entsprechendes Mediengesetz, das den ganzen Mediensektor regeln könnte, da man mit so etwas keine Erfahrung hatte. Also wurde die Aufgabe der erstmaligen Verteilung der Sendefrequenzen der bestehenden Telekommunikationsbehörde (TA – Telecommunication Administration), einem staatlichen Organ, aufgetragen. Für diese Behörde war zu der Zeit nach der Unabhängigkeit das Ministerium für Transport und Kommunikation zuständig. Wegen fehlenden Mediengesetzen wurde die Frequenzvergabe auf Basis der bestehenden Gesetze im Staat geregelt. Das bestehende Mediengesetz war aber das „alte“, jugoslawische Gesetz über Kommunikation. Deswegen, und weil die Telekommunikationsbehörde eigentlich nicht legitim gehandelt hat, indem sie die Frequenzen ohne eine neue Gesetzesgrundlage verteilt hatte, wurde der ganze Vorgang damals (1992) offensichtlich sehr intransparent durchgeführt, wie das Hrvatin und Petković bemängeln (2008, S. 127 ff.). Zudem meinen die beiden, die Kriterien für die Vergabe weiterer Frequenzen wären auch in den nachfolgenden zwei Jahren, bis 1994 also, intransparent geblieben. Erste richtige Mediengesetzgebung sollte demnach unbedingt auf den Weg gebracht werden.

Schließlich wurde 1994 ein entscheidendes Mediengesetz verabschiedet – das *Gesetz über Massenmedien (Mass Media Act)*. Dieses Gesetz war insofern für das slowenische Medienwesen von großer Wichtigkeit, weil es die Informationsfreiheit sowie die Rechte und Verantwortlichkeiten der Massenmedien, aber auch die Rechte und Pflichten der Journalisten regelt. Im Kapitel V dieses Gesetzes waren genau die Ängste vor

ausländischer Übernahme des Marktes enthalten, die vorher beschrieben wurden. Darin werden etwa die Bestimmungen für ausländische Medien erläutert und die Nutzung der slowenischen Sprache in den Medien gesichert (Blazquez, IRIS 1995-1:12/31). Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes war man sich einig, dass nur eine richtige Gesetzgebung die Pluralität der Medien garantieren kann. Um die Unabhängigkeit der Medien zu gewährleisten, wurde der Nationale Rundfunkrat (Broadcasting Council) gebildet. Artikel 58 des Mass Media Acts von 1994 reguliert die Aufgaben dieser Aufsichts-, bzw. Regulierungsbehörde als folgend:

- Schutz der Kommunikationsfreiheit, Gewährleistung der unabhängigen Redaktionspolitik, Unabhängigkeit und Pluralität des Radio- und Fernsehprogramms
- Ausübung von Kontrolle über Aktivitäten von Radio- und Fernsehorganisationen und Kabelanbietern in Slowenien
- Festlegung der Kriterien welches Radio- und/oder Fernsehprogramm nicht-kommerziell ist
- der verantwortlichen Institution (in diesem Fall der Agentur für Telekommunikation) die Vergabe oder Rücknahme einer Sendelizenz vorschlagen
- Gestaltung der Strategie bei der Frequenzbandbreite und -zuweisung

RTV Slovenija – die Rundfunkanstalt Sloweniens, früheres RTV Ljubljana, wurde 1994 ebenfalls mit einem Gesetz geregelt: *Gesetz über RTV Slovenija*. Der frühere staatliche Rundfunk musste sich der Hürde stellen aus einer postsozialistischen Anstalt heraus eine europäische öffentlich-rechtliche zu werden. Dabei sollte ihr dieses Gesetz rechtlichen Rückhalt geben. So werden mit dem RTV Gesetz der slowenische Hörfunk und das Fernsehen dazu verpflichtet einen für die Öffentlichkeit umfassendes Programmangebot bereitzustellen. Das Programm sollte insbesondere Angebote für nationale Minderheiten und bestimmte Interessengruppen beinhalten. Außerdem wird mit diesem Gesetz RTV Slovenija verpflichtet den europäischen Anforderungen zur Wahrung der Menschenwürde, des Persönlichkeitsrechts, Unparteilichkeit wie auch der Authentizität der Information gerecht zu werden. Das Gesetz regelt weiter den Jugendschutz, besagt dass der Rundfunk mithilfe von Gebühren finanziert wird und



regelt die Werbung (15% = max. 12 Minuten pro Stunde) und das Sponsoring (Blazquez, IRIS 1995-1:12/32). Somit wurden erste rechtliche Grundlagen geschaffen um RTV Slovenija schrittweise in eine EU-gerechte öffentlich-rechtliche Anstalt umzuwandeln. Doch auch dieses Gesetz sowie der öffentlich-rechtliche Rundfunksektor selbst sollten noch einige Veränderungen durchmachen auf dem Weg in die EU-Medienordnung.

Nachdem also das Gesetz über RTV Slovenija verabschiedet wurde, der Mass Media Act in Kraft getreten war, eine Regulierungsbehörde ins Leben gerufen und Frequenzen vergeben wurden, kam es zum Boom auf dem audiovisuellen Markt. Die Anfänge des dualen Systems reichen zwar ins Jahr 1989 zurück als Kanal A, der erste slowenische unabhängige TV Sender, damals noch in Jugoslawien, den Betrieb aufnahm. Doch zum Aufbruch des Privatsektors bzw. der kommerziellen Fernsehsender kam es erst Mitte Neunziger, etwas später als im Hörfunk. Die erste Hälfte der neunziger Jahre war, nämlich, im Hörfunkbereich damit gekennzeichnet, dass im ganzen Land in diesen drei bis vier Jahren viele kommerzielle Radiosender gegründet wurden. Sie wurden aufgrund ihres kommerziellen Charakters auch schnell populär. So bspw. der Sender Radio Gama MM, der sich im Zeitraum von 1992 bis 1994 sehr großer Beliebtheit erfreute, vor allem, weil es die Musikwünsche der Hörer erfüllt hatte. Nichtsdestotrotz hatte in diesen Jahren der öffentlich-rechtliche Radio Slovenija, früher Radio Ljubljana, die führende Rolle bei der Hörschaft. Das hatte der Sender seinem ersten Programm zu verdanken, das am Meisten gehört wurde. Nach diesen ersten Erfolgen der kommerziellen Radiosender und des früheren Staatssenders Radio Slovenija, ging die Kommerzialisierung auf dem Fernsehmarkt zügig voran. Obwohl es einige Meinungen der slowenischen Medienexperten gab, dass Slowenien zu klein sei für die Ausweitung der kommerziellen Sender, gingen bis 1995, zusätzlich zum bestehenden Kanal A, zwei von ihnen auf Sendung, die den slowenischen Fernsehmarkt entscheidend geprägt und aufgewühlt haben: POP TV und TV3 (Hrvatinić/Milosavljević 2001, S. 53 ff.).

Kanal A, der erste slowenische private Sender, war anfangs nur für das Gebiet der Hauptstadt Ljubljana konzipiert, hat sich dann nach jahrelangen Komplikationen mithilfe von ausländischen Kapitalinjektionen als landesweiter Privatsender etablieren

können. So wie Kanal A, hatten auch die anderen kommerziellen Sender zu Anfang gleiche finanzielle und andere Probleme bezüglich des Programminhalts. Aus Kostengründen wurden Low-budget-Produktionen gemacht, die keine Zuschauer und damit auch keine Werbung anziehen konnten. Außerdem war das Programm dieser Sender in gewisser Weise bereits vorprogrammiert für „Trash-Inhalte“, denn das Mediengesetz von 1994 hat nur ein Zehntel für Eigenproduktion vorgeschrieben. Nach Expertenmeinungen war das zu wenig um den Zuschauern etwas Qualitatives bieten zu können. Denn es war viel einfacher, und vor allem billiger, Low-Budget Filme oder andere Produktionen einzukaufen als selbst Geld für die Produktion eines qualitativen Programms auszugeben.

TV3 wurde von Anfang an als der „Kirchensender“ abgestempelt, denn er wurde größtenteils von diversen katholischen Organisationen sowie den Diözesen von Maribor, Koper und u. a. dem ökonomischen Forum der Christdemokraten mitfinanziert. TV3 wurde die Sendelizenz im Jahr 1994 vergeben, und zwar einen Tag bevor das neue Gesetz über Massenmedien in Kraft trat. Weil dieses Gesetz nun aber angewendet werden musste, hat sich der tatsächliche Sendeanfang von TV3 verschoben, da sich der Sender nun auf die neuen Gesetzesvorschriften einstellen musste. Radio Ognjišče, der Hörfunksender der katholischen Kirche, hingegen konnte Ende November mit der Ausstrahlung anfangen. TV3 erfüllte dann auch die erstmaligen Kriterien zur Ausstrahlung und konnte seinen Sendebeginn an Heiligabend 1995 verzeichnen. Schnell etablierte sich TV3 als eine Art Familiensender. In diese Richtung entwickelten sich auch die Programminhalte. Hohe Quoten wurden dem Sender prognostiziert. Die erreichte TV 3 in den ersten Jahren, und hatte einen Zuschaueranteil von 20%. Trotz alledem, musste sich auch dieser Sender den Marktregeln unterwerfen. Knallhart traf den Sender dann die schlechte finanzielle Situation. Schließlich kaufte TV3 im Jahr 2006 das schwedische Unternehmen Modern Times Group<sup>16</sup>. Die ausschließlich familienfreundlichen Programminhalte traten in den Hintergrund, und auch dieser Sender verwandelte sich von einem Privatsender für Familien in einen Privatsender, der nur nach Quoten, somit auch Werbeeinnahmen, aus ist, und dessen Programmangebot sich nicht entscheidend von denen anderer Privatsender dieser schwedischen

---

<sup>16</sup> Die Modern Times Group betreibt u.a. Sender auf dem Baltikum, Ungarn, Bulgarien, Russland, usw.

Mediengruppe unterscheidet (Hrvatin/Petković 2008, S. 130 ff.).

Einen frischen Wind hauchte dem slowenischen Medienraum im Jahr 1995 POP TV ein. Es brachte das erste größere Auslandskapital mit ein. Die US-amerikanische Korporation CME (Central Europe Media Enterprises) investierte 16 Millionen US Dollar in die Produktionsfirma Pro Plus, die verantwortlich ist für das Management, Produktion, Technik und Finanzierung von POP TV. Mit dieser Investition sicherte sich CME 58% der Anteile am Sender. Mit einer weiteren Investition stieg der Eigentumsanteil an POP TV innerhalb eineinhalb Jahren auf 78%. Heute hält die CME den ganzen Sender zu 100% in ihren Händen. POP TV hat sich, mit dem Einbringen von CME, nicht als ein Fernsehsender gesehen, sondern als ein „network“, also ein Distributionsnetzwerk, welches in den USA zuerst Fuß fasste und zum Erfolgsmodell im Privatsektor wurde. Somit brachte das POP TV-Netzwerk nicht nur das erste größere Fremdkapital in den slowenischen Medienmarkt ein, sondern auch neue Modelle und Praktiken, die nötig sind für die Entfaltung des privaten Fernsehens. Außerdem wurde POP TV damit zur ernststen Konkurrenz gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen Sloweniens. Diese Popularität von POP TV und TV Gajba, dem zweiten Sender des gleichen Netzwerkes von Pro Plus, brachte aber auch die Amerikanisierung der Medien mit sich. Einerseits hat dieser Aufbruch des privaten Mediensektors die Pluralität gefördert, andererseits waren es Amerikaner und nicht Westeuropäer, die die slowenischen kommerziellen Medien „reformiert“ haben. Ab diesem Zeitpunkt bis einschließlich heute spielt CME die entscheidende Rolle wenn es um slowenische kommerzielle Fernsehsender geht.

Nach der Etablierung von POP TV auf dem Markt kam es zur Fusion von Kanal A und Pro Plus, oder wie es Hrvatin und Milosavljević (2001) sagen – es kam zur Übernahme von Kanal A. Der Zweitsender TV Gajba wurde abgeschafft und an dessen Stelle trat nun Kanal A. So eine Entwicklung der privaten Sender zeugte zwar von der externen Pluralität, es fand sich jedoch keine Vielfalt was Programminhalte angeht.

Im Bereich des öffentlich-rechtlichen Fernsehens von Slowenien ist offensichtlich, dass die Entwicklung des kommerziellen Fernsehens, die des öffentlich-rechtlichen beeinflusst hat. In den frühen Neunzigern hatte RTV Slovenija besonders

mit den demokratischen Umwälzungen, Regierungwechsel(n) und „Säuberungen“ bei den Redakteuren und Journalisten zu kämpfen. Finanzielle Sorgen plagten das nationale Fernsehen auch. Die Rundfunkgebühren wurden nicht eingezahlt, weil die Bürger nicht bereit waren so eine Gebühr zu entrichten. Slowenien ist, muss man hier bemerken, da nicht der Einzelfall. Denn alle ex-jugoslawischen Länder haben das gleiche „Gebührenproblem“ gehabt und haben es zum Teil immer noch. In Slowenien hat man die Bürger dafür sensibilisieren wollen, dass das eine Zahlungspflicht ist, indem es zusammen mit den Stromrechnungen gezahlt werden sollte; d.h. jeder der als Stromzahler angemeldet ist wurde automatisch als Zahlungsberechtigter für die Rundfunkgebühr angemeldet. Deshalb überschatteten und verlangsamten die finanziellen Probleme in entscheidendem Maße die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Mit dem Zahlungsverfahren über die Stromrechnung konnten nach der ersten Krise jedoch erste höhere finanzielle Einnahmen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verzeichnet werden. Nach diesem finanziellen Schub konnte RTV Slovenija Mehrjahrespläne aufstellen. So konnte, noch vor vielen anderen ÖR-Sendern in Europa, 1995 eine Internetpräsenz erstellt werden. Außerdem konnte man sich, nach den europäischen Vorgaben, das Ziel setzen die Digitalisierung durchzuführen. Die grobe Digitalisierung ist inzwischen auch durchgeführt worden bzw. es wurden Voraussetzungen dafür geschaffen. RTV Slovenija weitet den digitalen Empfang derzeit noch aus.

Nach dem Auftauchen von CME in Slowenien verlor das öffentlich-rechtliche Fernsehen seine Führungsposition und musste mehr um die Zuschauer kämpfen. Das hatte sich in den Programminhalten widerspiegelt, denn auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen begann in gewisser Weise kommerzieller zu werden um die Zuschauerquoten und Werbeeinnahmen zu erhöhen. Währenddessen wurde über die Überarbeitung des Gesetzes über Massenmedien von 1994 diskutiert, da es einige größere Mängel aufwies (Hrvatini/Milosavljević 2001, S. 7 f.). Diese Mängel haben es ermöglicht, dass die slowenischen Medien anfällig für politische Einwirkung werden, oder besser gesagt bleiben, wenn man in Betracht nimmt, dass es ein ehemaliges sozialistisches Land ist, in dem es, nicht anders wie in anderen ex-jugoslawischen Republiken, Gang und Gebe war, dass der Staat und die Politik Einfluss auf die Öffentlichkeit über Medien ausüben. Außer der Möglichkeit auf die Medien von außen einzuwirken, wies das Gesetz aber am

meisten Mängel bezüglich des Eigentums auf. So konnte man in diesen Jahren, vor der Verabschiedung des neuen Gesetzes über Massenmedien 2001, keine genauen Aussagen machen über die Besitzverhältnisse im slowenischen Medienmarkt. Es gab einfach keine Transparenz was die Medienkonzentration und das Einhalten bzw. Nichteinhalten der Mediengesetze angeht. Der Grund so eines Zustandes im Medienwesen ist die mangelnde oder nicht adäquate Aufsicht/Regulierung gewesen, so die Schlussfolgerung von Hrvatin und Milosavljević (2001, S. 12). Das Fehlen von Transparenz sowie die Abwesenheit einer durchdachten Entwicklungsstrategie des Medienwesens, haben die Medienlage in den Neunzigern in Slowenien am meisten gebrandmarkt. Die Abwesenheit einer Strategie ist dabei am meisten im Hörfunkbereich sichtbar gewesen (Hrvatin/Petković 2008, S. 135 f.). Es entstanden mehrere kleine private Radiosender und die, die vor 1990 existierten, wurden größtenteils privatisiert. Das Problem des Hörfunksektors war vor allem das Verhältnis zu Unternehmern oder politischen Faktoren, die den Eigentümern nahe standen. Das öffentliche Interesse war dabei zweitrangig. Zudem breitete sich eine Unzufriedenheit im privaten Hörfunkbereich aus, was die Frequenzvergabe betrifft. Um mehr Publikum zu erreichen konnten einige der Sender nicht die Frequenzen bekommen, die sie angefordert hatten. So wurden, wie bspw. in Serbien, Netzwerke gebildet, durch welche die Sender eine breitere Hörerschaft erreichen können. Die zwei größten Netzwerke in Slowenien sind derzeit Salomon und Infonet. Das Interessante beim privaten Hörfunksektor in Slowenien ist allerdings, dass im Gegenteil zum Fernsehsektor, kein entscheidendes Fremdkapital eingeflossen ist. Hier steht das Prinzip „Slovenian Media to Slovenian Owners“. Doch, das heißt noch lange nicht, dass der Hörfunk jeglichen Einflusses von außen oder innen bzw. von Politik oder Wirtschaft, befreit war. Auch im Hörfunkbereich waren Intransparenz sowie das Fehlen von Pluralität evident.

Aus Gründen dieser und einiger anderer Unregelmäßigkeiten, die die Medien betrafen, fingen die Gesetzgeber und Medienmacher eine Diskussion über neue bzw. überarbeitete Mediengesetze an. Durch diese Diskussionen ist das Gesetz aus dem Jahr 1994 erstmal ins ersichtliche Wanken geraten. Darauf hat sicherlich auch die Tatsache eingewirkt, dass am 18. Juni 1996 Slowenien die Konvention des Europarates über grenzüberschreitendes Fernsehen unterschrieben hatte (Blazquez, IRIS 1996-9:7/11; Europarat 2009, Liste der Unterzeichnerstaaten). Das hat das Land wiederum

verpflichtet die Mediengesetzgebung so zu gestalten, dass das Medienwesen schrittweise an die Vorgaben der Europäischen Union angeglichen wird. So hat die slowenische Regulierungsbehörde, der Rundfunkrat (Svet za radiodifuzijo), 1997 erste konkrete Vorschläge zur Änderung der Mediengesetzgebung ausgearbeitet. Diese Änderungsvorschläge richteten sich vor allem an die Erhöhung des Eigenproduktionsanteils im Rundfunk, die Eigentumsverhältnisse im Medienbereich sowie die Werbung, deren Ausstrahlung und Dauer sich im Sinne der Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen beschränken sollte. Zudem beinhalteten die Vorschläge von 1997 auch Änderungen im Kompetenzbereich der Regulierungsbehörde. Es wurde vorgeschlagen dem Rundfunkrat mehr Kompetenzen bei Strafen einzuräumen sowie mehr Mitspracherecht bei Änderungen bezüglich der Programmformate und/oder der -schemas der Rundfunksender (Gerl, IRIS 1997-6:14/29). Die Regierung startete indes ein Programm, welches zum Ziel hatte die Gesetzgebung mit dem Rechtssystem der Europäischen Union zu harmonisieren. Deswegen war es ein logischer Vorgang Entwürfe zur Änderung der Mediengesetzgebung vorzuschlagen, die die Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen folgen. Die Änderungsvorschläge arbeitete der Rundfunkrat zusammen mit dem Kulturministerium aus. Der Entwurf wurde im Juni 1999 ans Parlament gesandt, sodass die parlamentarische Prozedur für die Gesetzesänderung eingeleitet werden konnte (Gerl, IRIS 1998-6:15/27; Gerl, IRIS 2000-4:11/22). Doch bevor das endgültige Verfahren im Parlament beginnen konnte, wurde der Entwurf einige Male geändert und es wurden ständig neue Details hinzugefügt. Dieser Entwurf umfasste, nämlich, 180 Artikel mit über 100 Änderungen. Das löste viel Kritik bei den Medienschaffenden aus sowie bei denen, die dieses anstehende neue Mediengesetz betraf. Der Gesetzesentwurf regelte einige Dinge bis ins kleinste Detail, während andere Medienbereiche nicht dermaßen detailgetreu geregelt werden würden – so die Kritik, wie sie sie Hrvatin in ihrem Artikel zur Mediengesetzeslage in der Rechtlichen Rundschau der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle beschreibt (Hrvatin, IRIS 2001-1:11/24).

Ungefähr zur gleichen Zeit bzw. kurz nachdem der Entwurf den Parlamentariern geschickt wurde, hat Slowenien das 1996 unterschriebene Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen ratifiziert. Es trat am 1. November desselben Jahres dann auch in Kraft (Nikoltchev, IRIS 1999-9:5/6; Europarat 2009, Liste der

Unterzeichnerstaaten). Deswegen sollte Slowenien zu der Zeit gegenüber Europa beweisen, dass der gute Wille zur Umwandlung dieser Konvention und der europäischen Richtlinie ins nationale Recht da ist. Es hat aber noch über ein Jahr gedauert bis das neue Mediengesetz vom Parlament verabschiedet wurde. Zum ersten, hat die genannte Kritik den Prozess gestoppt, und zum anderen Wahlen aus dem Jahr 2000.

Schließlich verabschiedete das Parlament im Juni 2001 das neue überarbeitete Gesetz über Massenmedien – *Zakon o medijih* – welches umfassend den ganzen slowenischen Medienbereich regulieren sollte: Zeitungswesen, öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk, und andere Medienbereiche. Obwohl es Ängste bei den Medienmachern geschürt hat und einiges an Kritik gab, sind mit dem neuen Mass Media Act einige Sachen „ausgebügelt“ worden, die in dem Gesetz von 1994 fehlerhaft sind oder gar und ganz fehlen. So wurde die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt RTV Slovenija überhaupt nicht in diesem Gesetz aus 1994 bedacht, sondern mit einem eigenem Gesetz, das auch im April 1994 verabschiedet wurde. Das Gesetz aus 2001 schenkt nun besondere Beachtung der Bewahrung von Medienvielfalt und -transparenz. D.h. das Gesetz grenzt die Möglichkeit der Monopolbildung entscheidend ein, oder verhindert sie auch ganz, indem es vorschreibt, dass jeder der mehr als 20% des Eigentumsanteils an einer Zeitung, einem Radio- oder Fernsehsender erwerben möchte, vorher die Bewilligung des Kulturministeriums bekommen muss. Dabei kann das Ministerium den Antrag ablehnen falls dies zu einer Monopolbildung bei Werbezeit führen würde. Zu Monopolisierung würde es eventuell kommen bei mehr als 30% Kontrolle über die Radio- und Fernsehwerbezeit (Rovšek/Petković 2005, S. 3 f.). Auch die Europäische Kommission ist sich einig in ihrem Bericht von 2003, dass das überarbeitete Gesetz über Massenmedien von 2001 der positive Umbruch in der audiovisuellen Politik des Landes gewesen ist. So heißt es in der Zusammenfassung der Berichte des audiovisuellen Sektors der Europäischen Kommission von 2004 über die Medien in Slowenien:

„Im **Bericht vom November 2001** wurde festgestellt, dass Slowenien beachtliche Fortschritte im Bereich der audiovisuellen Medien erzielt hatte. Die Angleichung an den Besitzstand wurde als gut betrachtet. (...) Das **Mediengesetz** wurde im April 2001 verabschiedet. Im September 2001 wurden

Änderungen zum Rundfunk- und Fernsehgesetz angenommen, um die slowenischen Rechtsvorschriften an die Richtlinie 'Fernsehen ohne Grenzen' anzupassen. Im Dezember 2001 wurden zwei Erlasse angenommen, einer über die Methoden und Kriterien für die Aufstellung der Liste der Großereignisse, zu denen die Öffentlichkeit Zugang erhalten muss, und einer über die Kriterien und Voraussetzungen für die Bestimmung der audiovisuellen Produktionen aus Slowenien. Slowenien hat seine Rechtsvorschriften mit dem Besitzstand (acquis) im Bereich audiovisuelle Medien weitgehend in Einklang gebracht.“

In diesem Einschätzungsbericht hebt die Europäische Kommission besonders die Ratifizierung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen hervor, wie auch dass Slowenien sich gleichzeitig verpflichtet hat, Änderungen dieses Übereinkommens ebenso anzuwenden. Zudem wird in dem Bericht darauf hingewiesen, dass Slowenien Vorbereitungen für die Teilnahme an den Gemeinschaftsprogrammen Media Plus und Media Fortbildung ab 2003 getroffen hat. Weiter heißt es in dem Bericht über Sloweniens Fortschritt im audiovisuellen Bereich:

„Im **Jahr 2003** stimmen die slowenischen Rechtsvorschriften im Bereich der audiovisuellen Medien weitgehend mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand überein. Dennoch stellt die Kommission fest, dass Slowenien die Maßnahmen zur Durchführung der bestimmten örtlichen Sendern gewährten Ausnahmeregelung noch bis ins Einzelne ausformen muss. Auch bei den Verwaltungskapazitäten sind noch Verbesserungen vorzunehmen.“ (EC 2004)

Mit den „gewährten Ausnahmeregelung für bestimmte örtliche Sender“ meint die Europäische Kommission ein jugoslawisches Mediencharakteristikum, das sich in allen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens als ein mehr oder weniger großes Problem herauskristallisiert hat. Diese örtlichen öffentlich-rechtlichen Sender sind in der Form für die EU-Medienordnung etwas, was den westeuropäischen Medienlandschaften eher nicht geläufig ist. Es handelt sich um ein drittes Feld des Rundfunkbereiches, neben dem nationalen öffentlich-rechtlichen und dem kommerziellen Sektor. Diese kleinen Rundfunkstationen sind nicht kommerziell, aber auch nicht öffentlich-rechtlich im europäischen Sinne. Dieses dritte Rundfunkfeld ist ein „Relikt des sozialistischen Systems, in dem den (staatlichen) öffentlich-rechtlichen Sendern einige lokale nichtkommerzielle Sender ergänzend zur Seite standen“, wie dieses jugoslawische Mediencharakteristikum Gerl beschreibt (IRIS 1998-6:15/27). Diese Sender waren meist der Hörfunk- und/oder Fernsehsender einer Kommune, aus deren Haushaltsbudget sie im Sozialismus auch meist finanziert wurden. Genau diese Sender



wurden wohl am meisten von der Demokratisierung und Europäisierung des jugoslawischen Medienraumes überrascht. Denn, man wusste nicht so richtig wie man deren Status nun lösen sollte und was für diese lokalen Sendeanstalten eine erfolgreiche Transformation sein könnte. Gerl hat somit in gewisser Weise sicherlich Recht, wenn er sagt, diese Sender seien ein sozialistisches Relikt. Eine Lösung für die weitere Existenz dieser Sender sah man, in Slowenien wie in den anderen Staaten ehemaligen Jugoslawiens, in der Privatisierung. Diese ist aber nicht in allen ex-jugoslawischen Ländern glimpflich vor sich gegangen. Im Allgemeinen wurde die Privatisierung lokaler Sender in diesen Ländern durchgeführt. Welcher von diesen Sendern danach die Bedingungen, die das Gesetz für die Lizenzierung vorschreibt, nicht erfüllt hatte, wurde eingestellt. In Slowenien wurde die Privatisierung angestrebt, man hat aber auch darauf gezielt gesetzliche Möglichkeiten zu finden, um diese Sender, oder einige von ihnen, weiterhin als kommunale Sender zu betreiben. Eigentümer dieser Sender wurden dann in einigen Fällen die Kommunen allein oder es wurde eine Lösung mit gemischten Eigentumsverhältnissen, mit kommunalen und privaten Besitzerstrukturen, gefunden. Solch eine Lösung kritisieren jedoch Hrvatin und Petković (2008; S. 27 ff.). Sie meinen, dass trotz Privatisierungsprozess lokale politische Strukturen und der private Sektor auch heute noch Einfluss auf die lokalen Medien ausüben. Das wiederum kann die Medienfreiheiten auf dem lokalen Niveau bedeutend eindämmen und die Transparenz nicht gänzlich ermöglichen.

Rechtliche Priorität war zu der Zeit jedoch die adäquate Regulierung des nationalen und regionalen Mediensektors, auf der Grundlage des neuen Massenmediengesetzes. Im Konkreten hat sich dieses Gesetz aus dem Jahr 2001 der Regulierung des Mediensektors nach dem europäischen Modell angenommen. Obwohl der Rundfunkrat mehr Kompetenzen für sich gefordert hatte und Ängste darüber geäußert hatte, dass eine neue Regulierungsagentur gegründet werden soll, wurde diese neue Regulierungsagentur letztlich doch gegründet: Telecommunications, Broadcasting and Post Agency of the Republic Slovenia. Die nationale Rundfunkbehörde - der Rundfunkrat - agiert nach der Gründung der neuen Agentur zwar immer noch als eigene Institution, ist ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Mediengesetzes (2001) aber als Aufsichtsbehörde verpflichtet der Telekommunikations-, Rundfunk- und Postagentur,

heute abgekürzt APEK genannt, Unterstützung zu bieten. Sobald die neue Regulierungsbehörde gegründet wurde und mit der Arbeit angefangen hatte, musste sich der Rundfunkrat darauf einstellen eher eine beratende Funktion gegenüber der neuen Behörde einzunehmen (APEK o.J.). Neben diesen strukturellen Fragen wurden in dem Massenmediengesetz die Bereiche der Werbung, des Jugendschutzes und des Schutzes der Minderheiten in Einklang gebracht mit der Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“, aber auch andere relevante Bereiche, die diese Richtlinie verlangt. In diesem Zusammenhang war bemerkbar, dass nach den Neunzigern und dem Medienwirbel, den die Kommerzialisierung mit sich brachte, wenigstens im öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Slowenien nun der Trend *Weg von der Amerikanisierung, hin zur Europäisierung* (Hrvatin/Milosavljević 2001, S. 64) evident ist – was schließlich ein wichtiger Schritt auf dem Weg in die europäische Medienordnung gewesen ist.

Doch das ist nur ein positiver Aspekt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Denn, RTV Slovenija musste erstmal eine schwere Transformation durchlaufen, bevor es nur annähernd als europäischer öffentlich-rechtlicher Sender gelten konnte. Vor allem schwierige und teils lückenhafte interne Regulierungen, politischer Einfluss, finanzielle Lage sowie Führungswechsel machten RTV Slovenija in den letzten 18 Jahren zu schaffen. Ganze sechs Mal, seit Sloweniens Unabhängigkeit, wurde die Regulierung des Status bzw. der Organisation des Rundfunks gesetzlich geändert – durch eigene Gesetze über RTV Slovenija (1994, 2001, 2005), sowie auch durch die allgemeinen Mediengesetze, insbesondere das Massenmediengesetz, das auch einige Male geändert wurde. Institutionelle Krisen bezüglich der Wahl der Mitglieder der Aufsichtsgremien erschütterten immer wieder die Rundfunkanstalt. Letzte solche Erschütterung war im Jahr 2005, als das neue RTV Gesetz verabschiedet werden sollte. Es gab von verschiedenen Seiten Proteste, bei denen die Bestimmungen zu den Aufgaben und Berufungsverfahren für die Gremien von RTV Slovenija in Frage gestellt wurden. Das Kulturministerium, das den Gesetzesentwurf ausgearbeitet hatte, meinte durch die neue Aufstellung eines Programmrates, dessen Mitglieder mehrheitlich durchs Parlament gewählt werden, sowie eines Aufsichtsrates, würde die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gewährleistet werden. Die Gegner meinten aber, dass die politische Instrumentalisierung der Räte sehr wohl stattfinden würde. Die Diskussion führte letztlich zu einem Referendum, bei dem die Bürger Sloweniens gefragt wurden

ob sie mit dem Gesetzesentwurf für das neue RTV Gesetz einverstanden seien. Die Resultate waren überaus knapp bemessen – für das Gesetz. Es wurde verabschiedet. Formell kam es zu einer Einigung, mit der alle Seiten erstmal zufriedengestellt wurden. Und zwar einigte man sich, den Fokus auf das Europäische Übereinkommen über grenzüberschreitendes Fernsehen und die Empfehlungen des Europarats im Bereich Rundfunk und journalistische Freiheiten zu stellen (Scheuer IRIS 2005-9:19/25; Scheuer IRIS 2005-6:18/36). Dies würde eigentlich zu einer zufriedenstellenden Regulierung führen. Kritik was das nationale Recht, insbesondere das RTV Gesetz angeht, blieb trotzdem bestehen. Während unabhängige Medienorganisationen wie das Peace Institute (Mirovni Inštitut) kritisierten, dass die Führung des Rundfunks unabhängiger von der Politik werden muss, versuchte die Politik durch die Gremien andererseits doch ihren Einfluss zu stärken oder auch zu bewahren. Aufgrund dessen sehen Hrvatin und Petković (2008, S. 143 ff.) den öffentlich-rechtlichen Rundfunk Sloweniens in einem Topf mit den anderen postsozialistischen Staaten des europäischen Südostens brodeln. Sie meinen, dass der politische Einfluss auf RTV Slovenija immer noch da ist. Außerdem sind die beiden der Meinung, dass der Schein Sloweniens, als eines integrierten Mitglieds der EU, trügt und dass die Transformation RTV Slovenijas in eine europäische öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt noch nicht völlig abgeschlossen sei. Im direkten Vergleich zu den anderen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens hat man auf jeden Fall den Eindruck Slowenien hätte es geschafft seinen Medienmarkt, privaten wie auch öffentlich-rechtlichen, mit europäischen Vorgaben in Einklang zu bringen. Die Kritik seitens Medienexperten, dass es nicht so ist, tut aber jedem Medienmarkt gut, weil sie den Hebel in Gang setzt, der die Medien zwingt Verbesserungen anzustreben und seine eigene Programm- und Senderpolitik allgemein zu überdenken.

Solche Kritik, die zu Änderungen anspornen soll, gab es auch seitens Institutionen der Europäischen Union. Denn, obwohl Slowenien am 1. Mai 2004 offiziell Mitglied der Europäischen Union wurde, galt es vorher, und auch danach, weiter an der Harmonisierung der Mediengesetzgebung zu arbeiten. Wegen eines neuen Telekommunikationsgesetzes wurde es so nötig 2004 wieder Änderungen am Massenmediengesetz vorzunehmen, um es mit dem Entwurf des Telekommunikationsgesetzes zu harmonisieren, und zwar was die Genehmigungen für

Hörfunk und Fernsehen angeht. Außerdem wurde mit diesen Änderungen zum Mediengesetz der Zugang zu öffentlichen Informationen, bzw. Informationen von öffentlichem Interesse erleichtert. Es wurden damit etwas vollständigere rechtliche Grundlagen als vorher geschaffen, die den Medien die Möglichkeit geben Institutionen zu verpflichten Informationen bereitzustellen und sie weiter zu verwenden, sofern diese nicht zu einer Verletzung der Privatsphäre führt. Zudem enthalten die Änderungen am Mediengesetz von 2004 nun detailliertere Angaben über die Umsetzung von Regelungen über Programmquoten für lokale Fernsehsender. So wurde auf die Kritik der Europäischen Kommission diesbezüglich eingegangen, und die Regelungen wurden in Einklang mit der Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen konkretisiert (Strothmann IRIS 2004-5:15/23).

Wie man in der obigen Stellungnahme der Europäischen Kommission zu Slowenien aus dem Jahr 2004 sehen kann, hat die EU sehr viel daran gesetzt, dass ihre neuen Mitglieder die Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen größtenteils umsetzen, aber auch die EU-Medienpolitik im Ganzen. Im Vergleich zu den anderen Ländern des ehemaligen Jugoslawiens kann behauptet werden, dass Slowenien im audiovisuellen Bereich sehr große Fortschritte in kurzer Zeit gemacht hat. Das Ende der Dekade der Gesetzesabwesenheit im Medienbereich ist mit dem überarbeiteten Gesetz über Massenmedien 2001 eingeläutet worden. Seitdem hat sich der slowenische Medienmarkt dem europäischen im Großen und Ganzen angeglichen.

Slowenien ist heute ein Land mit rund zwei Millionen Einwohnern und mit 1600 verschiedenen Medien, wovon die meisten Printmedien sind. Rund 60% der Haushalte haben die Möglichkeit des Kabelfernsehens, wobei es 80 Kabelanbieter gibt, die die Sendervielfalt zusätzlich fördern. Es gibt vier nationale sowie 30 regionale und lokale Fernsehsender und das digitale Fernsehen schreitet auch voran. Nach den Messungen der Media Services AGB Nielsen (Peplemeter), hat der nationale Rundfunk RTV Slovenija 2003 einen Zuschaueranteil von 34% (SLO1 25% und SLO2 9%) und die kommerziellen Sender auf nationaler Ebene einen Anteil von 38% gehabt (POP TV 29% und Kanal A 9%) (Rovšek/Petković 2005, S. 1 f.). Das Recht auf Information ist im Grundgesetz verankert und wurde nochmal mit dem geänderten Mediengesetz von

2004 bekräftigt. Dieses Gesetz – das Massenmediengesetz – wurde „Europa-gerecht“ gemacht. Das Gesetz über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (RTV Gesetz) wurde ebenfalls verabschiedet und 2005 nochmal überarbeitet. Zudem gibt es in Slowenien unabhängige Regulierungsbehörden für den audiovisuellen Bereich.

Wenn man ein Rückblick wagt, ist ein erheblicher Unterschied zur Mediensituation in den Neunzigern zu bemerken, und zwar im positiven Sinne. Es ist keine Gesetzesabwesenheit mehr da. Die Kritik aber sehr wohl. Medienexperten bemängeln, dass der politische Einfluss immer noch Einzug in die Medien, vor allem in die Medienräte hält, dass die, durch das Gesetz garantierten Freiheiten und Sicherheiten der Medien und Journalisten nur auf dem Papier ihre Anwendung haben, jedoch nicht in der Praxis, und dass es den wahren Medienpluralismus, welcher in Europa angestrebt wird, in Slowenien so nicht gibt. Härteste Kritik ist aber, dass die Transition der Medien noch andauert. (Hrvatin/Petković 2008, 16 ff.).

Fakt dabei ist, dass Slowenien als erstes unter den ehemaligen jugoslawischen Staaten Mitglied der EU geworden ist und die relevanten Gesetze innerhalb 15 Jahren zur erstmaligen Zufriedenheit der EU geregelt hat. Sonst wäre das Land auch nicht aufgenommen worden. Fakt ist aber auch, dass es bei der audiovisuellen Medienpolitik sicherlich Lücken gibt, die noch geschlossen werden müssen. Doch in anderen Ländern der EU ist die Lage auch nicht immer zu Brüssels Zufriedenheit. So wahrscheinlich auch in Slowenien. Was die EU Medienordnung angeht – Slowenien hat sich verpflichtet die europäischen Richtlinien einzuhalten, und wenn das Medienwesen dabei Fehler zulässt, ist es eine Pflicht des Landes, als eines EU Mitglieds, dies so zu regulieren, dass die Mediensituation der EU Medienordnung auch entspricht.

## 4. 2. Kroatien

In Kroatien wurde die Unabhängigkeit von Jugoslawien und der Ausbruch aus sozialistischen Zwängen mit großer Freude begrüßt. Umso eher hätte man hier erwarten können, dass die Demokratisierung der Gesellschaft, und somit auch der Medien, schnell voran geht. Das war in Kroatien jedoch nicht der Fall. Der Mediensektor musste große Hürden überwinden um als annähernd demokratisch zu gelten. Die Transition hin zur Medienvielfalt und -unabhängigkeit sowie die Verabschiedung einer Regulierung, die den Vorschriften der EU folgt, waren überschattet von politischem Druck und Missbrauch der Medien für politische Zwecke.

Der Krieg<sup>17</sup> in Kroatien hat tiefe Wunden im Land hinterlassen. Im Visier der Waffen waren insbesondere Institutionen, die Informationen verbreitet haben, also Medieninstitutionen, vor allem aber der Staatsrundfunk Kroatisches Radio und Fernsehen, kurz HRT (Hrvatska Radiotelevizija). Die Infrastruktur des audiovisuellen Sektors hat jedoch nicht dermaßen darunter gelitten wie bspw. im Nachbarland Bosnien und Herzegowina. An den Kriegsfolgen haben am meisten die angestrebte Demokratie, Freiheit und Unabhängigkeit gelitten. Der Rundfunk war in den Neunzigern in Kroatien weder demokratisch, noch frei und auch nicht unabhängig. Eine ganze Dekade lang hat die nationalistische Politik von Franjo Tuđman und dessen Partei HDZ<sup>18</sup> das Land geprägt (Malović/Vidović 2000; S. 3 ff.). Tuđman hat das Land zwar in die Unabhängigkeit geführt, doch die Methoden, die er dafür anwendete und auch die in den Jahren des Friedens, in denen die Medien nur Marionetten der führenden Macht waren, sprechen für sich. Anstatt sich in Richtung Europa zu wenden und die Medien nach dem Vorbild geeigneter europäischer Modelle zu reformieren, haben die Machthaber die altbekannte sozialistische/kommunistische Repressionspolitik in gewisser Weise fortgeführt. Plenković und Kučiš meinen sogar, dass die HDZ Regierung der Neunziger Jahre zweifellos als autoritäres Regime bezeichnet werden kann. Es habe eine unkontrollierte politische Nutzung der Medien gegeben. Diese Nutzung der Medien für politische Zwecke war wahrscheinlich am meisten am Beispiel

---

<sup>17</sup> Der „Kroatienkrieg“ dauerte offiziell von 1991 bis 1995

<sup>18</sup> Hrvatska Demokratska Zajednica = Kroatische Demokratische Union

des HRT sichtbar. Dem wurde die Transformation aus dem staatlich nationalen Rundfunk in ein öffentlich-rechtliches System durch die Machthaber verwehrt (Plenković/Kučiš 2003, S. 378). Der HRT hat in den Neunzigern offensichtlich nicht als öffentlich-rechtliche Institution agiert, sondern war de facto nur der lange Arm des Staates. Seitdem TV Zagreb 1990 als HRT – Kroatische Rundfunkanstalt – definiert wurde, wurde das Gesetz über den Kroatischen Rundfunk – *HRT Gesetz* – bis zur Jahrtausendwende ganze sechs Mal vom Parlament geändert. Änderungen des Gesetzes aus dem Jahr 1998 hatten den ersten wahren Grundstein für die Transformation des HRT in einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk gelegt. Denn der HRT war zu der Zeit immer noch staatlich was die Entscheidungsgewalt angeht, weil die Mehrheit der Mitglieder des HRT Rates aus Parlamentariern bestand. Die Änderungen von 1998 sahen nun vor, dass die Mehrheit der Mitglieder nicht mehr vom Staat, sondern aus Organisationen kommen, die die öffentlichen Interessen vertreten. Trotzdem blieb eine Regelung bestehen, nach der zehn von insgesamt 25 Ratsmitgliedern die Interessen der politischen Machthaber vertreten. Im Zuge der angefangenen Transformation Ende Neunziger wurde HRT im Gesetz dann letztlich als öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt, die sich aus den verpflichtenden Rundfunkgebühren finanziert, auch definiert. Zudem wurde dem HRT das Recht eingeräumt sich zusätzlich aus Werbeeinnahmen sowie Produkt- und Dienstleistungsmaßnahmen zu finanzieren. Im HRT Gesetz heißt es in Artikel 5, dass HRT in seinen Programmen die Interessen der Öffentlichkeit auf Staats- und Lokalebene zufriedenstellen muss und dass es sich darum bemühen soll dem Publikum entsprechende informative, kulturelle, bildende und unterhaltsame Programminhalte anzubieten (Zakon o Hrvatskoj Radioteleviziji, 2003; Macan IRIS 1999-2:12/19). Die Änderungen des HRT Gesetzes sowie das Gesetz selber waren in den Neunzigern und Anfang 2000 vielen Kritiken ausgesetzt. Insbesondere der Kritik der Internationalen Gemeinschaft, die auf dem Gebiet Ex-Jugoslawiens sehr präsent war/ist. Grund der kritischen Meinungen war, dass der Staat trotz geforderten Änderungen, diese nur insoweit durchgeführt hat, dass sie letztlich nicht genügt haben um einen vom Staat unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu haben. Deshalb kam es mit der neuen Regierung auch beim HRT Gesetz im Jahr 2001 wieder zu Änderungen. Ein neues Gesetz zum Kroatischen Hörfunk und Fernsehen – HRT wurde verabschiedet. Die grundlegenden Änderungen betrafen die interne Organisation des

HRT. Das Gesetz sah die Privatisierung des dritten Sendernetzes vor (HRT 3), um die Konzession für andere Sender freizugeben und damit den Wettbewerb sowie die Entwicklung des dualen Systems voranzutreiben. Des weiteren sagte das Gesetz aus, dass der Hörfunk und das Fernsehen eigenständiger voneinander funktionieren sollen, also eine Aufteilung<sup>19</sup> stattfinden soll in Hrvatska televizija HTV (Kroatisches Fernsehen) und Hrvatski radio HR (Kroatischer Hörfunk). Zudem sollte der Bereich Sendeanlagen und Verbindungen zu einem eigenständigen Staatsunternehmen umgewandelt werden. (Macan IRIS 2001-5:11/11). Das hat so aber nicht funktioniert und das HRT Gesetz wurde 2003 nochmal geändert. Diesmal einigte man sich darauf nicht so eine radikale Aufteilung vorzunehmen, sondern HRT als eine Einheit bzw. eine Sendeanstalt funktionieren zu lassen und statt der Aufteilung Organisationseinheiten zu bilden. Das heißt, erste Organisationseinheit bildet das Kroatische Fernsehen HTV, zweite der Hörfunk HR, dritte die Musikproduktion (mit Rundfunkorchester u.ä.) und die vierte Einheit bezieht sich auf die allgemeinen und gemeinsamen Geschäftstätigkeiten (der vorigen drei Organisationseinheiten). Das 2003 geänderte Gesetz befasst sich zudem weiter mit der Harmonisierung der Vorgaben der Konvention des Europarates und der EU Fernsehrichtlinie (Macan 2003-2:10/16).

Im Großen und Ganzen kann man sagen, dass die kroatische Gesetzgebung in den ersten zehn Jahren nach der Unabhängigkeit intensiv an der Erarbeitung eines demokratischen Medienrechtsrahmens gearbeitet hat. Nur, das Resultat dessen war nicht gerade das allerbeste. Auf dem Weg aus einer sozialistischen in eine demokratische Gesellschaft hätte man sich vorerst gesetzlich den neuen Umständen, die die neue Gesellschaftsordnung mit sich bringt, anpassen sollen. Mängel in der Mediengesetzgebung wurden versucht erst dann auszubessern wenn Hinweise diesbezüglich von der europäischen oder internationalen Ebene kamen. Im Vergleich zum Sozialismus war zwar Fortschritt im Bereich der Medienfreiheiten bemerkbar, für die Heranführung an die EU war dies aber unzureichend. Die Tuđman-Ära hat sehr viele Restriktionen der Medien mit sich gebracht. Aber andererseits wurden erstmals auch viele Medienfreiheiten gewährleistet, die während des kommunistischen Regimes

---

<sup>19</sup> Solche Aufteilungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurden auch bspw. in Bosnien-Herzegowina durchgeführt.



einfach unvorstellbar waren. Insbesondere kann man hierbei bemerken, dass die journalistische Ausbildung eine ganz andere Richtung eingeschlagen hat, als im Sozialismus. Es hat einige Jahre gedauert, aber es kam dann letztlich doch eine neue Generation von Journalisten zum Zuge, die nicht geschwiegen hat und nicht mehr nur der Dissemination von Informationen dient. So fand auch der Enthüllungsjournalismus seinen Weg in die Medien. Diese neue Generation war und ist zum Teil immer noch sehr rar, aber im Gegensatz zu sozialistischen Zeiten trauen sich Journalisten mehr zu. Doch, um die Freiheit der Medien sowie die Meinungsfreiheit im Allgemeinen garantieren zu können, brauchte der junge Staat in erster Linie grundlegende Mediengesetzgebung, um auch den Medienschaffenden einen Rückhalt zu geben.

Das HRT Gesetz war einerseits die Grundlage für die Regulierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksenders in Kroatien und dessen Transformation, andererseits gab es auch eine interessante Entwicklung bezüglich der Regulierung des Mediensektors im Allgemeinen. Eine für alle Medien in Kroatien bedeutende Gesetzesgrundlage findet sich in Artikel 38 der Verfassung der Republik Kroatien (Malović/Vidović 2000; S.19) wieder. (Die Verfassung, die als Grundlage für den unabhängigen Staat gedient hatte, wurde 1990 vom damaligen Parlament verabschiedet.) Artikel 38 unterstreicht hauptsächlich die Rechte auf Information; so heißt es darin:

„Die Gedanken- und Meinungsäußerungsfreiheit werden garantiert.

Die Meinungsäußerungsfreiheit umfasst insbesondere die Pressefreiheit und andere Arten der Information, die Redefreiheit, die Freiheit öffentlichen Auftretens und die freie Gründung aller öffentlichen Informationseinrichtungen.

Die Zensur ist verboten. Journalisten haben das Recht auf freie Berichterstattung und freien Zugang zu Informationen.

Das Recht auf Entgegnung wird jedem zugesichert, der durch eine Veröffentlichung in einem durch die Verfassung zugesicherten Recht verletzt wurde.“ (Sapunar 2000, S. 347)

Neben Artikel 38 der Verfassung der Republik Kroatien, wurde 1996 das Mediengesetz, oder wie es damals hieß „Gesetz über öffentliche Kommunikation/Information“<sup>20</sup>,

---

<sup>20</sup> Orig.: Zakon o javnom priopćavanju

verabschiedet. Doch dieses Gesetz hat einige Mängel in der Praxis mit sich gebracht, wie das Buden 1999 in einem Bericht über die Mediensituation in Kroatien schreibt:

„Das Mediengesetz an sich erweist sich als durchwegs annehmbar und sollte die Meinungsfreiheit nicht einschränken. Dennoch können Einwände bezüglich der Handhabung dieses Gesetzes durch die Exekutive und den Präsidenten der Republik vorgebracht werden. Der Zugang zu Informationen wird nicht allen Journalisten gewährt, d.h. an die regimiekritischen Medien werden keine Informationen weitergegeben und sie werden auch nicht zu offiziellen Pressekonferenzen eingeladen. Auf diese Weise hat die an sich allgemeine Verpflichtung der Regierung nach diesem Gesetz, zur Stimulation der Vielfalt der öffentlichen Medien beizutragen, genau das Gegenteil bewirkt, nämlich die Monopolisierung und Kontrolle so vieler Medien wie möglich.“ (Buden 1999)

Zudem kommt, dass das 1994 erlassene Telekommunikationsgesetz die Lage der Freiheit der audiovisuellen Medien und deren Pluralität auch nicht gerade unterstützt hatte. Die Eigentümlichkeit des Gesetzes von 1994 besteht in der Regelung der Frage der Konzessionen für einzelne Rundfunkübertragungen. Die Entscheidungen des Telekommunikationsausschusses, dessen Mitglieder sich mehrheitlich aus Repräsentanten der regierenden Partei konstituierten, waren nämlich absolut willkürlicher Natur, weshalb die Arbeit so eines Ausschusses in den Nachkriegsjahren für die Öffentlichkeit gänzlich intransparent war. Die Frequenzvergabe für kommerzielle Fernsehsender war zu dieser Zeit abhängig vom Kroatischen Fernsehen HTV, weil diese Anstalt das gesamte Sendernetz beanspruchte. Wegen der Intransparenz des Telekommunikationsausschusses gab es deshalb keine Möglichkeit festzustellen, wie viele Frequenzen tatsächlich zur Verfügung stehen und welchen Kriterien der Vergabe einige dieser Frequenzen unterliegen (Buden, 1999). Diese Problematik der Monopolstellung des HRT über die Frequenzen, ist in Kroatien besonders zum Ausdruck gekommen, als RTL 2003/2004 in den kroatischen Medienmarkt einsteigen wollte und es ein „Hin und Her“ um das dritte Programm des HTV gab, dessen Konzession RTL erwerben wollte.

Doch bis zur Jahrtausendwende hat der Kroatische Rundfunk - HRT, insbesondere das Kroatische Fernsehen – HTV, unangefochten das Medienbild des Landes mit seinen drei Kanälen HTV1, HTV2 und HTV3 dominiert. Mit seinen Sendeanlagen hat es sich HTV auch technisch ermöglicht das ganze Land und Übergangsgebiete in Nachbarländern abzudecken und blieb damit der führende Sender, ohne wirkliche Konkurrenz. Der

generelle Eindruck dieser Zeit könnte zusammengefasst werden in der Beurteilung, dass man anhand der zentralen informativen Sendungen<sup>21</sup> immer noch klar sehen konnte welche Partei zur Zeit regiert. Wegen solchen Beurteilungen und Kritiken, u.a. auch von europäischer Seite, waren neue, überarbeitete Gesetze für den kroatischen Mediensektor Pflicht. Es musste endlich zur wahren Unabhängigkeit und Pluralität kommen, und der „de iure“ öffentlich-rechtliche Sender sollte nun auch „de facto“ einzig der Öffentlichkeit dienen.

Der Grund so einer Situation und der Abhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und des Großteils der heimischen Medien vom Staat, war die schlechte wirtschaftliche Situation einer Nachkriegsgesellschaft. Der HRT hatte zu viele Eingestellte und war jahrelang im finanziellen Minus. Und doch mussten Wege gefunden werden um zu überleben und die Führungsposition auf dem Markt zu behalten. Die Stütze wurde anscheinend beim Staat gesucht. Obwohl einige Auslandsinvestitionen in den Bereich der audiovisuellen Medien geflossen sind, konnte keine der lokalen Fernsehanstalten es schaffen die Pluralität zu verbessern und auf nationaler Ebene zu senden, unabhängig von der Programmqualität. Relevante lokale Fernsehsender Kroatiens zu der Zeit waren TV Moslavina, TV Nova Pula, TV Čakovec, Vinkovačka TV, Gradska TV Zadar, OTV Zagreb, RI-TV Rijeka, ATV Split, Nezavisna istarska televizija Pazin, Televizija Slavonije i Baranje Osijek, VTV Varaždinska televizija, Kanal RI Rijeka und die neu gestartete Nova TV. Das Angebot der privaten Sender war demnach sehr rar und unzureichend um ein wirkliches duales System in Kroatien aufleben zu lassen. Hinzu kommt, dass die lokalen Fernsehsender, die ihren Existenzkampf führten, allesamt etwas gemeinsam hatten, und das ist die Abwesenheit jeglicher Transparenz im Bereich des Medieneigentums. Es fehlten auch die nötigen finanziellen Mittel um die technischen Kapazitäten, die meistens sehr veraltet waren, zu verbessern. Im Jahr 1999 hat das überarbeitete Telekommunikationsgesetz die Lage der

---

<sup>21</sup> „Dnevnik“ war in Jugoslawien und ist auch im heutigen Kroatien die meist gesehene Nachrichtensendung. Es ist so etwas wie die Tagesschau in Deutschland, mit dem Unterschied, dass Dnevnik etwa eine halbe Stunde dauert. Es gab verschieden Dnevnik-Sendungen z.B. auf TV Sarajevo und TV Beograd, wobei es auch einen Austausch von Informationen und Beiträgen gab. Diese Dnevnik-Tradition wurde in den neuen unabhängigen Staaten fortgesetzt, wobei die Beliebtheit dieses Formats und Sehgewohnheiten geblieben sind. Die Zuschauer sind einfach daran gewöhnt um 19.30h den Fernseher einzuschalten um Dnevnik anzuschauen. Deshalb sind diese Nachrichtensendungen ein guter Barometer der gesellschaftlichen Ereignisse und der An- oder Abwesenheit von politischem Einfluss in jedem der ex-jugoslawischen Länder.

kommerziellen Sender etwas erleichtert, denn es ermöglichte die Vernetzung deren Programminhalte für die Zeit von bis zu fünf Stunden täglich.

Doch auch dann war es den privaten Fernsehsendern schwer auf dem Medienmarkt zu bestehen und die Versuche der Vernetzung haben den privaten Sektor letztlich nicht entscheidend gestärkt. Denn auch im Werbebereich hatte HRT die meisten Einnahmen.

Der Hörfunkbereich konnte sich dem Staatseinfluss und der gewissen Monopolstellung des Kroatischen Radios (HR) ebenfalls nicht entziehen. Allerdings haben zu der Zeit die etwas über 100 lokalen Radiosender einen Lichtblick in diese Situation geboten (Buden 1999). In Kroatien hat sich die Situation, wie bspw. in den Nachbarländern Bosnien-Herzegowina und Serbien, nach dem Krieg in der Richtung entwickelt, dass eine Vielzahl neuer Sender entstanden ist, die einen chaotischen Zustand der Medienlandschaft sogar gefördert haben. Aufgrund dieser Vielzahl und des gewissen Chaos im Hörfunkbereich konnte der Staat in dieses Chaos nicht eindringen und seinen Einfluss beim Hörfunk nicht dermaßen ausüben wie im Bereich des Fernsehens. So konnten zwischendurch Proteststimmen im Radio eher zum Ausdruck kommen. Ein Beispiel dafür ist das Zagreber Jugendradio 101 (Stojedinica), das auch in den Gründerjahren in den Achtzigern ab und an als eine Plattform für oppositionelle Stimmen gegen das sozialistische Regime gedient hatte. Nachdem Kroatien unabhängig wurde, führte das Radio 101 seine Tradition fort kritische Stimmen gegen die gegenwärtige Regierung im Äther zu senden. Im Jahr 1996 fällte der Telekommunikationsausschuss die Entscheidung Radio 101 die Lizenz zum Senden zu entziehen. Daraufhin haben sich die Bürger Zagrebs zu einer Großdemonstration zusammengefunden, um für Demokratie und somit für den Erhalt der Sendelizenz des Radios 101 zu protestieren. Der Telekommunikationsausschuss gab unter dem Druck der Öffentlichkeit nach und Radio 101 behielt seine Konzession.

Trotz einigen Lichtblicken im kroatischen Medienwesen und den immerhin gesetzlich garantierten Medienfreiheiten, gab es bis zur Jahrtausendwende immer noch keinen wahrlich funktionierenden Medienmarkt in Kroatien. Der Anfang des neuen Jahrtausends war allerdings zugleich ein neuer Anfang für die kroatische Medienlandschaft. Zu Anfang des Jahres 2000 kam es zum Machtwechsel im Land.

Die politische Führung des Landes bildete eine Koalition, angeführt von Sozialdemokraten. Doch, außer diesem Umbruch auf der politischen Szene, kam es auch langsam zu einem Umbruch im Denken der Machthaber, dass es schneller voran gehen sollte mit der europäischen Integration. Diese aber wiederum verlangt nach einer Demokratisierung und adäquater Gesetzgebung im Medienwesen. Einer der größeren Schritte bei der Heranführung des Mediensektors an die EU war die Unterzeichnung der Europäischen Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen im Jahr 1999 (Europarat 2009, Liste der Unterzeichnerstaaten), da dies Kroatien an die „Spielregeln“ der EU im Bereich der Fernsehübertragung entscheidend gewöhnen und vorbereiten kann. Die Unterzeichnung wurde durch die parlamentarische Prozedur Ende 2001 mit einem Gesetz bestätigt<sup>22</sup>. Nun mussten die Vorgaben der Konvention in die Landesgesetze integriert werden und die existierenden Gesetze dort koordiniert werden wo Koordinierungsbedarf bestand. Auch, weil sich Kroatien verpflichtet hatte auf die Regelungen der EU-Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“, einzugehen. Es musste mehr auf Werbung geachtet werden, bzw. welche Werbung veröffentlicht wird und wie viel davon, wie auch auf andere Regelungen im audiovisuellen Bereich, wie bspw. Jugendschutz, Eigenproduktion sowie Einhaltung des vorgeschriebenen Programmanteils europäischer Werke.

Zur gleichen Zeit schaffte es eine private Fernsehanstalt sich aus den Zwängen der veralteten Strukturen zu bewegen und innerhalb der ersten drei Jahre immer mehr Zuschauer für sich zu gewinnen – Nova TV. Dieser Sender war die erste richtige kommerzielle Fernsehanstalt mit der Lizenz zum landesweiten Senden. Nova TV erhielt vom Telekommunikationsausschuss im Juli 1999 die vierte nationale Konzession, die ein Jahr zuvor ausgeschrieben wurde. Dieser neue Privatsender war der einzige Bewerber, der überhaupt Interesse gezeigt hatte, die Konzession zu erwerben, weil die Sendeanlagen dieses vierten Netzes (die anderen drei hielt HRT) nicht ausgebaut waren (Macan IRIS 1999-9:10/18). Trotzdem nahm Nova TV diese Hürde auf sich und Kroatien bekam den ersten nationalen Privatsender. Sendestart war am 28. Mai 2000 (novatv.hr). Die Einführung einer privaten Sendeanstalt auf dem ganzen

---

<sup>22</sup> Zakon o potvrđivanju Europske Konvencije o prekograničnoj televiziji i protokola o izmjenama Europske Konvencije o prekograničnoj televiziji 2001.

Landesterritorium war zwar nicht zufriedenstellend für den Wettbewerb auf dem Fernsehmarkt, es war aber ein erster Schritt hin zum dualen System und dem Ende der ausschließlichen HRT-Dominanz. Im Jahr 2003 hatte der Sender bereits 26 Prozent Zuschaueranteil (Obradović 2003, S. 3). Nova TV verdankt seine steigende Popularität größtenteils den qualitativ umstrittenen Casting- und Realityshows und ähnlichen Fernsehformaten, die auch im deutschen bzw. westeuropäischen Privatfernsehen anzutreffen sind. Ein akzeptables informatives und/oder edukatives Programm hatte der junge Privatsender nicht. Außerdem trug Nova TV das Etikett einer fraglichen Transparenz. Es war nicht ganz klar wer nun der wahre Besitzer des Senders ist. Als Hauptbesitzer galt Ivan Čaleta, der auch Anteile des slowenischen TV3 und des bosnisch-herzegowinischen OBN hat. In den Medien wurde damals sehr viel spekuliert wie hoch der Anteil Čaletas an diesen Sendern tatsächlich ist.<sup>23</sup> Dieses zeugte wiederum davon, dass auch drei Jahre nach dem Machtwechsel in Kroatien die Transparenz in den Medien immer noch nicht gewährleistet werden konnte und die existierenden Gesetze nicht in dem Maße umgesetzt wurden wie sie es hätten sollen.

Zur Zeit als das neue Mediengesetz Thema der öffentlichen Diskussion war und als es in die parlamentarische Prozedur eingeführt werden sollte, hat sich 2003 das Helsinki Committee Kroatien mit einer Pressemitteilung in der Öffentlichkeit gemeldet, in der es die aktuelle Situation in der kroatischen Medienszene als „ziemlich schlecht“ beurteilt. Darin heißt es, dass die Freiheit der Medien einen Fortschritt erzielt hat, aber es wird auch hervorgehoben dass die Politik immer noch Einfluss auf die Medien ausübt.

Im Februar gleichen Jahres wurde das überarbeitete HRT-Gesetz verabschiedet. Es hat sehr viele Diskussionen in der Öffentlichkeit verursacht, weil darin aufgeführt wird, dass nicht mehr der zivile Sektor den Programmrat des HRT wählt, sondern wieder das Parlament. Die Europäische Kommission hat sich zu diesem Gesetz negativ geäußert. Das neue Gesetz garantiere keine Mechanismen um den politischen Einfluss auf das einflussreichste Medium des Staates zu eliminieren (Obradović 2003). Außerdem wurde in diesem Gesetz auch festgesetzt, dass die Frequenz für das dritte Programm des HTV zu Privatisierungszwecken freigegeben wird. Das Programm des HTV 3 wurde nämlich während Umstrukturierungsmaßnahmen des HRT im Jahr 2002 formell abgeschafft und

---

<sup>23</sup> Vgl. Pressearchiv von Vjesnik, Nacional u.ä.

es wurde stattdessen ein drittes Programm – HRT Plus – per Satellit initiiert. Vorher gab es aber ein öffentliches Gerangel um die Abschaffung des dritten Kanals. Die Änderung des HRT Gesetzes von 2001 sah vor, dieses dritte Netz potentiellen neuen Wettbewerbern zur Verfügung zu stellen. Nach dem HRT Gesetz aus 2001 hätte das dritte terrestrische Frequenznetz im März 2002 privatisiert werden sollen, doch wegen der äußerst langsamen Arbeit der Regierung, die die Ausschreibung für die Privatisierung nicht rechtzeitig veröffentlicht hatte, verzögerte sich der Privatisierungsprozess. Deshalb verloren einige Interessenten, u.a. aus Italien (Berlusconis Fininvest) und den USA (CME), die Geduld und sprangen als eventuelle Investoren ab (Macan IRIS 2002-10:9/16; Macan IRIS 2001-5:11/11).

Diese Situation hat die RTL Group als Eigenvorteil betrachtet, hat abgewartet bis die Ausschreibung zur Privatisierung endgültig veröffentlicht wird (Dezember 2002/Januar 2003) und das neue HRT Gesetz von 2003 die endgültige Position der HRT Frequenznetze löst. Schließlich wurde unter allen Bewerbern RTL ausgewählt, womit sich die RTL Group die Rechte für dieses terrestrische Signal sicherte. Die Lizenz zum Senden bekam RTL Ende März 2004 (Macan IRIS 2003-9:9/17;; Macan IRIS 2003-1:11/21). So hielt ein weiterer privater Fernsehsender auf nationaler Ebene in Kroatien Einzug, mit dem offiziellen Namen „RTL Televizija“. Die Transparenz von RTL Televizija war von Anfang an nicht fraglich, da der Sender in den Händen der RTL Group, bzw. von Bertelsmann ist. Der Programminhalt wurde angeglichen oder besser gesagt kopiert vom deutschen Programm des Senders RTL und dessen Programmfenstern. Dieses Konzept hat sich aber auch in Kroatien als schnelles Erfolgsmodell eines Privatsenders bewiesen. Denn das kroatische Publikum hat die RTL Programminhalte sehr gut angenommen, weil sie für sie neu und „westlich“ waren. In den ersten Sendejahren hat sich RTL zu ernstzunehmender Konkurrenz im Fernsehmarkt entwickelt, und glänzte mit hohen Zuschauerquoten. Die Monopolstellung des HRT, auch bezüglich der Programminhalte, stand auf der Kippe. Denn Nova TV verbesserte ebenfalls ihr Programm. Der Sender begann u.a. ein informatives bzw. ein Nachrichtenprogramm zu senden. Auf diesem Gebiet der Nachrichten und Information hatte bis dahin HRT die unangefochtene Führungsposition. Im Jahr 2004 verkaufte schließlich Ivan Čaleta den Sender dem amerikanischen Medienmagnaten Ronald Lauder. Ab diesem Zeitpunkt gehört Nova TV

zu 100% der Medienkorporation CME, die bereits seit Ende der Neunziger Jahre versucht hatte in den kroatischen Medienmarkt einzudringen.

Die Jahre 2003 und 2004 waren Jahre der großen Veränderungen im kroatischen Medienwesen. Neben dem HRT-Gesetz wurde Mitte 2003 auch das neue *Gesetz über elektronische Medien* verabschiedet, welches vor allem grundlegend ist für die Arbeit des *Rates für elektronische Medien* (VEM - Vijeće za elektroničke medije). Dieser hat den nationalen Rundfunkrat (Vijeće za radio i televiziju) in seiner Funktion abgelöst und hat ab diesem Datum nun die Funktion einer Regulierungsbehörde für den Bereich der elektronischen Medien eingenommen. Somit ist der Rat für elektronische Medien auch für die Vergabe der Konzessionen verantwortlich. Mit der Gründung des Rates für elektronische Medien hat Kroatien einen Schritt vorwärts getan, obwohl auch diese Regulierungsbehörde in ihren Gründungsakten dem Parlament unterliegt. Der Rat für elektronische Medien wurde inzwischen in die *Agentur für elektronische Medien* (AEM – Agencija za elektroničke medije) eingegliedert, die Ende 2007 gegründet wurde. Diese Agentur wurde gegründet nachdem das Gesetz über elektronische Medien 2007 ebenfalls geändert und erweitert wurde.

Doch bis zu diesem ausführendem Regulierungsfundament mussten erstmal die entsprechenden Mediengesetze auf den Weg gebracht werden. So war auch das entscheidende am Gesetz von 2003, dass es die wichtigsten Regelungen, die das Übereinkommen über grenzüberschreitendes Fernsehen und die Fernsichtlinie der EU vorschreiben, in nationales Recht umgewandelt und somit auch die Entscheidungen des Parlaments von 2001 nochmal in einem Mediengesetz aufs Papier gebracht hatte. So wurden mit dem Gesetz über elektronische Medien Bereiche für den Rundfunk und elektronische Publikationen geregelt, die mit den EU Vorgaben übereinstimmen müssen, wie z.B. der Werbebereich, die Eigenproduktion, der Anteil europäischer Werke, die Transparenz des Medieneigentums, usw. Zudem ist in diesem Gesetz der Schutz des Pluralismus und der Vielfalt der elektronischen Medien festgeschrieben worden. Am Bedeutendsten ist aber, dass mit diesem Gesetz generell die Regulierung des Marktes der elektronischen Medien festgesetzt wurde. Bis dahin haben dies verschiedene andere Gesetze getan: das HRT Gesetz, das Telekommunikationsgesetz und das Gesetz über öffentliche Bekanntmachungen. Kroatien blieb gewissermaßen



durch die Ratifizierung sowie das Inkrafttreten des Übereinkommens über grenzüberschreitendes Fernsehen<sup>24</sup> und die voranschreitende Angleichung an den *acquis communautaire* der EU, nichts anderes übrig als ein einziges Gesetz auszuarbeiten, das den Bereich der elektronischen Medien reguliert, um die bis dahin zersplitterte Gesetzgebung zu vereinfachen. Es wurden somit Grundlagen geschaffen, gleiche Standards für die elektronischen Medien im Land einzuführen sowie diese Standards mit denen der EU zu koordinieren (Zakon o elektroničkim medijima 2003; Macan IRIS 2003-9:9/17) .

Den Gründungen der Medienregulierungsbehörden sowie den Gesetzesänderungen ging ein politischer Machtwechsel voran. Ende 2003, Anfang 2004 kam es in Kroatien wieder zum Regierungswechsel. Die reformierte HDZ kam an die Macht und löste die von Sozialdemokraten angeführte Koalition ab. Gleich zu Anfang der Regierungsperiode verabschiedete das Parlament 2004 ein neues umfassendes *Mediengesetz* und löste damit das alte Gesetz über öffentliche Kommunikation/Information ab. Das Entscheidende an dem neuen Gesetz ist, dass es sich auf alle Medien in Kroatien bezieht. So wie kurz davor ein umfassendes Gesetz zur Regulierung der elektronischen Medien verabschiedet wurde, so wurde auch ein Gesetz auf den Weg gebracht, das nun alle Medien betrifft, sei es Rundfunk oder Print. Das Mediengesetz bezieht sich in erster Linie auf die Gewährleistung der Medienfreiheiten, die in Artikel 3 ausdrücklich garantiert werden. Zudem werden insbesondere die Rechte der Journalisten und anderer Mitarbeiter in den Medien, die Rechte und Pflichten der Verlagsgesellschaften, der Wettbewerb auf dem Markt, das Recht auf Gegendarstellung, u.a. reguliert (Zakon o medijima 2004).

Obwohl nun Einiges in der Medienregulierung getan und umfassende Gesetze verabschiedet wurden, blieben viele Kontroversen bezüglich der Konzentration des Eigentums und des Schutzes von Informationsquellen bestehen. Seit dem demokratischen Wandel in Kroatien Anfang der Neunziger, wurde immer wieder vom Staat betont, man garantiere die Medienfreiheiten und Journalisten seien ausreichend

---

<sup>24</sup> Kroatien ratifizierte das Übereinkommen über grenzüberschreitendes Fernsehen am 12. Dezember 2001. Im Frühjahr 2002 (1. April) trat das Übereinkommen in Kraft. Quelle: Europarat 2009, Liste der Unterzeichnerstaaten, Zugriff: 10.01.2009

geschützt. Zu diesen Zwecken wurden Gesetze verabschiedet, die des öfteren in Revision gehen mussten oder ganz neue Gesetze nötig waren, weil hier und da Mängel nachgewiesen worden waren. Trotzdem waren und sind die Journalisten in Kroatien nicht ausreichend geschützt, was sich andererseits auf die Medienfreiheiten auswirkt. So hat es z.B. 2004 einen Fall gegeben, bei dem ein Journalist des Kroatischen Fernsehens (HTV) wegen angeblicher Verleumdung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, obwohl die kroatische Regierung das Strafrecht im Sommer 2003 erneuert hatte, und sichergestellt wurde, dass Journalisten bei Verleumdungsurteilen nicht strafrechtlich belangt werden können, sondern nur zivilrechtlich (Zvonarić IRIS 2004-8:10/21).

Kritik an den verabschiedeten Gesetzen hatte auch die Europäische Union geäußert, und zwar was das HRT Gesetz angeht. Es wurde die Art kritisiert wie der HRT-Programmrat gewählt wird. Anfang 2005 hat das Parlament angekündigt das HRT Gesetz diesbezüglich ändern zu wollen. So wurde geplant die Anzahl der Mitglieder des HRT Programmrates auf 25 zu erhöhen, wovon 22 von Nichtregierungsorganisationen und dem zivilen Sektor gewählt werden sollten. Obwohl dieser Vorschlag den Vorgaben europäischer Standards entsprach, hat die Opposition sowie der Großteil der Gesellschaft darin einen verdeckten Versuch der regierenden HDZ gesehen, die Kontrolle über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu erhalten (o.V. Overview Media Legislation in SEE 2006, S. 17). Diese Bestandsaufnahme der Situation in den kroatischen Medien hat auch der Bericht der Europäischen Kommission von 2006 bestätigt. In dem Bericht heißt es, dass Kroatien zwar eine Menge Bestimmungen der Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen umgesetzt hat, aber dennoch Regulierungsbedarf bei Werbemaßnahmen u.ä. bestehe. Weiter heißt es in diesem Bericht, dass die Ratschläge des Europarates und der OSZE aus dem Jahr 2004 nicht beachtet wurden und dass eine Revision des Gesetzes über elektronische Medien nötig sei um einen transparenten, zuverlässigen und effektiven Rechtsrahmen etablieren und die politische Unabhängigkeit des Rates für elektronische Medien gewährleisten zu können. Die Kommission empfiehlt eine Revision des HRT Gesetzes um die Unabhängigkeit des Programmrates zu sichern. Zusammengefasst in diesem Bericht meint die Europäische Kommission, dass zwar einige Fortschritte in der Gesetzgebung des audiovisuellen Bereiches sichtbar seien, es aber noch Bemühungen brauche um eine Liberalisierung

des Kommunikationsmarktes zu erreichen. Dabei wurde besonders die Stärkung der Telekommunikationsagentur unterstrichen (EC Croatia Progress Report 2006, S. 35 f.).

Aufgrund dieser Anmerkungen von Seiten der EU, des Europarates u.a. wurde das Gesetz über elektronische Medien im Juli 2007 in der parlamentarischen Prozedur überarbeitet und geändert. Die Änderungen bezogen sich darauf, die Gesetzgebung in Einklang mit der europäischen zu bringen. So wurde bspw. das Gesetz bei den Regelungen zum Schutz von Minderjährigen insoweit ergänzt, dass es mit der Fernsehrichtlinie übereinstimmt. So auch wenn es um die Medien- sowie die Programmfreiheiten geht, die jetzt ausdrücklich und ohne Abweichungen garantiert werden. Elemente der Änderungen des Gesetzes über elektronische Medien betrafen zudem die Werbedauer und -inhalt und den Anteil europäischer audiovisueller Werke (Zvonarić IRIS 2007-9:15/22). Und obwohl mit den Änderungen des Gesetzes die Medienfreiheiten ohne Abweichungen gewährleistet wurden, war das immer noch unzureichend, wie das der Bericht der Europäischen Kommission für das Jahr 2007 zeigt. Darin heißt es, gewisser Fortschritt sei erreicht. Das überarbeitete Gesetz verbessere die rechtlichen Rahmenbedingungen und ver helfe das weitere Heranführen an die Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen. Die Kommission übt hier aber weiter Kritik an dem Auswahlverfahren für den Rat für elektronische Medien, das beim Alten geblieben ist. Außerdem sei die Rolle der zivilen Gesellschaft besonders hierbei ungenügend ausgeprägt, so die Kommission. Der Einfluss der Politik auf die Medien ist weiterhin evident. In diesem Bericht unterstreicht die Kommission diesbezüglich die Notwendigkeit der Unabhängigkeit des Rates für elektronische Medien sowie des HRT-Programmrates. Es wird aber auch hervorgehoben, dass die Regierung nun versprochen hat diese Kritikpunkte von der Europäischen Kommission zu überprüfen, mit dem Ziel der Schaffung eines stärkeren zivilen Sektors und der Minderung der Möglichkeiten des politischen Drucks (EC Croatia Progress Report 2007, S. 30 f.).

Im Frühjahr 2008 kam es zu einer öffentlichen Debatte über die Mediengesetzgebung, nachdem einige Ergänzungen sowie verschiedene Regelwerke zum Gesetz über elektronische Medien verabschiedet wurden. Man kam zum Schluss, dass jetzt die Unabhängigkeit des HRT Programmrates und des Rates für elektronische Medien gewährleistet sei und es Mechanismen gäbe, die den politischen Einfluss auf die Medien

zu verhindern wissen. Das stimmt insoweit auch, wenn man im Augenschein hat, dass die Änderungen des Gesetzes für elektronische Medien und die zusätzlichen Regelwerke die Gesetzgebung mit der EU Fernsehrichtlinie harmonisiert haben. Trotzdem bemängelt die Europäische Kommission in ihrem Fortschrittsbericht von 2008, dass die Gefahr des Einflusses von Wirtschaft sowie zum Teil einiger politischer Interessengruppen geblieben sei (EC Croatia Progress Report 2008, S. 37).

Politischer Einfluss und immer wiederkehrende Versuche der Kontrolle über die Medien, jahrelange Dominanz des Kroatischen Rundfunks HRT, das zuerst als Staatsfernsehen agierte um sich dann in einer langwierigen Umstrukturierung in ein öffentlich-rechtliches Medium zu transformieren, sowie die Intransparenz des ganzen Medienmarktes, haben das Medienbild Kroatiens von der Unabhängigkeit bis heute in entscheidendem Maße geprägt. Die größten Hürden für Kroatien im audiovisuellen Bereich waren und sind zum Teil immer noch:

- die Erlangung der Medienfreiheiten,
- die Unabhängigkeit des Medienwesens vom staatlichen und jeglichem anderen Einfluss,
- die Etablierung eines dualen Systems um die Pluralität zu gewährleisten und den Wettbewerb zu fördern,
- vor allem aber der vollständige Aufbau rechtlicher Rahmenbedingungen, die denen der EU entsprechen.

Insbesondere die Gewährleistung der Medienfreiheiten ist eine der großen Medien-Baustellen Kroatiens, an denen noch jede Menge zu tun ist. So war z.B. die Ermordung des Journalisten Ivo Pukanić, Ende Oktober 2008, ein entscheidender Schlag ins Gesicht der Medienfreiheiten. Pukanić galt zwar als ein kontroverser, aber auch fähiger Enthüllungsjournalist. Er war der Gründer der kroatischen Zeitschrift Nacional und hatte in den Jahren vor seiner Ermordung Drohungen aus verschiedenen Milieus bekommen, darunter auch des kriminellen Milieus. Die Sprengung seines Autos wurde in der kroatischen Öffentlichkeit als ein terroristischer Anschlag allgemein auf die Medien bezeichnet. Die Medienberichterstattung bezüglich dieses Anschlags hat insofern Recht, indem wieder bewiesen wurde, dass die Medienfreiheiten in Kroatien nicht in vollem Maße garantiert sind. Es breitete sich eine zusätzliche Angst bei

Medienleuten aus, was wiederum Zensur und Autozensur hervorrufen könnte.

Dieses hat allerdings auch gezeigt, dass die Medien in Kroatien es schwer haben frei von jeglichen Einflüssen zu agieren. Vor allem dem Rundfunk kommt eine besondere Aufgabe der Förderung einer demokratischen Gesellschaft zu. Das ist jedoch eine schwere Aufgabe wenn man sich die kroatische Medienlandschaft etwas detaillierter ansieht. Die bis dato aufgebauten Bestandteile des dualen Systems funktionieren insoweit. Trotzdem ist es eine Landschaft, in der die Konkurrenz und der Kampf um höhere Einschaltquoten dominieren. Deshalb gehört es zur Aufgabe der öffentlichen Diskussion das existierende duale System zu hinterfragen und in Frage zu stellen ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinem Auftrag gerecht wird sowie ob sich der private Rundfunksektor ebenfalls an die Regeln hält, auf die sich Kroatien auf dem Weg in die EU eingelassen hat.

In den Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission wurde zwar von Jahr zu Jahr festgestellt, dass immer wieder entscheidende Fortschritte im audiovisuellen Bereich gemacht wurden und ein zufriedenstellendes Reformtempo im audiovisuellen Sektor evident ist. Zudem schreitet das Land auch geplant voran, beim Aufbau des digitalen Fernsehens, dessen Einführung bis 2011 abgeschlossen sein sollte. Trotzdem sollten die kroatischen Regierenden in den höheren Gang schalten, wenn sie ein für Europa akzeptables Medienwesen haben wollen. Und wenn sie, wie geplant, bis Anfang der nächsten Dekade in die Europäische Union aufgenommen werden wollen.

#### 4. 3. Bosnien und Herzegowina

Kein Land ist wohl so spezifisch wie Bosnien und Herzegowina (BiH)<sup>25</sup> es unter den ehemaligen jugoslawischen Republiken ist. So wie der Staat ziemlich kompliziert aufgebaut wurde, so ist dementsprechend auch das Mediensystem in allgemeinen chaotischen Umständen entstanden und hat sich in dieser Manier weiterentwickelt. In keinem anderen Land Südosteuropas waren die Medien in derartigem Maße das Spiegelbild der Gesellschaft und dessen was auf politischem Terrain passiert als gerade in BiH. In diesem Land, das wegen seiner Multinationalität und -konfessionalität des öfteren auch „Klein-Jugoslawien“ genannt wurde und wird, hat von allen ex-jugoslawischen Ländern die härteste demokratische Transformation in der Gesellschaft vollziehen müssen um seine Unabhängigkeit zu erlangen und zu behalten. Die bosnisch-herzegowinischen (Abk. bh.) Medien, vor allem das Fernsehen, haben bereits vor der Erlangung der Unabhängigkeit nationalistische Richtungen eingeschlagen. Dieser Trend der nationalen Aufspaltung der Medien hat sich während des Krieges 1992 – 1995 weiter vertieft, um in den ersten Jahren nach dem Dayton-Friedensabkommen noch offensichtlicher zu werden. In seinem Bericht zur Lage der Medien in BiH bis 2005 schreibt Babić:

„Die Heimatmedien teilen, allem Anschein nach, das Schicksal des total gespaltenen Landes. Außer einigen seltenen Ausnahmen, sind die heimischen Medien ein zuverlässiges Barometer und klare Reflexion des zutiefst geteilten Landes – im geopolitischen, strategischen, ökonomischen, kulturellen, konfessionellen und jedem anderen Sinne.“(Babić 2005, S. 28)

Besonders in einer Gesellschaft wie in Bosnien und Herzegowina, war die Rolle der Print-, aber größtenteils der elektronischen Medien beim Aufbau der Demokratie von herausragender Bedeutung. Die Internationale Gemeinschaft hat große Bemühungen daran gesetzt einen akzeptablen Rechtsrahmen gemäß den europäischen Vorgaben auszuarbeiten. Der Dayton-Friedensvertrag<sup>26</sup> hat zwar formell und inhaltlich den Rechtsrahmen für den Staat Bosnien und Herzegowina und die darin funktionierenden Entitäten – Föderation von BiH und Republika Srpska – festgelegt, einen Rechtsrahmen

---

<sup>25</sup> „BiH“ ist die allgemeine internationale Abkürzung von Bosnien und Herzegowina.

<sup>26</sup> Unterzeichnet am 21. November 1995 in Dayton (Ohio), USA.

für den Mediensektor schließt dieser Vertrag nicht mit ein. Es wird an keiner Stelle des Vertrages die Frage der Medien aufgegriffen. Für Rechtsexperten im Land bedeutete dies, dass der Vertrag deshalb die Verantwortlichkeit von Medienangelegenheiten in die Zuständigkeit der Entitäten, und nicht des Staates, gelegt hat. So wurde in den Teilstaaten Bosnien-Herzegowinas die Medienregulierung verschieden aufgefasst und so durchgeführt wie es hier oder da gepasst hatte. De facto gab es aber keine Regulierung sondern Medienchaos. Deswegen hat die Internationale Gemeinschaft einige Parallelprozesse in Bosnien und Herzegowina angefangen, und zwar mithilfe des Büros des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina (OHR)<sup>27</sup> und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)<sup>28</sup>. Die OSZE übernahm in den ersten Nachkriegsjahren die Initiative und Verantwortung im Prozess der Begleitung von Medien und ihrer Kontrolle. Es wurde das Ziel gesetzt, eine stabile Entwicklung der Medien in Einklang mit den Standards westeuropäischer Gesellschaften in BiH zu schaffen.

Die Internationale sowie die Europäische Gemeinschaft waren der Meinung es sei eine lösbare Aufgabe für die dortigen Politiker und Machthaber einen annehmbaren Rechtsrahmen für den audiovisuellen Sektor, als auch für den ganzen Mediensektor, herausarbeiten zu können. Doch das hat sich als eine überaus schwierige Angelegenheit herausgestellt. Denn wie die ganze Gesellschaft in BiH in Trümmern stand, so war auch der Mediensektor in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zersplittert und zum großen Teil im Chaos versunken. Die Zuständigkeit der Entitäten für den Aufbau und die Rekonstruktion des Medienwesens in BiH war ein Hindernis für das Einigen auf Regeln und Gesetze, die auf dem Territorium des ganzen Landes gelten sollten. Der Hohe Repräsentant für Bosnien-Herzegowina hat im Nachhinein eine Erklärung über den Telekommunikations- und Rundfunksektor erlassen, in der er erläuterte, dass dieser Sektor mit einem Gesetz auf Staatsebene reguliert werden muss. Allerdings hielt man in den ersten Nachkriegsjahren an der ersten Interpretation des Dayton-Friedensvertrages, nach der die ganze Medienregulierung sowie die des Telekommunikationssektors in die Zuständigkeit der Entitäten fällt, fest. Dies hatte zur Folge eine sehr mühsame und vor

---

<sup>27</sup> OHR = Office of the High Representative

<sup>28</sup> OSCE (OSZE) = Organisation for Security and Co-Ordination in Europe

allem späte Einführung eines öffentlich-rechtlichen Senders, der das ganze Land repräsentieren und auf ganzem Territorium gesendet werden würde (Udovičić, R. 2003; Topić 2005, S. 1ff.).

Ab 1995 übernahm, wie bereits erwähnt, die OSZE die „allschaffende“ Rolle für das Medienwesen in BiH. Im Jahr 1998 wurde die *Unabhängige Medienkommission* (IMC)<sup>29</sup> gegründet, die die Aufgaben der OSZE im Medienbereich übernahm. Der Gründung einer Regulierungsagentur ist im Falle Bosnien-Herzegowinas nicht ein Mediengesetz vorausgegangen, sondern ein Beschluss des Hohen Repräsentanten für BiH. Die Unabhängige Medienkommission – IMC – bestand hauptsächlich aus Vertretern der internationalen Gemeinschaft. Auf diese Weise hat man den Aufbau und die Entwicklung des Mediensektors nicht in die Hände der heimischen Verantwortlichen legen wollen, da sie sich als inkompetent bewiesen hatten einen für alle Völker Bosnien-Herzegowinas annehmbaren Rechtsrahmen für das Medienwesen auszuarbeiten. Zudem waren sich auch viele Medienexperten (vgl. Bsp. Topić) einig darüber, dass diese Art von „Protektorat über die Medien“ seitens der Internationalen Gemeinschaft zu der Zeit notwendig gewesen ist. Der Grund warum die Internationale Gemeinschaft die Ausarbeitung eines Rechtsrahmens nicht den Politikern der Nachkriegszeit in BiH überlassen hatte, war u.a. weil die politischen Parteien die Verwirklichung des Rechtes auf Information verhindert hatten, die Gesellschaft ethnisch geteilt war und das Land nicht reif genug um die Implementierung dieser Rechte durchzusetzen. In diesem Sinne sollte genau die IMC den Weg für eine Gesetzgebung in Einklang mit den europäischen Medienstandards ebnen (Topić 2005, S. 7; Babić IRIS 1998-10:13/21). Nachdem die IMC ihre Arbeit aufgenommen hatte, trat am 1. August 1998 der Rundfunkkodex in Kraft. Dieser Kodex bedeutete die grundlegende Richtlinie, nach der sich der Rundfunksektor in BiH zu richten hatte (Jusić/OSI 2005, S. 260). Gleichzeitig wurde festgelegt, dass die Regulierungsagentur breitgefächerte Befugnisse hat und scharfe Strafmaßnahmen anwenden darf, wenn dieser Kodex von einer Hörfunk- oder Fernsehanstalt in irgendeinem Punkt überschritten wird. Bei Missachtung des Kodexes, konnte die IMC Sanktionen in Form von Geldstrafen, Sendeverbot und Entziehung von Frequenzen anwenden, im schlimmsten Szenario

---

<sup>29</sup> IMC = Independent Media Commission



sogar die multinationalen Friedenstruppen einsetzen um einen Sender zu schließen. Das war in der unsicheren Nachkriegszeit aber eine sichere Maßnahme und sinnvoll, meint Udovičić, um der damaligen systematischen Deregulierung des Mediensektors ein Ende setzen zu können (Udovičić, Z. 2003, S. 225).

Doch um verstehen zu können warum es bis Ende 1998 keine Regulierung des Medienwesens gab und warum der Hohe Repräsentant für BiH selbst seine Befugnisse einsetzen musste um eine Regulierungsagentur zu gründen, muss man auch die politische Lage der Nachkriegszeit in so einem komplexen Land betrachten.

Nach den ersten freien Wahlen, die in BiH am 14. September 1996 stattfanden, bildeten nationalistisch orientierte Parteien die Regierung, was der Demokratisierung des Landes keine blumige Zukunft versprach. Wenn man dann noch in Betracht nimmt, dass Medien den demokratischen Umbruch in einem postsozialistischen Land vorantreiben sollten, und dass es in BiH zu der Zeit noch keinen ansatzweise funktionierenden Mediensektor gab, war auch die europäische Zukunft Bosnien und Herzegowinas auf höchst wackeligen Beinen. Die Internationale Gemeinschaft und die europäischen Institutionen, die in der Zwischenzeit mit ihren Büros auch in BiH vertreten waren, haben sich bemüht die ersten Gesetze, die die Medien betreffen, mit denen der EU in Einklang zu bringen. Doch die komplizierte Staatsstruktur hat sich durch die letzten Jahre hindurch immer wieder als Bremsfaktor für die Verabschiedung und/oder die Implementierung noch so gut ausgearbeiteter Gesetze gezeigt. Die elektronischen Medien, allem voran die Fernsehanstalten, waren noch immer geteilt und anfällig für Hasssprache. Die Teilung des Landes auf zwei starke Entitäten und einen schwachen Staat hat sich zudem auch auf die Medienwirtschaft negativ ausgewirkt. Auch wenn es noch so gute Vorsätze gab, gab es keinen Medienwirtschaftsraum, der sich nach europäischen Standards richten hätte können. Der Frieden war da, aber freie und professionelle Medien, die eine europäische Gesellschaft fördern könnten, gab es nicht. Das erkannten auch die Vertreter der Internationalen Gemeinschaft in BiH sehr klar. Der Beschluss sich auf den Kampf für freie Medien zu konzentrieren war somit ein logischer Schritt der Internationalen Gemeinschaft, den sie auf der Konferenz in Sintra (1997) aufs Papier brachte. Die Mitglieder des Rates zur Friedensimplementierung kamen auf dieser Konferenz zu dem Schluss, dass die Medien in BiH nicht genug zur

Förderung der Äußerungsfreiheit und des Aufbaus von Vertrauen zwischen den verfeindeten Völkern getan haben. Der Hohe Repräsentant wurde aufgerufen, alle Medien, deren Programmgestaltung nicht dem Sinn des Dayton-Abkommens entspricht, einzustellen oder zu verbieten. Obwohl BiH eine Regierung hatte, war es das OHR, oder besser gesagt der Hohe Repräsentant selbst, der nun das letzte Wort hatte. Die Entwicklung eines akzeptablen Rechtsrahmens für Medien in BiH lag demnach völlig in Händen der Internationalen Gemeinschaft.

Die Förderung der unabhängigen Medien ist der Schlüssel zur Entwicklung von demokratischen Institutionen – so lautete der Beschluss der Konferenz des Peace Implementation Councils in Sintra. Von beiden Entitätsregierungen wurde verlangt, die Schaffung eines *Open Broadcast Networks* (OBN) zu unterstützen und den Bürgern den freien Zugang zu unabhängigen elektronischen Medien zu ermöglichen.

Nachdem auf der Konferenz in Sintra beschlossen wurde, die Medienregulierung ernster anzugehen, wurden auf der Bonner Konferenz zur Friedensimplementierung im Dezember 1997 die Machthaber in BiH aufgefordert dringend und vollständig neue Mediengesetze anzuwenden und eine ständige Behörde zur Regulierung in diesem Bereich einzurichten. Nach dieser Konferenz wurde dann im Juni 1998 IMC auch gegründet. Das wurde in der Öffentlichkeit verschieden aufgefasst. In Sarajevo sah man dies als eine Notwendigkeit an, in Banja Luka (Republika Srpska) wurde dies als eine Verletzung des Friedensabkommens bewertet (Topić 2005). Die Gründung der Unabhängigen Medienkommission ist, generell gesehen, in der bosnisch-herzegowinischen Öffentlichkeit, besonders bei führenden Politikern, auf starke Kritik gestoßen. Es muss aber in Betracht genommen werden, dass die OSZE die Aufgabe der Aufsicht des Mediensektors auch nur zeitlich begrenzt auf sich genommen hatte. Um neue Mediengesetze implementieren zu können wurde eine unabhängige Aufsichtsbehörde nach europäischem Modell dringend gebraucht um ein stabiles Medienwesen etablieren zu können und eine Einigung über die ausgearbeiteten Mediengesetze zu erzielen. Deshalb wurde den Verantwortlichen in BiH zu diesem Zeitpunkt auch langsam klar, dass so eine Aufsichtsbehörde, bzw. Regulierungsagentur für eine demokratische Weiterentwicklung des Landes tatsächlich nötig sei (Babić 2002). Hinzu kommt dass sich BiH in der Zeit der Gründung des IMC um die Mitgliedschaft im Europarat beworben hatte. Dieser hatte an das Land wiederum einige

verpflichtende Empfehlungen ausgesprochen bezüglich der Etablierung einer unabhängigen Aufsichtsbehörde. Die Aufgaben der IMC waren:

1. Verteilen von Genehmigungen/Lizenzen an Radio- und Fernsehsender,
2. Verwalten des Frequenzspektrums
3. Schaffung der gesetzlichen Grundlagen

Ihre Aufgaben hat die Regulierungsbehörde ernst genommen und gleich begonnen die Lizenzen sowie diverse Genehmigungen zu überprüfen. Anhand der Kriterien zur Verteilung von provisorischen Genehmigungen wurden 281 elektronische Medien registriert. Davon waren 210 als Radio- und 71 als Fernsehsender registriert (Topić 2005). Die Behörde fing gleich an, die Arbeit der elektronischen Medien in BiH gemäß den europäischen Standards zu regulieren, was u. a. auch eine Art Säuberung des BiH-Medienraums bedeutet hatte. Denn so eine große Zahl an elektronischen Medien war für ein Land, dessen Einwohnerzahl damals zwischen 3,5 und 4 Millionen geschätzt wurde, zu viel. Experten konnten sich einfach nicht erklären wie sich all diese Medien überhaupt finanziell erhalten konnten. Dieser Medienboom fing gleich zu Kriegsende 1995, und dauerte bis 1999 an - anscheinend bis die Unabhängige Medienkommission angefangen hatte ihre Arbeit durchzuführen. Besonders in den Jahren 2000 und 2001 wurden Lizenzen jedes einzelnen elektronischen Mediums überprüft. Nach diesem Prozess wurde die Zahl von 281 elektronischen Medien reduziert, so dass es im Jahr 2005 noch 189 elektronische Medien gab, davon 147 Radio- und 42 Fernsehstationen. Doch auch diese Zahl deutete immer noch auf eine Unausgeglichenheit im Bezug auf die geschätzte Einwohnerzahl. Da diese Zahl auch nach 2005 nicht entscheidend zurückgegangen ist, behauptet Babić, dass es immer noch zu viele Medien für so ein kleines Land gibt.

Dieser Boom hat zum Teil auch damit zu tun dass, so wie im Absatz über Sloweniens Rundfunk beschrieben, Bosnien-Herzegowina ebenfalls ein Relikt der sozialistischen Zeit mit sich trug – das dritte Rundfunkfeld, wie es Gerl<sup>30</sup> nennt. D.h. bereits vor dem Krieg gab es ein gewisse Zahl an kommunalen Sendern, die dieses „dritte Rundfunkfeld“ ausmachten. Im und nach dem Krieg, hat sich nach diesem Vorbild eine

---

<sup>30</sup> Vgl. 3.4.1. Slowenien

Art Politik der eigenen „kommunalen Sprachrohre“ verbreitet und Radiosender schossen regelrecht wie Pilze aus dem Boden. Hinzu kommt noch die Abwesenheit strukturierter Regulierung, was das Auftauchen neuer Sender nur noch gefördert hatte. Es waren meist Hörfunksender, die gegründet wurden. Zum einen, weil es viel billiger ist sich provisorische Radiotechnik anzuschaffen als Fernsehausrüstung. Zum anderen, weil durch die Kriegswirren die Struktur der Sendeanlagen demoliert wurde und es somit leichter für die Betreiber der neuen Sender war sich Frequenztechnisch auf einem Gebiet zu positionieren. Und da es keine Regulierungsbehörde gab, kann es sehr wohl nachvollziehbar sein, dass unter diesen Umständen die Zahl von 280 Sendern erreicht werden konnte. Doch solche Umstände durften nicht mehr das Medienbild Bosnien-Herzegowinas dominieren und es sollte nun mit der Gründung der IMC ein Umbruch in der Medienpolitik folgen.

Die Unabhängige Medienkommission (IMC), die sich im März 2001 in eine Behörde für den Medien- und Telekommunikationssektor transformiert hat - CRA (Communication Regulatory Agency) – hat in diesen Umbruchjahren sehr viel für die Mediengesetzgebung und die Regulierung in Einklang mit höchsten europäischen Standards getan. Zur gleichen Zeit hat diese Behörde ihren vollen Beitrag geleistet, bei der Ausarbeitung relevanter Gesetze, die den Status von Journalisten und elektronischen Medien definieren, bspw. bei der Ausarbeitung des Gesetzes über das öffentlich-rechtliche System von BiH – PBS BiH<sup>31</sup> (Babić 2005, S. 34; 2002, S. 1ff.). Außerdem hat die IMC einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet bei der Ausarbeitung eines journalistischen Pressekodexes. Dieser wurde von sechs journalistischen Vereinigungen zusammen ausgearbeitet, was einen entscheidenden Schritt nach vorne bedeutet hatte. Mit diesem Kodex haben sich die, die Inhalte in den Medien machen, für eine andere Richtung als die bis dahin geltende entschieden. Sie entschieden sich für Medienfreiheiten und die Einhaltung von ethischen Standards (Pressekodex 2000, S. 7 ff.). Der Pressekodex bildete nun zusammen mit dem Rundfunkkodex einen soliden Regulierungsrahmen für das bh. Medienwesen, auf dem man weiter aufbauen konnte.

Das so groß gelobte Projekt des Open Broadcasting Networks – OBN – hat sich als Flop gezeigt und hat es, trotz einigen ausländischen finanziellen Injektionen, nicht

---

<sup>31</sup> PBS BiH = Public Broadcast System of BiH

geschafft ein auf Dauer ernstzunehmendes Medium zu werden und die Pluralität des Mediensektors zu fördern. Die internationalen Donatoren haben es letztendlich aufgegeben in OBN weiter zu investieren, woraufhin diese Fernsehanstalt an den Rand des finanziellen Ruins gefallen war. Außerdem waren um OBN auch sehr viele Spekulationen in den Medien immer wieder aktuell, wer denn nun der wahre Eigentümer des Senders sei. Nach dem Verkauf der kroatischen Nova TV an den amerikanischen Konzern CME, erwarb der frühere Besitzer von Nova TV Ivan Čaleta Anteile von OBN. Zum Teil wird in den Medien der Region auch heute noch über die wahren Besitzer des Senders spekuliert. OBN agiert heute als ein völlig kommerzieller Sender auf dem bh. Medienmarkt mit einer Lizenz zum landesweiten Senden.

Zur Zeit als das Projekt OBN Ende 1996 in die Wege geleitet wurde, wurden die finanziellen Hilfen der Internationalen Gemeinschaft, der EU und anderen dazu genutzt einen Radiosender ins Leben zu rufen, der in ganz BiH zu empfangen wäre und absolut frei von politischem und nationalistischen Einfluss. Es wurde Radio FERN (Free Election Radio Network) gegründet, mit dem Ziel die Demokratie und Versöhnung im Land zu fördern. Der Sender war bis 2000/2001 ziemlich erfolgreich und bei jungen Hörern beliebt. Der Sender erfüllte, nach internationalen Meinungen, seine Mission und wurde, nachdem die finanziellen Hilfen eingestellt wurden, in den neu gegründeten öffentlich-rechtlichen Rundfunk Bosnien-Herzegowinas (BHRTV) eingegliedert. Diese finanziellen Hilfen der internationalen Geldgeber betrugen, nach Schätzungen des Media Plan Instituts in Sarajevo, im Zeitraum von 1995 bis 2000 etwa 70 Mio. €. Außer in OBN und Radio FERN, wurde zudem in den Aufbau lokaler Rundfunksender investiert, um die Medienvielfalt zu fördern sowie die Basis für das duale System zu schaffen. Dieses Geld ging aber auch zum großen Teil in die Ausbildung von Journalisten und Medienmanagern ein (Udovičić, Z. 2003, S. 223 ff.).

Da es aber den internationalen Geldgebern nicht gelang, vor allem mithilfe von OBN, den Medienmarkt in BiH konkurrenzfähiger, vielfältiger und liberaler zu machen, hat die Internationale Gemeinschaft erst recht alles daran gesetzt die staatlichen Sender in ein funktionierendes und selbst erhaltendes öffentlich-rechtliches System zu reformieren. Die Reform der ÖR war und ist schließlich eine der Bedingungen, die die Europäische Gemeinschaft dem Land für den Beginn der Beitrittsgespräche auferlegt

hatte. Die Debatten über die Reform des oder der staatlichen Rundfunksysteme in ein öffentlich-rechtliches System wurden bereits 1996 von der Internationalen Gemeinschaft über das Büro des Hohen Repräsentanten für BiH initiiert. Doch dieser Prozess bewies sich als langwierig und wurde von Obstruktionen seitens der nationalistischen Parteien sowie der politischen Abhängigkeit der Journalisten und von Autozensur begleitet.

Dass der Prozess sich als schwierig erwies, hat sicherlich damit zu tun, dass sich die geteilten Strukturen im Rundfunk bis dahin schon festgesetzt hatten. Der staatliche Rundfunk, der in ein öffentlich-rechtliches System transformiert werden sollte, war im neu geordneten Bosnien-Herzegowina meistens den Entitäten, teils auch den Kantonen nach aufgeteilt. Denn im stark dezentralisierten und in zehn Kantone aufgeteilten Teilstaat Föderation von BiH bildeten sich zu den kommunalen Rundfunksendern von vor dem Krieg zusätzlich kantonale Rundfunkanstalten, wie bspw. in Bihać, Tuzla oder Zenica. Jedoch, vom ganzen Staat aus gesehen, war die Aufteilung des Rundfunksystems klar: drei Völker – drei Rundfunkanstalten:

In Republika Srpska ging am 19. April 1992 der Sender SRT – *Srpska Radiotelevizija* – auf Sendung, der u.a. auch als Rebroadcaster von RTS, des staatlichen Fernsehens aus Serbien (zu der Zeit noch der Bundesrepublik Jugoslawien), tätig war. Später (Ende 1999/Anfang 2000) transformierte sich dieser Sender in die Rundfunkanstalt RTRS – *Radiotelevizija Republike Srpske*<sup>32</sup>. Denn als öffentlicher Sender, der nun in das Mediensystem von BiH integriert werden sollte, konnte er nicht als „serbisches Radio und Fernsehen“, bzw. mit der Bezeichnung „serbisch“ senden.

Im anderen Teil des Landes, der Föderation von BiH, hingegen, sendete RTV BiH – *Radiotelevizija Bosne i Hercegovine*, welches sich als Nachfolger von früherem RTV Sarajevo betrachtete, da es die Kapazitäten RTV Sarajevos nutzte. Diese Fernsehanstalt sprach aber während des Krieges und in den Jahren danach zunehmend die muslimische, bzw. bosniakische Volksgruppe an.

Zur gleichen Zeit sendete seit August 1996 EROTEL – noch ein dritter Sender der die Möglichkeit hatte, wie auch die anderen zwei, z. T. in beiden Entitäten zu senden. Diese

---

<sup>32</sup> СРТ (lat.: SRT) = Српска радиотелевизија (Serbische Radio- und Fernsehanstalt), РТРС (lat.: RTRS) = Радиотелевизија Републике Српске (Radio- und Fernsehanstalt der Republika Srpska);

Fernsehanstalt, die zu 51% in Besitz des Mobilfunkanbieters Eronet war und zu 49% als Besitzer das kroatische Fernsehen HRT aufwies, war als Rebroadcaster eines Programmanteils des HRT tätig (CRA Bericht 1999) und sprach dabei meist die kroatische Volksgruppe an, die größtenteils in der Föderation von Bosnien und Herzegowina angesiedelt ist.

Diese Programmfenster des kroatischen HRT auf EROTEL und z.T. dem serbischen RTS auf SRT hat IMC nicht gerne gesehen und nach einiger Zeit auch Anordnungen erlassen, nach denen diese Möglichkeit und Praxis des Rebroadcastings von Sendern aus den Nachbarländern eingestellt werden soll. Während SRT in seinem Programm erstmals den Forderungen des IMC nachgegangen war und sich in der Folgezeit, aufgrund von Beschlüssen und Druck des OHR, in RTRS transformiert hat, wurden EROTEL 1999 wiederholt Mahnungen seitens der Aufsichtsbehörde erteilt. Schließlich erteilte IMC am 15. November 1999 EROTEL ein Sendeverbot. Daraufhin legte EROTEL am 29. November 1999 einen Einspruch auf den Beschluss des Generaldirektors des IMC. Nach der Überprüfung dessen, beschloss IMC jedoch, dass man bei dem Beschluss des Sendeverbots bleibt. Der Sendebetrieb EROTELS wurde danach völlig eingestellt (IMC Beschluss 1999). Danach gab es noch einige Versuche der kroatischen Parteien in BiH, und die gibt es immer noch, einen dritten Kanal innerhalb des öffentlich-rechtlichen Systems BiH für die Zielgruppe der Kroaten in BiH zu errichten.

Obwohl es schon kurz nach dem Krieg Initiativen gab ein öffentlich-rechtliches System auf gesamtstaatlicher Ebene zu schaffen, hat sich die Internationale Gemeinschaft erst 1998 ernsthaft damit befasst. So unterzeichnete im Februar 1998 die Regierung der Republika Srpska eine Vereinbarung mit dem Hohen Repräsentanten über die Umwandlung des staatlichen in ein öffentlich-rechtliches System. In dieser Vereinbarung wurde eine neue gesetzliche Grundlage zur Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems nach europäischen Standards verlangt.

Gegen Ende seines Mandates als Hoher Repräsentant für BiH brachte Carlos Westendorp am 31. Juli 1999 eine Reihe von Beschlüssen auf den Weg. Zwei davon sind:

- Beschluss zur Umstrukturierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Bosnien-Herzegowina
- Beschluss über Informationsfreiheit und Entkriminalisierung von Verleumdung und Ehrverletzung

Der erste Beschluss sollte zur Gründung eines neuen öffentlich-rechtlichen Hörfunk- und Fernsehsystems führen, das den ganzen Staat repräsentiert: PBS BiH – Public Broadcasting Service of BiH. Diese Beschlüsse enthielten auch den gesetzlichen Rahmen für die Gründung des Radios und Fernsehens der Föderation BiH: RTV FBiH, das sehr viele Kapazitäten, technische sowie personelle, von der früheren RTV BiH übernommen hat. Neben dem später gegründeten BHTV gilt FTV als eines der Segmente, das als Folge der Transformation der ehemaligen Radiotelevizija Bosne i Hercegovine (RTV BiH) entstanden ist (Angaben von BHRT und RTVFBiH). Westendorp erließ das *Gesetz über den Rundfunk der Föderation BiH*, das zu einem heißen Thema im Parlament der Föderation BiH in den nachfolgenden Jahren wurde und auf Ersuchen der kroatischen Abgeordneten wieder in der parlamentarischen Prozedur diskutiert wurde. Zuvor waren es aber die Beschlüsse des OHR, die durchgreifende gesetzliche Maßnahmen brachten und die die Regulierung ankurbeln sollten. So verlangte damals der Hohe Repräsentant von der Volksversammlung der Republika Srpska innerhalb von 15 Tagen das neue Gesetz (Beschluss) über die Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Systems nach europäischen Standards auf den Weg zu bringen. Diese Frist hatte der Hohe Repräsentant auferlegt weil die Vereinbarung von Februar 1998 mit der Regierung von Republika Srpska nicht eingehalten wurde.

Auch musste mit diesen Beschlüssen der Rundfunk Kroatiens (HRT) ab Oktober 1999 das Ausstrahlen von Sendungen in BiH einstellen, da dieses nicht nur sein Programm mithilfe von Programmfenstern gesendet hatte, sondern sich auch der Frequenzen in BiH bediente um alle seine drei Kanäle terrestrisch auszustrahlen.

Die Regierung der Republika Srpska hielt die Frist nicht ein und erfüllte ihre Verpflichtung aus dem Gesetz nicht. Deshalb erließ der Hohe Repräsentant am 31. August 1999 die Entscheidung über notwendige *Änderungen und Ergänzungen des Rundfunkgesetzes der Republika Srpska* (Babić IRIS 1999-8:12/20; IRIS 1999-10:11/17). So wurde das Serbische Radio und Fernsehen (SRT) in „Radio- und



Fernsehanstalt der Republika Srpska“ (RT RS) umbenannt und „dem serbischen Volk das exklusive Recht auf nur serbisches Fernsehen in dieser Entität entzogen“ (Topić 2005, S. 10).

Mit diesen Entscheidungen, die den gesetzlichen Regelungen entsprachen, hat die Internationale Gemeinschaft die Schaffung eines dreigliedrigen öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems in BiH, mehr oder weniger wie wir es heute kennen, auf den Weg gebracht. Außerdem wurden damit die Grundlagen des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems in BiH, die Beziehungen zwischen den drei Sendern im Rahmen dieses Systems, die Registrierung sowie Tätigkeit und Organisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems geregelt.

Doch auch die neue Frist (29.2.2000) zur Verabschiedung aller Änderungen des Rundfunkgesetzes der Republika Srpska wurde von der Volksversammlung dieser Entität nicht eingehalten und es wurde wieder diskutiert und nach Lösungen gesucht. Wegen solchen immer wiederkehrenden Widerständen seitens der Gesetzgeber im Land, hatte der „neue“ Rundfunk Bosnien-Herzegowinas (PBS BiH / BHRTV) eine überaus schwere Geburt. Er musste sich aus einer „Medienasche“ heraus entwickeln und wurde auch nicht als das wahre öffentlich-rechtliche System des Landes von der politischen Öffentlichkeit und der Bevölkerung aufgenommen. Die Zuschauer glaubten viel mehr den Entitätsrundfunkanstalten und tun dies z.T. auch heute noch, weil diese Sender sich bis jetzt am Medienmarkt besser behaupten konnten. Nach einigen negativen Aussagen aus Brüssel haben die Premierminister beider Entitäten und der Vorsitzende des Ministerrates BiH schließlich am 5. November 2003 eine *Vereinbarung* beim OHR *über die Transformation der öffentlichen Sender* unterzeichnet. Laut dieser Vereinbarung besteht das System der öffentlichen RTV-Sender in BiH aus drei gesetzlich getrennten Sendern, die sich gegenseitig ergänzen (Topić 2005, S. 9ff.). Der zuvor gegründete Sender BHRTV – Bosnisch-herzegowinisches Radio und Fernsehen – erhielt den Auftrag für das ganze Land zu senden, RT RS blieb mit seinen Frequenzen meist in den Grenzen der Republika Srpska und Übergangsgebieten, und der Föderative Rundfunk (RTVFBiH) auf dem Gebiet der Föderation BiH. Der Vereinbarung folgte ein *Gesetz über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk BiH (PBS BiH)*. Dieses musste vom OHR ebenfalls verhängt werden, da diesbezüglich keine Einheit bei der Regierung (dem Ministerrat) des Landes herrschte (Babić IRIS 2002-5:5/7; IRIS 2002-6:7/14).

Die Beschlüsse des Hohen Repräsentanten für BiH<sup>33</sup> über die Gründung der Föderativen Rundfunkanstalt wurden jedenfalls eingehalten und der Föderative Rundfunk (RTVFBiH) ging auf Sendung mit der „Hoffnung auf eine bessere Zukunft“, wie das in der ersten zentralen Nachrichtensendung des Föderativen Fernsehens (FTV) am 27. Oktober 2001 betont wurde. Der Föderative Hörfunksender (Federalni Radio) ging ein halbes Jahr früher als das Fernsehen (7. Mai 2001) auf Sendung. Gleichzeitig begann auch der Hörfunk des Rundfunks auf gesamtstaatlicher Ebene – BH Radio 1 – zu senden. Es übernahm das Frequenznetz vom ehemaligen Radio FERN und konnte somit tatsächlich auf gesamtstaatlicher Ebene Senden. Mit so einer Aufteilung und der Reorganisation der bisherigen Kapazitäten wollte OHR erreichen, dass nun mit dem Wegfall des Kroatischen Rundfunks in der Föderation BiH die Kroaten und Bosniaken gleichermaßen vom Föderativen Rundfunk angesprochen werden. Mit dem BHRTV wollte man zudem alle in BiH lebenden Völker und Minderheiten ansprechen und diese zunehmende Aufspaltung in nationale Gruppen, auch was den Medienkonsum betraf, eindämmen. So eine Praxis, bei der in einem Vielvölkerstaat die dort lebenden Völker und Minderheiten vertreten sein sollen in den Medien, war noch vom ehemaligen Jugoslawien allzu bekannt. Denn, wie Veljanovski es bemerkt, hat man in sozialistischen Vielvölkerstaaten sehr darauf geachtet, dass alle Nationalitäten in den Rundfunkprogrammen in ihrer Sprache vertreten werden (Veljanovski 2005, S. 80). So eine Praxis ist im Falle Bosnien-Herzegowinas von besonderer Bedeutung um weitere Konflikte oder Hasssprache zu verhindern.

Beim Aufbau des dreigliedrigen öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems hat sich das Föderative Radio auf einen Kanal konzentriert, während das Fernsehen FTV erstmal auf zwei Kanälen sendete – auf FTV1 und FTV2, bis April 2003, als das Programm auf nur einen Kanal reduziert wurde. RT RS sendete auch weiterhin sein Programm wie gewohnt, nur ab jetzt als ein Teil des öffentlich-rechtlichen Systems Bosnien-Herzegowinas. Das Fernsehen Bosnien-Herzegowinas BHTV sendete zuerst nicht auf eigener Frequenz, sondern es wurden zu Anfang lediglich zentrale Nachrichten sowie europäische und internationale Sportereignisse auf den Frequenzen des FTV und des RTRS ausgestrahlt. Am 13. August 2004 ging schließlich auch das BHTV (später dann

---

<sup>33</sup> Westendorps Nachfolger war der Österreicher Wolfgang Petritsch, dessen Mandat im Mai 2002 zu Ende ging.

als BHT1) auf eigener landesweiter Frequenz auf Sendung.

Das Gesetz, das so ein dreigliedriges System in BiH realisierte, hat auch ein kombiniertes Modell der Finanzierung vorgesehen: aus Rundfunkgebühren<sup>34</sup> und Werbeeinnahmen, wobei darauf geachtet werden musste, dass die europäischen Regelungen im Werbebereich eingehalten werden.

Das dreigliedrige Rundfunksystem tat dann also trotz Widerstands seine ersten Schritte, womit BiH gleichzeitig die ersten ernsteren Schritte weg vom sozialistisch-staatlichen hin zum europäischen Modell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks getan hatte. Außerdem wurde im Frühjahr 2001 die Regulierung des Telekommunikationssektors und des Sektors der elektronischen Medien, den bis dahin die IMC reguliert hatte, beides in die Aufsicht einer Behörde gesetzt – der CRA. Damit hat das Land den Empfehlungen des Europarates und den Forderungen der EU Nachdruck verliehen eine Behörde für den Kommunikationssektor zu schaffen (Babić IRIS 2001-4:4/6). Hinzu kommt, dass mit der Mitgliedschaft im Europarat, dem Bosnien und Herzegowina am 24. April 2002 als 44. Mitgliedsland beigetreten ist, das Land die Verpflichtung angenommen hat, die Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen zu unterschreiben, ratifizieren und auch umzusetzen. Das Europäische Übereinkommen über grenzüberschreitendes Fernsehen hat BiH jedoch erst am 9. Dezember 2003 unterschrieben und im Januar 2005 ratifiziert. In Kraft getreten ist diese Konvention am 1. Mai 2005 (Europarat 2008/09, Liste der Unterzeichnerstaaten). Außerdem hat BiH, obwohl nicht Mitglied der EU, die Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen unterzeichnet. Doch die Geschehnisse und allgemeine Situation bei der Gesetzgebung in der zweiten Hälfte der Neunziger, wie auch danach, deuten nur darauf, dass die Regulierung des Mediensektors, oder auch allgemein der Gesetze in BiH zu langsam vorangeschritten ist. Allzu oft mussten Gesetze und andere Regelungen vom OHR verhängt werden. So auch betreffend des *Kommunikationsgesetzes*. Da die Regulierungsbehörde langsam in eine unabhängige und von bh. Experten geleitete

---

<sup>34</sup> Die Rundfunkgebühren wurden zuerst zusammen mit Stromrechnungen gezahlt. Da diese Zahlungsart es aber ermöglicht hatte den zu zahlenden Betrag des Stromverbrauchs von der Rundfunkgebühr zu trennen, haben viele Leute die Gebühr nicht entrichtet. Deshalb wurde daraufhin die Rundfunkgebühr mit der Telefonrechnung gekoppelt, da es einen sehr hohen Prozent an Telefonanschlüssen der Haushalte in BiH gibt. Der Gebühreneinzug stieg seitdem ein wenig, jedoch immer noch nicht genügend. Eine Anzahl an Medienkonsumenten weigert sich immer noch öffentlich die Rundfunkgebühr zu zahlen.

Behörde umgewandelt werden sollte, wurde eine Gesetzesgrundlage gebraucht, nach der die CRA auch handeln konnte. Weil der Entwurf des Kommunikationsgesetzes eineinhalb Jahre auf eine Initiative des Ministerrates gewartet hatte, entschied sich der Hohe Repräsentant Ende Mai 2002 einen Beschluss zu veröffentlichen, mit dem das Kommunikationsgesetz BiH in Kraft treten konnte (Babić IRIS 2002-10:13/26; Kommunikationsgesetz). BiH bekam nun ein grundlegendes Mediengesetz für den ganzen Kommunikationssektor, das zusammen mit den Regelungen des OHR eine solide Gesetzesbasis für das Medienwesen allgemein gebildet hatte. Das Problem blieb allerdings weiterhin die Gesetzgebung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunksektor. Denn, das Gesetzespaket war immer noch nicht komplett. Es gab Strömungen gegen das Gesetz über PBS BiH; das Gesetz über den Föderativen Rundfunk scheiterte an der wiederholten Weigerung der Kroaten im Parlament der Föderation BiH.

So konnte auch nur ein allzu langsames Reformtempo verzeichnet werden wenn es darum ging die Regulierung in Einklang mit den europäischen Normen zu bringen. Eine dieser europäischen Normen bedeutete die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde. Das war in den folgenden Jahren keine leichte Aufgabe. Auch hatte man von der europäischen Seite aus darauf gedrängt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in BiH endlich voll aufleben zu lassen, und es in ein wahres öffentlich-rechtliches System zu transformieren.

Hierbei muss bemerkt werden, dass sich mit der Einführung und Etablierung einer unabhängigen Regulierungsbehörde und dem Paket der Gesetze/Regularien aus 2002 seitens des Hohen Repräsentanten, die den europäischen Regelungen angeglichen waren, sowie auch der Pflichten die aus der Konvention und der Richtlinie über grenzüberschreitendes Fernsehen hervorgehen, die ÖR in BiH im Großen und Ganzen in der Praxis an diese Regelungen auch halten. Sei es der Jugendschutz, die strikten Vorschriften was Werbung, d.h. Werbedauer, Sponsoring, Teleshopping, usw. angeht, oder auch der Anteil an heimischen und europäischen Werken/Produktionen. Man kann sogar behaupten, dass das Programm der ÖR inzwischen einen hohen Anteil an Heimatproduktionen erreicht hat und sogar die Hollywood-Produktionen beim heimischen Publikum etwas in den Hintergrund gestellt hat. Diese Entwicklung ist eigentlich besonders positiv zu bemerken bei der wachsenden Filmproduktion<sup>35</sup>, die im

---

<sup>35</sup> Beweis dessen ist der stetig wachsende Erfolg des Sarajevo Film Festivals (SFF), national und

Land wieder aufgelebt ist sowie der TV-Serienproduktion. In diesem Segment gibt es sogar wieder Annäherungen zwischen den ehemaligen jugoslawischen Republiken, wobei die Regisseure, Produktionsfirmen etc. mehr zusammenarbeiten, was im Publikum jedes einzelnen Landes eigentlich gut aufgenommen wird.

Doch auch diese Fakten können die Aufmerksamkeit nicht von den noch immer evidenten Trümmern im Rundfunksektor des Landes ablenken. Das kombinierte Modell der Finanzierung, insbesondere die Rundfunkgebühren waren von Anfang an nicht ausreichend um das ÖR System finanziell selbstständig zu erhalten. Die Gebühr beträgt sechs Konvertible Mark (KM), was ungefähr dem Betrag von drei Euro nahe kommt, die Quote der Einnahme ist aber gering im Vergleich zur Vorkriegszeit, als sie 88% betrug. Die Gebühreneinzugsquote, die sich auch heute nicht entscheidend verbessert, lag 2007 in BiH im Durchschnitt um 63% (Babić 2007). Außerdem sind auch die Werbeeinnahmen gering und die Geschäftsführung in den Medien verfügt über wenig Wissen im Medienmanagement. Denn, jahrelang durch den Staat subventioniert sind die Medienmanager und Journalisten nicht an die Gesetze des Marktes gewöhnt. Hinzu kommt, dass durch hohe Summen an ausländischen Geldern sich eine Geldgeber-Geldnehmer-Mentalität entwickelt hat, die die moderne Entwicklung der Medien nur wenig stimulierte (Topić 2005, S. 12ff.). Die allgemein schlechte Situation in BiH, die sich auch mehr als ein Jahrzehnt nach Kriegsende kaum verbessert hat, die verwüstete Wirtschaft, keine Perspektive seitens der Bürger, kein funktionierender Rechtsstaat sowie korrupte und unfähige Politiker fördern eigentlich das ungünstige Medienambiente, meint Medienanalytiker Babić (2005, S. 32f.).

Dies alles, neben anderen Faktoren, hat dazu geführt, dass sich das ÖR System von BiH in großen Schulden befindet. Wegen so einer Situation sind auch die dringenden Forderungen der EU nach Durchführung der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems von BiH völlig nachvollziehbar. Es ist jedoch ebenfalls nötig ein funktionierendes duales System der Sender in BiH zu entwickeln, das selbst erhaltend ist und nicht von ausländischer Finanzierung abhängt.

---

international sowie Filme wie „Ničija zemlja“ (No Man's Land), der sogar einen Oscar bekommen hat. Oder „Grbavica“, der Preisträger des Goldenen Bären der Berlinale 2006. Grbavica ist ein gutes Beispiel wie eine europäische Koproduktion funktionieren kann. Denn, der Film wurde finanziert von Produktionsfirmen aus BiH, Österreich, Deutschland und Kroatien, mit der Unterstützung vom ZDF und arte.

Die Einführung der kommerziellen Medien ist teilweise bereits fortgeschritten in BiH, doch das duale System ist immer noch nicht völlig ausgereift. Der erste relevante Privatsender in BiH, der 1991 den Medienmarkt betrat, war *NTV Hayat*<sup>36</sup> aus Sarajevo. Er sendete zuerst als Lokalsender, um Anfang des neuen Jahrtausends zunehmend seine Popularität auch in anderen Teilen des Landes zu erweitern. NTV Hayat sendet allerdings terrestrisch nicht in ganzem Land. Ein respektables Zielpublikum von NTV Hayat ist die bosnisch-herzegowinische Diaspora, die vor allem im Westen Europas, Skandinavien, den USA, Kanada und Australien angesiedelt ist. Es war NTV Hayats Strategie das Satellitenfernsehen auszuweiten, was auch gelungen ist. Obwohl dieser Sender terrestrisch nur etwa 1,1 Millionen Zuschauer erreichen kann, sind es sicherlich doppelt so viele, die inzwischen über Kabel und über das Projekt „Mreža Plus“ das Programm von NTV Hayat in BiH verfolgen können. Dieser Sender hat ein respektables informatives und edukatives Programm entwickelt, aber es lockt auch mit qualitativ umstrittenen Shows an, die nun Gang und Gebe auf dem europäischen Fernsehmarkt sind. Trotzdem hat es NTV Hayat nicht geschafft führender Fernsehsender in BiH zu werden. Eine der Ursachen ist möglicherweise, dass es von den Serben und Kroaten dieses Landes immer noch als „nur“ Sarajevo-Fernsehen gesehen wird, dessen Programminhalte sich sehr viel um Sarajevo drehen, und zudem mit diesen Inhalten einen großen Teil der bosniakischen Bevölkerung erreicht, jedoch nicht die kroatischen und serbischen Zuschauer.<sup>37</sup> Da es das Image des lokalen Sarajevo-Senders wohl nicht ganz abschütteln kann, versucht NTV Hayat die Zuschauer, die er nicht terrestrisch erreichen kann, über das Kooperationsnetzwerk Mreža Plus zu erreichen.

*Mreža Plus* ist ein Netzwerk von Fernsehstationen, die mit insgesamt elf, entweder lokalen oder regionalen Sendern sehr große Territorien des Landes abdecken. Es wurde im Jahr 2001 gegründet. Die Gründer sind NTV Hayat aus Sarajevo, Alternativna Televizija (ATV) aus Banja Luka, TV Tuzla, RTV Mostar und HTV OscarC, ebenfalls aus Mostar. D.h. dort wo diese Sender mit ihrem Signal die Zuschauer nicht erreichen, erreicht es einer der anderen Sender, die Teil dieses Netzwerkes sind. Seine Bekanntheit

---

<sup>36</sup> NTV Hayat = Neovisna Televizija Hayat (Unabhängiges Fernsehen Hayat)

<sup>37</sup> Vgl. dazu auch Veröffentlichungen über die Lesegewohnheiten der Bürger Bosnien und Herzegowinas: die meisten Bosniaken lesen „Dnevni Avaz“, die Kroaten „Večernji list BiH“ und die Serben Zeitungen aus Serbien und/oder die in Banja Luka herausgegebene Tageszeitung „Nezavisne novine“. Am Beispiel des Printbereiches kann man das Verhalten der Medienkonsumenten in BiH in gewisser Weise „ablesen“.

und Popularität hat Mreža Plus meistens auf amerikanischen Serien und Filmen aufgebaut, um inzwischen auch den Schritt in Eigenproduktion, bspw. bei informativem und Entertainmentprogramm zu wagen (Quelle: Mreža Plus website).

Neben dem bereits erwähnten *OBN* das, den Medienangaben nach, inzwischen völlig privat bewirtschaftet wird, hat sich ein weiterer Privatsender auf dem Medienmarkt behaupten können und ist, den Zuschauerquoten nach, sogar zu ernstzunehmender Konkurrenz zu den öffentlich-rechtlichen Sendern geworden. Es handelt sich um *PinkBH*, einen Sender welcher ein Tochterunternehmen des serbischen PinkTV ist und sich programminhaltlich an diesem auch orientiert. Gegründet wurde PinkBH 2003. Nachdem es seitens der Regulierungsagentur eine landesweite Sendelizenz auf zehn Jahre bekam, ging der Sender am 15. Juli 2005 auf Sendung. Gleich im ersten Sendejahr hat es diese Fernsehanstalt geschafft eine der führenden auf dem Medienmarkt zu werden. Den Zuschauerquoten nach, war PinkBH auf zweitem Platz (hinter FTV) der meist gesehenen Sender im Land. Dieser rasante Anstieg gleich zu Anfang ist wahrscheinlich darauf basierend, dass eine große Zahl der Zuschauer den „Muttersender“ PinkTV aus Serbien bereits über Kabel und/oder Satellit kannten, weshalb es keine besondere programmliche Neuheit bedeutete, dass PinkTV nun auch einen bosnisch-herzegowinischen Sender betreibt. Im Jahr 2006 hatte der Sender sogar die höchsten Zuschauerquoten in BiH (Mareco Index Bosnia). Zur Zeit sieht es so aus, dass sich PinkBH als kommerzieller und FTV als öffentlich-rechtlicher Sender meistens auf dem ersten Platz der Zuschauerquoten abwechseln.

Die folgende Abbildung zeigt den Zuschaueranteil zur Prime Time (17.30h bis 22.30h) auf den führenden Sendern des Medienmarktes im April 2008. Die Messung wurde mithilfe des PeopleMeters durchgeführt:

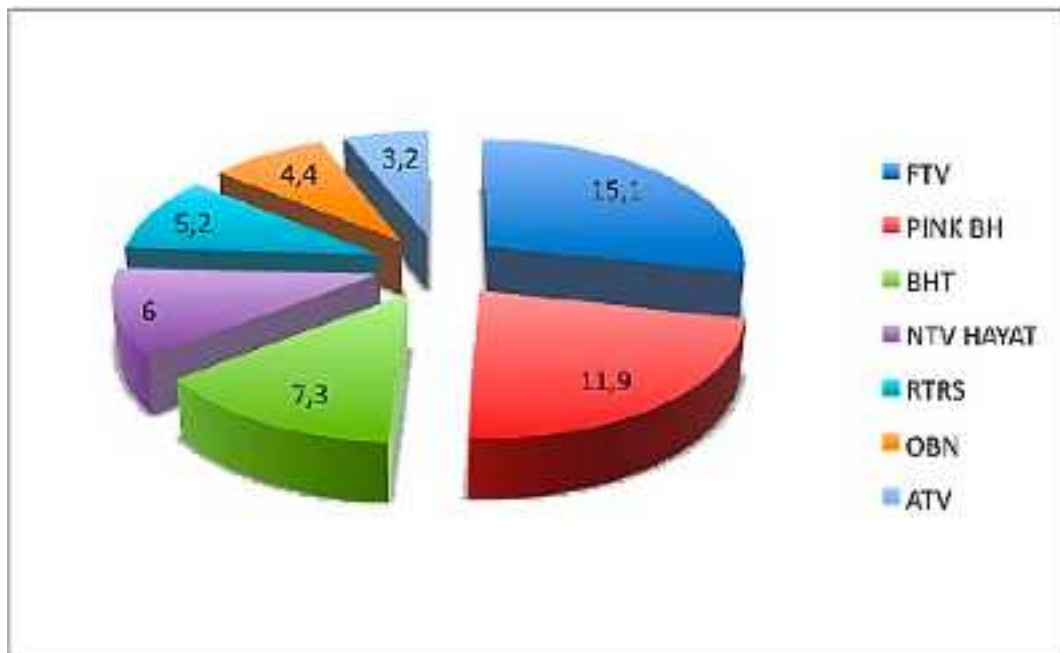


Abb.1: Zuschauerquoten der TV Sender in BiH zur Prime Time, April 2008 (in %)

Quelle: Mareco Index Bosnia, veröffentlicht auf rtvbih.ba

Seine rasante Popularität hat PinkBH den typisch kommerziellen Inhalten, wie bspw. diversen Reality-, Game- oder Gesangshows, die „leicht verdaulich“ sind, zu verdanken. Doch er bleibt immer noch unangefochten auf dem ersten Platz der Privatsender in BiH.

Eine etwas andere Situation herrscht da auf dem Medienmarkt, wenn es um den Hörfunk geht. Einige wenige private Radiostationen konnten sich auf dem Markt inzwischen behaupten, wie z.B. Radio Stari Grad (RSG) und Radio M aus Sarajevo, oder Radio Bobar aus Bijeljina und Radio NES aus Banja Luka (Republika Srpska). Dazu zählen noch im Osten Bosniens Radio Kameleon und die Herzegowina-Region mit Radio Dobre Vibracije (RDV) oder Radio Studio 88. Doch all diese Sender konnten sich nicht auf dem ganzen Gebiet von BiH beweisen, sondern sind meist in bestimmten Regionen oder größeren Städten zu hören. Die öffentlich-rechtlichen Hörfunksender halten hier Spitzenpositionen wenn es um den Höreranteil und Qualität des Programms geht. Hier hatte BH Radio 1 nicht solche großen Probleme von allen drei Völkern angenommen zu werden, wie BHT mit dem zu kämpfen hatte und hat. Allerdings kann dieses auch daran liegen, dass erstens ein gutes Fundament vom Radio FERN



übernommen wurde, und zweitens dass der Hörfunkbereich in BiH von Politik und Wirtschaft nicht so hart umkämpft ist wie das mächtigere Fernsehen. Hauptcharakteristikum des Hörfunksektors in BiH ist die Überzahl an Sendern. Deshalb versuchen sich einige auch mit Vernetzungen über Wasser zu halten und nutzen zudem das Rebroadcasting um die Qualität der Inhalte zu steigern<sup>38</sup>.

Beim privaten Hörfunk in BiH gibt es keinen Sender, der mit der rasch angestiegenen Quote von TV Pink BH zu vergleichen wäre. Die Anwesenheit von PinkBH auf dem heimischen Medienmarkt ist in der Öffentlichkeit von BiH sehr umstritten, da einige Experten und Medienwirkende meinen es trägt zur Verdummung der Gesellschaft bei. Unumstritten ist aber, dass dieser Sender auch die Mitverantwortung für die Weiterentwicklung des dualen Systems trägt. Ob die programmlichen Inhalte des Senders nun qualitativ sind oder nicht, darüber lässt sich streiten. Fakt ist, dass diese Fernsehanstalt es innerhalb von eineinhalb Jahren geschafft hat, die meisten Zuschauer für sich zu gewinnen. Das hat wiederum den Öffentlich-rechtlichen zu denken gegeben. Nun steht auch ein weiterer wichtiger Faktor auf einmal zur Diskussion, und zwar die Konkurrenzfähigkeit auf dem Markt. Und Anstrengungen, die zu größerer Konkurrenz führen, können wiederum mehr Vielfalt im Medienwesen bedeuten, um sich dann im Zuge der Harmonisierung des Medienmarktes innerhalb Europas den europäischen Modellen auch tatsächlich anzunähern. Doch um das erreichen zu können, ist zuerst ein gesetzlich regulierter Medienmarkt nötig, mit garantierten Medienfreiheiten und ohne jeglichen Einfluss aus dem Politik- oder Wirtschaftsbereich. Deshalb ist u.a. die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde eine der Prioritäten des bh. Medienwesens.

Trotz einigen Problemen, verbunden mit politischem Druck und finanziellen Nöten, konnte die CRA ihre Unabhängigkeit bewahren und wird unter dem neuen Namen *Regulatorna Agencija za komunikacije – RAK*<sup>39</sup> von Experten aus BiH geleitet. Diese Behörde macht ihre Arbeit auch so weit es geht gewissenhaft und bemüht sich den Überblick über den Kommunikationsmarkt nicht zu verlieren. Die RAK hat zudem mit einigen ihrer Regelungen, bzw. Kodexe viele Vorschriften ins Reine gebracht, die z.T. mit dem Kommunikationsgesetz 2002/2003 nicht klar definiert wurden, um die

---

<sup>38</sup> Beispiel dafür sind das Rebroadcasting der Deutschen Welle (Programm für BiH) bei diversen Radiostationen im Land, z.B. Radio Kameleon oder Radio Bobar. Des Rebroadcastings bedient sich auch Radio Free Europe (Radio Slobodna Evropa), bspw. im Programm von Radio Stari Grad.

<sup>39</sup> RAK = Regulierungsagentur für Kommunikation

Pluralität zu fördern und europäische Vorgaben im audiovisuellen Bereich zu definieren. So wird in diesen Kodexen u.A. geregelt, dass 10% der Produktionen, die ausgestrahlt werden, von unabhängigen Produktionsunternehmen stammen sollen, dass die Menschenwürde und -rechte eingehalten werden, dass eine der obersten Prioritäten der Kinder- und Jugendschutz ist, dass religiöse Inhalte ihren Platz im Programm finden, usw. Diese und andere Regelungen sind im *Kodex über die Ausstrahlung des Rundfunkprogramms* enthalten. Der Kodex basiert auf dem Kommunikationsgesetz und ist von der RAK letztens im Oktober 2007/März 2008 mit Änderungen definiert worden. In Artikel 1, Absatz 1, dieses Kodexes heißt es:

*Mit diesem Kodex werden die Grundsätze von Programminhalten geregelt, die in den Programmen der Radio- und Fernsehsender in Bosnien und Herzegowina im Einklang mit dem Kommunikationsgesetz BiH, der Europäischen Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen, der UN Konvention über die Rechte des Kindes und der anderen positiv-rechtlichen nationalen und internationalen Dokumenten, ausgestrahlt werden (Quelle: RAK).*

Weiterhin werden ebenso mit einem Kodex der RAK die europäischen Vorgaben über Werbung geregelt. Mit dem *Kodex über Werbung und Sponsoring*, der Anfang 2007 in Kraft getreten ist, werden die Details der Werbevorschriften, des Teleshoppings und des Sponsoring geregelt.

Mit diesen und diversen anderen Regelungen der RAK ist eigentlich eine bis jetzt annehmbare Regulierung des Mediensektors des Landes entstanden. Der öffentlich-rechtliche Sektor wird zudem mit eigenen Gesetzen bedacht. Dieses Paket besteht aus vier Gesetzen:

- Gesetz über den öffentlich-rechtlichen Rundfunkdienst BiH
- Gesetz über die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt BiH (BHRT) aus 2005 – BHRT-Gesetz (auch PBS BiH Gesetz).
- RTRS-Gesetz aus 2006.
- Gesetz über den Rundfunk der Föderation von BiH.

Das letztere war das umstrittenste unter diesen Gesetzen und musste mehrere Revisionen durchmachen in Bezug auf die „kroatische Frage“.

Gesetze sind demnach da und das duale System etabliert sich langsam. Trotzdem bleiben ernste Probleme, die generelle Reform des ÖR-Sektors betreffend, bestehen. Denn es gibt immer noch politische Uneinigkeit über den Föderativen Rundfunk, besonders bei den Abgeordneten aus den Reihen des kroatischen Volkes, wie im Parlament der Föderation BiH, als auch im staatlichen Parlament. Die kroatischen Volksvertreter sind der Meinung die kroatische Sprache und Kultur seien nicht genügend im Programm der jetzigen ÖR Rundfunkanstalt(en) vertreten. Dieses Problem zieht sich bereits seit 2000 her und landete sogar vor dem Verfassungsgericht des Landes und der Föderation von BiH. Die Gesetze über den ÖR Rundfunk können aber als vollständiger rechtlicher Rahmen nur dann dienen wenn alle vier in Kraft treten. Das ist einer der Gründe weshalb die Reform der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nicht so rasch voranschreitet wie es von der EU verlangt wird.

Dass die Europäische Kommission diesen Reformprozess auch mit Argusaugen mitverfolgt wird in ihren Fortschrittsberichten klar, wie z.B. im Bericht für das Jahr 2005, in dem es heißt:

„Auf dem Gebiet der audiovisuellen Medien sind Fortschritte zu vermelden. Das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen trat am 1. Juni 2005 in Kraft. Im August 2004 nahm der öffentlich-rechtliche Fernsehsender BHT, der im ganzen Land zu empfangen ist, den Sendebetrieb auf. Die Verabschiedung des Gesetzes über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Fortschritte hinsichtlich der Verabschiedung eines Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten stellen ebenfalls positiv zu bewertende Entwicklungen dar. Nun muss das Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten schnellstens verabschiedet werden.“ (EC BiH Fortschrittsbericht 2005, S. 66)

Im Fortschrittsbericht für das Jahr darauf (2006) hat auch die Kommission festgestellt dass das „kroatische Problem“ - wie in BiH dieses „Hin und Her“ bezüglich des Gesetzes über den Föderativen Rundfunk des öfteren genannt wird – tatsächlich unvorhergesehenes Abbremsen in der ÖR-Reform bedeutet. Im Bericht wird unterstrichen, dass die Reform des öffentlich-rechtlichen Systems nur möglich wird wenn der Gesetzesrahmen auf Staats- und auf Entitätenebene vervollständigt wird und alle dafür nötigen Institutionen ihre absolute Funktionalität einnehmen (EC BiH Progress Report 2006, S. 44).

Im Fortschrittsbericht für das Jahr 2007 bestanden immer noch Einwände bezüglich der verzögerten Reform der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Anderweitig fanden sich jedoch keine größeren Einwände für den audiovisuellen Bereich. Es wird die erreichte Unabhängigkeit des RAK gelobt und die Annäherung an die Regelungen der Europäischen Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen und deren Umsetzung in nationale Rechtsvorschriften (EC BiH Progress Report 2007, S. 46; RAK Kodexe).

Zusammenfassend ist zu sagen, dass Bosnien-Herzegowina mithilfe der Internationalen Gemeinschaft und der EU viele Mediengesetze und -beschlüsse verabschiedet hat, die vorbildlich in Einklang mit europäischen Vorgaben stehen. Diese Gesetze scheitern jedoch bei der Umsetzung. Der private Rundfunkbereich hat sich einigermaßen entwickelt, ist aber noch lange nicht soweit entwickelt um es mit Ländern der EU vergleichen zu können. Es herrscht ein Gerangel um Quoten sowie die Gefahr der Verwischung der Grenze zwischen Privat und Öffentlich-rechtlich bei den Programminhalten. Zudem gibt es immer noch zu viele Radio- und/oder Fernsehanstalten im Land.

Das Problemkind Bosnien-Herzegowinas ist und bleibt das öffentlich-rechtliche System. Denn, es ist immer noch nicht zu einem Konsens aller Völker in BiH gekommen. Das ÖR System wird nicht als repräsentativ für alle betrachtet. Zudem kommt, dass immer wieder versucht wird politischen Einfluss auf die Medien auszuüben. Diese wachsenden Versuche politischen Einfluss auf die ÖR Sender auszuüben, äußerten sich letztsens offen im Sommer 2008, als das Parlament der Republika Srpska einseitig Änderungen am RTRS Gesetz vorgenommen hatte. Diese Änderungen beziehen sich auf das Verfahren der Ernennung der Mitglieder des Aufsichtsrates von RTRS. Danach folgten auch im Parlament der anderen Entität – der Föderation von BiH – Änderungen am Gesetz über den föderativen Rundfunk. Beide Gesetzesänderungen haben letztlich zur Folge, dass die Rolle der RAK erheblich eingeschränkt wird, meint Babić (IRIS 2008-9:4/3). Dass eine der Prioritäten die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde RAK ist, betonte auch die Europäische Kommission in ihrem Fortschrittsbericht für 2008. Dazu seien, so die Kommission, besondere Bemühungen bei der Implementierung des rechtlichen Rahmens im öffentlich-rechtlichen Sektor, notwendig. So wie in den Jahren zuvor, hält

die Europäische Kommission auch weiterhin an der Notwendigkeit der raschen Reform des Medienwesens in BiH fest. Denn, die Reform des Mediensektors und Implementierung der Gesetze und Regelungen gehören zur Schlüsselpriorität, ohne deren Einhaltung die Gespräche über den Beitrittsprozess nicht weitergehen können (EC BiH Progress Report 2008, S. 50 f.).

Das offensichtlichste Problem des Medienwesens in BiH ist aber finanzieller Natur. Nicht nur die öffentlich-rechtlichen Anstalten, sondern auch die Medien insgesamt befinden sich in einer seit Jahren andauernden schlechten finanzielle Lage. Die Journalisten des BHRT und des RTV FBiH waren sogar im November 2005 gezwungen einen Streik in den Medien öffentlich zu machen, indem für 20 Minuten das reguläre Programm während der Primetime unterbrochen wurde und stattdessen eine Pressemitteilung der Journalistengewerkschaften vorgelesen wurde. Damals hatten die Angestellten der beiden Sender einige Monate lang kein Gehalt erhalten. Die Situation heute sieht nicht grundlegend anders aus. Dass Gehälter immer noch spät ausgezahlt werden ist nur ein Indiz dafür wie die interne Situation in den Medien tatsächlich ist.

Ein positives Zeichen für die Entwicklung des Rundfunksektors bedeutet die Einführung der digitalen Technologie DVB-T. BiH hat sich 2006 verpflichtet das digitale Fernsehen einzuführen. Es wurde das DTT Forum bzw. Forum über das Digitale Terrestrische Fernsehen gegründet und 2008 eine Strategie ausgearbeitet. Der Termin für die Einstellung des analogen Rundfunksignals wurde auf den 1.Dezember 2011 festgesetzt. Dabei wurde betont, dass die Bürger auf Subventionen rechnen müssten beim Kauf der nötigen Set-top Box. In der Übergangsphase werden die Rundfunksender, so der DTT Forum, mithilfe von beiden Signalen, digital und analog, senden (DTT Strategie 2008, S. 3 ff.). Klingt eigentlich alles wie ganz nach Plan. Dabei kommt allerdings die Frage auf, wie das alles finanziert werden sollte, wenn der Rundfunk in BiH im Allgemeinen finanziell schlecht da steht? Da heißt es im Falle Bosnien-Herzegowinas – abwarten. Denn genaue Vorraussagen über die Medienentwicklung kann man hier nicht geben.

Im Großen und Ganzen kann man sagen, dass das Bewusstsein für Veränderungen da ist, der politische Wille sich zu einigen aber anscheinend nicht. Politische Uneinigkeit ist leider eine der großen Charakteristika von Bosnien-Herzegowina, auch was das Medienwesen betrifft, vor allem aber den einflussreichen Rundfunksektor. Die

politische Führung des Landes muss einsehen, dass die Probleme im Medienbereich schnellstens gelöst werden sollten. Denn die Nachbarländer laufen Bosnien-Herzegowina so langsam voraus, auf dem Weg in die EU. Die Verantwortlichen sollten sich ernste Gedanken machen und die Medienmisere der ÖR endlich zu Ende bringen, damit sich ein gesundes duales System entwickeln kann und auch gute Grundlagen für die Entwicklung der Neuen Medien geschaffen werden können.

#### 4. 4. Serbien

Die Medienszene Serbiens<sup>40</sup> in den Neunzigern war geprägt von der regierenden politischen Elite damaliger Zeit, aber vor allem von einem Politiker der fast alles im Lande versucht hat zu kontrollieren, so auch die Medien – Slobodan Milošević. Demnach ist das dortige Medienwesen und dessen Regulierung auch größtenteils von der „Milošević-Ära“ geprägt worden. Die Medien waren eine der Säulen des autoritären Regimes dieses Politikers, den die Westmächte für die jugoslawischen Kriege verantwortlich machen<sup>41</sup>. Das Medienwesen Serbiens ist, im Verhältnis zu den anderen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, wahrscheinlich am engsten verzweigt mit der Politik. Deshalb meint Brunnbauer:

„Eine Analyse der Entwicklung der serbischen Medienlandschaft ist unmöglich ohne sich auch auf die politischen Verhältnisse Serbiens zu beziehen. Mehr noch als in den anderen Transformationsstaaten Südosteuropas unterlagen die Medien in Serbien ständigem Druck seitens des regierenden Regimes, das mit verschiedenen Mitteln versuchte, sie zu regierungskonformer Berichterstattung zu zwingen.“ (Brunnbauer 1999)

---

<sup>40</sup> In diesem Absatz wird die Rede von Medien in Serbien sein, da die *Bundesrepublik Jugoslawien* und der 2003 formierte Staatenbund *Serbien und Montenegro* (SCG) in seine gemeinsamen Angelegenheiten nicht das Medienwesen mit eingebunden hatte. Deshalb wird der Medienmarkt von SCG vor 2006, bevor Montenegro seine Unabhängigkeit ausgerufen hat, nicht als einer sondern als zwei separate Märkte betrachtet.

<sup>41</sup> Slobodan Milošević ist vor dem Tribunal für Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien in Den Haag (ICTY) wegen schwerster Kriegsverbrechen in den Kriegen in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien angeklagt worden. Zu einem endgültigen Urteil kam es jedoch nie, da Milošević noch vor Prozessende im März 2006 gestorben ist.

Da sich in Serbien, bzw. zuerst in der Bundesrepublik Jugoslawien und dann in Serbien und Montenegro<sup>42</sup>, die Form der Staatengemeinschaft am längsten gehalten hatte, hat sich das auch auf die Mediensphäre repliziert. Hier hat man am längsten und am stärksten an den alten Medienstrukturen festhalten wollen. Andererseits sind in einem Umfeld mit fehlendem Medienrechtsrahmen, in einem Staat der sich eigentlich auch im Ausbruch aus alten sozialistisch-kommunistischen Strukturen befand, sehr viele neue audiovisuelle Medien illegal entstanden. Dies führte zu unüberschaubaren chaotischen Zuständen, in denen es allzu viele Medien gab, die aber zum Medienpluralismus nichts oder fast nichts beigetragen haben. Die neu entstandenen elektronischen Medien trugen nur zur Quantität der Medien bei, jedoch nicht zur Qualität oder Medienvielfalt. Das heutige Medienwesen in Serbien ist deshalb ein Erbe des Festhaltens an alten Strukturen auf der einen, und der chaotischen Entwicklung des dualen Systems auf der anderen Seite.

Die Medien in Serbien haben sich in den Neunzigern in Umständen der allgemeinen Verwüstung entwickelt, um nach 2000 dann die Folgen der unzureichenden und langsamen Reformen einstecken zu müssen. Die ersten kommerziellen Sender nahmen ihren Sendebetrieb auf bevor das duale Rundfunksystem überhaupt gesetzlich geregelt wurde und ein solider Mediengesetzesrahmen entstanden war. Konzessionen wurden öfters aus politischen Gründen vergeben und meistens ohne jegliche Überprüfung oder Aufsicht. So einen gesetzlichen Ausnahmezustand haben sehr viele elektronische Medien ausgenutzt und sind auf Sendung gegangen ohne Sendelizenzen. Nach den Angaben der Regulierungsbehörde RRA, die 2005 ihre Arbeit regulär aufgenommen hatte, gab es im Sommer desselben Jahres in Serbien, neben dem staatlichen bzw. öffentlichen RTS, 755 Sender – davon 543 Radiostationen, 73 Fernsehsender und 139 Radio- und Fernsehanstalten (Milivojević/OSI 2005/06, S. 201 ff.). Und das bei einer Einwohnerzahl von nahezu 7,5 Millionen, ohne Montenegro und Kosovo.<sup>43</sup>

---

<sup>42</sup> Nach den Unabhängigkeitserklärungen der meisten Länder Jugoslawiens gründeten die Republiken Serbien (mit Provinzen Vojvodina und Kosovo) und Montenegro im April 1992 die „Bundesrepublik Jugoslawien“ (Savezna Republika Jugoslavija). Diese wurde 2003 in einen Staatenbund umgewandelt mit dem Namen „Serbien und Montenegro“ (Srbija i Crna Gora). Schließlich erklärte sich 2006 nach einem Referendum auch Montenegro als unabhängig, woraufhin Serbien als letzte der ehemaligen jugoslawischen Republiken formell die Unabhängigkeit ausgerufen hat und seitdem offiziell als „Republik Serbien“ (Republika Srbija) agiert.

<sup>43</sup> Vgl. Daten über Einwohnerzahl (Volkszählung 2002) bei Wikipedia, CIA Factbook, Auswärtiges Amt BRD, Informationsseiten der Regierung Serbiens: [www.srbija.sr.gov.yu](http://www.srbija.sr.gov.yu)

RTS - die Rundfunkanstalt Serbiens war bis zu den demokratischen Umwälzungen im Jahr 2000 das audiovisuelle Sprachrohr und Hauptmittel politischer Propaganda des Regimes von Slobodan Milošević. RTS ist (wie in Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina) aus dem ehemaligen Republikrundfunk RTV Beograd entstanden. Nachdem 1991 das erste Radio- und Fernsehgesetz erlassen wurde, änderte der Sender, der damals auf drei Kanälen sendete, am 1. Januar 1992 seinen Namen RTV Beograd in *Radiotelevizija Srbija – RTS* (Radio- und Fernsehen Serbiens), welchen es auch heute noch trägt. Mit dem Gesetz wurde ein umfassenderes Rundfunksystem erschaffen. Zum bisherigen RTV Beograd (drei Kanäle) kamen die regionalen RTV-Zentren hinzu: *RTV Novi Sad* aus der Provinz Vojvodina und *RTV Priština* aus der Provinz Kosovo (Veljanovski 2005, S. 218). RTV Priština war aber nur bis 1999 ein Teil des Systems, da ab diesem Zeitpunkt das Kosovo unter internationaler Aufsicht steht und sich das dementsprechend auch auf den Mediensektor ausgewirkt hat.

RTS hatte lange Zeit das Staatsmonopol im Medienbereich und war in staatlichem Besitz. Der Direktor und Aufsichtsrat wurden direkt von der Regierung bestimmt, womit zusätzlich gesichert wurde, dass die Programmgestaltung von RTS auch regimekonform bleibt. Finanziert hat sich das Staatsfernsehen seit seiner Gründung aus Rundfunkgebühren. In der ersten Hälfte der Neunziger ist aber die Zahl der zahlenden Konsumenten wegen politischer und wirtschaftlicher Krise(n) rapid gesunken, weshalb diese Methode der Einzahlung der Gebühren geändert wurde und die in einer Form besonderer Steuer auf die Stromrechnungen eingezogen wurden. Nach dem Regierungswechsel hat die Regierung 2001 beschlossen diese Art des Gebühreneinzugs einzustellen und das Weiterexistieren des RTS aus dem Staatsbudget zu finanzieren bis die Volksversammlung (Parlament) eine endgültige Lösung für das Problem findet. Erst 2005, noch vor dem Inkrafttreten des neuen Rundfunkgesetzes, wurde beschlossen wieder mit dem Gebühreneinzug fortzufahren.

Das „alte“ Rundfunkgesetz von 1991 definierte RTS im wahren Sinne des Wortes als Staatsrundfunk. Diese Rolle erfüllte der Sender auch absolut. Beispiel dafür sind die rund Tausend Journalisten, die in den Neunzigern dem Regime nicht entsprachen und den Sender verlassen mussten. Ein anderer Aspekt, der diese Rolle des RTS beweist, sind einige Demonstrationen und Ausschreitungen seitens der Bevölkerung, die immer



das Ziel hatten RTS öffentlich in die Kritik zu stellen.<sup>44</sup> Das Rundfunkgebäude in Belgrad wurde letztendlich zu einem der Hauptangriffsziele der NATO im Jahr 1999, da es als Miloševićs Propagandamaschine gesehen wurde. Diesem Angriff fielen 16 Mitarbeiter des RTS-Rundfunkhauses zu Opfer.

Die damaligen politischen Strukturen hatten vor allem viel Wert darauf gelegt das Fernsehen unter die Kontrolle zu bringen. Welche große Rolle dieses Medium in Serbien spielt, kann man gut anhand der Angaben von 2005 ablesen, welche zeigen, dass 81,72% der Haushalte einen oder mehrere Fernsehempfänger besitzen, während 98% der Bevölkerung im Alter von mehr als vier Jahren Fernsehprogramme anschaut. Die durchschnittliche Dauer des täglichen Fernschauens betrug damals dreieinhalb Stunden. Außerdem ist das Fernsehen für den größten Teil der Bevölkerung die Hauptinformationsquelle. Es ist das einflussreichste Medium und somit galt es für die Regierung auch als selbstverständlich das Fernsehen zu kontrollieren. Mit diesem politischen Erbe aus den Neunzigern muss sich Serbien z. T. immer noch auseinandersetzen, weil die Medien in der Öffentlichkeit des öfteren als Mittel für politische Ziele angesehen werden und nicht als Industrie (Milivojević/OSI 2005/06, S. 214 ff.). Obwohl unter Staatskontrolle, hatte das RTS aufgrund seiner Monopolstellung hohe Zuschauerquoten. Trotzdem hat in den darauf folgenden Jahren der Einfluss auf die Bürger langsam nachgelassen. Wegen ständiger Hasssprache, offener Förderung der Kriegspolitik u.a. hat RTS seine Glaubwürdigkeit und Ansehen bei den Zuschauern verloren. Dies wurde besonders bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1997 sichtbar, als RTS offen und massiv den damaligen Präsidenten Milošević und die ihm naheliegenden Parteien unterstützte. Der Großteil der anderen Radio- und Fernsehstationen, der ein zusätzliches Rundfunkfeld bildete, war meist regimetreu. Diese Sender waren nicht selten im Besitz von Kommunen, die von der regierenden Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) kontrolliert wurden. Es sind zwar einige kommerzielle Sender zu der Zeit entstanden, die hatten sich aber als apolitisch bekannt und hatten vielleicht auch nicht die Macht, den Willen oder auch den Mut sich dem System entgegenzustellen.

---

<sup>44</sup> Vgl. dazu Zeitungs- und neuere Geschichtangaben über die Bürgerproteste gegen RTS im Winter 1996/97 während der Kommunalwahlen.

Andererseits versuchten sich zur gleichen Zeit einige wenige unabhängige Medien in Serbien zu behaupten um dem Regime und RTS entgegenzuwirken. Allen voran das *Radio B92*, welches sich zu einem regelrechten „Bollwerk der journalistischen Unabhängigkeit in Serbien“ entwickelte, wie das Brunnbauer (1999) bemerkt. Dieser Sender propagierte offen wie nötig demokratische Reformen für Serbien seien und verfolgte immer eine Anti-Kriegs-Haltung. Das hat den Machthabern wiederum nicht gepasst, weshalb der Sender mehrmals geschlossen wurde und eine Zeit lang nach den NATO-Bombardements sogar aus dem Ausland senden musste. B92 hat es trotzdem immer geschafft den Sendebetrieb wieder aufzunehmen, weil sowohl inländische als auch internationale Gegenstimmen in diesen Fällen zu einer Wiederzulassung des Senders geführt hatten.

Da der Radiosektor etwas liberaler sein konnte als der streng kontrollierte Fernsehsektor, hat das Radio B92 im Jahr 1993 eine bemerkenswerte Initiative gestartet und gründete zusammen mit einigen anderen Radio- und Fernsehsendern *ANEM*<sup>45</sup> – ein Netzwerk unabhängiger elektronischer Medien, die sich in erster Linie für die Demokratie, aber auch europäische Werte sowie europäische Medienverhältnisse einsetzten. Das Ziel des Netzwerks war die Vereinigung isolierter Medien in Serbien und Montenegro. Für diese Medien bedeutete ANEM einen ersten Schritt hin zur Abschaffung des Monopols der Medien, die unter Staatskontrolle standen. Wegen dieser Konzepte wurde ANEM mehrmals zum Ziel der staatlichen Repressionen, was sich besonders Ende 1996 bemerkbar machte als nur noch drei aktive Mitglieder das Netzwerk bildeten. Viele von den anderen wurden entweder vom Staat geschlossen oder haben unter politischem Druck nachgegeben und sind ausgestiegen. Nach den Massendemonstrationen unzufriedener Bürger im Winter 1996/97 erholte sich ANEM von dem Rückschlag. 1997 wurde es gesetzlich registriert. Das Netzwerk wuchs bis Mitte 1998 auf 35 Sender an, hauptsächlich Radio- aber auch kleinere Fernsehstationen. Im Jahr darauf wurde es wieder zur Zielscheibe des Regimes. Aber es konnte sich erholen und hat somit die Erhaltung der regimekritischen Medien bewahren können (Quelle: ANEM).

Einer der Gründersender von ANEM war der damals wichtigste Stadt-TV-Sender, das

---

<sup>45</sup> ANEM = Asocijacija nezavisnih elektronskih medija / Association of independent electronic media

Belgrader *NTV Studio B*, dessen politische Richtung ebenfalls gegen den Krieg und das Regime gerichtet war. So eine Situation hielt aber nur bis 1995 an, als der Sender direkt dem von Miloševićs Sozialisten kontrollierten Belgrader Stadtrat unterstellt wurde, worauf sich die Programmgestaltung zugunsten des Regimes änderte. Der Sender konnte danach noch kurz seine ursprüngliche Unabhängigkeit wieder erlangen, verfiel aber schnell wieder unter politischen Einfluss der Partei Vuk Draškovićs<sup>46</sup> – SPO (Srpski Pokret Obnove – Serbische Erneuerungsbewegung). Obwohl dieser Sender zu Anfang das Potenzial hatte, den demokratischen Prozess und die Liberalisierung der Medien voranzutreiben, wurden zu viele politische Spiele seitens der staatlichen aber auch Belgrader lokaler politischer Akteure um RTV Studio B gespielt. Heute agiert der Sender als regionale Rundfunkanstalt.<sup>47</sup>

Zu der Zeit als ANEM gegründet wurde sind, aufgrund der chaotischen Zustände bei der Frequenzvergabe, noch andere Rundfunkanstalten entstanden, die den Grundstein für das heutige duale Mediensystem in Serbien lieferten. Doch wie schwer es in den Neunzigern für manche Sender war zu existieren zeigt auch die, wegen schlechter Gesetzgebung, fehlende Transparenz und Kohärenz. Zum Teil widersprachen sich Bundes- und Republikverfassung, jugoslawische und serbische Gesetze und internationale Verpflichtungen, die BR Jugoslawien eingegangen war. Den Sendern, die auch nur ansatzweise eine Unabhängigkeit zeigten, die dem Regime nicht entsprach, wurde das Leben schwer gemacht, so dass sie äußerst genau auf ihre Programminhalte achten mussten falls sie weiterexistieren wollten. Das wichtigste Mittel zur Schwächung unabhängiger Medien war die willkürliche Anwendung unklar formulierter Mediengesetze.

Das Hauptproblem so einer Rechtslage und die Ursache des Medienüberflusses war jedoch das Fehlen klarer Richtlinien für die Vergabe von Lizenzen für elektronische Medien. Besonders mit dem Mediengesetz aus dem Jahr 1998 – *Gesetz über die Information der Öffentlichkeit* – hat die Regierung einige Regularien eingeführt, die

---

<sup>46</sup> Vuk Drašković ist ein serbischer Schriftsteller und Politiker, aufgewachsen in der Herzegowina. In den Neunzigern bildete seine Partei eine der wenigen Oppositionsrichtungen zu Miloševićs Partei. Doch die SPO hat es nie zu größeren Erfolgen geschafft. 2004 wurde er zum Außenminister von Serbien und Montenegro berufen. Nachdem der Staatenbund aufgelöst wurde, führte Drašković die Funktion des Außenminister Serbiens bis ins Jahr 2007 aus.

<sup>47</sup> Näheres auf der Homepage von Studio B: [www.studio-b.co.yu](http://www.studio-b.co.yu)

sich völlig gegen die Medienfreiheiten aussprachen und dem Regime Vorlagen für weitere Repressalien geliefert haben um politisch und finanziell alternative Medienstimmen verstummen zu lassen. Dieses Gesetz wurde vom Rat der EU scharf verurteilt mit den Worten, dass es gegen die international angenommenen Normen verstoße und einen weiteren Schritt zur Missachtung der demokratischen Grundsätze darstelle. Gleichzeitig forderte der EU Rat Serbien auf, die Mediengesetzgebung mit den Standards des Europarates zu harmonisieren (Scheuer IRIS 1999-1:14/28). Diese Aufforderungen stoßen jedoch auf taube Ohren und die Regierung führte die Kontrolle über die Medien fort. So waren für die Lizenzvergabe Ministerien, wie bspw. das unpopuläre Informationsministerium, zuständig. Dabei wurden Lizenzen offen eher an regimekonforme, als an unabhängige Medien erteilt. Frequenzen wurden überwiegend an Sender erteilt, deren Programme entweder die Politik der Regierung guthießen, oder sich auf Unterhaltung und Werbung beschränkten (Brunnbauer 1999). Dieses Mediengesetz aus dem Jahr 1998 hat aber eigentlich nur das schriftlich bestätigt was auch vorher ungeschrieben vor sich ging. Um der Zensur und dem politischen Druck auszuweichen, war für einige Sender, die den Medienmarkt gleich zu Anfang geprägt hatten, wohl die einzige Lösung als rein kommerzielle Anstalten auf Sendung zu gehen. Zwei an dieser Stelle wichtig zu erwähnenden Sender – RTV Pink und BK Telekom – nahmen fast gleichzeitig den Sendebetrieb auf.

*RTV Pink* hat sich aus einem Musikstudio heraus 1993 in eine Radiostation entwickelt, dessen Programm ausschließlich Musik und Entertainment enthielt. Als dann ein Fernsehsender gegründet wurde, blieb das Konzept dasselbe. Das hat sich schnell als sehr erfolgreich bewiesen und war für die Zuschauer eine Alternative zu Kriegs- und ähnlichen Programminhalten, die auf RTS gesendet wurden. Mit rein kommerziellen Inhalten war es für RTV Pink in den nachfolgenden Jahren ein leichtes Spiel die Sendelizenz für ein großes Territorium des Landes zu bekommen und den Großteil des Publikums mit „leichtverdaulichem“, aber qualitativ umstrittenen Programm, an den Bildschirm zu fesseln. Jedoch muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass der Eigentümer von RTV Pink ein Mitglied hohen Ranges in der Partei von Mira Marković, der Ehegattin Miloševićs, war (Radosavljević 2004, S. 2). Obwohl Pink TV sich dem Entertainment gewidmet hatte, war demnach die Politik anscheinend auch beim reinen

Unterhaltungsfernsehen nicht ganz abwesend. Wie und ob sich diese Parteimitgliedschaft jedoch auf den Sender ausgewirkt hatte, unterliegt nur Mutmaßungen. Die Neigung zum Regime, während Milošević noch regierte, wird dem Sender von Medienanalysten aber offen vorgeworfen.<sup>48</sup> Fakt ist andererseits, dass der Sender sehr schnell expandierte und auch in Montenegro sowie in Bosnien-Herzegowina von Zuschauern angenommen wurde. Aus dem anfänglichen Musikradio ist in nur zehn Jahren ein Medienkonzern entstanden, mit eigenen TV Sendern in den Nachbarländern Montenegro (TV PinkM) und BiH (TV PinkBH). Außerdem wurde der Sender zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten auf dem Medienmarkt, so dass TV Pink bereits in den ersten Jahren seit der Gründung es erreicht hat, dass sich das Publikum meistens zwischen dem Programm von RTS und TV Pink entscheidet. Der Sender ist auch heute, so sehr die Programminhalte in Kritik stehen oder nicht, der erfolgreichste Privatsender in Serbien. Seit 2000 hat der Sender zwar auch ein informatives Programm, bleibt aber trotzdem seinem ersten Konzept – dem reinen Entertainment – treu. Und es scheint zu funktionieren!

Der andere relevante Privatsender, der zu Zeiten der Abwesenheit von Medienfreiheiten entstand, ist *BK Telekom* (BK TV). Die Programmpolitik dieses Senders hatte sich der Politik Miloševićs nicht entgegengesetzt. BK TV hat in der Öffentlichkeit ein traditionelles, familienfreundliches Image vermitteln und dieses Bild auch in seinen Programminhalten pflegen wollen. Im Gegensatz zu TV Pink hat es aber von Anfang an auch ein informativ-politisches Programm gegeben. Der Sender erfreute sich großer Beliebtheit bei den Zuschauern, war aber auch nicht frei von politischem Einfluss. Denn BK TV geriet immer wieder in Kritik wegen der offensichtlichen Unterstützung von Interessen des Eigentümers Bogoljub Karić, die nicht selten einen politischen Hintergrund hatten. Besonders in Kritik geraten ist der Sender als Karić, unterstützt von seiner eigenen Partei, als Präsidentschaftskandidat bei den Wahlen 2004 auf die politische Bühne stieg. Bei diesen Wahlen ist Karić dritter geworden was, nach Meinung des Großteils der serbischer Öffentlichkeit, ein Verdienst von Propaganda seitens seines Senders war. BK TV hat zu dieser Zeit, also fast zehn Jahre nachdem es auf Sendung gegangen war, seinen zweiten Platz der meist gesehenen Privatsender auf

---

<sup>48</sup> Vgl. Medienarchive wie bspw. bei Global Politician, AIM – Alternative Information Network, u. ä.

dem Medienmarkt etabliert (Milivojević/OSI 2005/06, S. 249)<sup>49</sup> und konnte mit guten Zuschauerquoten glänzen, wie man in der folgenden Grafik sehen kann:

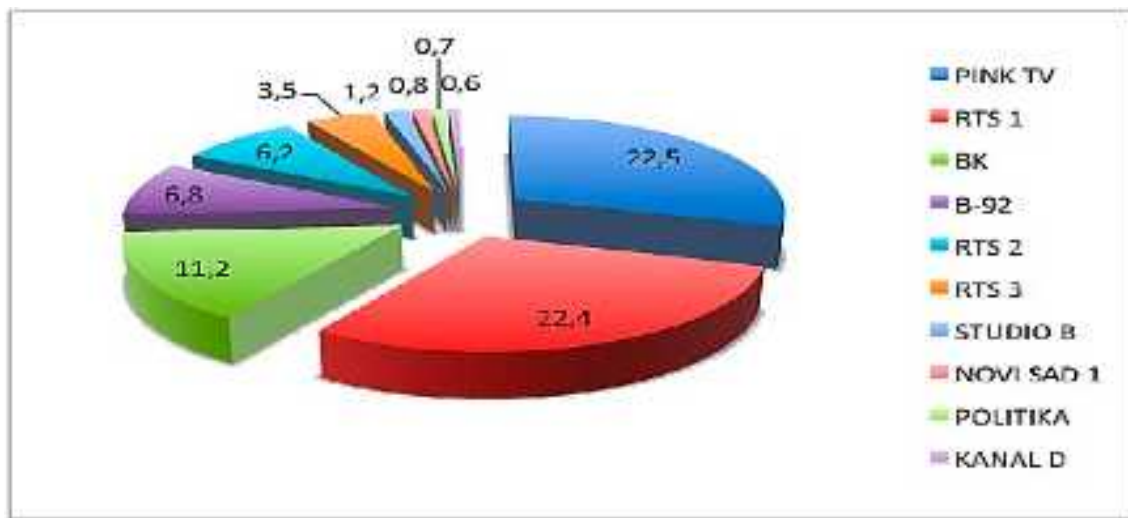


Abb 2.: Zuschauerquoten der meist gesehenen TV Sender in Serbien 2005 in %;

Quelle: AGB Nielsen Serbia

Die Folgen solcher Verhältnisse bezüglich der Programmpolitik von BK TV sind letztendlich im April 2006 kulminiert. Die Regulierungsbehörde RRA, die inzwischen ihre Arbeit aufgenommen und BK TV bereits im September 2004 eine öffentliche Mahnung erteilt hatte, hat dem Sender ein einmonatiges Sendeverbot ausgesprochen wegen „schwerer Verletzungen der Regulierungsvorschriften im Rundfunksektor“ (Quelle: RRA). Der Sender hat trotzdem über Satellit weitergesendet. Kurz darauf hat in den nachfolgenden Überprüfungen der Konzessionsrechte BK TV von der RRA nicht die Lizenz zum Weitersenden bekommen, weshalb ab dann dieser Privatsender das Senden terrestrisch einstellen musste. Im selben Jahr verließen viele Journalisten den Sender. BK TV hat letztlich im Mai 2007 auch den Satellitensendebetrieb völlig eingestellt.<sup>50</sup>

Nach dem Jahr 2000 und dem Sturz Miloševićs zeichnete sich in Serbiens Öffentlichkeit ein Tendenz ab, hin zur Demokratie. So auch speziell im Mediensektor. Die neue Regierung versuchte das chaotische Medienwesen gesetzlich zu regeln und sich dem

<sup>49</sup> Näheres dazu auf [www.bogoljubkaric.com](http://www.bogoljubkaric.com)

<sup>50</sup> Vgl. Angaben von BKTv

europäischen Rahmen anzupassen. Manche Medien sind mit neuem, veränderten Regelwerk nicht zurecht gekommen und haben sich auf einen öffentlichen Streit mit der Regulierungsbehörde eingelassen, wie man am Beispiel von BK TV sehen kann. Andere versuchten sich den neuen Umständen anzupassen, wie das private TV Pink und der staatliche RTS. Während es wiederum auch noch andere Rundfunkstationen gibt, die sich nach dem demokratischen Wandel zum Jahrtausendwechsel erst recht entfalten konnten. Das bezieht sich in erster Linie auf *TV B92*, das 2000 auf Sendung ging und sich aus dem regimekritischen privaten Radio B92 entwickelte, und somit seine Rundfunkaktivitäten ausweiten konnte. TV B92 ging, nämlich, kurz vor den entscheidenden Wahlen im Herbst 2000 auf Sendung. Der Fernsehsender ist seinen Prinzipien vom Radio B92 treu geblieben. Bei der Gestaltung des Fernsehprogramms zog TV B92 bereits zu Sendebeginn das öffentliche Interesse dem kommerziellen Gewinn vor. Die gute Reputation vom Radio B92 führte auch beim Fernsehsender schnell zu hohen Zuschauerquoten. Der Sender konnte sich demnach in den darauf folgenden Jahren den dritten Platz unter den meist gesehenen privaten TV Sendern des Landes sichern (siehe Grafik oben). Bei der Prüfung und Vergabe der Lizenzen bekam TV B92 die landesweite Lizenz. Heute deckt es mit seinem terrestrischen Signal 98% des Territoriums Serbiens ab und hat, nachdem BK TV die Lizenz entzogen wurde, den zweiten Platz unter den Privatsendern eingenommen. Bevor FoxTV 2006/07 auf dem serbischen Medienmarkt erschien, war TV B92 der einzige Sender in welchen entscheidendes ausländisches Kapital investiert wurde. Heute befindet sich die Anstalt RTV B92 zu 35,3% in Besitz vom heimischen Unternehmen *B92 Trust* und zu 38,8% in Händen des internationalen Unternehmens *Media Development Loan Fund* (MDLF Inc.). Der Resteigentum ist in Händen von anderen heimischen und internationalen Unternehmen sowie zu 7,5% in Besitz von kleinen Aktionären (Milivojević/OSI 2005/06, S. 249 f.).

Um den Privatfernsehsektor abzubilden bleibt noch zu erwähnen, dass 2007 der US-amerikanische Sender *Fox TV* mit einer landesweiten Sendelizenz rasant in den serbischen Medienmarkt eingestiegen ist. Mit dem höchsterlaubten Prozentanteil am Eigentum von 49% hat es der Konzern News Corporation mit kommerziellen Inhalten, meist amerikanischen Serien, Filmen und Shows, geschafft Fox TV in Serbien bereits

im ersten Jahr zu etablieren und wurde, den Einschaltquoten nach zu urteilen, in der kurzen Zeit bereits vom Publikum angenommen. Nun bleibt noch abzuwarten wie sich so ein Sender mit amerikanischem Eigentumshintergrund und Programmkonzeption im europäischen Südosten zurechtfindet und wie sich, demzufolge das ganze duale System an den neuen Mediengesetzen, die sich an denen der Europäischen Union orientieren, zurecht findet.

Denn die Mediengesetze in Serbien sind noch lange nicht so weit reguliert, dass behauptet werden kann, dass im Mediensektor Gesetze praktiziert werden, die in Einklang mit europäischen Vorgaben stehen. Obwohl Serbien letztes im Prozess der EU-Annäherung vorangeschritten ist, ist es noch das einzige Land (außer des Kosovos) der ehemaligen jugoslawischen Republiken, das die Konvention über Grenzüberschreitendes Fernsehen noch nicht unterschrieben hat.

Serbien hat auch ansonsten in den letzten Jahren ein rechtliches Durcheinander durchlebt bei den Versuchen der Einführung von Mediengesetzen, die im Sinne der Demokratie und europäischer Werte sowie der Vorgaben des Europarates und der EU sein sollen. Um es auf den Punkt zu bringen – Serbien hat viele Probleme bei der Umsetzung dieser Gesetze gehabt. Nach den Massendemonstrationen im Jahr 2000, den Wahlen im Oktober desselben Jahres sowie Serbiens Entscheidung gegen Milošević und für Demokratie, ist auch ein neues Zeitalter für das Medienwesen angebrochen. Es wurden schnelle Lösungsversprechungen von der neuen Regierung gemacht um die Aufhebung der internationalen Isolation Serbiens rasch voranzutreiben. Nach solch einem „lauten“ politischen Umbruch befand sich Serbien in einem Ausnahmezustand. Es sollte nun alles schnell auf den demokratischen Weg, der die „Richtung Europa“ einschlug, geleitet werden. So rasch sollte es auch mit der Überarbeitung und Verabschiedung neuer Mediengesetze gehen. Die neue Regierung hatte im Großen und Ganzen noble Absichten, aber das politische Erbe und die Situation in der Gesellschaft, die man nicht von heute auf morgen auf die neuen Herausforderungen einstellen konnte, hatten dazu beigetragen, dass der Regulierungsprozess des Mediensektors sich als langwierig und voller Hürden erwies.

Als Zeichen guten Willens hat die neue Regierung unter Zoran Đinđić gleich 2001 das unpopuläre Mediengesetz aus dem Jahr 1998 außer Kraft gesetzt (Živković IRIS 2001-



3:13/18). Um in den Europarat aufgenommen zu werden, waren als Voraussetzung aber neue, demokratische Gesetze nötig. Priorität war ebenfalls den Staatsrundfunk RTS in ein selbst erhaltendes öffentlich-rechtliches System umzuwandeln. Im Zuge dessen war das erste Gesetz, das im Juli 2002 im Parlament verabschiedet wurde, das *Rundfunkgesetz*, welches das aus dem Jahr 1991 ersetzen und den Sektor der elektronischen Medien regulieren sollte. Hauptsächlich sollte dieses Gesetz den Weg für die Transformation von RTS in ein ÖR-System ebnen, den Prozess der Frequenzvergabe regulieren, die Grundlage für die Schaffung einer Regulierungsbehörde liefern, und war dazu bestimmt das Medienchaos mithilfe genau solch einer Regulierungsagentur einzudämmen um Ordnung in den audiovisuellen Bereich zu bringen. Es wurde anhand von Grundsätzen des Europarates erarbeitet, denn der Gesetzesentwurf wurde von einer Arbeitsgruppe erstellt, die aus Medienexperten, Juristen aber auch verschiedenen Experten aus dem Zivilsektor bestand. Diese wiederum haben mit internationalen Experten und unter Einhaltung von Standards und Empfehlungen des Europarates gearbeitet. Bevor der endgültige Gesetzesentwurf ins Parlament eingereicht wurde, ist erstmal eine offizielle Einwilligung vom Europarat und der OSZE eingeholt worden. Somit enthält das verabschiedete Gesetz u.a. genaue Vorgaben, die an die zu dem Zeitpunkt noch zu formierende Regulierungsbehörde gerichtet sind, und zwar bspw. was den Jugendschutz, Autorenrechte oder das Verbot von Hasssprache (Artikel 19-21) angeht. Außerdem wird in Kapitel VI des Rundfunkgesetzes die unerlaubte Medienkonzentration erläutert. Auch wird darin genauer auf die Werbung und Sponsoring eingegangen – was erlaubt ist, was nicht, die Werbedauer, Kennzeichnung der Werbeblöcke, usw. Bei den Bestimmungen über Werbung und Sponsoring diente als Vorlage das Europäische Übereinkommens über grenzüberschreitendes Fernsehen. In erster Linie aber, enthält das Rundfunkgesetz allgemeine Regelungen für den ganzen Rundfunksektor; d.h. es reguliert zum ersten Mal kompakt das Funktionieren und die Arbeit sowohl des staatlichen Radio- und Fernsehsystems, als auch der Privatsender. Die erste Fassung des neuen Rundfunkgesetzes hat eigentlich inhaltlich den demokratischen Wandel und die Absichten der neuen Regierung die Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien zu fördern widerspiegelt. So hat es eine Trennung von Staat und Medien vorgesehen, indem festgelegt wurde, dass staatliche und politische Organisationen keine Lizenznehmer sein können (Rundfunkgesetz 2002; Živković IRIS

2002-8:11/22). Doch trotz guter Absichten haben die Medien in Serbien auf die praktische Umsetzung dieses Gesetzes sehr lange warten müssen.

Die Priorität, die aus dem Rundfunkgesetz hervorgeht, war es eine funktionierende und unabhängige Regulierungsbehörde zu schaffen. Genau das hat sich als der erste große Stolperstein gezeigt. Denn, es hat sich ein regelrechter öffentlicher Skandal um die Wahl der Mitglieder des Rates der Regulierungsagentur entwickelt. Die Republik-Regulierungsagentur (Republička Radiodifuzna Agencija), kurz RRA konnte ihre Arbeit nicht aufnehmen wegen Unregelmäßigkeiten bei der gesetzlichen Prozedur der Wahl von drei Mitgliedern des RRA-Rates im Parlament. Zwei der bereits gewählten Ratsmitglieder haben daraufhin ihren Rücktritt aus dem Rat erklärt (Veljanovski 2005, S. 258 ff.; Milivojević/OSI 2005/06, S. 205 ff.). Es folgte eine Zeit in der sich der ungelöste Status der Regulierungsagentur in ein politisches Problem auf nationaler Ebene entwickelte. Das heißt, dass mit der Krise um die Regulierungsagentur das Gesetz zum Rundfunk nicht umgesetzt werden konnte, da es die meisten Aufgaben der Regulierung des Mediensektors in den Aufgabenbereich der Agentur setzt. Und diese konnte wiederum aufgrund der Krise um den RRA-Rundfunkrat nicht ihre Arbeit aufnehmen. Somit befand sich das Medienwesen wieder in einem Vakuumzustand, in dem trotz eines Mediengesetzes und Regulierungsagentur ohne richtige Regulierung gearbeitet und gesendet wurde.

Die Lösung dieses Problems wurde aufgeschoben bis zu den nächsten Parlamentswahlen 2003. In diesem Jahr wurde die Situation in Serbien jedoch noch mehr verschärft wegen der Ermordung des Premiers Zoran Đinđić. Es wurde der Ausnahmezustand ausgerufen. Die Medienprobleme wurden zu diesem Zeitpunkt, wie es Medienexperten und Journalisten herausheben, zurecht aufgeschoben, da das Land sich kurzfristig anderen Prioritäten widmen musste (Radosavljević 2003). Doch auch nach vorgezogenen Wahlen, kam es wieder zu Problemen im Frühjahr 2004. Der Rundfunkrat hatte seine Arbeit immer noch nicht aufgenommen. Die neu gewählte Regierung schlug deshalb einige Änderungen des bestehenden Gesetzes zum Rundfunk vor. Diese wurden auch im parlamentarischen Prozess im August 2004 verabschiedet, haben aber einige Kontroversen in der Öffentlichkeit verursacht, weil es Meinungen gab, dass diese Gesetzesänderungen nur zusätzlich die (politische) Unabhängigkeit des

Rundfunkrates in Frage stellen (Milivojević/OSI 2005/06, S. 205 ff.).

Kritiken seitens unabhängiger Journalisten- und anderer professioneller Organisationen gab es auch nachdem das Rundfunkgesetz im August 2005 nochmal in der parlamentarischen Prozedur geändert wurde. Vor allem wurde kritisiert, dass diese Änderungen den parlamentarischen Einfluss, also faktisch den Parteieneinfluss auf die Arbeit der Regulierungsagentur verstärken. Die Kritik fokussierte sich auf die Länge der Mandate der Mitglieder des Rundfunkrates. Entscheidend ist jedoch hier zu erwähnen, dass drei Monate vor dieser zweiten Änderung des Gesetzes, basierend auf der ersten Gesetzesänderung, nun endlich der Rundfunkrat (mit neu gewählten Mitgliedern) seine Arbeit aufgenommen hatte. Es hat also volle drei Jahre gedauert bis angefangen werden konnte den Mediensektor Serbiens endlich nach demokratischen Gesetzen und den Mindestvorgaben europäischer Institutionen zu regulieren. Ab diesem Zeitpunkt war die rechtmäßige Arbeit der RRA ebenfalls nicht mehr blockiert. Nach zwei Änderungen des Rundfunkgesetzes wurden einige Fortschritte bei seiner Implementierung gemacht. Doch ein Medienmonitoring von 2007 zeigte, dass die Änderungen immer noch unzureichend seien. Die Mediengesetzessituation wird von den Autorinnen des Monitoringreports sowie auch von europäischen Institutionen, die diesen Prozess beobachten, bemängelt (Valić-Nedeljković/Baćanović 2007, S. 201). Denn, die Europäische Kommission machte Serbien genaue Angaben was ausgebessert werden sollte beim Medienrechtsrahmen.

Im April 2005 hat die EU dem Staatenbund Serbien und Montenegro einen positiven Bericht über die Bereitschaft für den Anfang der Gespräche über das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) eingereicht. In diesem Bericht wird verlangt, dass der Staat nötige Schritte im Medienbereich unternehmen soll, und zwar was die Förderung der europäischen audiovisuellen Dienste, die Koproduktionen in der Kinematographie sowie im Fernsbereich angeht. Außerdem wird im Bericht u.a. verlangt, dass Serbien seine Medienpolitik mit der europäischen Gesetzgebung in Einklang bringen soll, vor allem im Bereich des grenzüberschreitenden Fernsehens, der Regulierung der Autorenrechte und des Bereichs des Kabel- und Satellitenfernsehens. Letztlich weist dieser Bericht besonders darauf hin, dass die Gesetzeslage des Medienwesens weiterhin als problematisch gilt (EC SAA Preparedness Report 2005, S. 2 ff.).

Obwohl nach der Verabschiedung des Rundfunkgesetzes weitere Mediengesetze auf den Weg gebracht wurden, wie etwa das *Mediengesetz* (2003), das *Telekommunikationsgesetz* (2003) und das *Gesetz über den freien Zugang zu Informationen*<sup>51</sup> (2004), waren die Resultate der ersten Phase der Medienreformen nicht befriedigend. Aus den Monitoringprozessen unabhängiger europäischer und internationaler sowie auch heimischer Medienorganisationen konnte nach der Verabschiedung großer Gesetzespakete immer wieder herausgelesen werden, dass der Gesetzesrahmen nicht kontinuierlich angewendet wäre, dass das Gesetzespaket nicht komplett sei, dass es keine aktive Medienpolitik gäbe und dass es zu lange dauere bis die nötigen Medienbehörden konstituiert sind. Es gab einen großen Optimismus nach dem 5. Oktober 2000, die Mediensituation würde sich rasch ändern und stabilisieren. Einen Konsens in der Öffentlichkeit, dass einzig neue Mediengesetze und dessen Anwendung den ersten entscheidenden Schritt zur Normalisierung und Heranführung an die EU bringen können, gibt es. Das größte Problem ist offenbar, dass sich die Medien in Serbien immer noch mit dem Erbe der engen Verzweigung mit der Politik plagen müssen, weshalb die Unabhängigkeit und Medienpluralität und -transparenz darunter leiden.

Folgen des Aufschiebens der neuen Mediengesetze in Serbien waren wohl am sichtbarsten am Beispiel der staatlichen Rundfunkanstalt, die in ein selbsterhaltendes öffentlich-rechtliches Rundfunksystem transformiert und somit als Zeichen des generellen Wandels Serbiens in ein demokratisches und europäisches Land dienen sollte. Der Prozess der Transformation von RTS ist zum Stehen gekommen, bevor er überhaupt seine Startposition einnehmen konnte. Hinzu kommt, dass die Regierung die Situation, in der das neue Rundfunkgesetz noch nicht angewendet wurde und RTS somit noch staatlich war, ausgenutzt hatte um den Journalisten Aleksandar Tijanić zum neuen Direktor des RTS zu ernennen. Tijanić löste damit den bisherigen Geschäftsführer Aleksandar Crkvenjakov ab, der zuvor von seinen Pflichten entbunden wurde. Diesen Schritt rechtfertigte die Regierung mit der Erklärung sie hätte im Sinne des *Gesetzes über öffentliche (staatliche) Unternehmen* gehandelt. Daraufhin trat die Mehrheit der Mitglieder des RTS Verwaltungsrates zurück. Die Regierung reagierte indem sie einen

---

<sup>51</sup> Vgl. dazu die IRIS Ausgaben 6/2003 und 1/2005

neuen Verwaltungsrat ernannte (Živković IRIS 5 Extra 2004). An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass vor diesem Vorfall der Kulturminister Dragan Kojadinović die Berichterstattung von RTS über die Krise im Kosovo im März 2004 bemängelt hatte. Damit wurde nur klar, dass der Staat immer noch nationale Interessen in den Medien vor denen der allgemeinen Öffentlichkeit stellte und sich in das Auswahlverfahren der Führungskräfte des RTS eingemischt hatte. Somit wurde, anstatt das System in ein öffentlich-rechtliches umzuwandeln, RTS wieder ganz zu einem Staatssender. Deshalb musste die Krise um den Rundfunkrat, und demnach um das ganze Gesetzespaket, gelöst werden. Denn die anderen Medien haben einfach weiter gesendet ohne sich an einen Gesetzesrahmen zu halten. Weil, solange das Gesetz nicht angewendet wurde und noch keine Bedingungen für Konzessionsrechte vorgeschrieben wurden, konnten die Sender ohne jegliche Aufsicht ihr Programm senden. Deshalb haben sich die audiovisuellen Medien, vor allem Radiosender, weiterhin mehren können.

Bevor 2005 die RRA ihre Arbeit aufgenommen und im Jahr darauf mit der Lizenzüberprüfung und -vergabe angefangen hatte, wusste niemand so richtig wie viele Medien es in Wirklichkeit in Serbien zu diesem Zeitpunkt gab. Auch heute, obwohl die RRA bereits reichlich mit dem Medienbesen ausgekehrt hat, mutmaßt man immer noch über die genaue Zahl. Vladan Radosavljević, Redakteur und Journalist des Media Centers in Belgrad, meint in einem seiner Artikel zur Medienlage (2004, S. 2), dass es Ende 2004 etwa 2000 Radio- und Fernsehstationen in Serbien gab, davon nur in Belgrad ca. 120! Deswegen hat die RRA im August 2005 einen Strategie ausgearbeitet. Diese Strategie sah es vor, landesweite Lizenzen für fünf kommerzielle Sender zu erlauben und die Nummer der lokalen Sender (offiziell 585) auf die Hälfte zu reduzieren. Damit sollte das Chaos eingedämmt und ein funktionierender Medienmarkt erschaffen werden, ganz im Sinne europäischer Praxis. Dieser Strategie ging im selben Jahr eine Änderung des Rundfunkgesetzes voraus, die sich in erster Linie auf die Amtszeiten der RRA Ratsmitglieder bezieht. Wichtige Änderungen waren allerdings auf die lokalen Medien sowie die staatliche Rundfunkanstalt bezogen. So wurde die Frist für die Transformation des RTS in einen öffentlich-rechtlichen Sender, wegen vorangegangener Staus bei der Gesetzesumsetzung, verlängert (Živković IRIS 2005-8:11/14). Doch nun konnte mit der Anwendung des Rundfunkgesetzes begonnen

werden und die Transformation des Staatsrundfunks RTS musste, so wie es das Gesetz vorschreibt, in die Wege geleitet werden.

So sah das Rundfunkgesetz anstatt drei, jetzt nur noch zwei RTS Kanäle vor. Aus einem System sollten wieder zwei werden: das 1991/92 in RTS eingegliederte RTV Vojvodina sollte wieder ein eigenes Rundfunksystem bilden (o. V. Overview Media Legislation in SEE 2006, S. 46 ff.; Milivojević/OSI 2005/06, S. 237). Diese Transformation ist auch gelungen und RUV – Radiodifuzna Ustanova Vojvodine (o. RTV = Radiotelevizija Vojvodina) wurde als eigene Anstalt Ende April 2006 gegründet und sendet inzwischen auch auf zwei Kanälen. Diese Aufteilung und die Trennung des RTV (Vojvodina) von RTV BG (Beograd) bzw. RTS ist insofern wichtig, weil in dieser Provinz die größte Konzentration an Minderheiten zu finden ist. Deshalb muss auch die Kultur und Sprache dieser Volksgruppen im Programm des öffentlich-rechtlichen Fernsehens Platz haben.<sup>52</sup>

Ein anderer wichtiger Punkt aus dem Rundfunkgesetz von 2002 war die Entscheidung das dritte Rundfunkfeld in der Art, in der es in den jugoslawischen Republiken existierte, aufzugeben. Die lokalen Rundfunkveranstalter, die den kommunalen Regierungsstrukturen unterstanden, wurden verpflichtet innerhalb von vier Jahren nach Inkrafttreten des Rundfunkgesetzes den Privatisierungsprozess durchzuführen. Doch, da sich die Implementierung dieses Gesetzes wegen Machtspielen um den RRA Rat hinausgezögert hatte, verabschiedete das Ministerium für Kultur und Information im August 2004 eine *Richtlinie zur Privatisierung von lokalen Rundfunkveranstaltern*. Živković nennt eine Zahl von ungefähr 100 solcher kommunaler Sender, die 2004 gesendet haben sollen und nun der Richtlinie und dem Rundfunkgesetz entsprechend entweder privatisiert oder eingestellt werden müssten (Živković IRIS 2004-9:7/11). Da aber bis dahin nichts im Privatisierungsprozess geschehen war, weil die Anwendung des Rundfunkgesetzes blockiert wurde, wurden die Fristen für die Privatisierung der kommunalen Sender durch die Gesetzesänderungen von 2005 verlängert. Die Frist für die Privatisierung lief im April 2007 aus, ohne dass in diesem Sektor tatsächlich der Prozess durchgeführt wurde. Nun wollte die Regierung dieses Problem wohl irgendwie lösen. Das serbische Parlament verabschiedete deshalb Ende Dezember 2007 kurzfristig

---

<sup>52</sup> Details auf den Seiten des Rundfunks Vojvodina: [www.rtv.co.yu](http://www.rtv.co.yu)

ein neues *Gesetz über kommunale Selbstverwaltung* und das *Hauptstadgesetz*. Das erste regelt die Stellung der Kommunen und das zweite die der Hauptstadt. Überraschend an diesen Gesetzen war, dass sie den Kommunen bzw. der Hauptstadt Belgrad nun doch erlauben ihre eigenen Rundfunksender zu haben. Damit hatte der Staat gegen den Privatisierungsprozess gehandelt und es wurden, wie es Živković sagt, stillschweigend und durch die Hintertür die Bestimmungen des Rundfunkgesetzes geändert. Denn, diese beiden Gesetze wurden sehr hastig, kurz vor den Ferien verabschiedet und waren nicht einer ausführlichen Parlamentsdebatte unterzogen. Die politische Priorität war es bis zum Ende des Kalenderjahres die Kommunalwahlen anzusetzen, weshalb die Diskussion um den Privatisierungsprozess der kommunalen Sender unterging (Živković IRIS 2008-2:17/27).

An dieser Stelle könnte man eine Parallele zu Sloweniens Problem des dritten Rundfunkfeldes ziehen, und feststellen, dass dieses Problem wohl nicht so leicht zu lösen ist, wie Anfangs gedacht. Viele Probleme ziehen sich viel zu lange hin, weshalb die Reformen um das öffentlich-rechtliche System und den ganzen Rundfunksektor überhaupt bis jetzt nur zum Teil gelungen sind. Genau das und die Langsamkeit werden explizit von der Europäischen Kommission bemängelt. In den Fortschrittsberichten wird dies schwarz auf weiß argumentiert und auf Mängel hingewiesen.

Im Fortschrittsbericht für das Jahr 2006 wird im audiovisuellen Bereich auf die Reform des RTS eingegangen. Die EC bemängelt dass einige Klauseln der Gesetzesänderungen nicht in Einklang mit dem *acquis communautaire* sind. Besorgnis wird im Bericht auch über die Situation der Regulierungsagentur RRA geäußert. Es ginge nicht nur um das Problem der Unabhängigkeit der Agentur, sondern auch um professionelle Standards, Verantwortungsbewusstsein und Legalität. Die RRA wird in diesem Bericht außerdem noch wegen mangelnder Transparenz beim Entscheidungsprozess, bezogen auf die Lizenzvergabe, kritisiert. Aufgrund dessen, geht aus dem Bericht zusammenfassend die Meinung der EC hervor, dass Serbien im Bereich Medien immer noch im Anfangsstadium bei den Vorbereitungen für die EU steckt (EC Serbia Progress Report 2006, S. 33 f.).

Die Europäische Kommission spricht im Fortschrittsbericht für das Jahr darauf (2007) explizit die Tatsache an, dass die Republik Serbien noch nicht die Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen unterschrieben hat – was alle ehemaligen jugoslawischen Republiken bereits getan haben. Weiter wird nochmal auf die besorgniserregende Situation der RRA eingegangen. Der EC sei auch bis zur Erarbeitung dieses Berichtes nicht alles, was die Frequenzvergabe aus dem Jahr 2006 angeht, klar. Hier wird argumentiert, dass viele Entscheidungen der RRA vor Gericht angefochten wurden und, obwohl die Überprüfung der Lizenzen noch andauert, es noch viele ungelöste Beschwerdefälle in diesem Prozess gibt. Ein Beschluss der RRA, der dem RTS die Pflicht vorschreibt parlamentarische Debatten zu übertragen, ist von europäischer Seite her besonders in Kritik geraten. Dieses wird auch in diesem Fortschrittsbericht sehr deutlich. Hier wird herausgehoben, dass so ein Beschluss die redaktionelle Entscheidungsunabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunksenders beeinflussen könnte (EC Serbia Progress Report 2007, S. 37). Nachdem diese Kritiken im Bericht veröffentlicht wurden, wurde auch dieser Beschluss der RRA umgeändert in eine Empfehlung.

Jedoch scheint dies eins der wenigen Kritikpunkte zu sein, welches Serbien ausgebessert hat. Denn im Fortschrittsbericht für das Jahr 2008 harrt die Europäische Kommission auf ihrer Kritik aus:

- Serbien habe immer noch nicht die Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen unterzeichnet.
- Fragen der Medienkonzentration seien nicht ausreichend geregelt.
- Es bedürfe einiger Änderungen bzw. Ergänzungen des bestehenden Rundfunkgesetzes.
- Es fehle an Transparenz bei der Vergabe von regionalen und lokalen Frequenzen.
- Die Unabhängigkeit und Transparenz der Regulierungsagentur seien nicht genügend gesichert. Denn 2007 erfolgte wieder eine Änderung des Rundfunkgesetzes, deren Resultat eine steigende Fragwürdigkeit der Unabhängigkeit der RRA bedeutete.



Die Europäische Kommission bringt die ganze Kritik auf den Punkt, indem sie im Bericht die Einschätzung abgibt, Serbien sei im Bereich der Medien immer noch in der Anfangsphase – was bereits zwei Jahre zuvor derart geäußert wurde. Das Gesetzesvakuum sowie das Fehlen eines angebrachten institutionellen und rechtlichen Rahmens im Mediensektor wirke sich auf den Rundfunk in Serbien negativ aus (EC Serbia Progress Report 2008, S, 47).

Aus dieser harten Kritik ist jedenfalls klar geworden, dass noch einiger Bedarf bei den Reformen im Mediensektor und dessen Regulierung besteht. Die wichtigsten Gesetze wurden zwar mit europäischen Experten erarbeitet, umgesetzt werden mussten, und müssen sie aber in Serbien. Vielleicht muss tatsächlich ein Gedankenwandel in der Gesellschaft vollzogen werden um erfolgreiche Reformen zu haben. Oder die leitende Elite hat die Augen womöglich noch nicht weit genug geöffnet um zu sehen, dass auch der Mediensektor diese Reformen braucht um sich weiter auf dem Weg entwickeln und entfalten zu können, den die Bürger willentlich am 5. Oktober 2000 eingeschlagen haben.

Die neue Regierung, die nach den Parlamentswahlen im Mai 2008 gebildet wurde, hat versprochen die Kritik der EU ernst zu nehmen. Den Ankündigungen des Kulturministeriums der pro-europäischen Koalitionsregierung nach, soll der Privatisierungsprozess wieder aufgenommen werden. Des weiteren wollen die neuen Führungskräfte des Landes Einschränkungen bei der Medienkonzentration einführen, die Änderungen des Rundfunkgesetzes von 2002 genau unter die Lupe nehmen sowie die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde gesetzlich sichern. Zudem soll auch eine Reorganisation des RTS erfolgen, indem die Sendeanlagen in ein eigenes Unternehmen überführt werden um den Wiederaufbau derselben unkomplizierter vorantreiben zu können, wie das bspw. in Bosnien-Herzegowina auch getan wurde (Živković IRIS 2008-10:17/28). Priorität dieser Regierung im Medienbereich ist jedoch eine erfolgreiche Transformation des RTS in ein selbsterhaltendes und aus Gebühren finanziertes öffentlich-rechtliches System. Denn, die offene Einstellung der neuen Regierung ist, dass der Mediensektor keine Hürde für den Annäherungsprozess darstellen soll.

#### 4. 5. Kosovo

Nach dem zweieinhalbmonatigem Kosovo-Krieg 1999 war das Medienbild im Kosovo etwas differenzierter als in den umliegenden ex-jugoslawischen Ländern, aber doch ziemlich klar – es wurden am meisten die Zeitung und das Radio für Information und Entertainment genutzt. Fernsehen tauchte bei Marktuntersuchungen erst an dritter Stelle auf (Index Kosova 1999, Marktuntersuchung). Es war zwar eine glaubwürdige Informationsquelle für die Menschen, konnte jedoch zu der Zeit aus politischen Gründen nicht in dem Maße konsumiert werden wie bspw. Zeitungen oder heimisches und internationales Radio, das im Kosovo damals auch sehr präsent war. Während es in den anderen ex-Jugoslawischen Ländern eine Kontinuität beim Fernsehkonsum und seiner unangefochtenen ersten Position bei der Bevölkerung gab, war dies nicht der Fall in der ehemaligen autonomen Provinz Kosovo. Ursachen dafür liegen in der politisch-geschichtlichen Entwicklung dieser Region, im Zusammenhang mit den allgemeinen Geschehnissen um Jugoslawien.

Nachdem im März 1989 das serbische Parlament die Autonomie der Provinz Kosovo, unter großem Einwand der albanischen Kosovaren, aufgehoben hatte, wurde die Politik der Unterdrückung des damaligen serbischen Präsidenten Slobodan Milošević sehr offen auf die Medien angewandt. Am 5. Juli 1990 stürmten Spezialeinheiten der serbischen Polizei, sowohl das Parlaments- als auch das Gebäude des RTV Priština. UN-Beobachter berichteten ebenfalls, dass an diesem Tag dem RTV Priština verboten wurde in albanischer Sprache zu senden (Limani 2005, S. 3). Dieser Rundfunksender war bis zu diesen Geschehnissen Teil des jugoslawischen staatlichen Rundfunksystems JRT und sendete in der mehrheitlich benutzten Sprache Albanisch sowie in den Minderheitssprachen Serbisch, Türkisch und Romani. Doch nach 1990 wurde RTV Priština in das serbische staatliche Rundfunksystem RTS eingegliedert<sup>53</sup> und wurde von den albanisch sprechenden Kosovaren nicht mehr als „ihr“ Rundfunk empfunden. Den Restriktionen des Milošević-Regimes waren auch die anderen Medien, die in albanischer Sprache ausgestrahlt haben oder veröffentlicht wurden, ausgesetzt. Unter

---

<sup>53</sup> siehe vorigen Absatz über Serbien

solchen Bedingungen litten in erster Linie Journalisten und andere Mitarbeiter in den Medien, die in den Neunzigern versucht hatten diesen „Medien-Blackout“ zu brechen. In diesen Zeiten, in denen zum Teil noch Krieg in den anderen Ländern wie Kroatien und BiH geführt wurde, und in denen die wenigen unabhängigen Medien in Serbien ihren Überlebenskampf geführt hatten, hatten sich auch im Kosovo Gegenbewegungen im Mediensektor entwickelt. Das geschah allerdings etwas leichter im Print- als im audiovisuellen Bereich, was auch die Konsumentengewohnheiten der Kosovaren 1999 nach dem Krieg erklärt. Die Mediensituation nach dem Krieg änderte sich dann ziemlich rasch als die NATO, UN und die OSZE das Protektorat über Kosovo einrichteten. Dem RTS wurde die Zuständigkeit für RTV Priština entzogen und es wurde beschlossen unter internationaler Aufsicht diese Rundfunkanstalt in eine öffentlich-rechtliche Institution umzuwandeln. Diese sollte dann zusammen mit anderen neuen Medien im Lande ihren Anteil zum Aufbau einer westlich orientierten demokratischen Gesellschaft beitragen. Im Gegensatz zum Jahrzehnt vor dem Kosovokrieg kam es nun zu einem Wandel, bei dem bereits im Sommer 1999 viele neue Medien auftauchten – auf lokaler und überregionaler Ebene, in Albanisch sowie in den Minderheitssprachen. Die Aufgabe der vorläufigen Regulierung und Lizenzvergabe im Mediensektor fiel auf die OSZE. Einem Bericht dieser Organisation zufolge, gab es im Jahr 2001 bereits 23 lokale und drei überregionale Fernsehprogramme sowie 83 lokale und vier überregionale Radiostationen. Die UN-Resolution 1244, die die internationale Aufsicht für Kosovo eingeführt hat, sahen die albanisch-sprechenden Kosovaren als „Befreiung“ an. Demnach wurde die internationale protektorische Verwaltung von den Bürgern als Möglichkeit gesehen, mit Hilfe freier Medien nach Jahren der Unterdrückung eine eigenständige öffentliche Meinung zu entwickeln. Das führte dazu, dass in kurzer Zeit sehr viele Medien im Verhältnis zur Einwohnerzahl von ca. zwei Millionen entstanden sind. Außerdem haben weitere Marktuntersuchungen von 2001 bis 2003 gezeigt, dass sich die Konsumgewohnheiten demzufolge in den ersten zwei-drei Jahren unter internationaler Aufsicht geändert haben. So tauschten die Print- und audiovisuellen Medien ihre Plätze. Die Menschen konsumierten im November 2003 viel mehr das Medium Fernsehen bzw. allgemein mehr elektronische Medien als Zeitung oder Zeitschriften (Index Kosova 2003, Marktuntersuchung).

Bis 1990 unterlag das kosovarische Medienwesen den einheitlichen Gesetzen der SFRJ. Nach 1990 wurde die restriktive Regulierung des Milošević-Regimes strikt durchgeführt. In dieser Zeit gab es praktisch keine Medienfreiheiten im Kosovo und „es entwickelte sich ein halblegalen Journalismus, der ums Überleben kämpfen musste“, wie Limani dies beschreibt. Umso mehr wurde es nun zur Herausforderung die neue Mediensituation, die nach 1999 eingetreten war, zu regeln. Die UN-Resolution 1244, durch die die Übergangsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) eingerichtet worden ist, markierte zwar die blutigen Auseinandersetzungen im Kosovo als beendet, berücksichtigte aber nicht die Rolle der Medien. Erst nachdem im Kosovo das internationale Protektorat praktisch eingeführt wurde, sah die UNMIK ein, dass Medien ein bedeutender Träger des demokratischen Aufbaus sind, und dass gerade Medien in der Nachkriegszeit eine erhebliche Bedeutung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft spielen. Hier scheint es, als wenn die internationalen Organisationen einen ähnlichen Fehler gemacht hätten wie in Bosnien und Herzegowina. Dort wurden die Medien im Dayton-Friedensvertrag auch nicht bedacht. Deshalb konnte sich in der ersten Zeit nach dem Krieg die ethnische Teilung der Medien und somit auch der Gesellschaft befestigen und es konnten sich Sender fast ungehindert mehren. Obwohl sich der Hohe Repräsentant in BiH ab 1997 intensiver mit der Medienregulierung auseinandergesetzt hat, hat BiH zum Teil im Medienwesen auch heutzutage mit dem Erbe dieser Nachlässigkeit gegenüber der Rolle der Medien in einer postsozialistischen Gesellschaft zu kämpfen.

Um die chaotischen Medienzustände so weit es ging in Ordnung zu bringen, hatte die UNMIK im Kosovo erstmal vor die Mediengesetze, die vor der NATO-Bombardierung galten, wieder einzuführen. Das führte zu großen Einwänden bei den Kosovaren unter dem Argument, dass diese Gesetze diskriminierend wären und eingeführt wurden nachdem Kosovo 1989 seinen Status der autonomen Provinz verlor. Daraufhin beschloss der damalige Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für Kosovo (SRSG) Bernard Kouchner die Mediengesetze, die vor 1990 galten wieder in Kraft treten zu lassen, jedoch nur im Zusammenhang bzw. mit zusätzlichen Beschlüssen anderer UNMIK-Regelungen. Dieser Rechtsrahmen bestand aus acht Gesetzen, die den Mediensektor reguliert haben, der aber aus der Periode des kommunistischen

Jugoslawiens stammte. Aus diesem Grunde waren diese Gesetze nicht anwendbar bei der Regulierung und Entwicklung freier Medien in einer demokratisch-anstrebenden Gesellschaft. Es entstand eine Gesetzeskluff, verursacht durch die Bemühungen der UN Institutionen einen Übergangsrechtsrahmen für den Mediensektor zu errichten. Solche „temporären“ Vorhaben der internationalen Organisationen stießen auf harte Kritik von lokalen und internationalen Journalistenorganisationen. Diese Kluff galt es nun zu überwinden. Die OSZE scheiterte an dem Versuch die Regulierung des Mediensektors nach dem bosnisch-herzegowinischen Modell einzuführen.

Schließlich erließ der Sonderbeauftragte Kouchner am 17. Juni 2000 die *Verordnung 2000/36* über die Lizenzierung und Regulierung des Rundfunks im Kosovo. Mit dieser Verordnung wurde das Amt des Temporary Media Commissioner<sup>54</sup> (TMC) einberufen, das die Aufgabe der Regulierungsbehörde für den kosovarischen Medienbereich übernahm (Berisha 2004, S. 222 f.). Somit übernahm der TMC die Verantwortung für die Entwicklung und Förderung freier und professioneller Medien im Kosovo und für die Implementierung einer temporären Rechtsordnung in allen kosovarischen Medienbereichen.

Interessant war zu der Zeit auch die wenige Monate zuvor erlassene Verordnung des UN-Sonderbeauftragten, mit der die Hasssprache verboten und Verstöße mit Geldbußen oder Freiheitsentzug verhängt wurden. Es handelt sich um die *Verordnung 2000/4* über „das Verbot von Äußerungen mit nationaler, ethnischer, rassistischer und religiöser Hetze, von Äußerungen, die Unwahrheiten beinhalten, oder die die Reputation von Personen beeinträchtigen“ (UNMIK Regulation 2000/4). Das Dokument wurde am 1. Februar 2000 erlassen und betraf ebenso Medien wie auch Politiker. Der Hintergrund so eines Erlasses liegt in offenen Nachkriegskonflikten und der Ablehnung zur Versöhnung zwischen Serben und Kosovo-Albanern. National gefärbte Medienberichte von der einen oder anderen Seite waren keine Seltenheit. Die Verordnung 2000/4 hat außerdem den Vorgang der Lizenzvergabe für die elektronischen (*Verordnung 2000/36*) und den Verhaltenskodex für die Printmedien (*Verfügung 2000/37*) festgelegt. Diese Anordnungen richteten sich nach dem Vorbild demokratischer Mediengesellschaften, in denen die Lizenzvergabe an elektronische Medien von einer unabhängigen

---

<sup>54</sup> TMC = provisorischer Medienkommissar

Regulierungsbehörde (hier der TMC) erfolgen und der Printbereich einer Selbstregulierung unterliegen soll.

Laut 2000/36 steht, als zweite Instanz, über dem TMC der Media Appeal Board, der die Entscheidungen des TMC überprüft (Limani 2005, S. 5 f.; UNMIK Regulation 2000/36). Vier Monate danach, im September 2000, wurde zusätzlich ein *Verhaltenskodex für den Rundfunk* bzw. für elektronische Medien in Form eines Annexes zur Verordnung 2000/36 erlassen. In diesem Kodex wird unterstrichen, dass die Sender sich den international geltenden Standards fügen sollen und die ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt Kosovos respektieren sollen. Ein Mangel sowohl der Verfügung 2000/36 wie auch des Verhaltenskodexes war aber, dass sie kein Regelwerk für die Medienkonzentration und Eigentumsfragen beinhaltet hatten. Dieses wurde im Nachhinein vom TMC mit einem zusätzlichen Dokument geregelt, und zwar mit den sogenannten *Qualifications*, veröffentlicht im Juni 2000. Somit wurde festgelegt, dass bspw. der Eigentümer einer Zeitung höchstens noch eine Radio- und/oder eine Fernsehstation besitzen darf.

Die Grundregelungen für den audiovisuellen Sektor wurden mit der Einführung des TMC klar definiert. Das Amt des TMC sollte jedoch nur temporär sein, wie es bereits im Namen des Amtes festgesetzt ist: *temporary*. So sollte schnellstmöglich eine unabhängige Regulierungsagentur entstehen, die dann die Arbeit des TMC weiterführen würde. Dies wurde bereits mit der Verordnung 2000/36 vorgesehen. So heißt es in Artikel 1, Absatz 1 dieser Verordnung:

*„Der Übergangskommissar für die Medien (TMC) ist verantwortlich für die Entwicklung und Förderung unabhängiger Medien (...) bis zur Gründung der Unabhängigen Medienkommission, ...“* (UNMIK Regulation 2000/36)

Das Gesetz über die *Unabhängige Medienkommission* (IMC – Independent Media Commission) wurde 2001 ausgearbeitet. Zur Endphase der vollständigen Verabschiedung dieses Gesetzes ist es aber damals nicht gekommen. Somit führte der TMC die Regulierungsarbeit fort bis ein zufriedenstellendes Gesetz über die IMC verabschiedet werden konnte. Priorität des TMC war Ordnung in den Sektor der elektronischen Medien zu bringen. Denn, wie vorhin erwähnt, konnten sich nach 1999 im Kosovo, dank Hilfe von internationalen Organisationen, gänzlich neue

Rundfunksender ihren Weg bahnen. Es kam auch hier zum Boom der elektronischen Medien. Dieser Prozess ging aber erstmals sehr unkoordiniert vor sich. Es tauchten viele neue Radiosender auf, die von verschiedenen ausländischen Hilfs- und ähnlichen Organisationen unterstützt wurden. Zu einigen dieser Sender kam bald auch ein Fernsehsender hinzu. Bereits nach zwei Jahren zeichnete sich dieser Boom in der Zahl von 145 Radio- und/oder Fernsehsendern ab. Diese Zahl bestätigt jedoch nur die Richtung, die Kosovos ex-jugoslawische Nachbarstaaten im Medienbereich ebenfalls eingeschlagen hatten. Sei es Bosnien-Herzegowina, Montenegro oder Serbien – in allen kam es zum Medienüberfluss.

Die wichtigsten privaten Rundfunkanstalten, die während dieses Booms entstanden sind, und sich bis jetzt im kosovarischen Medienraum etablieren konnten, sind RTV 21 und RTV Dukagjini sowie der Fernsehsender Koha Vision (KTV).

RTV 21 ist allerdings noch kurz vor diesem Boom entstanden, während des Kosovo Krieges. Zuerst war es nur ein Hörfunksender – Radio 21, das im Mai 1998 angefangen hatte sein Programm übers Internet zu senden. Im Jahr darauf bediente sich der Sender der Kurzwelle von Radio Holland um sein Programm auch während des Krieges weitersenden zu können und hatte seine Zentrale im mazedonischen Skopje. Danach kehrte der Sender im Juli 1999 nach Priština zurück und sendet ab diesem Zeitpunkt analog und übers Internet. Bereits Ende 2000 kam ein Fernsehsender hinzu – TV 21, welches mit dem Radio zu einer landesweiten privaten Rundfunkanstalt, dem RTV 21, verschmolz und zusammen mit der Website radio21.net zu einem der größten Multimediaunternehmen im Kosovo wurde. Das Unternehmen ist in Händen der Familie Saracini-Kelmendi. Zudem sendet RTV 21 auch über Satellit und neuerdings kamen zwei neue Kanäle hinzu: 21 Popullore sowie der Musiksender 21 Plus. Ohne internationale Hilfe und Donatoren wie bspw. USAID oder OSI hätte es so ein Privatsender jedoch nie schaffen können auf einem Nachkriegsmarkt, der noch keinen Werberegulungen unterlag, zu bestehen.

Dasselbe gilt für den anderen großen Privatsender im Kosovo – Koha Vision KTV. Eigentümer ist die Koha Group, die sehr stark im Print-, Verlags- und Internetbereich

vertreten ist.<sup>55</sup> So wie TV 21, ging auch KTV Ende 2000 erstmals auf Sendung. Der Sender startete zuerst mit zwei Stunden Programm und steigerte es dann im Laufe der Jahre.

RTV Dukagjini entwickelte sich aus einem der populärsten Radiostationen Kosovos heraus, dem Radio Dukagjini. Dieses ging im September 1999 auf Sendung, kurz nach dem Ende des Krieges. Etwa drei Jahre danach, im Sommer 2002 kam ein Fernsehkanal hinzu – TV Dukagjini.

Diese drei privaten Rundfunksender und der jeweilige Zeitpunkt ihrer Gründung zeigen sehr deutlich, dass alle fast zur selben Zeit entstanden sind und damit der Grundstein für das duale System gelegt wurde. Denn auf der anderen Seite wurde auch RTK wieder langsam auf die Beine gestellt, indem die Transformation zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk eingeleitet wurde. Mit der Einrichtung des UN-Protectorats blühte also die Medienlandschaft so richtig auf. Allerdings teils auch in der falschen Richtung. Denn, wie bereits erwähnt, entstanden in kurzer Zeit einfach zu viele Sender, die sich nicht selbst finanzieren konnten.

Um ein annähernd qualitatives Programm zu haben und weite Teile der kosovarischen Hörschaft zu erreichen bildeten deshalb einige Radiosender Netzwerke. So z.B. das Netzwerk PROFM, welches im Jahr 2001 von fünf der populärsten lokalen Radiostationen in albanischer Sprache gebildet wurde. Dieser Gründersender sind: Radio Plus, Radio Tema, Radio Helix, Radio Energija und Radio Amadeus. Eines der Ziele des Netzwerkes PROFM ist es die Rolle des Hörfunks in der Gesellschaft ihren Hörern näher zu bringen.

Während der Rundfunksektor für die Zielgruppe der Albaner, die die Mehrheit im Kosovo bilden, explodierte, wurden zugleich neue serbische Sender gegründet. Denn die bekamen auch internationale Gelder und Unterstützung von der OSZE. Die anderen Minderheiten wie z.B. die Bosniaker, Türken oder Roma, bekamen ebenfalls Sendefläche. Im Vordergrund stand dabei aber die serbische Sprache, da die Serben die größte Minderheit bilden. Wichtige Hörfunksender für die Serben im Kosovo sind

---

<sup>55</sup> Die Koha Group betreibt die auflagenstärkste Zeitung Kosovos: Koha Ditore



Radio Contact Plus und Radio Kim. Bei den Fernsehsendern sind es TV Most und TV Silovo. Charakteristika für alle sind, dass sie etwa zur gleichen Zeit entstanden sind, und zwar nachdem bei den Medien in albanischer Sprache der Boom eingesetzt war.

Radio Contact Plus ging im Frühjahr 2000 auf Sendung ,mit Musik sowie einem hohen Anteil an Nachrichten u.ä. Inhalten. Allerdings musste dieser Hörfunksender wegen finanziellen Problemen 2003 als eine NGO (Nichtregierungsorganisation) registriert werden, um weiterarbeiten zu können. Hinzu flossen auch internationale Gelder um den Sender auf den Beinen zu halten. Radio Contact Plus war aber nicht der einzige Sender im Kosovo, der so einem Schicksal ins Gesicht schauen musste. Da war ein privater Mediensektor gerade im Aufbau mit dem Ziel ein funktionierendes duales System zu erschaffen, und dann musste sich die Mehrheit, egal ob albanisch- oder serbischsprachig, mit finanziellen Problemen auseinandersetzen. Deswegen bedienten sich einige andere kosovarische Sender ebenfalls dieser Methode und haben sich zu NGOs umregistriert.

So auch der Fernsehsender TV Silovo. Es ist ein privater Sender, der seinen Sitz in der Stadt Silovo hat, und Anfang 2001 auf Sendung ging. Sein eigenes Programm besteht meist aus Filmen, Musik, Inhalten für Kinder sowie Nachrichten. Zudem dient TV Silovo teils auch als Programmfenster des RTS.

Um erstmal auf Sendung gehen zu können, musste Radio KIM ebenfalls auf Hilfe von außen bauen. Im Dezember begann der Hörfunksender mit experimentellem Programm, um dann sein Programm auf volle 24 Stunden zu erweitern.

TV Most (TV Brücke) ist unter den Fernsehsender, die in serbischer Sprache senden, der wichtigste für die serbische Bevölkerung. Er wurde 2002 errichtet und wurde gleich zu Anfang als privates Unternehmen registriert. Viele ehemalige Angestellte des RTK, bzw. RTV Priština fanden bei TV Most Platz, nachdem 1999 der kosovarische staatliche Rundfunk wieder den Kosovo-Albanern anvertraut wurde. Im Unterschied zu den anderen erwähnten Sendern, schaffte es dieser, in den nachfolgenden Jahren nicht mehr von Hilfen von außen abhängig zu sein und konnte seine Hauptkosten soweit aus den Werbeeinnahmen decken (Berisha 2004, S. 232). Das regional ausgerichtete Programm bietet abwechslungsreiche Inhalte, mit Nachrichten, Bildung und Entertainment. Es sieht sich selbst als ein Brückenerbauer<sup>56</sup>, wie im Namen fest verankert, und nicht als

---

<sup>56</sup> Vgl. Angaben auf der offiziellen Website: [www.tvmost.com](http://www.tvmost.com)

Brückenzerstörer zwischen Albanern und Serben – so wie es in den letzten Jahren des öfteren der Fall war.

Die Zahl der Rundfunksender wuchs demnach nicht nur im albanischsprachendem Raum, sondern auch bei den Serben und anderen Minderheiten. Obwohl die meisten dieser neuen privaten Sender mithilfe von internationalen Organisationen und mit dem Segen der OSZE gegründet wurden, wurde es dann irgendwann doch zu viel. Zudem musste der rasant wachsende Sektor unbedingt reguliert und beaufsichtigt werden. Der TMC machte sich an die Arbeit die Lizenzierung der Medien durchzuführen. Es gab drei Runden der Lizenüberprüfung und -vergabe. Dabei hielt sich der TMC de facto an die Verordnungen des UNMIK im Bereich der elektronischen Medien (Berisha 2004, S. 223 ff.). Außerdem hat der TMC die Implementierung der geltenden Verfügungen streng beaufsichtigt sowie die Aktivitäten der Medien und die Einhaltung der vorgegebenen Verhaltensrichtlinien. Im Dezember 2003 wurden veränderte Verfahren für die Lizenzvergabe veröffentlicht. In den Monaten darauf, ab Ende April, hat das Büro des TMC angefangen die Lizenzen aller Radio- und TV-Stationen mit neuen auszuwechseln. Erklärung dessen war, dass die bisherigen vergebenen Lizenzen einige Unklarheiten nach sich gezogen hätten und der Vorgang der Lizenzvergabe sich als widersprüchlich in der Anwendung erwiesen hätte. Die neuen Lizenzen sollten, wie der TMC versichert hatte, die Medienregulierung im Kosovo der europäischen Praxis näher bringen und die Arbeit der audiovisuellen Medien in Einklang mit den Empfehlungen des Europarates bringen (COE Recommendation REC(2000)23). So wurde ein Prozess angefangen, in dem die Intention war, die Lizenzen sowie Rundfunkveranstalter gründlich zu überprüfen und ein Ja oder Nein zur Lizenz zu geben. So haben bis Ende Juni 2005 rund 97% von insgesamt 112 Sendern das neue Paket der Lizenzvergabe offiziell akzeptiert.

Was den öffentlich-rechtlichen Sender RTK angeht – er wurde als solcher anhand der *UNMIK-Verordnung 2000/13* offiziell am 15. Juni 2001 gegründet. Denn, es hatte zwei Jahre gedauert bis das Medienhaus nach dem Krieg wieder einigermaßen aufgebaut werden konnte. Dazu hat es die Hilfe der EBU (European Broadcast Union) und der OSZE gebraucht. Im Herbst 1999 sendete TV Kosova erstmal nur ein zwei-Stunden-Fernsehprogramm und das ehemalige Radio Priština wurde als Radio Kosovo in das

System integriert. So entstand auch RTK – Radio Television Kosova. Durch technische Aufrüstung mithilfe internationaler Donatoren konnte ein Jahr danach der Fernsehbetrieb auf vier Stunden aufgestockt werden, u.a. mit Sendungen auf Serbisch und Türkisch. Im selben Jahr wurde der UN Hörfunksender Radio Blue Sky ebenfalls ins RTK integriert. Als eine multiethnische und auf junge Hörer ausgerichtete Radiostation, bildete Radio Blue Sky nun neben TV und Radio Kosovo das dritte Element des Rundfunksystems RTK. Auch das terrestrische Sendernetz wurde wieder ausgebaut, so dass im Jahr 2001 mit der Umwandlung in ein öffentlich-rechtliches Rundfunksystem begonnen werden konnte. Zu dieser Zeit hat das Fernsehen sieben Stunden täglich gesendet. RTK steigerte seine Sendezeit in den Jahren danach und sendete unter speziellem Status des „öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Transformationsprozess“. Ende 2003 hatte das Fernsehprogramm des RTK bereits ein 24-Stunden-Programm. Erst nach der vollständigen Überprüfung 2005 bekam der angehende kosovarische öffentlich-rechtliche Rundfunk RTK aber offiziell eine Sendelizenz von der Regulierungsbehörde (o.V. Overview Media Legislation SEE 2006, S. 22 ff.; Berisha 2004, S. 232; RTK website). Doch auch zuvor gab es immer wieder Anstrengungen seitens der internationalen Faktoren im Kosovo RTK in eine wahre öffentlich-rechtliche Anstalt umzuwandeln. Da es aber keine Mediengesetze gab, sondern lediglich UNMIK-Erlasse, ging die Demokratisierung der Medien nicht so sauber und rasch voran wie sich das die internationalen Amtsinhaber vielleicht vorgestellt hatten. Obwohl sich die Zahl der Medien vervielfacht hatte, war das noch lange kein Zeichen für Vielfalt. Meinungsvielfalt suchte man vergebens. Professionelle Berichterstattung ebenfalls. Dies war auch bei RTK nicht anders. Es war im Großen und Ganzen im Jahr 2004, also fünf Jahre nach dem Krieg, ein Kosovo-albanischer Staatsrundfunk. Den Minderheiten wurde kein genügender Platz eingeräumt und im Gegensatz zu den Neunzigern wurde RTK, insbesondere das Fernsehen, jetzt von den Minderheiten nicht als ihr Medium für Kosovo akzeptiert. Die fehlerhafte Berichterstattung im März 2004, die zu Ausschreitungen mit 19 Toten geführt hatte, zeigt wie RTK gegenüber der Öffentlichkeit vorgegangen war. Die sogenannten „Märzereignisse“ wurden durch ein tragisches Ereignis ausgelöst: drei albanische Kinder waren im Fluss Ibar ertrunken. Der Großteil der Medien, allen voran aber das meist gesehene und gehörte RTK, hetzten mit Informationen die Kinder seien von

Serben mit Hunden in den Fluss getrieben worden. Es handelte sich aber in Wirklichkeit tatsächlich um einen Unfall. Doch RTK und andere kosovarisch-albanischen Medien haben die Informationen nicht überprüft und streuten damit ethnischen Hass in die kosovarische Gesellschaft. In erster Linie wurde aber RTK vorgeworfen, dass es mit seiner unprofessionellen Berichterstattung wesentlich zu den Ausschreitungen beigetragen hatte. Das alles hat Konsequenzen nach sich gezogen. Ein internationaler Beobachter wurde für das informative Programm und alle aktuellen Fragen rund um das RTK eingesetzt. Der TMC sowie die OSZE kritisierten die Geschehnisse scharf und veröffentlichten Empfehlungen, durch die die Defizite der Medien verbessert und solche Situationen in Zukunft vermieden werden sollten. Das Beispiel der Märzereignisse hat in dem Fall nur noch bildhaft gezeigt, dass die Medien im Kosovo, trotz internationaler Anstrengungen, weit entfernt sind von europäischer Praxis, und dass es ein schwieriger Weg ist sich an die europäische Medienordnung anzugleichen. Denn mit Medien, die ihre ethnischen Grenzen nicht sprengen wollen oder können, wird weder Demokratie noch Versöhnung zu machen sein (Gürtler 2004).

Dieses hat man wohl auch im Kosovo nach diesen Ausschreitungen nüchterner gesehen und erkannt, dass es etwas rascher zugehen sollte mit der Gesetzgebung. So wurde wieder die Diskussion um das Gesetz über die Unabhängige Medienkommission entfacht. Rasch ging es dann vor allem mit der Ausarbeitung des *Gesetzes über freien Zugang zu Informationen*, das im Juni 2004 vom kosovarischen Parlament verabschiedet wurde. Serbische Abgeordnete haben daraufhin Einwand einberufen. Doch, mit einigen Änderungen hat der Sonderbeauftragte für Kosovo letztlich dieses Gesetz im November desselben Jahres erlassen, womit es auch nicht mehr zur Diskussion stand.

Obwohl die Märzereignisse einen großen Schatten auf die Medien im Kosovo geworfen haben, bleibt das Fernsehen, vor allem aber RTK, das Medium dem man am ehesten Glauben schenkt. Im Dezember 2003 wurde im Kosovo das europäische Modell der kombinierten Einnahmequellen eingeführt. Zuerst wurden nur Gebühren eingezogen. 2004 wurden dann erste Werbeeinnahmen von politischen Spots erwirtschaftet. Das europäische Gebühreneinzugs-Modell wurde zwar eingeführt, doch der Rundfunk Kosovos ist immer noch einer der ärmsten in Europa. Dies mag vielleicht auch daran

liegen, dass der Werbemarkt nicht vielversprechend ist und RTK mit den privaten Sendern am Markt ringen muss.

Für die Annäherung an die europäische Praxis zeugt auch der Anfang 2004 unterzeichnete Vertrag über Zusammenarbeit zwischen RTK und der EBU (European Broadcast Union). Obwohl unter internationalem Protektorat und offiziell als serbische Provinz, schritt Kosovo seinen eigenen Weg in die europäische Medienordnung. Denn diesen Weg gingen auch alle anderen Staaten, die Jahre zuvor Teil des sozialistischen Jugoslawiens waren. Neben der *Richtlinie über die Einhaltung der Autorenrechte*, verkündet vom TMC Anfang 2004, wurde weitergearbeitet am Medien- bzw. Gesetz über die Unabhängige Medienkommission. Schließlich wurde dieses Gesetz im April 2005 vom kosovarischen Parlament verabschiedet und vom Sonderbeauftragten Søren Jessen-Petersen im Juli 2005 öffentlich verkündet (UNMIK 2005/34). Das *Gesetz über die Unabhängige Kommission für Medien und Rundfunk*, wie es offiziell heißt, gilt eigentlich als das grundlegende Mediengesetz für den audiovisuellen Medienbereich Kosovos. Es wird zusammen mit den bereits erlassenen Verordnungen des UNMIK angewendet. Somit ging auch das Amt des TMC in die Unabhängige Medienkommission (IMC/NMK) über. Über die IMC wurde als weitere Instanz der Media Appeal Board beibehalten bzw. neu einberufen, um die Unabhängigkeit der Regulierungsagentur und die Rechte der audiovisuellen Medien zu sichern. Dieser Beschwerde-Rat besteht aus drei Mitgliedern. Zwei von ihnen sind Bürger Kosovos und einer ist ein internationaler Experte. Im Rat der IMC sitzen auch zwei internationale, von insgesamt sieben Mitgliedern. Damit wurde nochmal unterstrichen, dass das Kosovo auch weiterhin unter aufmerksamer internationaler Hand die europäische Medienordnung anstrebt und durchführt. Die IMC hat die Arbeit des TMC prinzipiell weitergeführt und sich gleich zu Anfang nach den Empfehlungen des Europarates gerichtet. Dabei hat sich die IMC besonders der Aufgabe gewidmet die Professionalität, Vielfalt, Transparenz und die Unabhängigkeit der Medien zu beaufsichtigen und zu fördern. Außerdem ist die kosovarische Medienkommission der EPRA – European Platform of Regulatory Authorities<sup>57</sup> beigetreten, womit sich die IMC gleichzeitig

---

<sup>57</sup> EPRA ist eine gemeinsame Plattform der europäischen Medien-/Rundfunkanstalten bei der alle Regulierungsbehörden der Länder des ehemaligen Jugoslawien inzwischen Mitglieder sind. Näheres dazu auf [www.epra.org](http://www.epra.org)

verpflichtet hat sich bei der Medienpolitik bzw. -regulierung an europäische Standards zu halten (Quelle: IMC).

Damit wurden nun endgültig Grundsätze geschaffen um die kosovarischen Medien in eine EU-angleichende Medienordnung zu führen. Aber ob das in einem komplizierten gesellschaftlichen Umfeld, wie dem des Kosovo, reibungslos funktionieren kann, wird von der Europäischen Kommission regelmäßig überprüft. Vor allem vor dem Hintergrund des letztlich aktuellen Kampfes der Kosovo-Albaner um die Unabhängigkeit Kosovos.

Als ein positiver Schritt Kosovos wird das, im Januar 2006 vom Parlament verabschiedete und im April desselben Jahres vom UN-Sonderbeauftragten verkündete, *Rundfunkgesetz* von der Europäischen Kommission erwähnt. Im Bericht zum Fortschritt der, damals noch offiziell, serbischen Provinz unter UN-Verwaltung, wird aber dem RTK auch vorgeworfen den nötigen Prozentanteil an Programm für Minderheiten nicht einzuhalten. Darin heißt es allerdings auch, dass im Kosovo während der Beobachtungsphase (bis November 2006) der Rechtsrahmen für Medien entscheidend verbessert wurde. Das Kosovo mache die richtigen Schritte vorwärts, obwohl noch einige Probleme bestünden. Im Bericht äußert sich die Europäische Kommission zu RTK positiv, im Hinblick auf die Bemühungen zur Einhaltung europäischer Standards. Die EC bringt dabei aber auch ihre Besorgnis über die finanzielle Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zum Ausdruck. Die Mindestgrenzwerte bei Werbeeinnahmen seien nicht im Rundfunkgesetz definiert und die Gebühreneinnahmen gingen nicht direkt in die Kasse der Rundfunkanstalt, meint die EC im Kosovo-Fortschrittsbericht 2006 (EC Kosovo Progress Report 2006, S. 34 f.).

Für das Jahr darauf, also für 2007, hat die Europäische Kommission nur wenig Fortschritt im Medienbereich beobachtet. Obwohl die IMC in vollem Umfang ihre Arbeit aufgenommen und geholfen habe im Parlament eine adäquate Strategie für die Minderheits- und multiethnischen Medien auszuarbeiten, blieben einige wesentliche Probleme im Medienwesen bestehen. So sei auch nach eineinhalb Jahren nach der Verkündung des Rundfunkgesetzes das RTK-Gremium noch nicht einberufen worden. Die selbstständige Finanzierung des RTK stünde auch auf wackeligen Beinen. Gesetzgebung zu Verleumdung/Beleidigung sowie Werberichtlinien seien auch nicht zur

Zufriedenheit geregelt. Im Bericht wird hervorgehoben dass, obwohl die Medienreform voranschreitet, es dringend gelte die genannten Probleme im Medienwesen erstmal zu lösen um ein, an europäischen Prinzipien orientiertes Medienumfeld für Kosovo garantieren zu können (EC Kosovo Progress Report 2007, S. 41 f.).

Diese Probleme blieben jedoch auch im Jahr 2008 bestehen, ohne eine Aussicht auf baldige Besserung der Situation im Medienwesen, wie das im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission verdeutlicht wird. Das grundlegende Problem des immer noch staatlichen Rundfunks RTK bleibe weiterhin die Finanzierung und die damit verbundenen Unklarheiten der Werberegelungen. Denn, die seien noch nicht richtig festgesetzt worden. Zudem bemängelt die Kommission, dass es ungenügenden Fortschritt generell bei der Mediengesetzgebung gäbe wie auch wenn es um Meinungs- bzw. Medienfreiheit und Urheberrecht geht. Als positiv wird in dem Bericht das Programm des staatlichen Rundfunks genannt, welches darauf achtet, dass Angebote für die Minderheiten angeboten werden. Die Minderheiten haben zudem ihre eigenen Rundfunksender. Damit verbunden ist die schwierige Aufgabe der Aufsicht dieses Medienraumes. Im Kosovo ist diese Aufgabe wohl noch schwieriger, weil sich auch in der Regulierungsbehörde finanzielle und personelle Probleme auf die Arbeit der Agentur auswirken. Und das vor dem Hintergrund, dass eine Relizenzierung im Rundfunksektor durchgeführt werden müsste, dieses die IMC jedoch wegen den genannten Problemen nicht in der Lage ist durchzuführen. Dieser Aspekt wird besonders im Fortschrittsbericht für das Jahr 2008 angesprochen (EC Kosovo Progress Report 2008, S. 49).

Das Fazit für das kosovarische Medienwesen heißt: es wird ein langer und schwieriger Weg die Mediengesetze in Einklang mit europäischen Vorgaben zu bringen, aber vor allem die Gesetze in die Praxis umzusetzen. Es ist ein kleines Land, das international nicht anerkannt ist – ohne internationale Hilfe jedoch nicht auskommen kann. Die etwa zwei Millionen Einwohner Kosovos können zwischen drei landesweiten Fernseh- und vier Radiosendern wählen. Hinzu kommen etwas über hundert lokale Radio- und/oder Fernsehsender. Insgesamt gibt es 116 elektronische Sender im Kosovo. Davon sind 95 Hörfunk- und 21 Fernsehsender (Quelle: IMC). Doch auch hier gilt: Quantität ist nicht gleich Qualität. Alle Kräfte haben sich darauf konzentriert den nationalen Sender RTK

in ein wirkliches öffentlich-rechtliches System zu transformieren, damit es den Prinzipien eines professionellen, multiethnischen und für alle Kosovaren repräsentierenden Sender nachkommen kann. Bis dahin, und damit vielleicht auch bis zu einem funktionierendem dualen System in Kosovo, ist es wahrlich noch ein langer Weg. Denn das Land hat keine wirtschaftlichen und auch noch keine reifen politischen Kompetenzen dies alleine, ohne die Internationale Gemeinschaft, zu schaffen. Ausreichende gesetzliche Grundlagen für die Entwicklung des Medienbereiches sind geboten. Nun bleibt es abzuwarten wie sich dieses junge Land damit auch zurechtfindet und ob es, wenn die außenpolitischen Gegebenheiten sich nicht in den Weg stellen, annähernd in Gleichschritt in der europäischen Medienordnung mitmarschieren kann.

#### **4. 6. Montenegro**

Probleme mit demokratischer Transformation des Medienwesens, mit denen sich die ehemaligen jugoslawischen Länder plagen mussten, haben auch bei der inzwischen unabhängigen Republik Montenegro nicht halt gemacht. Es gibt so einige Übereinstimmungen wenn es um den allgemeinen politischen Wandel geht, der ja hier unweigerlich die Mediensphäre umfasst. Doch einige spezifische Herausforderungen beim Transformationsprozess der montenegrinischen Medien sind ebenso zu verzeichnen. Die Medien dieses kleinsten Landes des ehemaligen Jugoslawiens, und auch eines der kleinsten Europas, sind ihren eigenen Weg in die europäische Medienordnung gegangen – sowohl in der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) in den Neunzigern wie auch in der Staatenunion Serbien und Montenegro.

Der politische Einfluss Serbiens in der BRJ war sicherlich da, weil die Frequenzen von Belgrad aus vergeben wurden. In diesen Jahren gab es auch nicht viele Medien auf dem Gebiet Montenegros. Trotzdem war bereits Mitte der Neunziger Jahre im Mediensektor ein Trend zu erkennen, der sich in Richtung weg von Belgrad entwickelte. Der staatliche Rundfunk Montenegros war getrennt vom RTS, dem Rundfunk Serbiens. Zudem tauchten neue, meist private Radiosender auf, die die Selbständigkeit der



montenegrinischen Medien gegenüber Serbien noch verstärkt hatten. Ein Beispiel der weitgehenden Selbständigkeit des Rundfunksektors ist die allgemeine politische und gesellschaftliche Abneigung gegen Miloševićs rigorose Medienpolitik Ende der neunziger Jahre. Einige um die Zeit gegründete montenegrinische Radiosender hatten sich dem Netzwerk ANEM angeschlossen, das in den beiden Republiken die Stütze im Kampf gegen das diktatorische Regime darstellte. Etwas Gemeinsames mit dem RTS hatte *RTCG (Radiotelevizija Crne Gore)*, der Rundfunk Montenegros, aber auch. Die Anstalt war staatlich organisiert. Nachdem Jugoslawien und damit auch das JRT zerfallen war, musste sich die Republik Montenegro entscheiden ob es den Weg der Unabhängigkeit geht. Die Bürger Montenegros entschieden sich in einem Referendum 1992 mit rund 96%-er Mehrheit für den Verbleib im gemeinsamen Staat, obwohl sich Slowenien und Kroatien bereits für die Loslösung erklärt hatten und ersichtlich war, dass Bosnien-Herzegowina auch die Unabhängigkeit anstrebt. Das hieß zu diesem Zeitpunkt wiederum für die Medien Montenegros, bzw. für die staatliche Rundfunkanstalt, dass weitergemacht wird wie bisher – obwohl sich eine neue Medienordnung anbahnte, und die bedeutete: „Raus aus dem Sozialismus“.

Die kleinste jugoslawische Republik ging in die neue Ordnung praktisch medienblind hinein, denn zur Zeit des Zerfalles Jugoslawiens existierte in Montenegro nur eine staatliche Zeitung und ein staatlicher Radio- sowie ein Fernsehsender. Im Gegenteil zu großen Veränderungen in Serbien, blieb das Rundfunksystem in Montenegro in den ersten Jahren der neuen politischen Ordnung weitgehend unverändert (Radojković 2001, S. 422). Der demokratische Prozess wurde bei den Medien erstmal nicht eingeleitet. RTCG blieb, wie zuvor erwähnt, in staatlicher Hand. Montenegrinische Medien überhaupt agierten in Zeiten des frühen Postsozialismus als ein Instrument politischer Interessen. Von Unabhängigkeit und Freiheiten der Medien im europäischen Sinne war in diesen Jahren keine Rede. Die Verbreitung des dualen Systems ließ ebenfalls auf sich warten. Denn, es gingen zwar einige private Zeitschriften in Druck, private elektronische Sender gab es aber nicht. Erst Mitte 1994 tauchte das erste private Radio Montenegros auf – *Antena M*. Der erste Privatfernsehsender *Blue Moon* wurde im Juni 1996 gegründet und ging 1997 auf Sendung (Đuranović 2005, S. 1).

Das Medienchaos und Übersättigung des kleinen Medienraums klopften schließlich auch an die Türen Montenegros im Jahr 1997. Wie in den Nachbarländern, so kam es auch hier zum Medienboom. Jedoch nicht der Medienvielfalt wegen, sondern aus anderen Gründen. Diese waren kommerzieller, aber jedoch weitgehend politischer Natur. Damals kam es, nämlich, zu einer verstärkten oppositionellen Haltung der führenden politischen Partei Milo Đukanovićs<sup>58</sup> gegenüber Miloševićs Politik. Die Regierung aus Belgrad setzte Montenegro deshalb unter Druck, weshalb sich die politische Elite dort in zwei Lager spaltete. Das eine für und das andere gegen Milošević. Um ihre Haltung bewahren und demokratische Bestrebungen voranbringen zu können, hat deshalb die Regierung unter Premier Đukanović die Entwicklung des Mediensektors und neuer unabhängiger Medien sogar gefördert. Die Internationale Gemeinschaft hat ebenfalls die unabhängigen Medien intensiv unterstützt. Und das nicht nur zum Zweck der Demokratisierung der montenegrinischen Gesellschaft, sondern auch um den Kampf gegen Miloševićs Diktatur zu stärken. Gleichzeitig kam es zum größeren Einsatz von ausländischem Kapital im Mediensektor (1997-2000). Doch jede Medaille hat ebenso eine andere Seite. Miloševićs Regierung reagierte auf solche Bestrebungen, indem sie verhalf einige Print- und elektronische Medien ins Leben zu rufen. Diese sollten als Sprachrohr des diktatorischen Regimes aus Belgrad dienen.

Die Folge dieser politischen Kämpfe zwischen Gegnern und Befürwortern der Belgrader Regierung war die Bildung einer größeren Anzahl von Medien, die nun den Markt förmlich überfluteten. Für ein Land, das lediglich etwa 670 000 Einwohner (Quelle: CIA Factbook) zählt, gab es bereits 10 Jahre nach der Gründung der BRJ ein viel zu umfangreiches Angebot an Medien. Allein 2005 waren 108 Medien im Land registriert, davon 15 Fernseh- und 43 Radiosender. Doch diese Quantität zeugte, wie auch in Serbien, eben nicht von wahrer Medienpluralität. Medien mehrten sich weil die politische Lage es so verlangte. Mit der steigenden Zahl wuchs nicht die Qualität der Programme. Fast alle Sender beschäftigten sich mit gleichen Themen und hatten ähnliche Programmkonzepte. Hinzu kommt, dass in dieses Gebiet auch serbische

---

<sup>58</sup> Milo Đukanović war von 1991 bis 1998 Regierungschef Montenegros, zuerst der Republik Montenegro in SFR Jugoslawien, dann in der BR Jugoslawien. Danach war er Montenegros Präsident und hat zwischenzeitlich auch als Abgeordneter im Parlament agiert. Im Februar 2008 ist er wieder zum Regierungschef gewählt worden.

Vgl. auf den Webseiten der montenegrinischen Regierung: [www.gom.cg.yu/](http://www.gom.cg.yu/)

Medien sendeten, da es ja bis 2006 der gleiche Markt war und die Zirkulation der Medien (vor allem Print) keine physischen Grenzen hatte. Es war einfach zu viel für einen Markt, der für die Werbeindustrie zu klein und ungenügend attraktiv ist. Die neu gegründeten privaten Sender hatten keine andere Einnahmequelle als die Werbung und andere kleinere Marktaktivitäten. Interessanterweise sahen die Gesetze in Montenegro und auch in Serbien, anders als in der EU, zu der Zeit kein Limit an Werbeausstrahlung vor. Es konnte beliebig viel Werbung in den privaten elektronischen Medien gesendet werden. Es wurde nur festgesetzt, dass Werbung klar von nicht-kommerziellen Inhalten getrennt wird. Doch in einem haben sich diese Gesetze an die europäische Praxis orientiert. Es gab Beschränkungen, die Werbung für Produkte wie Tabak, Alkohol, Drogen und Medikamente sowie für religiöse und politische Ideen gesetzlich unterbunden hatten (Radojković 2001. S. 424).

Das Offensichtliche dabei ist, dass diese Medienexplosion schließlich ein duales System in einem Land erschaffen hat, in dem vor wenigen Jahren nur jeweils ein Medium existierte und alles noch in staatlicher Hand war. Nun war eine Situation da, in der Medienkonsumenten etwas „anderes“ hatten, etwas was nicht als Megaphon einer Partei galt.

Nicht nur die geschilderten politischen Kämpfe haben zu einem anderem Medienbild in Montenegro geführt, sondern auch die Liberalisierung der Mediengesetze. Als 1998 das Gesetz zur öffentlichen Kommunikation in Serbien geändert wurde, tat man dies auch in Montenegro. Doch im Gegensatz zu Serbien, wo ein rigoroses Mediengesetz auf den Weg gebracht wurde und auf heftige Kritik stieß, weil es die journalistischen Freiheiten erheblich einschränkte, wurde das Gesetz in Montenegro mithilfe von EU-Experten vorbereitet. Aufgrund dessen hat das montenegrinische Medien- bzw. Rundfunkgesetz den Schutz der JournalistInnen und ihrer Informationsquellen garantiert. Darüber hinaus gestattete das Gesetz Ausländern in Montenegro ein Medienunternehmen zu gründen und zu besitzen. Die ausländischen Investitionen dürften aber nicht 49% überschreiten – wie das bspw. gesetzliche Regelungen in Slowenien und in Kroatien auch vorsehen. Dieses 1998 ausgearbeitete Gesetz hat sozusagen den Stein für die Gründung weiterer privater Sender ins Rollen gebracht und hat damit auch zur Entwicklung des dortigen Medienmarktes beigetragen. Das Gesetz war jedoch noch nicht in vollem Umfang den

europäischen Vorgaben gerecht. Also begannen die Gesetzgeber 2000 das bestehende Gesetz zu überarbeiten. Die neuen Gesetze sollten neue Regulierungsmaßnahmen festlegen, anhand welcher der Mediensektor von unabhängigen Institutionen überwacht werden sollte. Es ging darum, die Mediengesetze so auszuarbeiten, dass sie den Vorgaben der EU entsprechen und die Unabhängigkeit der Medien und der Medienschaffenden garantiert wird. Die Annahme angemessener Rundfunkgesetze wurde als eine der Grundvoraussetzungen für die Aufnahme von Serbien und Montenegro in die Europäische Union festgelegt.

Die Hälfte der damaligen Fernsehsender, den staatlichen TVCG mit seinen drei Kanälen nicht mitgerechnet, befand sich in öffentlichem/kommunalem Besitz und hatte den Status lokaler Sender, die nicht landesweit sendeten. Im Hörfunkbereich wurden ebenfalls solche lokalen Sender gegründet. In diesem Bereich unterscheidet sich Montenegro nicht von den anderen ehemaligen jugoslawischen Republiken, in denen das dritte Rundfunkfeld in den Neunzigern gewachsen war. Gewachsen ist nach 1998 besonders das Hörfunkfeld. Trotzdem konnte der Hörfunk das Fernsehen als das meistkonsumierte Medium in Montenegro nicht ablösen. Es ist dort auch heute das einflussreichste Medium. Im Monitoringbericht des Open Society Institute (OSI) von 2008 erwähnt Vujović, dass 87% der über zehnjährigen in Montenegro fern schaue. Beim Fernsehen hatte bis 1995 RTCG definitiv die Nase vorn (Vujović/OSI 2008, S. 21). Doch in den Jahren danach bahnte sich die private Konkurrenz langsam ihren Weg auf dem Medienmarkt Montenegros. Als die ersten richtigen Konkurrenten des TV CG bewiesen sich einige große private Fernsehstationen, wie z.B. *Elmag*, *Montena* oder der bereits erwähnte *Blue Moon*, die mit ihrem Unterhaltungsprogramm 85% des nationalen Gebietes erreichen. Für den Rundfunksektor waren zu der Zeit das Ministerium für Information und die Agentur für Telekommunikation zuständig, die 2000 gegründet wurde. Beide Institutionen sind ihrer Aufgabe weitgehend korrekt nachgegangen. Deshalb verlief die Entwicklung, verglichen mit Serbien, weniger chaotisch. Im Zeitraum von 1998 bis 2005 wurden viele neue Sender gegründet. Gleichzeitig musste bei diesem Medienandrang eine Vielfalt sowie Unabhängigkeit von der Politik garantiert werden. Neue Gesetze wurden vorbereitet. Gleichzeitig dachten die neuen privaten Fernseh- und Radiostationen darüber nach wie sie diese Vielfalt für das

montenegrinische Medienwesen garantieren könnten ohne auf dem kleinen Werbemarkt bankrott zu gehen. Dem Beispiel ANEM folgend wurde eine Vereinigung von nichtstaatlichen, bzw. nicht öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbietern unter dem Namen UNEM (Zusammenschluss unabhängiger elektronischer Medien) gegründet. Somit konnten die Privaten ihre Programmangebote austauschen und damit mehr Zuschauer erreichen. Heute befinden sich in diesem Rundfunknetzwerk unabhängiger elektronischer Medien 13 Radio- und 12 Fernsehstationen. Nach den Angaben von UNEM waren und sind die Hauptziele ihrer Arbeit die Einführung professioneller Standards in dem Bereich der elektronischen Medien sowie dem RTCG zu konkurrieren um das spät entstandene duale System aufrecht zu erhalten (Quelle: UNEM; Radojković 2003, S. 564 f.).

Die privaten elektronischen Medien hatten und haben es aber trotz Zusammenschluss nicht leicht. Im Gegensatz zum Printbereich, in welchen ausländisches Kapital geflossen ist (z.B. von der WAZ), waren die elektronischen Medien weniger attraktiv für Investitionen von außen. Einige Gründe dafür liegen in der geographischen Lage Montenegros. Es ist größtenteils Bergland und man hätte große Investitionen einbringen müssen um die Haushalte terrestrisch mit Signal zu versorgen. Von Digitalisierung war ja zu der Zeit noch keine Rede, und es wird wohl überhaupt in dieser Region nicht so schnell voranschreiten wie in Westeuropa. Obwohl sich Montenegro das Ziel gesetzt hat bis Ende 2012 die digitale Umstellung abzuschließen. Die Rezipienten konsumierten in Montenegro und den umliegenden Ländern das Fernsehen meist terrestrisch oder über Satellit. Deshalb war es für keinen potentiellen Investor rentabel in den dortigen Markt einzusteigen. Bis 2002/2003 haben die Privaten, neben üblichen Einnahmequellen, zum großen Teil auch von finanziellen Hilfen von außen überleben können. Planinvestitionen waren zwar rar, aber gemeinnützige finanzielle Hilfen nicht. Dem Geld von internationalen Organisationen hat es Montenegro eigentlich auch zu verdanken, dass neue Sender entstehen konnten. Diese Gelder wurden in den montenegrinischen Mediensektor eingebracht als Unterstützung für den Kampf gegen Miloševićs Regime. Nachdem es zum politischen Wechsel in der BRJ gekommen war, wurden die elektronischen Medien noch eine Zeit lang finanziell unterstützt. Doch dann wurden die ausländischen Finanzinjektionen zunehmend

weniger. Die kommerziellen Medien befanden sich nun in einer gewissen hilflosen Situation, wo ihr Überleben für die Medienvielfalt von großer Bedeutung war, sie sich aber noch nicht an die neu entstandenen Marktumstände angepasst hatten. Đuranović macht für diese Situation die Medien selbst verantwortlich. In seiner Publikation zur Medienlage 2005 in Montenegro meint er, dass die Medien die Geschäftslage besser regeln hätten sollen. Die Privaten hätten erkennen sollen, dass die Zeit vorbei sei, in der es genügt hatte nur eine Oppositionsmeinung zu haben um die Zuschauer/Zuhörer für sich zu gewinnen. Die wachsende Zahl der Medien und der Überfluss an Information habe von sich aus die Konkurrenz aufgezwungen. Sie hätten sich inhaltlich umorientieren sollen, meint Đuranović. Studien hätten bewiesen, dass die Politik inzwischen bei den Montenegrinern auf viertem Platz ihrer Interessen liegt. Die Medien stellten aber immer noch die Politik an erster Stelle. Nur die wenigsten unabhängigen Medien hätten die neuen Zuschauerrends auch wirklich verfolgt. Im Jahr 2005 haben demnach drei Sender – TV Montena, TV MBC und TV Sky Sat – ähnliche Inhalte ausgestrahlt, anstatt sich zu unterscheiden um dem Publikum etwas Spezifisches, Attraktiveres als der andere anzubieten (Đuranović 2005, S. 4 f.). Deshalb hatten fremde Fernsehsender ein leichteres Spiel das Publikum zu erobern als die heimischen. Das kann am Besten am Beispiel von serbischem TV Pink bestätigt werden. Als *Pink M* (das „M“ für Montenegro) hat sich das Medienunternehmen im Dezember 2002 in Podgorica niedergelassen.<sup>59</sup> Obwohl Pink M gleich von Anfang an mit informativen Programminhalten auf Sendung ging, waren es wieder die Unterhaltungsinhalte fraglicher Qualität, die das Publikum vor die Bildschirme zogen. Genauso wie in Serbien, war es auch in Montenegro etwas anderes. Es hat den Zuschauern eine Flucht aus dem politisch orientierten Alltag gegönnt und hat für mehr Konkurrenz auf dem Medienmarkt gesorgt. Jedoch darf hier nicht vergessen werden, dass TV Pink M – so wie sein Mutterunternehmen – das Fernsehprogramm auf qualitativ niedrigem Niveau aufgebaut hat und streng kommerziell ausgerichtet war, was schließlich immer noch der Fall ist.

Kurz bevor Pink M auf die montenegrinische Medienbühne trat, hatte sich im Land so einiges auf der Gesetzesebene getan. Im November 2002 wurde eines der wichtigsten

---

<sup>59</sup> Vgl. auf [www.pinkm.com](http://www.pinkm.com)

Mediengesetzespakete Montenegros verabschiedet. Ein halbes Jahr zuvor wurde jedoch auch in Montenegro versucht durch die Gesetzgebung die Medien in Schach zu halten und den politischen Einfluss zu erhöhen. Das Gesetzespaket, Ende September im Gesetzesblatt der Republik Montenegro veröffentlicht, bestand aus dem Mediengesetz, dem Rundfunkgesetz und dem Gesetz über die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt Montenegros.

Sie gingen zwar im September durch die parlamentarische Prozedur, wurden aber nicht im Medienwesen implementiert. Daraufhin haben ANEM und andere reagiert, wie bspw. die Montenegro Media Working Group des Stability Pacts. Sie hatten explizit im Oktober 2002 von der Republikregierung gefordert die Mediengesetze sollen nach der Verabschiedung auch angewendet werden. Sie wiesen in ihrem Forderungsschreiben darauf hin, dass es keine Demokratisierung geben kann ohne die Implementierung der genannten Gesetze und forderten die OSZE, den Europarat, die EU sowie die USA auf, sie sollen Druck auf die dortige Regierung ausüben um den Mediensektor, unter Anwendung der neuen Gesetze, als wirklich unabhängig etablieren zu können (Sredanović 2005, S. 1; ANEM Pressemitteilung 2002; Stability Pact for SEE 2002, Recommendations and Requests).

Nach großer Kritik seitens Organisationen wie ANEM, SEENAPB – South East European Network of Associations of Private Broadcasters, und einigen montenegrinischen Medienorganisationen, bekam Montenegro letztens doch im November 2002 neue, an europäische Standards angegliche, Gesetze und es kam zur Implementierung. Dass die Demokratisierung der Medien im Staat einen großen Schritt nach vorne mit diesen Gesetzen getan hat, zeigt vor allem das *Mediengesetz* (Zakon o medijima). Denn, in Artikel 1 dieses Gesetzes heißt es:

*„Medien in der Republik Montenegro sind frei. In der Republik Montenegro ist die Zensur der Medien verboten.*

*Die Republik Montenegro sichert und garantiert die Freiheit zur Information auf dem Niveau der Standards, die in internationalen Dokumenten über Menschenrechte und Freiheiten enthalten sind (UNO, OSZE, Europarat, EU).*

*Dieses Gesetz soll gedeutet und angewendet werden in Einklang mit Vorgaben der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und*

*Grundfreiheiten, mit Nutzung der Praxis des vorrangigen Rechts des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.*“(Gesetzesblatt Montenegros 2002, Nr. 51)

Bedeutend für die elektronischen Medien ist das *Rundfunkgesetz* (Zakon o radio-difuziji.) Auch dieses schreibt die Einhaltung europäischer Prinzipien vor. Wichtig ist hier zu erwähnen, dass anhand dieses Gesetzes eine unabhängige Regulierungsagentur gegründet wurde – die *Agentur für den Rundfunk Montenegros* – Agencija za radio-difuziju Crne Gore, kurz *ARD*. Somit wurden wichtige Grundsteine für das weitere Schaffen der unabhängigen Medien gelegt. Dies sollte den politischen Einfluss eindämmen und letztlich ganz abschaffen. Außerdem bekam die *ARD* den Auftrag konsequente Strategien für den montenegrinischen Markt zu verfolgen und, außer der hauptsächlichen Monitoring-Funktion, die Frequenzvergabe zu regeln.<sup>60</sup> Das Rundfunkgesetz regelt ebenfalls die Medienkonzentration und geht auf die Werbung und Sponsoring ein. Ausdrücklich verboten wird versteckte bzw. Schleichwerbung. Allzu detailliert auf die Werbung wird im Gesetz aber nicht eingegangen.

Das dritte Gesetz dieses Pakets ist das *Gesetz über die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt Montenegros* – Radio Montenegro (RCG) und Fernsehen von Montenegro (TVCG). Es regelt wie das RCTG als öffentlich-rechtlicher Sender funktionieren soll. Zugleich wurde auch die Transformation vom staatlichen zum öffentlich-rechtlichen Sender offiziell eingeläutet, nachdem angefangen wurde das Gesetz tatsächlich anzuwenden. In diesem Gesetz werden zudem der Auftrag, die Finanzierung und die Verwaltungsorgane/-gremien des RCTG näher bestimmt (Gesetzesblatt Montenegros 2002, S. 7 ff.).

Das alles ist insofern wichtig zu erwähnen, da das RCTG in eine unabhängige Rundfunkanstalt umgewandelt werden soll. Und das ist eine der wichtigsten Forderungen der EU, die Montenegro als einem Teil des Staatenbundes auf dem Weg dahin gestellt wurde. Doch genau die Transformation des RCTG hat sich als eines der großen Hindernisse hin zur Demokratisierung gezeigt. Obwohl die Anwendung der an die EU Vorgaben angeglichenen Gesetze Ende 2002 angefangen hatte, war die Politisierung bzw. der politische Druck in den elektronischen Medien immer noch

---

<sup>60</sup> Näheres auf [www.ardcg.org](http://www.ardcg.org)



evident. Das Gesetz über den Rundfunk Montenegros hat bereits im Start vorgesehen, dass sich das RTCG und die öffentlichen 13 lokalen elektronischen Medien in ein tatsächliches öffentlich-rechtliches System transformieren. Doch, im Jahr darauf war die Situation unverändert und die Nabelschnur zwischen Journalisten und Politikern schien sich nicht durchtrennen zu wollen. Medienanalytiker Velizar Sredanović meint in seiner Publikation zur Lage der Medien 2003, dass es in einer Gesellschaft wie der in Montenegro, die keine demokratische Tradition hat, sehr schwer sein würde eine Profilierung der öffentlichen Rundfunkanstalt zu erreichen. Sredanović meint, dass die neuen Mediengesetze nicht sofort auf fruchtbaren Boden stoßen könnten. Es müsse erstmal zu einem Wandel in der Gesellschaft kommen. Die Sättigung über aller Art Politik, die so langsam bei der Bevölkerung bemerkbar gewesen sei, hätte möglicherweise einer der ersten Schritte zur Entpolitisierung der Mediensphäre sein können. Trotzdem blieb es weiter beim Alten. Umfragen, die nach dem Inkrafttreten der neuen Mediengesetze gemacht wurden, zeigten dass die Bürger der Meinung waren, dass die Medien auch mit gesetzlicher Unterstützung nicht unabhängig geworden sind. Es überwog die Meinung, dass man genau weiß wer auf welcher Seite steht. Die Bürger sahen die Medien, wie das in diesen Umfragen geschildert wird, als Instrumente der politischen, aber auch der neuen wirtschaftlichen Machtzentren (Sredanović 2005, S. 1 ff.).

Nachdem auch diese negativen Ergebnisse ans Licht kamen, hatte so langsam das Gesellschaftsklima doch angefangen sich zu ändern. Die Republik ging mit Serbien in einen losen Staatenbund ein. Juristisch bedeutete das noch mehr Freiheiten und eine eigene demokratische Entwicklung. Außerdem wurden inzwischen Stimmen für die Unabhängigkeit und ein neues Referendum immer lauter. Die Medien begannen sich ebenfalls zu verändern. Die Konkurrenz auf dem kleinen Markt trieb die Privaten dazu nach dem Überleben zu greifen. Andererseits trieben die neuen Mediengesetze und die angestrebte Aufnahme in die EU die Verantwortlichen beim RTCG sowie auch die Politik umzudenken und die Transformation in eine unabhängige öffentlich-rechtliche Anstalt ernst zu nehmen. Im April 2003 wurde, nach dem Gesetz, auch das Statut des RTCG beschlossen. Damit wurden explizite Richtlinien gegeben wie RTCG funktionieren soll. Im August 2004 wurde das Rundfunkgesetz geändert um den

Gebühreneinzug regeln zu können. Der Aufgabe der Regulierung der Gebühren und der Frequenzvergabe hat sich nun die ARD angenommen (Gesetzesblatt Montenegro 2004, Nr. 56/04).

Obwohl Montenegro gute Gesetzesbasis mit dem Gesetzespaket, das noch erweitert wurde, bekommen hatte, war das Hauptproblem das RTCG. Es war, nämlich, nicht leicht dem politischen Einfluss so schnell ganz auszuweichen. Obwohl europäische Vorgaben so etwas nicht vorsehen, hat die Opposition verlangt parlamentarische Sitzungen verpflichtend zu übertragen. Auf diese Forderung wollte der nationale Sender aber nicht eingehen. Hinzu kommt, dass die Transformation angefangen wurde, das nationale Rundfunksystem sich jedoch immer noch in Schulden befand, die auf 5,6 Millionen Euro Anfang 2004 hochstiegen. Zu der Zeit, konkret im Februar 2004, hatte es RTCG geschafft die Verwaltungsstruktur der Anstalt zu ändern um dem Gesetz gerecht zu werden und die Transformation voranzubringen. Im September desselben Jahres hat der (neue) Vorstand dann die prozeduralen Regeln für RTCG beschlossen, anlehnend an internationale Standards – und das fast zwei Jahre nachdem das Gesetz über die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt Montenegros (RTCG) in Kraft getreten war.

Zu den aufgeführten Problemen kommt noch der öffentliche Schlagabtausch zwischen TV CG und Pink M, der gezeigt hat, dass trotz korrekten gesetzlichen Grundlagen nicht in der Praxis nicht alles regulär lief. Die Ursache der Affäre war, dass dem Privatsender Pink M offensichtlich eine Frequenz von der Telekommunikationsagentur verliehen wurde bevor die ARD, als die neue dafür zuständige Agentur, mit ihrer Arbeit der Frequenzvergabe beginnen konnte. Dieses war aber nur eines der Probleme, mit dem sich die neue Regulierungsbehörde für elektronische Medien beschäftigen musste.

Letztendlich begann die ARD, wie es das Rundfunkgesetz vorschreibt, rechtmäßig mit ihrer Arbeit. In den Mediensektor Montenegros kam nun eine erste wichtige Ordnung hinein. Ungeachtet der Schulden, in denen sich RTCG befand, hatte sich ein duales System inzwischen herausgebildet, in dem die Medien nach den Gesetzen des Marktes existierten und sich auch nach den ausgearbeiteten Mediengesetzen, orientieren mussten. Außerdem hat sich im Jahr 2005 die Medienanzahl etwas verringert, auf 108 Medien. Davon waren 42 Radio- und 15 Fernsehsender. 2002 waren es noch 32 Medien mehr auf dem kleinen Medienmarkt. Die Transparenz verbesserte sich auch, so dass

man jetzt einen Einblick hatte wer hinter den Medien stand. Es schien inzwischen so als wenn die neuen Mediengesetze, zwar langsam und in kleinem Umfang, aber doch angewendet werden würden und die Regulierungsbehörde ihre Arbeit täte.

Die ARD hat 2005 für den Mediensektor wichtige Beschlüsse herausgegeben, die die bestehenden Mediengesetze ergänzen sollten. Die wichtigsten davon waren die beschlossenen Programmstandards, die sich mit der Programmqualität, dem Schutz des Zuschauerinteresses und der Werbung auseinandersetzten. Es wurde festgelegt, dass die Werbedauer bei den öffentlich-rechtlichen die Grenze von neun Minuten und bei den kommerziellen zwölf Minuten pro Stunde nicht überschreiten darf. Die Programmstandards beziehen sich zudem auf den Sendeinhalt, der keine Szenen von Gewalt, Pornographie, Hasssprache u. ä. enthalten darf (Sredanović 2005, S. 4 f.; o.V. Overview Media Legislation in SEE 2006, S. 41 ff.).

Neben der Regulierungsbehörde für elektronische Medien, wurden in den letzten Jahren einige Nichtregierungsorganisationen gegründet, die ebenfalls als Kontrolleure des Medienwesens agieren. Es gab also immerhin einen positiven Richtungswechsel bei den Anstrengungen demokratisches Denken in der Gesellschaft voranzubringen. Das beweist vor allem die, Mitte 2006 ausgerufene Unabhängigkeit, die das Resultat eines neuen Referendums war. Montenegro konnte jetzt seinen eigenen Weg gehen, völlig getrennt von Serbien – was in der Mediensphäre auch vorher größtenteils der Fall war. Die Bemühungen um die Aufnahme in die Europäische Union gingen danach für Montenegro als unabhängiger Staat weiter. Da das Land schon im ersten Jahr der Unabhängigkeit beweisen konnte, dass es mit den Reformen weitgehend gut voran geht, wurde am 15. Oktober 2007 das Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen mit der EU Unterzeichnet. Und das noch vor Serbien und Bosnien-Herzegowina. Kurz darauf, am 30. Januar 2008, hat Montenegro die Konvention des Europarates über das grenzüberschreitende Fernsehen unterzeichnet und am 26. Februar ratifiziert (Europarat: Liste der Unterzeichnerstaaten 2008). Das beweist, dass Montenegro sich nun auch auf den europäischen Medienmarkt einlassen will, unter Einhaltung der vorgegebenen Regeln, die z.T. in den montenegrinischen Mediengesetzen und -verordnungen bereits verankert sind. Trotzdem muss bemerkt werden, dass Montenegro wohl doch noch einige Zeit brauchen wird um sich tatsächlich an eine europäische Medienordnung

anzugleichen. Es reicht nicht nur die entsprechende Gesetzgebung zu haben. Auch die, die sich an einen Gesetzesrahmen halten sollen, müssen dafür bereit sein. Genau das ist der Punkt, wo das Reformtempo langsam ist. Bosnien-Herzegowina ist da wieder ein gutes Beispiel wie eine ordentliche Mediengesetzesgrundlage scheitert wenn sie nicht angewendet wird und wenn es nicht zum Konsens in der Gesellschaft kommt. Deshalb ist auf dem Weg in die europäische Medienordnung für Montenegro und seine Nachbarländer wichtig auch das demokratische Prinzip des Dialogs mit und in der Gesellschaft zu pflegen. In Montenegro ist leider immer noch ein veraltetes Denken bei Medienleuten anzutreffen, was einer der Gründe sein kann warum auch hier der Rundfunk keine großen Erfolge feiern kann. Ohne Erfolge war Montenegro nun auch nicht ganz. Denn, wenn man einige Jahre zurückschaut, dann kann man sagen, dass der Rundfunkbereich in Montenegro sich in den letzten Jahren entscheidend entwickelt hat. Es ist ein duales System entstanden und es gibt mehr Auswahl bei Programminhalten. Deswegen gab es einerseits auch Lob von der Europäischen Kommission bezüglich des Fortschritts bei den elektronischen Medien, andererseits aber auch Kritik wenn die Reformen nicht so laufen wie sie es sollten.

Im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission für das Jahr 2006 heißt es, dass die Transformation des nationalen Rundfunks, also Radio und Fernsehen, in ein öffentlich-rechtliches System abgeschlossen sei. Die EC bemängelt jedoch, dass der Programmrat noch nicht einberufen (ernannt) wurde. Für nötig hält es die Kommission die Entwicklungsstrategie des Rundfunks weiterzuführen und den Forderungen anzupassen sowie einen Plan für die Harmonisierung bzw. Abgleichung mit dem *acquis* auszuarbeiten. Im Bericht wird außerdem die Arbeit der Regulierungsagentur ARD gelobt. Es wird angegeben, dass die ARD inzwischen gut funktioniere, unabhängig von der Politik sei und effizient arbeite. Der Bericht bezieht sich ebenfalls auf die finanzielle Lage der audiovisuellen Medien und sagt, dass die weitere Unabhängigkeit der Medien und ihre effiziente Arbeit nur garantiert werden könne, wenn die Finanzen ausreichen. Es wird zudem noch erwähnt, dass es sehr wohl einen politischen Willen in Montenegro gäbe europäische Standards im Medienwesen einzuführen und beizubehalten (EC Montenegro Progress Report 2006, S. 34 f.).

Nach diesen, zum großen Teil positiven Äußerungen über den montenegrinischen Mediensektor hieß es ein Jahr darauf im Fortschrittsbericht 2007, Montenegro habe wieder einen Schritt vorwärts im Medienbereich getan. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass ein neues System des Gebühreneinzugs vorbereitet wird, um die finanziellen Notlagen zu vermindern. Die interne Reorganisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks schreite ebenfalls voran.

Die Europäische Kommission bemängelte aber auch in diesem Bericht, dass das Land das Übereinkommen über grenzüberschreitendes Fernsehen noch nicht unterzeichnet und ratifiziert habe (EC Montenegro Progress Report 2007, S. 39). Montenegro ließ die Kritik nicht auf sich stehen und nur etwa zweieinhalb Monate später zählte es zu den europäischen Ländern, die diese Konvention offiziell anerkannt haben.

Dieses Reformtempo hielt Montenegro bei und bekam wieder Lob von der Europäischen Kommission bezüglich der Harmonisierung mit den europäischen Vorgaben im Werbebereich und bei der Digitalisierung. So heißt es im Fortschrittsbericht 2008, die Regulierungsbehörde Montenegros habe ein Regelbuch über Werbung und Sponsoring in den elektronischen Medien erlassen, welches den Vorgaben der Europäischen Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen sowie der Richtlinie Audiovisuelle Mediendienste entspreche. Im Bereich der Digitalisierung sei Montenegro in einem guten Stadium der Vorbereitung für die digitale Umstellung. Die ARD habe dafür eine Strategie im April 2008 festgelegt, wonach die Umstellung von den analogen zu digitalen Systemen bis Ende 2012 erfolgen soll (Quelle: ARD Strategie switch off 2008, S. 35). Zudem spricht die EC die Tatsache an, dass nun angefangen wurde Rundfunkgebühren zusammen mit der Stromrechnung einzuziehen. Wenn es aber um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk geht, sagt die EC, dass zwar die interne Reorganisation voranschreite, es aber immer noch Bremsen beim Transformationsprozess gäbe. Die Parteien im Parlament würden das RTCG Gesetz verschieden interpretieren, weshalb es zur Debatte kam, die das reguläre Funktionieren des RTCG Rates behindert habe. Sorgen macht sich die EC auch wenn es um die Aufsicht über das Frequenzspektrum geht. Die Aufsicht wurde, nämlich, mit dem im August 2008 verabschiedeten Gesetz über elektronische Kommunikation in die Hände der Behörde für Elektronische Kommunikation<sup>61</sup> gelegt. Die EC befürchtet, dass dies

---

<sup>61</sup> Agencija za elektronske komunikacije i poštansku djelatnost Crne Gore

erhebliche finanzielle Folgen für die ARD haben könnte, weil die Lizenzgebühren nun nicht mehr von der ARD eingenommen werden. Darunter könnte es gleichzeitig zur verminderten Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde kommen. Die EC rät deshalb zur klareren Stärkung der Legislative im Medienbereich, um dessen Entwicklung auch vorantreiben zu können. Zudem sei es nötig die Unabhängigkeit und Effizienz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu sichern (EC Montenegro Progress Report 2008, S. 42 f.).

Zusammenfassend kann behauptet werden, dass Montenegro, als das kleinste Land Ex-Jugoslawiens, in den letzten Jahren einen respektablen Weg im Medienbereich gegangen ist. Aus den anfänglichen drei Medien hat sich binnen zehn bis 15 Jahren diese Zahl vielfach vermehrt und den kleinen Markt förmlich überflutet. Zum einen war es gut, weil so eine Entwicklung zur Einführung des dualen Systems geführt hat, zum anderen schlecht, weil keines dieser Medien ohne Hilfe von außen überleben konnte. So eine Situation hat, neben anderen Ursachen, zur Krise beim öffentlich-rechtlichen Sender RTCG geführt und ihn in eine finanzielle Notlage geführt. Doch so langsam scheinen die Geister auch in Montenegro Ruhe zu geben. Pink M hat sich, zwar intransparent, aber doch als bedeutendster Privatsender etablieren können. Fox TV ist, wie in Serbien, vor kurzem auch in den montenegrinischen Markt eingestiegen. Trotzdem existieren zudem noch andere kommerzielle Sender, wie TV IN u.ä., wobei die Zuschauer dem öffentlich-rechtlichen TVCG immer noch am meisten Glauben schenken. Die Beurteilung der Europäischen Kommission lief in den letzten beiden Jahren ebenfalls befriedigend aus.

Ein großes Problem dabei bleibt trotz allem der geringe wirtschaftliche Nutzen im Medienmarkt. Die Lösung könnte eventuell die Digitalisierung bringen und ausländische (europäische) Investitionen nach Montenegro locken um die Medienpluralität zu fördern. Die Digitalisierung könnte die jetzige aufwendige und kostspielige terrestrische Übertragung in den Hintergrund stellen. Denn das terrestrische Netz ist bereits ausgebaut worden. Also könnte sich die digitale Technologie ohne größere Probleme an die bestehenden Strukturen anlehnen und neue qualitative und spezialisierte Programme könnten angeboten werden. So würde eventuell auch die positive Konkurrenz die jetzigen führenden Rundfunkhäuser dazu motivieren sich von

den anderen zu unterscheiden und nicht gleiche Programminhalte anzubieten, wie das bis jetzt teils der Fall war. Falls die jetzigen Medien es schaffen zu überleben und das Reformtempo beibehalten wird, wird Montenegro seinen Medienplatz mit seinen Nachbarländern in der Europäischen Union zurecht einnehmen.

#### **4. 7. Mazedonien**

Die Entwicklung der Medien in der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien (FYROM)<sup>62</sup> ist zum Teil ähnlich verlaufen wie in den anderen fünf ehemaligen Republiken. Aus einem staatlichen System heraus entwickelten sich binnen kurzer Zeit sehr viele Medien – es kam zum Medienboom. Die Entscheidung einen für die EU zufriedenstellenden Medienrechtsrahmen zu schaffen, sollte der erste Schritt sein um das Durcheinander im Mediensektor in eine Ordnung zu bringen. Um den Mediensektor jedoch entsprechend regulieren zu können, musste Mazedonien entscheidende politische und gesellschaftliche Umwälzungen durchmachen um sich auf den Weg in die EU als Kandidat aufmachen und die Mediengesetze an den in der EU geltenden Vorgaben orientieren zu können.

Als die Republik als dritte, nach Slowenien und Kroatien, die Unabhängig erklärte, wurde der Prozess der Transformation eingeläutet. Die sozialistischen Strukturen sollten in eine demokratische Ordnung übergehen. Das zeigte sich aber wahrlich als ein schwerer Prozess. Denn, die mazedonische Gesellschaft trat in die Phase der demokratischen Reformen als ein sehr komplexes soziales Gebilde mit einer multiethnischen, multilinguistischen und multireligiösen Struktur. Neben den beiden größten Ethnien, Mazedoniern (Slawen) und Albanern, leben in Mazedonien viele Minderheiten, die Anspruch auf Ausübung ihrer Sprache und kultureller Identität haben.

---

<sup>62</sup> International ist das Land wegen dem Namensstreit mit Griechenland als „Former Yugoslav Republic of Macedonia“, kurz FYROM anerkannt. Doch wegen leichter Verständlichkeit wird hier „Mazedonien“ oder „Republik Mazedonien“ benutzt, da klar ist, dass die ehemalige jugoslawische Republik gemeint ist und nicht das griechische Makedonien.

Diese, wie auch andere Fakten haben sich ersichtlich auf das mazedonische Medienwesen ausgewirkt. Denn auch hier, in Mazedonien, waren und sind die Medien ein Spiegelbild der Gesellschaft. So wie das Land an sich tiefgehende Prozesse durchlief, so durchlief auch die mazedonische Medienlandschaft verschiedene Phasen in den Jahren seit der Unabhängigkeit.

Nachdem 1991 der Demokratisierungsprozess begonnen hatte, hat sich dies gleichermaßen positiv auf die Medienlandschaft ausgewirkt. Die Medienfreiheiten wurden offen propagiert und der Medienpluralismus gefördert. Diese Prinzipien wurden in der Verfassung verankert und es wurden damit neue demokratische Rahmenbedingungen für die Medien geschaffen. Die Verfassung von 1991 garantiert grundsätzlich die Freiheit der freien Meinungsäußerung. Ferner werden die Freiheit der Rede, der öffentlichen Ansprache und das Recht auf öffentliche Information verbürgt. Weiter wird der freie Zugang zu Informationen, die Freiheit des Empfangs und der Verbreitung von Informationen, das Recht auf Gegendarstellung in den elektronischen Medien sowie das Recht, die Informationsquelle schützen zu dürfen, garantiert. Zu erwähnen wäre ebenso, dass mit der Verfassung aus dem Jahr 1991 die Zensur jedweden Inhalts verboten ist (Trpevska 2000, S. 466 f.).

Mit der Demokratisierung des Medienwesens begann nachfolgend der Prozess der Kommerzialisierung. Den Rundfunkbereich charakterisierte die unkontrollierte und chaotische Explosion von Medienprodukten. Trajkovski und Trpevska unterstreichen dies am Beispiel des Fernsehens. So habe sich innerhalb eines Zeitrahmens von nur sechs Jahren der Fernsehbereich in Mazedonien von einem Staatsmonopol mit einem einzigen Kanal zum chaotischsten Feld überhaupt gewandelt (Trajkovski/Trpevska 1999). Die Medien entstanden und entwickelten sich fast ohne Regeln, denn bis 1998 gab es keine formale Prozedur für die Zuerkennung von Sendelizenzen. Eine große Anzahl von Radio- und Fernsehsendern entstand einfach wildwüchsig in den Neunzigern. In nur einigen Jahren tauchten in der mazedonischen Medienszene mehr als 250 private Radio- und Fernsehstationen auf. Das stellte ein gewisses Paradox dar, wenn man das Territorium (25.713 Quadratkilometer) des kleinen Landes in Betracht nimmt sowie die Einwohnerzahl, die im Jahr 1994 etwas unter zwei Millionen betrug



(Šopar/Jovanova 2000, S. 5 f.). Auf einmal gab es viele Sender, von denen der Zuschauer wählen konnte was er sich ansieht oder anhört. Andererseits fehlte es in diesen Jahren, so wie bei den serbischen Nachbarn, an Professionalität und Qualität. Die vielen neuen Sender wollten in einer zum Kapitalismus transformierenden Gesellschaft schnell Geld machen und sendeten oft Piratenprogramme oder bedienten sich der einfachen Übernahme von Sendungen internationaler Anstalten. Leichtes und qualitativ umstrittenes Unterhaltungsprogramm und vorwiegend Musikprogramme stießen auch in Mazedonien auf fruchtbaren Boden bei den Medienkonsumenten. Wenige Medien haben Seriosität in ihrem Programm etabliert, bzw. beibehalten, wie die nationale, in diesen Jahren staatlich kontrollierte Rundfunkanstalt MKRTV – Mazedonisches Radio und Fernsehen (später MRT)<sup>63</sup>. MKTV war zu der Zeit der einzige Fernsehsender, der das gesamte Staatsterritorium erreichte und somit das Medium, durch das die Politik, bzw. die Regierung Kontrolle auszuüben versuchte.

Da die Anzahl der illegalen Sender stetig stieg, mussten Gesetze ausgearbeitet werden, um die Ausbreitung der illegalen Medien und Medieninhalte zu unterbinden. Eine neue Phase der Entwicklung der elektronischen Medien begann 1997. In diesem und dem darauf folgenden Jahr wurden mehrere Gesetze verabschiedet, die die chaotische Rundfunklandschaft in Mazedonien regulieren sollten: das Rundfunkgesetz, das Gesetz zur Gründung des öffentlichen Unternehmens Makedonska radio-televizija MKRTV (nationale öffentlich-rechtliche/staatliche Rundfunkanstalt) und das Gesetz zur Gründung des öffentlichen Unternehmens Makedonska radiodifuzija (öffentliche Mazedonische Sendeanstalt, zuvor die technische Übertragungsabteilung von MKRTV). Zudem wurden noch das Telekommunikations- und das Konzessionsgesetz, die für die elektronischen Medien ebenfalls relevant sind, verabschiedet.

Das wichtigste unter diesen Gesetzen ist das *Rundfunkgesetz*. Mit ihm wurde der Weg für die Regulierung der kommerziellen Sendeunternehmen und somit auch für die Etablierung des dualen Systems geebnet. Das Rundfunkgesetz beinhaltet u.a. Verordnungen mit denen die Medienvielfalt, Besitzstrukturen und Medienkonzentration

---

<sup>63</sup> Orig.: Македонска Радио Телевизија/Makedonska Radio Televizija; vgl.: [www.mrt.com.mk](http://www.mrt.com.mk)

reguliert werden (Šopar/Jovanova 2000, S. 11).<sup>64</sup> Beim Ausarbeiten des Rundfunkgesetzes wurden Ratschläge der relevanten Institutionen der EU, als auch die Regelungen der Konvention über das grenzüberschreitende Fernsehen, berücksichtigt. Weiter reguliert das Gesetz im Allgemeinen die Konzessionsvergabe und sieht die Schaffung einer staatlichen Regulierungsbehörde nach europäischem Vorbild vor. Diese Behörde – der *Rundfunkrat* (auch *Sende-Rat*), kurz SRD (kyril.: CPД)<sup>65</sup> – wurde im selben Jahr ins Leben gerufen (Artikel 22). Die Intention war eine Sendebehörde zu schaffen, die unabhängig von der Regierung sein soll und zur Regulierung der elektronischen Medien beitragen würde. Allerdings bestimmt das Rundfunkgesetz, dass...

„...Rundfunkbetreiber die Genehmigung für ihre Sendetätigkeit von der Regierung der Republik Mazedonien auf Vorschlag des Rundfunkrates hin erhalten, basierend auf einer offener Ausschreibung.“ (Art. 13)

Mit dieser gesetzlichen Regelung wurde die angestrebte Unabhängigkeit der Behörde eingeschränkt, weil die Politik die letzte Entscheidungsinstanz blieb. Rechtsexperten des Europarates haben darauf entsprechend reagiert, indem sie hingewiesen haben, dass diese Bestimmung aus Art. 13 des Rundfunkgesetzes Anlass zu ernsthaften Bedenken böte angesichts der Beteiligung der Regierung an der endgültigen Entscheidung über die Bewilligung von Sendelizenzen. Das Europäische Medieninstitut in Düsseldorf hat dies später als eines der Hauptdefizite des Gesetzes bestätigt, wie es Trpevska wörtlich erwähnt:

„Das Europäische Medieninstitut empfiehlt, dem Rundfunkrat größere Exekutivgewalt vor allem bei der Lizenzvergabe zu verleihen. Derzeit hat der Rundfunkrat bloß das Recht, der Regierung Vorschläge zur Bewilligung von Konzessionen oder zur Schließung von Sendern zu unterbreiten, während die endgültigen Entscheidungen im Bereich der Regierungskompetenzen bleiben.“ (EIM/Trpevska 2000, S. 467)

Der Rundfunkrat selbst, hat hinsichtlich der „normativen Profilierung seiner unabhängigen Position und seiner Entscheidungskompetenzen“ Richtlinien ausgearbeitet, die seine Rolle als unabhängige, die Öffentlichkeit repräsentierende Kraft, stärken sollen, und diese an die Regierung weitergeleitet.

---

<sup>64</sup> in: Artikel 10, 11, 17 und 56 des Rundfunkgesetzes

<sup>65</sup> Orig.: Совет за радиодифузија на Република Македонија / Sovet za radidifuzija na Republika Makedonija

Schließlich, obwohl eingeschränkt betreffend der Unabhängigkeit vom Staat, hat sich die neue Regulierungsbehörde gleich zu Anfang an die Arbeit gemacht und sich mit der chaotischen Situation in der Medienlandschaft auseinander gesetzt. Sie entschied diesbezüglich, eine transparente und qualitative Prozedur für die Gewährung der ersten Lizenzen bzw. Rechte zur Konzessionsnutzung durchzuführen, so wie das im Rundfunkgesetz gefordert wird.

Im Sommer 1998 vollendete der Rundfunkrat diese Prozedur und schlug der Regierung die Lizenzverteilung an die Sendeanstalten, die die Kriterien zur Lizenzvergabe erfüllten, auch vor. Nach diesem Verfahren wurde das Bild des mazedonischen Rundfunkmarktes etwas klarer. Es haben sich auf der einen Seite der kommerzielle und auf der anderen der öffentliche/staatliche Sektor herausgebildet. Der kommerzielle wie auch der öffentliche/staatliche Sektor bildeten sich aus der lokalen und nationalen Komponente zusammen. So wurden im kommerziellen Bereich an 53 lokale Fernsehsender, 72 lokale Hörfunksender und drei landesweite Rundfunkveranstalter – TV Sitel, TV A1 und Radio 77 – Lizenzen vergeben. Im öffentlichen Rundfunksektor wurde dem Mazedonischen Rundfunk mit seinen drei Fernseh- und drei Hörfunksendern die Lizenz zum landesweiten Senden bestätigt. Der lokale öffentliche Bereich bestand nach der Lizenzvergabe aus 29 Radio- und sieben Fernsehprogrammen (Trpevska IRIS 1999-1:16/31). Der gesamte Prozess der Entwicklung des Bereiches der elektronischen Medien nach der Erlassung des Rundfunkgesetzes, wurde im Bericht der Europäischen Kommission zur Lage in Mazedonien vom Oktober 1998 als „ein zufriedenstellend hohes Maß an Pluralismus“ bezeichnet.

Doch auch in der mazedonischen postsozialistischen Gesellschaft galt: was auf dem Papier entschieden wurde, muss nicht heißen, dass es in der Praxis umgesetzt wird! Die Anstrengungen des Rundfunkrates, die chaotische Medienentwicklung positiv zu regulieren, blieben trotz des etwas klareren Medienbildes im Großen und Ganzen erfolglos. Die Piratenstationen haben ihre illegalen Sendeaktivitäten fortgesetzt und wurden nicht geschlossen. Vielmehr, sie wurden sogar zu einem Charakteristikum der mazedonischen Medienlandschaft und machten schlechte Qualität des Sendeinhalts zum Hauptmerkmal im Äther. Das hatte vor allem wirtschaftliche Folgen für die lizenzierten

Medien. Die Piratensender unterboten die Werbepreise und führten somit zu einem illegalen und unfairen Wettbewerb gegen die legalen Sender, welche Konzessionsgebühren zu zahlen hatten. Das Medienchaos war nach der Lizenzvergabe etwas eingedämmt worden. Trotzdem blieb es bestehen. Grund dafür ist sicherlich die Tatsache, dass sich das Rundfunkwesen bis 1997 ohne entsprechende Gesetze entwickelt hatte. Nachdem das Rundfunkgesetz in Kraft getreten war und die Regulierungsbehörde gegründet wurde, hatte man versucht innerhalb eines Jahres Ordnung in das Chaos zu bringen. Nun, man hatte es versucht! Die für die elektronischen Medien verantwortlichen Institutionen hofften, dass sich mit der Lizenzvergabe der Medienmarkt selbst regulieren würde. Doch diese Erwartungen blieben unerfüllt. Außerdem waren dem Rundfunkrat die Hände auch dann gebunden wenn es darum ging den Sendern Lizenzen wegzunehmen, wenn sie nicht in Einklang mit den Mediengesetzen sendeten. Es musste immer das letzte Wort bei der Regierung angefordert werden (Trpevska/Trajkovski 1999). In dem Sinne gab es zwar eine formelle Regulierungsbehörde, aber diese hat praktisch fast nichts ohne die regierenden Politiker reguliert.

Außer dem Rundfunkrat und des Parlaments als letzte Entscheidungsinstanz, fiel der Rundfunksektor auch diversen anderen Institutionen in die Zuständigkeit. Die wichtigsten davon sind:

- Ministerium für Transport und Kommunikation
- Agentur für elektronische Kommunikation (AEK)
- Kulturministerium

Das *Ministerium für Transport und Kommunikation* wurde für die Betreuung der technischen Infrastruktur zuständig erklärt.

Die *Telekommunikationsagentur* übernahm die Verantwortung für das Frequenzspektrum, insbesondere die Nutzung der bereits zugeteilten Frequenzen.

Dem *Kulturministerium* wurde der Urheberschutz sowie der Schutz des Rechts auf geistiges Eigentum in Verantwortung gegeben.

Die redaktionelle Unabhängigkeit der elektronischen Medien generell wurde mit dem Rundfunk- und dem sogenannten *Anti-Monopolgesetz* geregelt. Jedoch nur in einer

deklarativen Weise, wie das in dem Monitoringbericht des Open Society Institute (OSI) und des EU Monitoring and Advocacy Program (EUMAP) aus dem Jahr 2005 bemängelt wird (Šopar/OSI/EUMAP 2005, S. 1177 f.).

Da der Fernseh- und Hörfunkbereich grundlegend mit dem Rundfunkgesetz geregelt wurde und somit Konzessionen erteilt und Richtlinien für die Privatsender vorgegebenen wurden, wurde es nun zu einer der Hauptaufgaben im mazedonischen Medienwesen den Sektor des öffentlichen Rundfunks, der die Bürde der sozialistischen Verwaltung mit sich trug, zu regeln. Nach dem Rundfunkgesetz, verabschiedete das mazedonische Parlament (Собрање/Sobranje) Anfang 1998 das *Gesetz zur Gründung des öffentlichen Unternehmens Makedonska radiodifuzija* (öffentliche Mazedonische Sendeanstalt, zuvor die technische Übertragungsabteilung von MKRTV) und das *Gesetz zur Gründung des öffentlichen Unternehmens Makedonska radio-televizija MKRTV* (Quellen: SRD; Mazedonisches RTV, Website).

Das erste Gesetz sollte die Gründung eines separaten Unternehmens zum Radio und Fernsehen ermöglichen, welches sich um die Sendenetze bzw. Sendeanlagen kümmert. Somit würde der Markt für private Sender transparenter werden, da die Sendeanlagen, im Gegensatz zu Zeiten von Jugoslawien als sie zum staatlichen Rundfunk gehörten, nun gesondert gepflegt werden. Dadurch konnte auch für die privaten Rundfunksender die Verteilung von Konzessionsrechten auf nationaler Ebene rechtlich leichter durchgeführt werden.<sup>66</sup>

Das zweite Gesetz ist für die Entwicklung der Mazedonischen Rundfunkanstalt von großem Belangen. Denn, das staatliche Fernsehen und Radio mussten in ein öffentlich-rechtliches System transformiert werden um dem demokratischen Prinzip – der Öffentlichkeit zu dienen – nachzukommen. Dieses Gesetz hat die rechtlichen Grundlagen dafür geliefert. Gleichzeitig wurde die Transformation des nationalen Senders zur Priorität im Medienwesen erklärt, da der Mazedonische Rundfunk (kurz: MRT, früher MKRTV) mit seinen drei Fernseh- und drei Radiosendern größten Einfluss

---

<sup>66</sup> siehe Bsp. von RTL in Kroatien. Dort musste zuerst eine Frequenz vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen (HTV) „frei“ gestellt werden, so dass RTL überhaupt auf nationaler Ebene senden konnte. Das Beispiel verdeutlicht wie der Rundfunk und alles was mit seiner Verbreitung zu tun hat, in Jugoslawien vom Staat abhängig war. Um diese Abhängigkeit nicht weiter zu haben und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Medienmarkt zu steigern, gab es in Ländern wie Mazedonien und BiH per Gesetz eine derartige Trennung der Sendeanlagen und der Sendeanstalt in zwei separate öffentliche Unternehmen.

auf die Bevölkerung hatte und es von öffentlichem Interesse war/ist einen repräsentativen öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu haben. Zudem besteht das öffentlich-rechtliche System in Mazedonien auch noch aus 29 lokalen Sendern. Diese lokale Ebene bzw. das dritte Rundfunkfeld ist nichts Neues für ein ex-jugoslawisches Land. Für Mazedonien aber ist diese lokale Ebene wichtig, da die mazedonische Gesellschaft eine gemischte Bevölkerung mit vielen Minderheiten hat. Das Rundfunkgesetz verpflichtete die öffentlichen Rundfunkveranstalter auf lokaler Ebene, in Gebieten, in denen die Minderheiten die Mehrheit der Bevölkerung bzw. einen wesentlichen Anteil stellen, auch Sendungen in den Sprachen der jeweiligen Nationen auszustrahlen. Insoweit ist das dritte Rundfunkfeld in Mazedonien, im Unterschied zu den anderen Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, zu keinem derart großem Problemfall im Zuge der Privatisierung geworden, wie bspw. in Slowenien oder Serbien, sondern hat sich erstmal als Lösung für die Anliegen der Minderheiten herausgestellt. Nach einigen Jahren wurde auch hier der Privatisierungsprozess eingeleitet. Trotzdem wurde dieses Feld tatsächlich als eine Gelegenheit gesehen die bestehenden Ressourcen auszunutzen um den Verpflichtungen gegenüber Minderheiten nachzukommen. Diese Verpflichtungen betreffend der Sprachen der Minderheiten sind in den Jahren nach dem Inkrafttreten des Rundfunkgesetzes auch zur Anwendung gekommen, wie das Trpevska und Petreska bestätigen. Diese Aussage stützen die zwei Autorinnen auf Daten, die zeigen, dass im Vergleich zu europäischen Standards, die Rechte der jeweiligen ethnischen Gruppen im kommerziellen sowie öffentlich-rechtlichen Rundfunkfeld in Mazedonien erfüllt sind (Trpevska/Petreska 2004, S. 459 f.; gleich meint auch Šopar/OSI 2008, S. 51).

Bereits vor 1991 garantierte der Staat allen in Mazedonien lebenden Nationalitäten die entsprechende Berücksichtigung ihrer Kultur und Identität innerhalb der Programme des nationalen Mazedonischen Rundfunks. In den Jahren nach der demokratischen Wende steigerte der nationale Rundfunk die Anzahl der für Minderheiten garantierten Übertragungsstunden. Auf dem zweiten Kanal des Mazedonischen Fernsehens waren es bis zum Jahr 2000 bereits 17 Stunden pro Woche in albanischer Sprache, zehn in türkischer und jeweils eine in Roma, Wallachisch und Serbisch. Die Programminhalte in den jeweiligen Minderheitensprachen werden immer noch auf dem zweiten Kanal (MTV2) ausgestrahlt und wurden in der Art inzwischen auch etabliert. Beim Radio ist

der dritte Kanal (MR3) für die Sprachen und Kultur der Minderheiten zuständig. MR3 ist bekannt als der „Minderheitenkanal“. Insgesamt werden heute Programminhalte in Albanisch, Türkisch, Serbisch, Roma, Wallachisch und Bosnisch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Mazedoniens ausgestrahlt (Šopar/OSI 2008, S. 51).

Diese Anforderungen an den Rundfunk in Mazedonien auch den Minderheiten ihre Rechte im Programmangebot einzuräumen, haben allerdings im Zuge der Transformation die Komplexität des Medienwesens verstärkt. Hinzu kommt noch die schlechte finanzielle Lage des MRT, die die Transformation des staatlichen in ein öffentlich-rechtliches Fernsehen zusätzlich erschwerte. Zwar war die Resonanz bei der Erhebung der Gebühren in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit höher als in ex-jugoslawischen Nachbarländern (konstant im Durchschnitt um 60% in den 1990ern), doch das hat noch lange nicht die Kosten des Unternehmens decken können. Werbeeinnahmen konnten der schlechten finanziellen Situation ebenfalls nicht abhelfen, da nach dem Rundfunkgesetz aus 1997 die Ausstrahlung von Werbung auf sieben Prozent pro Stunde begrenzt wurde (bei den Privaten wurde die Werbung auf 20% pro Stunde festgesetzt). Das konnte in diesen Jahren kaum den finanziellen Topf des nationalen Senders füllen.

Das mazedonische Medienwesen, öffentlich und privat, befand sich in einer Zwickmühle. Zudem wurden 2002 finanzielle Hilfen von außen, die bis dahin teils in den kommerziellen Sektor geflossen sind um das duale System zu stärken, eingestellt. Großes Problem war jedoch, dass es einerseits Gesetze gab, die den Mediensektor regulieren sollten, andererseits diese Gesetze in der Praxis nicht so recht umgesetzt wurden. Das führte dazu, dass das nationale Fernsehen in der Transformation stecken blieb und sich, so wie die kommerziellen Sender, in einer sehr schlechten finanziellen Lage befand. Der öffentliche und der Nichtregierungssektor wiesen immer mehr auf die Mängel der Mediengesetze hin. So auch die europäischen Experten. Das mazedonische Medienwesen brauchte Gesetzesänderungen, die sich mit den europäischen Vorgaben und den Ratschlägen der Europäischen Kommission vereinbaren lassen würden. Zur Zeit der Erlassung der wichtigsten Mediengesetze (1996-98) befand sich Mazedonien bereits im Stabilisations- und Annäherungsprozess an die EU und musste

entsprechenden Forderungen der Europäischen Kommission nachgehen. Doch obwohl es die Intention gab, die Gesetze an die europäischen Mediengesetze anzugleichen, hat sich in der Praxis sehr schnell gezeigt, dass Vieles nicht präzisiert und viele Fragen bezüglich der Werberegulungen, des Rebroadcastings und dergleichen geblieben sind. Vor allem in diesen Bereichen mussten die Gesetze überarbeitet werden. Mazedonien ist zudem seit November 1995 Mitglied des Europarates. Die Mitgliedschaft verpflichtete das Land die Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen anzuwenden, was Ende Neunziger, Anfang 2000 nur teilweise geschehen ist. Eine der Forderungen von europäischer Seite her, war es die gesetzlichen Werberegulungen konkreter zu definieren. Weil diese Regelungen bis dahin nicht genügend präzisiert worden sind, konnte es auch zustande kommen, dass schnell das Maximum von 20% der Werbeausstrahlung bei den Privaten überschritten wurde und es keine reellen Möglichkeiten gab Strafen dafür auszusprechen.

Die allgemeine Entwicklung im Medienwesen ging deutlich langsamer voran als erwartet. So auch in der Justiz, weshalb sogar drei Jahre nachdem das Rundfunkgesetz in Kraft getreten war, die Piratensender immer noch die mazedonische Medienlandschaft aufmischten. Ein Fortschritt bei der Gesetzgebung war die Änderung des Telekommunikationsgesetzes, das das Parlament im April 2000 verabschiedet hatte. Damit wurde dem Ministerium für Transport und Kommunikation mehr exekutive Gewalt bei dem Vorgehen gegen die Piratensender eingeräumt. Bis dahin musste das Verfahren erst über die Gerichte gehen, wobei es oft zu lange dauerte bis tatsächlich eine Anordnung zur Schließung eines Piratensenders auf dem Tisch stand. Positiv zu bemerken wären auf jeden Fall die Anstrengungen der Regulierungsbehörde das Medienchaos in den Griff zu bekommen. Zehn Fernseh- und 22 Radiosendern wurde sogar die Konzession entzogen. Doch solche Entscheidungen haben die nötige Entwicklung auch nicht beschleunigt, weil der Rundfunkrat immer noch nicht eine wirklich unabhängige Regulierungsbehörde war (Šopar/Jovanova 2000, S. 20 ff.).

Allgemein war zwar keine geregelte Entwicklung im mazedonischen Rundfunkwesen festzustellen, aber was mit Sicherheit gesagt werden kann ist, dass sich bis Anfang des neuen Jahrtausends das duale System durch private Rundfunksender etablieren konnte. Im Fernsehbereich konnten sich vor allem A1 und Sitel TV durchsetzen, im



Hörfunkbereich sind das Radio 77 und Antenna 5.

A1 ist die erste private Fernsehanstalt in Mazedonien gewesen. Der Sender wurde Anfang 1993 gegründet und bekam im Jahr 2001 die Konzession zum landesweiten Senden. Während sich der nationale Rundfunk MRT in Transformationsproblemen befand, konnten private Sender wie A1 die Situation nutzen und immer mehr Zuschauer für sich gewinnen. Das Konzept der steigenden Zuschauerquote ist, wie bei den westlichen Kollegensendern, auch hier einfach: Filme und Serien, meist amerikanischer Herkunft, dann Telenovelas sowie Castingshows u.ä. Interessant bei A1 ist allerdings, dass der Sender ein Nachrichten- und Politikprogramm aufgebaut hat, welches inzwischen mehr gesehen wird als das des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. 2008 hat A1 einen zweiten Sender – A2 – gestartet. Welche Position A1 inzwischen auf dem Markt eingenommen hat, zeigt die folgende Grafik des Zuschaueranteils 2007.

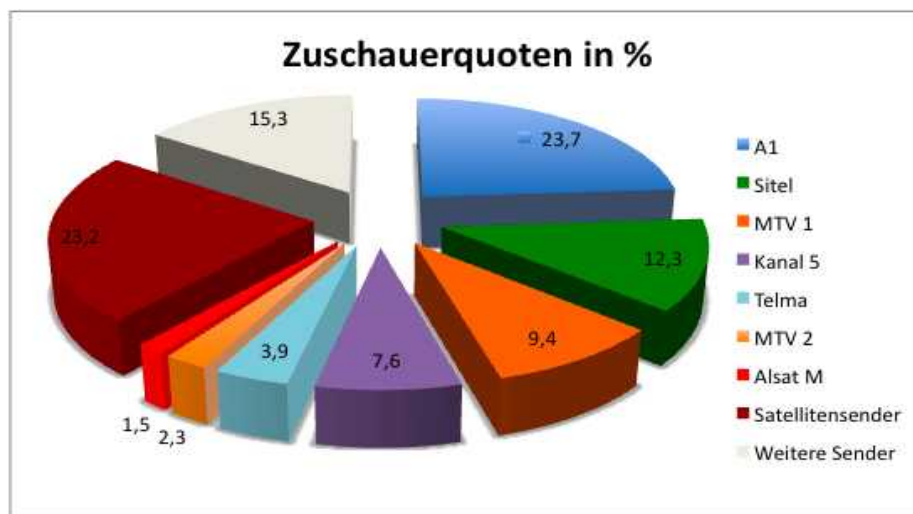


Abb. 3: Quelle: Šopar/OSI 2008, S. 24 (SMMRI – Strategic Marketing and Media Research); Stand: Juni 2007

Auf dem Fernsehmarkt Mazedoniens stehen die privaten Sender eindeutig vorne, wie man aus der Grafik herauslesen kann. Der öffentlich-rechtliche Sender kommt hier erst an dritter Stelle, nach Sitel. Dieser Sender ist 1993 als zweiter privater Fernsehsender auf dem mazedonischen Medienmarkt aufgetaucht.

*Sitel* ist einer der fünf kommerziellen Fernsehsender, die landesweit senden. Außerdem hat Sitel 2008 angefangen sein Programm ebenfalls über Satellit auszustrahlen. Das Programmangebot ist ausgestattet mit den typischen Merkmalen eines Privatsenders in Europa: leicht verdauliche Infotainment und Entertainment Formate – Filme, Serien, Telenovelas, Casting- und Quizshows, usw.

Radio *Kanal 77* und Radio *Antenna 5* waren die ersten privaten Hörfunkanbieter, die sich ihren Platz bei den Hörern landesweit erkämpfen konnten. Kanal 77 hat sich bei seinen Programminhalten auf Information und Nachrichten konzentriert, während *Antenna 5* eher den Programmschwerpunkt auf moderne Musik und Musikformate gelegt hat (Trpevska/Petreska 2004, S. 457). Letzterer legt dabei großen Wert darauf als ein Radio zu gelten, das Schulter an Schulter mit europäischen Hit Radios mithält. Mit einer „modernen europäischen Programmkonzeption“ wirbt es auch und hat als Zielpublikum meist junge Hörer, die eine schnellere Dynamik im Programm hören wollen (Quelle: Antenna 5 Website). Folgende Grafik zeigt wie das Verhältnis der Hörerquoten bereits 2004 war.

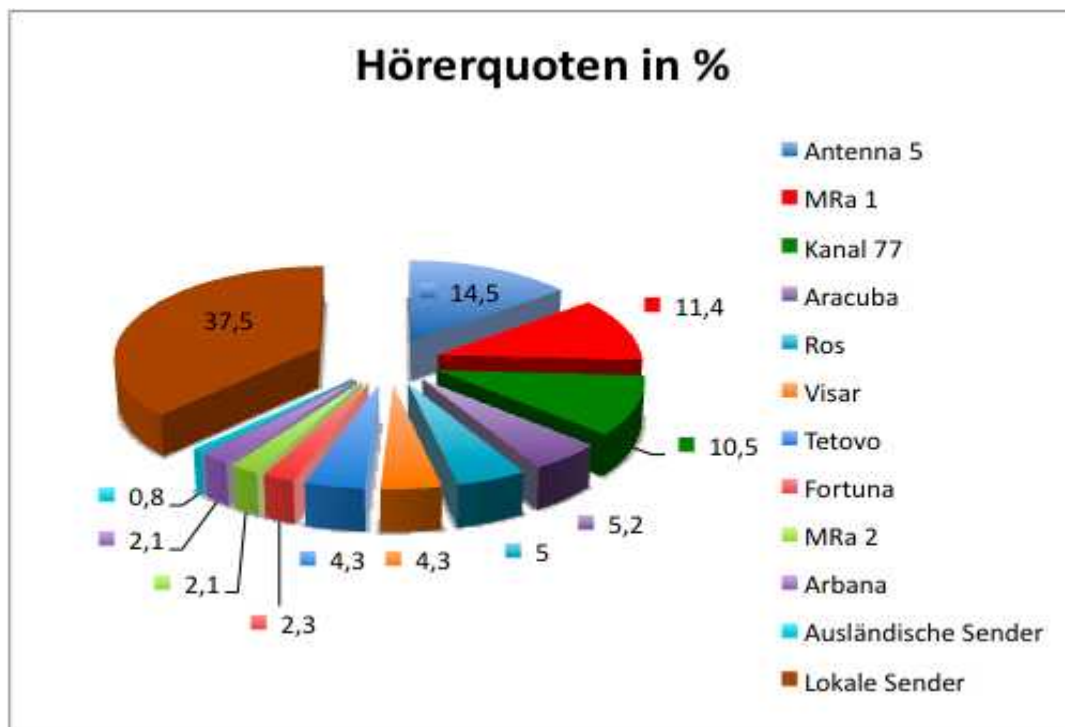


Abb. 4: Quelle: Šopar/OSI 2005, S. 1177 (BRIMA-Gallup); Stand: Mai 2004

Antenna 5 ist immer noch der meistgehörte Radiosender im Land. Zu erwähnen wäre hier noch *Radio Ros* das, neben Antenna 5 und Kanal 77, ebenfalls als privater Anbieter landesweit sendet. Dieser Radiosender hat sich allerdings im Programm meist auf die Volksmusik (Folkmusik) eingerichtet, die zwar bei breiten Massen in den östlichen Ländern des ehemaligen Jugoslawiens beliebt ist, jedoch stark als Kitsch kritisiert wird<sup>67</sup>.

Doch um die Entwicklung des Medienwesens qualitativ und nicht in eine Kitsch-Richtung voranzutreiben, bedurfte es, neben dem Ausbau des dualen Systems, weitere entscheidende Reformen. Ende 2000 hat die National Media Working Group des Stabilitätspaktes für Südosteuropa (Stability Pact for SEE) eine Initiative für ein neues Rundfunkgesetz gestartet. Die Medienreformen wurden aber 2001 in den Hintergrund gedrängt wegen des Konfliktes mit mazedonischen Albanern. Die Situation wurde schließlich unter Druck der EU und der Internationalen Gemeinschaft friedlich gelöst (Friedensvertrag von Ohrid). Der friedliche Ausgang der Auseinandersetzungen von 2001 ist auch für das Medienwesen wichtig. Der Rahmenvertrag von Ohrid ist insoweit von Belangen, da die Minderheiten nun stärker mit ihrer Kultur und Sprache in den Medien vertreten waren. So bspw. im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Im Sommer 2002 wurden die Programmangebote für die Minderheiten vom zweiten Fernsehkanal (MTV2) auf den dritten (MTV3) verlagert und es wurden gleichzeitig Sendezeiten ausgeweitet (Trpevska/Petreska 2004, S. 456). Nachdem sich die gesellschaftliche Situation einigermaßen stabilisiert hatte, standen als nächstes im September 2002 Wahlen an. Eine neue Regierung wurde gewählt, die kein großes Interesse gezeigt hatte die Situation bei der Gesetzgebung im Medienbereich zu ändern (Šopar/OSI 2005, S. 1216). Daraufhin folgten diverse öffentliche Debatten, in denen immer wieder das Rundfunkgesetz von 1997 bemängelt und neue Lösungen gefordert wurden, die sich mit europäischen und internationalen Vorgaben vereinbaren lassen würden. In den Debatten haben sowohl Nichtregierungsorganisationen, als auch die Vertreter des nationalen mazedonischen Rundfunksenders, der Privatsender und des Rundfunkrates selbst, ihre Forderungen ans Licht gebracht. Die lauteste Forderung war die Änderung der Mediengesetze insoweit, dass die Regulierungsbehörde unabhängig vom Staat ihre

---

<sup>67</sup> Vgl. das anfängliche Programmangebot von Pink TV Serbien

Arbeit ausüben könnte. Vor allem sollte es zu Änderungen auf der Relation „Politik – Medien“ kommen. Denn bis dahin war der Einfluss der Politik auf den öffentlichen Mediensektor zu offensichtlich, wie auch der Einfluss der Politiker und der privaten Unternehmer auf die kommerziellen Medien. Obwohl in den Jahren der Demokratisierung zunehmend versucht wurde die ethischen Grundregeln in den mazedonischen Medien anzuwenden, waren die elektronischen Medien allesamt an die eine oder andere politische Orientierung gebunden.<sup>68</sup> Diese politischen Färbungen beim einflussreichsten Medium Fernsehen waren, unter anderem, der Hauptgrund weshalb das Land mit unbefriedigend benotet wurde in Berichten von internationalen Organisationen bezüglich des Mediensystems. Die Gesetze müssten noch mehr „europäisiert“ werden, hieß es in den Ratschlägen der Europäischen Institutionen. Dazu gehöre vor allem, dass bei der Ausarbeitung der neuen Gesetzesvorschläge die europäischen Dokumente bezüglich des Medienrechts (z.B. die Richtlinie sowie die Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen), als ernsthafte Vorlage beachtet werden sollten (Andreovski 2003, S. 1 ff.).

Doch bevor der neue Mediengesetzesrahmen verabschiedet werden konnte, regte die Entscheidung des Rundfunkrates über Erteilung zusätzlicher Fernsehlicenzen eine Diskussion in mazedonischen Medien an. Das nationale Fernsehen sowie zwei private Sender (SITEL und A1) stellten sich gegen diese Entscheidung weitere nationale Konzessionen zu vergeben bevor das neue Rundfunkgesetz verabschiedet wird. Trotz Einwand informierte der Rundfunkrat im Juni, als der Prozess der Reform des Gesetzesrahmens begonnen hatte, die Regierung über die Entscheidung drei nationale Lizenzen zu vergeben: zwei sollten lokalen TV Stationen, TELMA und KANAL 5, aus Skopje und eine von den drei Lizenzen Vebi Velija, dem albanischen Unternehmer aus Mazedonien und Eigentümer von AL-SAT aus Albanien, erteilt werden. Von der Regierung wurde dieser Vorschlag des Rundfunkrates im September 2004 dann auch angenommen. Durch so ein Vorgehen wurde nun noch mehr klar, dass die Regulierungsbehörde wahre Unabhängigkeit von der Regierung braucht. (o.V. Overview Media Legislation in SEE 2006, S. 32 ff.).

---

<sup>68</sup> So ist bspw. der Besitzer von Sitel TV, gleichzeitig als Parteichef der Sozialistischen Partei tätig. Andere Beispiele finden sich auch im Printbereich, aber auch bei den lokalen TV Stationen. Der Eigentümer des lokalen Fernsehsenders in Skopje TV Kanal5 führt die Partei VMRO-Makedonska an.

Die drei erwähnten Sender haben sich in den Jahren danach ihren Anteil am Marktkuchen auch sichern können, wie das in Abb. 3 verdeutlicht wird.

Alsat ist ein privater Sender aus Albanien, der Anfang 2006 mit einem eigenen Kanal – *Alsat M* – in Mazedonien auf Sendung ging. Das Programm wird auf Albanisch und Mazedonisch ausgestrahlt und ist auf informative und unterhaltende Inhalte eingerichtet. Alsat M richtete sich von Anfang an, an die größte Minderheit in Mazedonien, die Albaner (Quelle: Alsat und Alsat M Websites). Damit wurde das erste Programmangebot solcher Art im privaten Bereich und landesweit mehrheitlich für diese Volksgruppe angeboten. Bis dahin gab es landesweit lediglich das Angebot vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie die jeweiligen lokalen oder regionalen Rundfunkanbieter, die in albanisch oder teils albanisch gesendet haben.

*Telma TV* ist 1996 als lokaler Fernsehsender gegründet worden. Bei der ersten Runde der Konzessionsvergaben bekam Telma die Erlaubnis für sieben Jahre im Raum Skopje zu senden. Danach, 2004, wie vorhin erwähnt, bekam der Sender die nationale Konzession und weitete seitdem sein Signal auf weitere Gebiete des Landes aus. Der Sender sendet 18 bis 20 Stunden am Tag. Das Programm von Telma TV konzentriert sich auf Information, Unterhaltung, Sport und Kultur- sowie dokumentarische Inhalte (Quelle: Telma Website).

Kanal 5 ist ebenfalls ein Fernsehsender, der auf lokaler Ebene angefangen hatte zu senden. Gegründet wurde Kanal 5 im Jahr 1998. Nachdem auch dieser Sender die nationale Konzession bekommen hatte, breitete es das Signal auch außerhalb des Hauptstadtgebietes aus. Nach eigenen Angaben will der Sender die Ansprüche des modernen Zuschauers sowie die europäischen Ansprüche mit dem Programmschema zufriedenstellen. Das Programm setzt sich dabei aus informativ-politischen, unterhaltenden, dokumentarischen und Inhalten für Kinder und Sport interessierte Zuschauer (Quelle: Kanal 5 Website).

Seit 2004 gehört *Kanal 5* zu den fünf kommerziellen Fernsehsendern, die das private Rundfunksystem in Mazedonien entscheidend geprägt haben und immer noch

prägen. Neben Kanal 5 sind das also Telma TV, Alsat M, Sitel TV und der erfolgreichste unter ihnen – A1.

Nachdem der Hype um die Vergabe der nationalen Lizenzen an Telma, Alsat und Kanal 5 abgeklungen war, wurden die nötigen und geforderten Reformen im Medienwesen eingeleitet. Inzwischen kam es zum Machtwechsel. Einige innenpolitische Konflikte wurden nun gelöst und man beeilte sich auf einmal die europäische Integration voranzutreiben. Nachdem die Republik Mazedonien im Frühjahr 2004 offiziell für die Mitgliedschaft in der EU appliziert hatte, wurde den Machthabern endlich klar, dass die Änderung der bisherigen Mediengesetze größtenteils unvermeidbar ist. Dieses „Bewusstsein“ nach dem Bedarf der Gesetzesänderungen kam aber nicht auf einmal. Denn, das Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen, das am 9. April 2001 unterzeichnet und am 23. Februar 2004 ratifiziert wurde, verpflichtete Mazedonien eine Gesetzesreform einzuleiten und die Gesetze mit den EU Standards abzugleichen. Gleich im August 2004 beauftragte das Ministerium für Transport und Kommunikation eine Arbeitsgruppe einen Gesetzesentwurf für das neue Rundfunkgesetz auszuarbeiten. Der Entwurf musste die Vorschläge der Arbeitsgruppe des Stabilitätspaktes sowie anderer Medienexperten berücksichtigen. Besondere Berücksichtigung sollten aber europäische Richtlinien haben. Als helfende Hand standen dabei die Experten des Europarates zur Verfügung. Der Gesetzesentwurf des neuen Rundfunkgesetzes wurde im Oktober fertiggestellt. Sechs Monate später ging das neue Rundfunkgesetz durch die Parlamentsprozedur und trat letztendlich im November 2005 in Kraft. Nachdem es vier Jahre gedauert hatte bis die Vorschläge zur Änderung des Rundfunkgesetzes endlich ein offenes regierendes Ohr fanden, wurde die Schnelligkeit, in der das neue Rundfunkgesetz ausgearbeitet und verabschiedet wurde, so gedeutet, dass Mazedonien nun versucht so viele Hausaufgaben zu machen wie möglich um sich der EU genauso schnell zu nähern.

Wichtig sind bei dem neuen Rundfunkgesetz vor allem die entscheidenden Änderungen im Vergleich zum Rundfunkgesetz von 1997. So wird durch das Rundfunkgesetz von 2005 dem Rundfunkrat als Regulierungsbehörde mehr Unabhängigkeit und Entscheidungsmacht eingeräumt. Das heißt, der Rundfunkrat darf, dem neuen Rundfunkgesetz nach, Sanktionen (Geldbußen) verhängen im Falle eines Missbrauchs

in den Medien. Im Gegenteil dazu haben die Medien das Recht Entscheidungen des Rundfunkrates vor Gericht anzufechten. Somit wurde auch eine Kontrollfunktion für die Regulierungsbehörde selbst gesichert. Außerdem wurde zum ersten Mal in Mazedonien, neben dem bereits bestehenden öffentlichen und kommerziellen Rundfunksektor auf lokaler und nationaler Ebene, die Einführung eines weiteren, gemeinnützigen Sektors im Rundfunkwesen ermöglicht. Es handelt sich um einen Nichtregierungssektor<sup>69</sup> (non-profit), der Hörfunk- oder Fernsehstationen ermöglicht sich als Nichtregierungsorganisationen zu registrieren. Dieses Feld sollte die Medienvielfalt fördern und eine Alternative zum öffentlich-rechtlichen auf der einen und dem kommerziellen Sektor auf der anderen Seite bieten. Doch dieser Nichtregierungssektor ist nicht aufgelebt, denn nur eine solche Radiostation wurde bis 2008 ins Leben gerufen, ein Studentenradio. Šopar empfiehlt hierbei die Verabschiedung einiger Verordnungen zum Rundfunkgesetz von 2005, die die Entwicklung dieses alternativen Sektors fördern sollten (Šopar/OSI 2008, S. 48). Ein anderer Sektor, der mit dem Rundfunkgesetz von 2005 gesetzlich eingeführt wurde und sich, im Unterschied zum Nichtregierungssektor im Rundfunk, entwickelt hat, ist der regionale kommerzielle Sektor. Als ein regionaler Sender konnte jener zugelassen werden, der ein Gebiet von mehreren Kommunen abdeckt, die eine geographische Einheit bilden und dessen Gesamteinwohnerzahl über 150 000 bis hin zu 400 000 beträgt. Der Raum der Hauptstadt Skopje wurde separat als eine Region gekennzeichnet. Bis heute wurden die meisten regionalen Sender in Raum Skopje auch registriert. Diese regionalen Hörfunk- und Fernsehstationen unterscheiden sich bei ihrer Programmkonzeption allerdings recht wenig, denn die meisten bieten fast ausschließlich Unterhaltung an. Anders ist es bei den lokalen privaten Anbietern auch nicht. Das neue Rundfunkgesetz hat es demnach zwar vorgesehen die Vielfalt im Rundfunk zu fördern und zu sichern (Kapitel III), von dieser Vielfalt ist jedoch nicht viel umgesetzt worden, wenn man sich den privaten regionalen sowie lokalen Rundfunksektor anschaut.

Lobend ist aber zu Rundfunkgesetz von 2005 zu sagen, dass es mit dem neuen *Gesetz über elektronische Kommunikation*, das im Februar 2005 verabschiedet wurde, abgestimmt wurde. Auch dieses Gesetz, welches insbesondere die Domäne der

---

<sup>69</sup> Vgl. Rundfunksektor im Kosovo. Dort ist es für Rundfunkanbieter ebenfalls möglich als Nichtregierungsorganisationen tätig zu sein.

elektronischen Medien regelt, wurde mit der Europäischen Kommission und dem Europarat zusammen evaluiert. Im Allgemeinen wurde das neue Rundfunkgesetz von 2005 mit den geltenden europäischen Rechtsvorgaben für die Medien harmonisiert sowie dem *acquis communautaire* im audiovisuellen Bereich. Zudem wurde der verpflichtende Prozentsatz von europäischen audiovisuellen Werken und Eigenproduktion in der Weise geregelt wie es die Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen vorgibt. Es wurde auch die Transparenz des Medieneigentums gesichert, indem das Rundfunkgesetz die Eigentümer verpflichtet jede Änderung der Besitzstrukturen dem Rundfunkrat mitzuteilen. Weiter widmet sich das Gesetz im weitesten Sinne auch den Programmstandards im Rundfunk, die bspw. besonders geachtet werden müssen bei Diskriminierungsfreiheit, Urheberrechten sowie beim Jugendschutz. Die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt MRT wurde im neuen Gesetz ebenfalls bedacht und es wurden darin allgemeine Regelungen für das Funktionieren des MRT festgesetzt. Bis dahin wurde der MRT mit einem eigenen Gesetz aus dem Jahre 1998 geregelt. (Šopar/OSI 2005, S. 1216 ff.; Šopar/OSI 2008, S. 48 ff.; Berger IRIS 2006-4:17/30).

Diese überarbeiteten und neuen Gesetze fanden generell Zuspruch in Brüssel. So äußerte sich die Europäische Kommission in ihrem Fortschrittsbericht von 2006 generell positiv zu den neuen Gesetzesregelungen im mazedonischen Medienwesen. In diesem Bericht wird als positiv bewertet, dass das neue Rundfunkgesetz im Wesentlichen mit den europäischen Medienstandards und dem *acquis* übereinstimme, inklusive der Richtlinie über grenzüberschreitendes Fernsehen. Zudem wird die Verabschiedung des *Gesetzes zum öffentlichen Zugriff zu Informationen von öffentlichem Interesse* als ein wichtiger Fortschritt bezeichnet sowie auch das ausgebesserte *Verleumdungsgesetz*.

Trotz der guten Kritik hat Mazedonien im Allgemeinen keine gute Note aus Brüssel bekommen. Denn die Europäische Kommission forderte die rigorose Einhaltung des neuen Rundfunkgesetzes in der Praxis, um die Finanzierung der Regulierungsbehörde (Rundfunkrates) und der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt zu gewährleisten, wie das im Fortschrittsbericht von 2006 zum Ausdruck gebracht wurde. Weiterhin wäre laut diesem Bericht die rasche und konsequente Implementierung des neuen Gesetzesrahmens notwendig um die Prozedur für die Wahl der Aufsichtsmitglieder der



Regulierungsbehörde zu depolitisieren, um die legale Prozedur, mit der die politische Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Senders gewährleistet werden kann, festzulegen, und letztendlich um ein (wettbewerbsfähiges) Lizenzverfahren einzuführen, welches die politischen Einflüsse eindämmen oder schwächen würde.

Die Regulierungsbehörde habe im Juni 2006 einen Ethikkodex eingeführt, heißt es im Bericht. Doch es wird auch bemängelt, dass die Ausarbeitung und Implementierung einer nationalen Rundfunkstrategie dringend nötig sei (EC FYROM Progress Report 2006, S. 31 f.).

Im Jahr darauf, 2007, wurde an Neuerungen und Änderungen der Mediengesetze weitergearbeitet. Es wurden zusätzliche Regelungen verabschiedet, die die Implementierung des Rundfunkgesetzes erleichtern sollten. Im Februar 2007 wurde das Rundfunkgesetz geändert, wobei sich die wichtigsten Änderungen auf die Intendanz des öffentlich-rechtlichen Senders und dessen allgemeine Führung beziehen. Außerdem wurden auch die Terminologie und Höhe der Geldbußen näher präzisiert (Quelle: SRD: Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Rundfunkgesetzes 2007). Dieses ist von der Europäischen Kommission als positiv bewertet worden. Jedoch wurde im Fortschrittsbericht für 2007 deutlich, dass es gesetzliche Prozeduren für die Gewährleistung der Unabhängigkeit des Rundfunkrates und der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt zwar gäbe, diese Medieninstitutionen trotzdem anfällig für politische Beeinflussung seien. Mazedonien müsse sich noch mehr anstrengen um wahre Unabhängigkeit dieser Institutionen garantieren zu können. Die Finanzierung der Regulierungsbehörde sei immer noch auf wackeligen Beinen und die Gebühren würden nicht gezahlt werden. Eine nationale Strategie der Entwicklung des Rundfunks in Mazedonien warte immer noch auf die Implementierung – genau das ist das Stichwort des Berichtes (EC FYROM Progress Report 2007, S. 34 ff.).

An dieser Strategie wurde bereits seit Mitte 2006 gearbeitet. Dafür wurden Experten aus der EU herangezogen, u.a. von TAIEX, einem Programm der Europäischen Kommission, das Fachkompetenz zur Verfügung für Zwecke der Implementierung und Harmonisierung mit den EU Gesetzen stellt. Ein Entwurf dieser Strategie wurde im September 2007 veröffentlicht. Darin wurden Fragen rund um den Rundfunkbereich aufgegriffen, wie bspw. die Medienpluralität allgemein sowie Vielfalt der

Programminhalte im Fernsehen. Weiter befasst sich die Strategie auch mit der Entwicklung neuer Technologien der audiovisuellen Mediendienste, aber auch der Frage wie die Digitalisierung vor sich gehen soll. Zudem befasst sich die Strategie mit der Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Gesetzgebung, da auf Mazedonien die Harmonisierung mit der neuen EU Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste ansteht. Ein wichtiger Punkt mit dem sich die Strategie befasst ist das Urheberrecht, bzw. die Piraterie die, wie Šopar meint, eine der größten Bremsen für die Entwicklung des mazedonischen audiovisuellen Marktes ist. Dieses Problem sei besonders im Bereich des Kabelfernsehens zu beobachten (Šopar/OSI 2008, S. 18; Bogdanovski IRIS 2008-1:16/23).

Nach der Veröffentlichung des Strategieentwurfs folgte eine öffentliche Debatte, nach der die finale Version der Strategie von der Regulierungsbehörde angenommen wurde. Aber diese Version wurde vom Parlament abgelehnt, mit der Begründung die Strategie stünde nicht in Einklang mit der allgemeinen Kommunikationspolitik im Lande, obwohl sie mithilfe von Experten aus der EU ausgearbeitet wurde. Dann kam auch die bereits erwähnte Kritik im Fortschrittsbericht, woraufhin die Regulierungsbehörde, trotz der Entscheidung des Parlaments, im April 2008 einen Aktionsplan zur Durchführung der Strategie beschloss. Dieser Aktionsplan, der nun zur Umsetzung der Strategie führt, wurde im Monitoringbericht des OSI als ein entscheidender Fortschritt eingeschätzt (Šopar/OSI 2008, S. 18 f.). So auch im Fortschrittsbericht der EC für das Jahr 2008. Als ein weiteres positives Element wird in diesem Bericht der EC hervorgehoben, dass eine Absichtserklärung mit der OSZE vereinbart wurde, die das Ziel hat die Regulierungsbehörde zu stärken um ihre Unabhängigkeit sowie Autorität langfristig sichern zu können. Zudem wurden in einem Regelwerk Sanktionen bei Nichteinhalten des Rundfunkgesetzes noch näher spezifiziert, zusammen mit Vorgaben wie sich die Medien in der Wahl- und Vorwahlperiode zu verhalten haben. Trotzdem wird die Anwendung dieser Sanktionen im Falle der Missachtung der Rundfunkgesetze und Regulierungsvorgaben in der Praxis nicht konsequent durchgeführt. (Šopar/OSI 2008, S. 11 f.). Hier kommt die Kritik wieder auf den Punkt: Seitdem Mazedonien den Status des Beitrittskandidaten erhalten hat, wurde Einiges auf der Mediengesetzebene beschlossen. Doch es tritt wiederholt die Situation auf, dass wenn es darum geht die

Gesetze vom Papier in die Praxis zu tragen, es nicht klappt. Besonders an der Implementation des Rundfunkgesetzes hacke es immer noch. So die Einschätzung der Europäischen Kommission im Fortschrittsbericht für das Jahr 2008. Die schlechte Finanzierung der Regulierungsbehörde und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bleibe weiter ein großes Problem, weshalb diese Institutionen besonders anfällig für politischen Einfluss seien. Die EC weist auch in diesem Bericht, wie in dem für das Jahr zuvor, darauf, dass die Rundfunkgebühren nicht gezahlt würden, dass die Regulierungsbehörde unterbesetzt sei und dass die Rundfunkveranstalter die Beschlüsse und Anordnungen des Rundfunkrates nicht respektieren würden und sich manchmal auch nicht an dieselben halten (EC 2008, S. 40 f.).

So wurde auch der Beschluss der Regulierungsbehörde die lokalen öffentlich-rechtlichen Rundfunkstationen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zu privatisieren regelrecht missachtet. Hintergrund dessen ist, dass mit dem Rundfunkgesetz von 2005 die Zuständigkeit fürs regionale und lokale Berichten auf den nationalen öffentlich-rechtlichen Rundfunk MRT übertragen wurde. Man hatte sich, so wie in den anderen Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, nun auch in Mazedonien entschlossen das dritte Rundfunkfeld zu privatisieren. Der Rundfunkrat veröffentlichte im Mai 2004 einen Beschluss, nach dem die 29 lokalen öffentlich-rechtlichen Sender die Verpflichtung haben bis Februar 2007 die Privatisierung abzuschließen. Obwohl angekündigt wurde, dass die Sender, die das nicht tun, ohne Wenn und Aber geschlossen werden, haben sich die Sender taub gegenüber dieses Beschlusses gestellt. So wurde die Frist für drei weitere Monate verlängert. Doch auch dann ging der Prozess nicht wie gewünscht, so dass die Privatisierung dieses Sektors in die Länge gezogen wurde und auch heute noch andauert. (Quelle: SRD Website; Šopar/OSI 2008, S. 51)

Alles dies sind Indizes dafür, dass sich generell beim Denken etwas verändern muss – der Politiker, der Medieneigentümer bzw. Rundfunkvorstände sowie auch bei Bürgern selbst, die keine Rundfunkgebühr zahlen. Somit wird das Funktionieren und die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde und des öffentlich-rechtlichen Systems aufs Spiel gesetzt. Folge dessen könnte die Einmischung des Staates im finanziellen Sinne sein. Bereits jetzt wird MRT zum geringen Teil finanziert aus dem

Staatshaushalt<sup>70</sup>. Doch wenn diese finanzielle Misere anhält und der öffentlich-rechtliche Rundfunk in größerem Umfang vom Staat abhängig wird, würde das wiederum auch Verlust der bis jetzt erworbenen Unabhängigkeit bedeuten.

Ein offensichtliches Zeichen wie die Politik sich immer noch stark in das Medienwesen einmischt ist das Beispiel des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems. Der dritte Kanal, MTV 3, der vor der Verabschiedung des neuen Rundfunkgesetzes Inhalte für die Minderheiten in der jeweiligen Sprache produziert und bereitgestellt hatte, wurde umfunktioniert zu einem Parlamentskanal – Собраниски канал/Sobraniski kanal. So eine Entscheidung folgte nachdem die Umstrukturierung der öffentlich-rechtlichen Anstalt 2005 beschlossen wurde. Daraufhin wurden die Programminhalte für die Minderheiten wieder auf den zweiten Kanal des mazedonischen Fernsehens verschoben. Seitdem folgten einige Änderungen bei der Konzeption sowie auch bei der Führung der öffentlich-rechtlichen Anstalt. Besonders in den Jahren 2006 und 2007 wurden Führungspersonen der Unternehmens- wie auch der Programmebene ausgewechselt (Šopar/OSI 2008, S. 11f.). Letztens wurde das Rundfunkgesetz von 2005 zum zweiten Mal bezüglich des MRT geändert. Die im August 2008 vom Parlament verabschiedeten Änderungen schaffen Voraussetzungen für die Einführung eines Insolvenzverfahrens für MRT und eine mögliche Unterstützung der Programm- und technologischen Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch den Staat. Denn, der öffentlich-rechtliche Rundfunk Mazedoniens befindet sich in einer äußerst schweren Lage, der schwersten seit seiner Gründung. Wenn man dazu noch in Betracht nimmt, dass auf den Rundfunk insgesamt die neuen Anforderungen der Digitalisierung warten und dass der Überlebenskampf der traditionellen Medien im Internetzeitalter immer härter wird, wirkt der Blick in die Medienzukunft des Rundfunks in Mazedonien sehr verschwommen. So ist zu erwarten, dass ernstzunehmende Probleme bei der Einführung der digitalen Technologien auftauchen werden (Šopar/OSI 2008, S. 32; Bogdanovski IRIS 2008-9:16/26). Die Digitalisierung in Europa hat bereits begonnen. Slowenien hat es vorgemacht, Kroatien ist auf gutem Wege. Mazedonien allerdings, bewegt sich auf sehr holprigen Terrain. Die Digitalisierung schreitet in Schneckentempo voran und befindet sich immer noch in ihrer Anfangsphase. Das anfängliche Chaos im

---

<sup>70</sup> Vgl. Artikel 116 des Rundfunkgesetzes aus dem Jahr 2005 (Zakonot za radiodifuznata dejnost)

Rundfunkwesen besteht teils immer noch. Der Medienmarkt ist mit 114 Sendern (plus ÖR) halbiert worden im Vergleich von vor zehn Jahren, aber trotzdem, in Anbetracht des Territoriums und der Einwohnerzahl, übersättigt. Das Chaos wurde zwar entscheidend eingedämmt durch adäquate Gesetzgebung, die jedoch immer wieder schwere Geburtsstunden durchleben musste.

Die gesetzliche Basis für eine weitere Entwicklung hat Mazedonien, als Kandidatenland für die EU, bereits für sein Medienwesen im Großen und Ganzen aufgebaut. Nun gilt es aus diesen Bauplänen ein Mediengebilde zu bauen, das den Anforderungen der Europäischen Union auch stand halten kann. Vor allem gilt es die Umsetzung dieser Basisvorlagen gewährleisten zu können und Reformen rasch voranzutreiben. Denn, wenn es auch weiterhin derart an der konsequenten Umsetzung fehlt, wird der angestrebte Europa-gerechte Medienmarkt im südosteuropäischen Mazedonien ein unerreichbarer Schritt für das Land bleiben.

## 5. Ausblick

Einen wahrlich turbulenten Weg sind die Länder des ehemaligen Jugoslawiens die letzten 18 Jahre gegangen. Seit dem Fall der Berliner Mauer und den ersten freien, mehrparteilichen Wahlen in den Republiken der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien war klar, dass die Demokratie in dieser Region Europas nichts mehr zurückhalten kann. Leider ist dieser Weg mit kriegerischen Auseinandersetzungen gekennzeichnet worden. Doch die Zukunft sehen die Länder, die aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangen sind, deshalb klarer als je zuvor in der Europäischen Union. Dem schweren Weg des demokratischen Wandels, den die Gesellschaft in diesen Ländern durchmachen musste, konnten sich die Medien ebenfalls nicht entziehen. Auch im Medienwesen jedes einzelnen Landes wurden Transformationsprozesse eingeleitet. In einem gemeinsamen staatlichen System entwickelt, haben sich in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts die elektronischen Medien der ex-jugoslawischen Länder, ihren eigenen Weg in die neue Medienordnung bahnen müssen. In vielerlei Hinsicht unterstützt von internationalen und europäischen Experten, wurden Mediengesetze ausgearbeitet, Rundfunkanstalten gegründet sowie Journalisten und Medienschaffende ausgebildet, zum Ziele diese Region auf den großen Schritt hin zur europäischen Medienordnung vorzubereiten.

Doch, obwohl diese Länder eine gemeinsame Rundfunkgeschichte haben, sind sehr wohl Unterschiede in der Entwicklung seit ihrer Unabhängigkeit zu bemerken. Politischer Einfluss auf das Medienwesen ist in all diesen Ländern ein besonderes Merkmal, doch wie das Medienwesen jedes einzelnen Landes damit umgegangen ist, war sehr unterschiedlich. Slowenien hat sich bspw. nach einer Dekade großer Gesetzesabwesenheit im Medienbereich ziemlich zügig wach gerüttelt, den Medienrechtsrahmen den europäischen Vorgaben angeglichen und den relevanten Medieninstitutionen Unabhängigkeit garantiert. In Kroatien hat der politische Einfluss und die nicht adäquate Medienregulierung lange die dortige Medienlandschaft geprägt. Ein Spezifikum für sich bleibt, unter all diesen Ländern, Bosnien-Herzegowina. Denn dort hat sich der komplizierte Staatsaufbau auf alle Gesellschaftsbereiche repliziert, so auch auf die Medien und, vor allem, auf die Mediengesetzgebung. Noch heftigere Umbrüche gab es in Serbien, weil die Demokratie dort erst später auf den Weg gebracht

wurde. Die Milošević-Ära hat in Serbien die Medienlandschaft sehr geprägt, so dass sich nach dem Umbruch vom Oktober 2000, die Medien dort immer noch in einem entscheidendem Wandel befinden. Unterschiedlich ging die Medienentwicklung auch in Montenegro und dem Kosovo vor sich. Obwohl Serbien, Montenegro und Kosovo sich noch vor 2006 in einem gemeinsamen Staat befanden, wickelte sich die Medienentwicklung getrennt ab. Das Kosovo ist zu diesem Zeitpunkt international zwar nicht als eigener Staat anerkannt, seine eigenen Medien hat das Land. Mazedonien musste auch seine spezifischen „Medien-Hürden“ durchmachen.

Die Hürden des europäischen Medienrechtsrahmens sind aber auch nicht leicht zu überwinden. Da galt es aus dem Medienchaos, das in den meisten dieser Länder ein gemeinsames Charakteristikum zu sein schien, einen Medienmarkt zu schaffen, der reguliert ist, der der Öffentlichkeit dient, unabhängig ist und die Medienvielfalt, verknüpft mit Qualität, fördert.

Gesetzesabwesenheit, politischer Einfluss, komplizierter Staatsaufbau, demokratische Umwälzungen, schwere Transformationsprozesse, Medienchaos, Medienüberfluss, Kampf mit dem sozialistischen Erbe – alles das sind Begriffe, die darauf deuten, dass das politische Umfeld auf das Medienwesen und dessen Entwicklung in jedem einzelnen ehemals jugoslawischen Land entscheidend gewirkt hat. Besonders auf dem Weg in die EU Medienordnung hat das politische Umfeld die offensichtlichste Rolle gespielt, negativ und positiv. Am Beispiel jedes Landes kann sich erkennen lassen, wo die Politik ziemlich schnell bereit war unabhängige und freie Medien, wie sie die EU verlangt, zu akzeptieren. Genauso kann man erkennen, wo der Wille die Kontrolle über Medien abzugeben nicht da gewesen ist. Diese Länder haben dementsprechend auch mehr Schwierigkeiten gehabt, die von der EU verlangten Reformen umzusetzen. Vor 20 Jahren schwammen die Medien dieser Länder alle noch im selben Boot. Nun hat sich jedes dieser Länder sein eigenes Boot gebaut. Einige haben sich schnell darauf einigen können aus welchem Material sie dieses bauen, so dass die Fahrt schneller voran geht. Bei anderen wiederum ist die Einigung teils ausgeblieben, weshalb man auch nicht so schnell vorankommt wie sein Nachbar. Slowenien hat den EU Hafen schnell erreicht, weil die Einigung und ein neues Denken eingetreten waren. Die anderen Länder „streiten“ teils immer noch, und darunter leidet die Entwicklung des Medienwesens. Dabei kann offensichtlich erkannt werden, dass

wenn der Wille der Medien da ist, sich in die europäischen Strukturen einzugliedern, wie z.B. in Bosnien-Herzegowina, auch der beste Wille brechen kann, wenn keine Einigung über den Weg zum Ziel erreicht wird. Denn, von dieser Einigung hängt auch die Gesetzgebung ab, die das Land in die EU führen soll. Dabei hilft es recht wenig wenn diese Einigung nur auf der gesellschaftlichen Bühne passiert. Es ist vielmehr wichtig eine wahre Einigung – hinter den Kulissen zu erzielen.

Deshalb ist auf dem Weg in die europäische Medienordnung, den alle diese Länder eingeschlagen haben, am wichtigsten die innerländische Medienpolitik so auszurichten, dass sie vereinbar ist mit dem europäischen Medienrechtsrahmen. Das bezieht sich in erster Linie auf die Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen des Europarates und auf die EU-Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen. Mit beiden Dokumenten muss die jeweilige heimische Gesetzgebung in Einklang gebracht werden – so die Forderungen der Europäischen Kommission für die Kandidaten-Länder und die potenziellen Kandidaten. Dieses wird im Großen und Ganzen in den einzelnen Ländern dann auch versucht umzusetzen. Wenn auch, bei einigen, in mehreren Anläufen. Doch, allen Bemühungen zum Trotz gibt es auch gewisse Bremsen, bspw. in Bosnien-Herzegowina und Serbien. Dort, und z.T. auch bei den Nachbarn in Montenegro wie auch in Mazedonien und im Kosovo, fährt man immer noch im Schneckentempo auf der Straße, die in die EU-Medienordnung führen soll. Parallelen können dabei bei Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo gezogen werden. Beide Länder haben eine multikulturelle Gesellschaft. Beide Länder stehen unter internationaler Aufsicht. In beiden Ländern hat die Internationale Gemeinschaft erste Bausteine für ein EU-gerechtes Medienwesen gelegt. Das größte Problem dieser beiden Länder ist es allen gerecht zu machen. Im Kosovo sucht man öfter vergebens nach einem Konsens zwischen Serben und Albanern. In Bosnien-Herzegowina scheitern Reformen an der Nichteinigung der Bosniaken, Serben und Kroaten, weshalb der Hohe Repräsentant eingeschritten und gesetzliche Verordnungen im Medienwesen erlassen hatte. In Mazedonien scheint es ebenfalls nicht allzu anders zu sein. Denn dort kommen zu den zwei größten Volksgruppen, mazedonischen Slawen und Albanern, viele andere Minderheiten hinzu, die ebenfalls ihre Rechte in einem unabhängigen und freien Staat haben. In diesen Ländern schreitet die Angleichung der Gesetze an die EU-Medienordnung allem Anschein nach voran. Trotzdem entsteht der Eindruck, dass die



Aufteilung erwünscht ist, die Einigung jedoch nicht. Einigung ist aber eines der Grundprinzipien der Europäischen Union. Dieses Grundprinzip sollte deshalb auch für diese Länder gelten. Sicherlich macht die ethnische Zusammensetzung die Arbeit nicht leichter wenn es darum geht jedem Volk und jeder Minderheit seinen oder ihren Platz in der Medienordnung einzuräumen, aber auch diese Hürden müssen die Länder endlich überwinden. In dieser Hinsicht haben es Länder wie Kroatien, Serbien oder Montenegro etwas leichter, als das multiethnische und multireligiöse Bosnien-Herzegowina, weshalb es vielleicht sogar passieren könnte, dass Montenegro und Serbien diese Länder in der nächsten Zeit bei der Heranführung an die EU-Medienordnung überholen. Länder wie Bosnien-Herzegowina, das Kosovo, oder Mazedonien sind nicht ethnisch homogen, aber homogen sollten sie agieren wenn es darum geht die Zukunftsperspektive des eigenen Landes zu stärken. Denn auch die EU ist eine Zusammensetzung vieler Ethnien, und trotzdem funktioniert sie.

In den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, die ihre Medienordnung noch an die der EU angleichen müssen, ist das Bewusstsein für Veränderungen sicherlich da, doch der politische Wille fehlt anscheinend. Die Medien sind heutzutage großen und raschen Veränderungen unterzogen. Dieser raschen Entwicklung, die gerade in Europa und der Welt stattfindet, sollten sich die Länder des ehemaligen Jugoslawiens auch bewusst werden. Die heutige digitale Welt wartet nicht darauf, dass sich Politiker und andere Verantwortliche irgendwann einigen. Inzwischen ist auch die EU-Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ überarbeitet worden, weshalb Ende 2007 die neue Richtlinie in der EU verabschiedet wurde: Audiovisuelle Mediendienste ohne Grenzen (AVMSD). Ein großes Warnzeichen für die Länder Südosteuropas mit Kandidatenstatus und die potenziellen Kandidaten, dass sie nun ihr Medienwesen schnellstens zur Zufriedenheit der EU regulieren sollten, um auch die Medienmisere in einigen dieser Länder zu beenden. Denn, die Medienentwicklung wartet nicht, bis sich die politische Gewalt in diesen Länder endlich entscheidet das Reformtempo zu beschleunigen. Die Länder des ehemaligen Jugoslawiens müssen sich alle selbst darum kümmern mitzukommen. Das Reform-Ruder selbst in die Hand nehmen und das Boot auf die richtige und schnellste Route bringen – das ist das Ziel, das die Länder des ehemaligen Jugoslawiens bewusster angehen sollten, um eine der Hauptsäulen der Gesellschaft, die Medien, in einen Ordnungsrahmen führen zu können, der für diese Länder nur fördernd sein kann.

## 6. LITERATUR

Andreovski, Živko: OPREDELJENJE DA SE USVOJI EVROPSKI MODEL: MEDIJSKI SISTEM U REPUBLICI MAKEDONIJI – STANJE I TENDENCIJE; Hrsg. v. Media Online, 2003.

ARD: Savjet Agencije za Radio-difuziju Crne Gore: STRATEGIJA PRELASKA SA ANALOGNIH NA DIGITALNE RADIO-DIFUZNE SISTEME U CRNOJ GORI; Strategie switch off analog zu digital von 2008); Strategija Br. 01 – 786, Podgorica, 2008.

Babić, Dušan: BOSNA I HERCEGOVINA, EKONOMSKI PRITISCI – INSTRUMENT POSTIZANJA POLITIČKIH CILJEVA; in: MEDIJSKA SPOTICANJA U VREMENU TRANZICIJE; Hrsg. v. Media plan institut Sarajevo; Sarajevo 2005.

Babić, Dušan: BOSNIEN-HERZEGOWINA, Die Auseinandersetzungen über das nationale Fernsehgesetz gehen weiter; in: IRIS 2008-9:4/3, der Rechtlichen Rundschau der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle; Straßburg 2008.

Babić, Dušan: BOSNIEN-HERZEGOWINA, Die Organisierung der Medienlandschaft hat begonnen; in: IRIS 1998-10:13/21; Straßburg, 1998.

Babić, Dušan: BOSNIEN-HERZEGOWINA, Einheitliche Regulierungsbehörde für Kommunikation; in: IRIS 2001-4:4/6; Straßburg, 2001.

Babić, Dušan: BOSNIEN-HERZEGOWINA, Gesetz über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verhängt; in: IRIS 2002-6:7/14; Straßburg, 2002.

Babić, Dušan: BOSNIEN-HERZEGOWINA, Gesetz über Kommunikation; in: IRIS 2002-10:13/26; Straßburg, 2002.

Babić, Dušan: BOSNIEN-HERZEGOWINA, Gesetzentwurf über das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem noch nicht verabschiedet; in: IRIS 2002-5:5/7; Straßburg, 2002.

Babić, Dušan: BOSNIEN-HERZEGOWINA, Hoher Repräsentant legt Gesetzesrahmen für öffentlich-rechtlichen Rundfunk fest; in: IRIS 1999-8:12/20; Straßburg, 1999.

Babić, Dušan: BOSNIEN-HERZEGOWINA, Rundfunkgesetz der Republik Srpska geändert; in: IRIS 1999-10:11/17; Straßburg, 1999.

Babić, Dušan: CRA: REGULACIJA I EDUKACIJA – DVA KOMPLEMENTARNA PRAVCA, Hrsg. v. Media Online 2002.

Babić, Dušan: JAVNA RADIO-TELEVIZIJA BiH, STARI PROBLEM NOVOG ZAKONA; Hrsg. v. Puls demokratije, 2007 auf <http://www.pulsdemokratije.ba/index.php?l=bs&id=268>; Zugriff: 22.04.2008.

Berger, Kathrin: EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAZEDONIEN, Gesetz über das Fernsehen in Kraft getreten; in: IRIS 2006-4:17/30; Straßburg, 2006.

Berisha, Isuf: KOSOVO/A: MEDIA OWNERSHIP AND ITS IMPACT ON MEDIA INDEPENDENCE AND PLURALISM; 2004, Hrsg. v. slowenischen Friedensinstitut „Mirovni inštitut“; publiziert auf [www2.mirovni-institut.si/media\\_ownership/pdf/preface.pdf](http://www2.mirovni-institut.si/media_ownership/pdf/preface.pdf); Zugriff: 23.05. 2008.

Blazquez, Francisco Javier Cabrera: neues Gesetz für Radiotelevizija Slovenija (RTV Slovenia); in: IRIS 1995-1:12/31; Straßburg, 1995.

Blazquez, Francisco Javier Cabrera: Neues Massenmediengesetz; in: IRIS 1995-1:12/32; Straßburg, 1995.

Blazquez, Francisco Javier Cabrera: Stand der Unterzeichnung und Ratifikation des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen: zweite Aktualisierung (Stand 1. Oktober 1996); in: IRIS 1996-9:7/11; Straßburg, 1996.

Bogdanovski, Sašo: EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAZEDONIEN, Neue Änderungen im Rundfunkgesetz; in: IRIS 2008-9:16/26; Straßburg, 2008.

Bogdanovski, Sašo: EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAZEDONIEN, Strategie für die Entwicklung des Rundfunks 2007-2012; in: IRIS 2008-1:16/23; Straßburg, 2008.

Bosnien-Herzegowina: DTT Forum BiH: STRATEGIJA PRELASKA S ANALOGNE NA DIGITALNU ZEMALJSKU RADIODIFUZIJU u frekvencijskim opsezima 174-230 mhz i 470-862 mhz u Bosni i Hercegovini (DTT Strategie von 2008).

Bosnien-Herzegowina: Pressekodex; Sarajevo 2000.

Brunnbauer, Ulf: SERBIEN: VOM RESTRIKTIVEN MEDIENGESETZ ZU DEN NATO-BOMBARDEMENTS; Hrsg. v. CSBSC - Center for the Study of Balkan Societies and Cultures; Ost-West Zeitschrift; Graz, 1999.; auf <http://www-gewi.kfunigraz.ac.at/cbsc/ostwest/11-1-99.htm>; Zugriff: 12.05.2008.

Buden, Boris: KROATIEN "NATIONAL VERANTWORTUNGSBEWUßTE MEDIEN" ODER UNABHÄNGIGE „VERRÄTER“?; in: EDUCATION AND MEDIA IN SOUTHEAST EUROPE: COUNTRY REPORTS / LÄNDERBERICHTE; Hrsg. v. CSBSC - Center for the Study of Balkan Societies and Cultures; Ost-West Zeitschrift; Graz, 1999.

## CIA Factbook

CRA/RAK: Decision „EroTel 000/98“ vom 13. Mai 1999 (Bericht über EroTel): auf <http://www.cra.ba/en/legal/decs/panel/default.aspx?cid=351> ; und: Beschluss über Schließung von EroTel, auf <http://www.cra.ba/hr/legal/decs/council/default.aspx?cid=487>; Zugriff: 06. 10.2008.

CRA/RAK: Kodeks o emitiranju radio-televizijskog programa 2007 und 2008; auf: <http://www.rak.ba/hr/legal/rules-codes/broadcast/codes/default.aspx?cid=4797>; Zugriff: 06. 10.2008.

CRA/RAK: Kodeks o oglašavanju i sponzorstvu za radio i televiziju 2007; auf: <http://www.rak.ba/hr/legal/rules-codes/broadcast/codes/default.aspx?cid=4377>; Zugriff: 06. 10.2008.

CRA/RAK/IMC (Independent Media Commission): DECISION ON THE ESTABLISHMENT OF THE INDEPENDENT MEDIA COMMISSION, Beschluss des OHR unter Leitung des Hohen Repräsentanten für BiH Carlos Westendorp vom 11. 6. 1998, [www.ohr.int](http://www.ohr.int); Zugriff: 01.05.2008; zusätzliche Informationen auf [www.rak.ba](http://www.rak.ba)

Dörr, Dieter: DIE EUROPÄISCHE MEDIENORDNUNG; in: INTERNATIONALES HANDBUCH MEDIEN 2004/2005; Hrsg. v. Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg; 27. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2004.

Đuranović, Draško: (NE)MOGUĆA MISIJA, Nezavisnost medija u tranziciji; veröffentlicht bei ANEM in Serbien und Media Online, zu finden auf <http://www.anem.org.yu/cms/item/medscena/sr/Region?articleId=...> und [www.mediaonline.ba](http://www.mediaonline.ba); 2005; Zugriff: 24.05.2008.

DW Studie: „Mediensituation und Präsenz des internationalen Rundfunks auf dem Balkan, Entwicklungen 2001 bis 2006“, Überblick erstellt im August 2006.

EC (Commision of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, BOSNIA AND HERZEGOWINA 2008 PROGRESS REPORT; SEC (2008) 2693; Brüssel, 5. 11. 2008.

EC (Commision of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, CROATIA 2006 PROGRESS REPORT; SEC (2006) 1385; Brüssel, 8. 11. 2006.

EC (Commision of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, CROATIA 2008 PROGRESS REPORT; SEC (2008) 2694; Brüssel, 5. 11. 2008.

EC (Commision of the European Communities): HRVATSKA, IZVJEŠĆE O NAPRETKU ZA 2007. GODINU (Croatia 2007 Progress Report); Komisija Europskih Zajednica; SEC (2007) 1431; Brüssel, 6. 11. 2007.

EC (Commission of the European Communities): BOSNIEN UND HERZEGOWINA, 2005 FORTSCHRITTSBERICHT; SEK (2005) 1422; Brüssel, 9. 11. 2005.

EC (Commission of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, BOSNIA AND HERZEGOWINA 2006 PROGRESS REPORT; SEC (2006) 1384; Brüssel, 8. 11. 2006.

EC (Commission of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, BOSNIA AND HERZEGOWINA 2007 PROGRESS REPORT; SEC (2007) 1430; Brüssel, 6. 11. 2007.

EC (Commission of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, KOSOVO (under UNSCR 1244) 2006 PROGRESS REPORT; SEC (2006) 1386; Brüssel, 8. 11. 2006.

EC (Commission of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, KOSOVO (under UNSCR 1244) 2007 PROGRESS REPORT; SEC (2007) 1433; Brüssel, 6. 11. 2007.

EC (Commission of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, KOSOVO (under UNSCR 1244) 2008 PROGRESS REPORT; SEC (2008) 2697; Brüssel, 05.11.2008.

EC (Commission of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, MONTENEGRO 2006 PROGRESS REPORT; SEC (2006) 1388; Brüssel, 8. 11. 2006.

EC (Commission of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, MONTENEGRO 2007 PROGRESS REPORT; SEC (2007) 1434; Brüssel, 6. 11. 2007.

EC (Commission of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, MONTENEGRO 2008 PROGRESS REPORT; SEC (2008) 2696; Brüssel, 5. 11. 2008.

EC (Commission of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, SERBIA 2006 PROGRESS REPORT; SEC (2006) 1389; Brüssel, 8. 11. 2006;

EC (Commission of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, SERBIA 2007 PROGRESS REPORT; SEC (2007) 1435; Brüssel, 6. 11. 2007;

EC (Commission of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, SERBIA 2008 PROGRESS REPORT; SEC (2008) 2698; Brüssel, 05.11.2007.

EC (Commission of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, THE FORMER YUGOSLAV REPUBLIC OF MACEDONIA 2006 PROGRESS REPORT; SEC (2006) 1387; Brüssel, 8. 11. 2006.

EC (Commission of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, THE FORMER YUGOSLAV REPUBLIC OF MACEDONIA 2006 PROGRESS REPORT; SEC (2006) 1387; Brüssel, 8. 11. 2006.

EC (Commission of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, THE FORMER YUGOSLAV REPUBLIC OF MACEDONIA 2007 PROGRESS REPORT; SEC (2007) 1432; Brüssel, 6. 11. 2007.

EC (Commission of the European Communities): COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT, THE FORMER YUGOSLAV REPUBLIC OF MACEDONIA 2008 PROGRESS REPORT; SEC (2008) 2695; Brüssel, 5. 11. 2008.

EC (Commission of the European Communities): COMMUNICATION FROM THE COMMISSION ON THE PREPAREDNESS OF SERBIA AND MONTENEGRO TO NEGOTIATE A STABILISATION AND ASSOCIATION AGREEMENT WITH THE EUROPEAN UNION; 2005, Brüssel; COM (2005) 476

EC: Ausübung der Fernseh- und Rundfunkstätigkeit: Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“, Zusammenfassung; 2007; auf <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l24101.htm> Zugriff 09.09.2007

EC: Fortschrittsberichte 2004, Zusammenfassung; zu finden auf <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/e20110.htm>; Zugriff: 16.04.2008.

EC: Richtlinie 89/552/EWG („Fernsehen ohne Grenzen“) des Rates vom 3. Oktober 1989 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehstätigkeit; erschienen im EU Amtsblatt Nr. L 298 vom 17/10/1989; zu finden auf <http://eur-lex.europa.eu>, Zugriff 06.10.2008.

Europäische Kommission (EC): FÜNFTER BERICHT DER KOMMISSION AN DEN EUROPÄISCHEN RAT, DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN über die Anwendung der Richtlinie 89/552/EWG „Fernsehen ohne Grenzen“; KOM (2006) 49; Brüssel, 2006; S. 5

EUROPALEXIKON der Bundesregierung: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Lexikon/EUGlossar/E/2005-11-21-europa-abkommen.html> Zugriff 08.01.2009

Europarat (COE): RECOMMENDATION REC(2000)23 OF THE COMMITTEE OF MINISTERS (of European Council) TO MEMBER STATES on the independence and functions of regulatory authorities for the broadcasting sector; auf <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=393649&Lang=en>; Zugriff: 31.05.2008.

Gerl, Matjaz: Änderungen im Medienrecht; in IRIS 1998-6:15/27, Straßburg, 1998.

Gerl, Matjaz: Neuer Mediengesetzentwurf bereit für die erste Lesung; in IRIS 2000-4:11/22; Straßburg, 2000.

Gerl, Matjaz: Vorschlag zur Änderung der Mediengesetzgebung; in IRIS 1997-6:14/29; Straßburg, 1997.

Gürtler, Carole: MACHT UND OHNMACHT, MEDIEN IM KOSOVO; in: Medienheft, Zeitschrift der Schweizer „medienhilfe“, Artikel (Kritik) vom 07.09.2004 zugänglich auf [www.medienheft.ch/kritik/bibliothek/k22\\_GuertlerCarole.html](http://www.medienheft.ch/kritik/bibliothek/k22_GuertlerCarole.html); Zugriff: 22.05.2008.

Hrvatina, Sandra B.; Milosavljević, Marko: MEDIA POLICY IN SLOVENIA IN THE 1990s; Hrsg. v. Peace Institute Ljubljana, Mediawatch; Ljubljana, 2001.

Hrvatina, Sandra B.; Petković, Brankica: YOU CAN CALL THIS A MEDIA MARKET? The Role of the State in the Media Sector in Slovenia; Hrsg. v. Peace Institute Ljubljana, Mediawatch; Ljubljana, 2008.

Hrvatina, Sandra B.: Neues Mediengesetz notwendig?; in IRIS 2001-1:11/24; Straßburg, 2001.

IMC: Regulation 2000/36: UREDBA BR 2000/36 O IZDAVANJU DOZVOLA I UREĐENJU RADIODIFUZIJSKIH ORGANIZACIJA NA KOSOVU; und Regulation 2000/37: UREDBA O PONAŠANJU ŠTAMPE NA KOSOVU; auf [www.imc-ko.org](http://www.imc-ko.org) oder [www.unmikonline.org](http://www.unmikonline.org); Zugriff: 27.05.2008.

Index Kosova: MEDIA HABITS AND HOUSEHOLD'S POSSESSIONS für Oktober 1999; Bericht erstellt vom Marktforschungsunternehmen „Index Kosova“, Joint venture with BBSS Gallup International; [www.indexkosova.com](http://www.indexkosova.com)

Index Kosova: Resultate der Marktuntersuchung: MEDIA HABITS IN KOSOVO für 6. bis 12. November 2003, veröffentlicht vom „Index Kosova“, Joint venture with BBSS Gallup International im Dezember 2003;

Jusić, Tarik: TELEVIZIJA U EVROPI: regulativa, politika i nezavisnost: BOSNA I HERCEGOVINA; in: Open Society Institute/EU Monitoring and Advocacy Program (EUMAP)/Network Media Program: TELEVIZIJA U EVROPI / TELEVISION ACROSS EUROPE; Hrsg. v. OSI Budapest/Media Centar Sarajevo, 2005.

Kosovo: Zakon o NEZAVISNOJ KOMISIJI ZA MEDIJE I RADIO DIFUZIJU (Gesetz über die Unabhängige Kommission für Medien und Rundfunk) Kosovo; Zakon Br. 02/L-15; Priština, 2005.

Kroatien: Zakon o elektroničkim medijima (Gesetz über elektronische Medien 2003); auf [www.hrt.hr/hrt](http://www.hrt.hr/hrt)

Kroatien: Zakon o Hrvatskoj Radioteleviziji 2003 (Gesetz über den Kroatischen Rundfunk von 2003); auf [www.hrt.hr](http://www.hrt.hr)

Kroatien: Zakon o medijima 2004 (Mediengesetz), zu finden auf [www.hnd.hr](http://www.hnd.hr)

Limani, Šehadete: DIE ROLLE DER MEDIEN BEIM AUFBAU EINER ZIVILGESELLSCHAFT IM KOSOVO; in: DIE MEDIEN IN SÜDOSTEUROPA, Sammelband des Südosteuropäischen Medienzentrums Frankfurt/Sofia (Hrsg.) „Medien und interkulturelle Kommunikation“, 2005.

Macan, Krešimir: KROATIEN, Dritte Frequenz des nationalen Fernsehens soll im Oktober 2003 privatisiert werden; in: IRIS 2003-1:11/21; Straßburg, 2003.

Macan, Krešimir: KROATIEN, Endgültiger Entwurf des Gesetzes über den kroatischen Rundfunk an kroatisches Parlament übermittelt; in: IRIS 2003-2:10/16; Straßburg, 2003.

Macan, Krešimir: KROATIEN, HRTL gewinnt Ausschreibung für die dritte nationale FernsehkonzeSSION; in: IRIS 2003-9:9/17; Straßburg, 2003.

Macan, Krešimir: KROATIEN, Neues Hörfunk- und Fernsehgesetz; in: IRIS 2001-5:11/11; Straßburg, 2001.

Macan, Krešimir: KROATIEN, Neues Telekommunikationsgesetz mit Auswirkungen auf den Rundfunk; in: IRIS 1999-9:10/18; Straßburg, 1999.

Macan, Krešimir: KROATIEN, Privatisierung der dritten nationalen Fernsehfrequenz und Aufteilung von HRT; in: IRIS 2002-10:9/16; Straßburg, 2002.

Macan, Krešimir: KROATIEN, Staatlicher kroatischer Rundfunk wird in öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt umgewandelt; in: IRIS 1999-2:12/19; Straßburg, 1999.

Malović, Stjepan; Vilović, Gordana: MEDIJSKA SLIKA HRVATSKE: STRUKTURA I EKONOMIJA MEDIJSKOG SUSTAVA; Hrsg. v. Media Online, 2000; auf [www.mediaonline.ba](http://www.mediaonline.ba)

Mazedonien: Zakon na osnivanje na javno pretprijatie Makedonska Radiodifuzija (Gesetz zur Gründung des öffentlichen Unternehmens Makedonska radiodifuzija - öffentliche Mazedonische Sendeanstalt, zuvor die technische Übertragungsabteilung von MKRTV); zugänglich auf: [www.srd.org.mk/default-mk.asp?ItemID=EFF22EF86C60524EA0BDDD0D078452C8](http://www.srd.org.mk/default-mk.asp?ItemID=EFF22EF86C60524EA0BDDD0D078452C8) Zugriff: 02.03.2008.



Mazedonien: ЗАКОН ЗА ИЗМЕНУВАЊЕ И ДОПОЛНУВАЊЕ НА ЗАКОНОТ ЗА РАДИОДИФУЗНА ДЕЈНОСТ (Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Rundfunkgesetzes); Skopje 2007; auf [www.srd.org.mk](http://www.srd.org.mk)

MEDIA SYSTEM OF SLOVENIA, Report for the Study on Co-Regulation Measures in the Media Sektor; Hrsg. v. Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg, im Auftrag der Europäischen Kommission; Hamburg, 2005.

Mihailović, Radmila; Sinobad, Zlatko: JUGOSLAWIEN – DAS RUNDFUNKSYSTEM JUGOSLAWIENS; in: INTERNATIONALES HANDBUCH FÜR HÖRFUNK UND FERNSEHEN 1986/1987; Hrsg. v. Hans-Bredow-Institut an der Universität Hamburg; 18. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1986.

Mihailović, Radmila; Sinobad, Zlatko: JUGOSLAWIEN – DAS RUNDFUNKSYSTEM JUGOSLAWIENS; in: INTERNATIONALES HANDBUCH FÜR HÖRFUNK UND FERNSEHEN 1988/1989; Hrsg. v. Hans-Bredow-Institut an der Universität Hamburg; 19. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1988.

Milivojević, Snježana: TELEVIZIJA U EVROPI: REGULATIVA, POLITIKA I NEZAVISNOST – SRBIJA; in (Orig.): TELEVISION ACROSS EUROPE 2005; EU Monitoring and Advocacy Program, Network Media Program; Hrsg. v. Open Society Institute, Budapest u. Medija Centar, Beograd, 2005/2006.

Montenegro: Zakon o izmjenama i dopunama zakona o radiodifuziji (Gesetz über Änderung des Rundfunkgesetzes); Podgorica, August 2004.; veröffentlicht im Gesetzesblatt der Republik Montenegro, Nr. 56/04; zu finden auf [www.ardcg.org](http://www.ardcg.org)

Nikoltchev, Susanne: Europarat: Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen; in IRIS 1999-9:5/6; Straßburg 1999.

Obradović, Stojan: STARI PROBLEM, NOVE KUŠNJE, Medijska situacija u Hrvatskoj; Hrsg. v. Media Online, 2003.

PACK, Doris: Kolloquium des Europa-Instituts Freiburg: „DIE ENTWICKLUNG DES MEDIENRECHTS - Herausforderungen auf nationaler und europäischer Ebene - 5./6.Mai 2000 in Freiburg,“  
[http://www.dorispack.de/inhalt/sub\\_inhalt/veroeffentlichungen\\_04.htm](http://www.dorispack.de/inhalt/sub_inhalt/veroeffentlichungen_04.htm); Zugriff: 09.09.2007.

Plenković, Mario; Kučiš, Vlasta: MEDIEN IN KROATIEN; in: INTERNATIONALES HANDBUCH MEDIEN 2002/2003; Hrsg. v. Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg; 26. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2002.

PREGLED MEDIJSKOG ZAKONODAVSTVA U ZEMLJAMA JUGOISTOČNE EUROPE/ OVERVIEW OF THE MEDIA LEGISLATION IN SOUTH EASTERN

EUROPE, From November 2003 to October 2005; Quelle: Deutsche Welle u. ANEM; 2006.

Radojković, Miroljub: DAS RUNDFUNKSYSTEM JUGOSLAWIENS (Serbien und Montenegro); in: INTERNATIONALES HANDBUCH FÜR HÖRFUNK UND FERNSEHEN 2000/2001; Hrsg. Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg; 25. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden 2000.

Radojković, Miroljub: MASSEN MEDIEN IN SERBIEN UND MONTENEGRO; in: INTERNATIONALES HANDBUCH MEDIEN 2002/2003; Hrsg. Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg; 26. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft; Baden-Baden 2002.

Radosavljević, Vladan: MEDIJI U SRBIJI ČETIRI GODINE NAKON MILOŠEVIĆA: KORAK NAPRED, DVA KORAKA NAZAD; Hrsg. v. Media Online; 3. 11. 2004;

Radosavljević, Vladan: OPRAVDANO ZAKAŠNJENJE, Medijska situacija u Srbiji pred kraj vanrednog stanja; Hrsg. v. Media Online, 2003.

Reuter, Jens: JUGOSLAWIEN – DAS RUNDFUNKSYSTEM JUGOSLAWIENS; in: INTERNATIONALES HANDBUCH FÜR HÖRFUNK UND FERNSEHEN 1992/1993; Hrsg. v. Hans-Bredow-Institut an der Universität Hamburg; 21. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1992.

Rovšek, Jernej/Petković, Brankica: MEDIA SYSTEM OF SLOVENIA, Report for the Study on Co-Regulation Measures in the Media Sektor; Hrsg. v. Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg, im Auftrag der Europäischen Kommission; Hamburg, 2005.

Sapunar, Marko: OSNOVE ZNANOSTI O NOVINARSTVU / BASIC JOURNALISM SCIENCE, Treće izdanje; Hrsg. v. „Naprijed“, Zagreb, 2000; S. 347.

Scheuer, Alexander: JUGOSLAWIEN, Rat der Europäischen Union verurteilt serbisches Mediengesetz; in: IRIS 1999-1:14/28; Straßburg, 1999.  
Scheuer, Alexander: SLOWENIEN, Entwurf eines neuen Mediengesetzes vorgestellt; in: IRIS 2005-6:18/36; Straßburg, 2005.

Scheuer, Alexander: SLOWENIEN, Referendum über neues Rundfunkgesetz; in: IRIS 2005-9:19/25; Straßburg, 2005.

Serbien: ZAKON O RADIODIFUZIJI (Gesetz über den Rundfunk), verabschiedet am 18. Juli 2002; zu finden auf [www.mediacentre.org.yu](http://www.mediacentre.org.yu)

Serbien: Zakon o radiodifuziji (Rundfunkgesetz) 2002.

Službeni list Republike Crne Gore (Gesetzesblatt Montenegros), Nr. 51, Jahr LVIII; Podgorica, 23. September 2002; Internetpräsenz: [www.sllrcg.cg.yu](http://www.sllrcg.cg.yu)

Šopar, Vesna; Jovanova, Emilija: MEDIJSKI SISTEM U REPUBLICI MAKEDONIJI: radiodifuzna sfera između normativnog i stvarnog; Hrsg.v. Media Online in Zusammenarbeit mit dem Institut für soziologische und politisch-rechtliche Forschung Skopje; 2000.

Šopar, Vesna: TELEVISION ACROSS EUROPE: Follow-up reports 2008, MACEDONIA; OSI/EU Monitoring and Advocacy Program, Network Media Program; Hrsg. v. Open Society Institute, Budapest; Budapest, 2008.

Šopar, Vesna: TELEVISION ACROSS EUROPE: regulation, policy and independence, REPUBLIC OF MACEDONIA; in: TELEVISION ACROSS EUROPE, EU Monitoring and Advocacy Program, Network Media Program; Hrsg. v. Open Society Institute, Budapest/Makedonski institut za mediumi, Skopje, 2005.

Special Co-ordinator of the Stability Pact for Southeast Europe: Montenegro Media Working Group (Recommendations and Requests); Podgorica 02.10.2002.

Sredanović, Velizar: BUĐENJE JAVNOSTI I MEDIJA, Medijska slika Crne Gore; Hrsg. v. Media Online, 2005.

Sredanović, Velizar: NOVI ZAKONI, USTA PUNA DEMOKRATIJE (Medijska slika Crne Gore), Hrsg. v. Media Online, 2005.

Strothmann, Peter: SLOWENIEN, Änderungen am Mediengesetz verabschiedet; in: IRIS 2004-5:15/23; Straßburg, 2004.

Topić, Tanja: DIE ELEKTRONISCHEN MEDIEN IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA: Regulierung unter den Bedingungen des inoffiziellen internationalen Protektorats; in: DIE MEDIEN IN SÜDOSTEUROPA, Sammelband des Südosteuropäischen Medienzentrums Frankfurt/Sofia (Hrsg.) „Medien und interkulturelle Kommunikation“, 2005; auf [http://soemz.euv-frankfurt-o.de/mik/t\\_topic.htm](http://soemz.euv-frankfurt-o.de/mik/t_topic.htm) Zugriff: 13.11.2007.

Trajkovski, Ilo; Trpevska, Snežana: MAZEDONIEN: TROTZ ALLER WIDERSTÄNDE SO MANCHER HOFFNUNGSSCHIMMER; Hrsg. v. CSBSC - Center for the Study of Balkan Societies and Cultures; Ost-West Zeitschrift; Graz, 1999. <http://www-gewi.kfunigraz.ac.at/csbcs/ostwest/11-1-99.htm>; Zugriff 12.05.2008.

Trpevska, Snežana; Petreska, Emilija: DAS MEDIENSYSTEM MAZEDONIENS; in: INTERNATIONALES HANDBUCH MEDIEN 2004/2005; Hrsg. v. Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg; 27. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2004.

Trpevska, Snežana: DAS RUNDFUNKSYSTEM MAZEDONIENS; in: INTERNATIONALES HANDBUCH FÜR HÖRFUNK UND FERNSEHEN

2000/2001; Hrsg. v. Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg; 25. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2000.

Trpevska, Snežana: EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK MAZEDONIEN, Mazedonischer Rundfunkrat besteht seit über einem Jahr; in: IRIS 1999-1:16/31; Straßburg, 1999.

Udovičić, Radenko: MEDIJI U BiH U 2003. GODINI: Javni servisi pod međunarodnim protektoratom, štampa mimo svake kontrole, statistički gledajući broj pritisaka na novinare u padu; Hrsg. v. Media Online, 2004.

Udovičić, Zoran: MEDIEN IN BOSNIEN-HERZEGOWINA; in: INTERNATIONALES HANDBUCH MEDIEN 2002/2003; Hrsg. v. Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg; 26. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2002.

UNMIK: UNMIK Regulation 2000/36: UREDBA BR. 2000/36 O IZDAVANJU DOZVOLA I UREĐENJU RADIO-DIFUZNIH ORGANIZACIJA NA KOSOVU; erlassen von SRSG Bernard Kouchner; Priština, 2000.

UNMIK: UNMIK Regulation 2000/37: UREDBA BR. 2000/37 O PONAŠANJU ŠTAMPE NA KOSOVU; erlassen von SRSG Bernard Kouchner; Priština, 2000.

Valić-Nedeljković, Dubravka; Baćanović, Višnja: FROM AN EMOTIONAL APPROACH, TO THE FATE OF KOSOVO, TO PROGRESSIVE CIVIL ACTIVISM, Monitoring and analysis of TV news programmes in Serbia – RTS, RUV and TV B92; in: INDICATOR OF PUBLIC INTEREST, Hrsg. v. Media Plan Institute; Sarajevo, 2007.

Veljanovski, Rade: JAVNI RTV SERVIS U SLUŽBI GRAĐANA; Hrsg. v. Verlag Clio, Belgrad 2005.

Vujović, Ranko: TELEVIZIJA U EVROPI: ZAKONODAVSTVO, POLITIKA I NEZAVISNOST: CRNA GORA; in (Orig.): TELEVISION ACROSS EUROPE: Follow-up Reports 2008; OSI/EU Monitoring and Advocacy Program, Network Media Program; Hrsg. v. Open Society Institute; Budapest/Podgorica 2008.

Živković, Miloš: JUGOSLAWIEN, Medienrechtsreform im Kommen; in: IRIS 2001-3:13/18; Straßburg, 2001.

Živković, Miloš: JUGOSLAWIEN, Rundfunkgesetz für Serbien verabschiedet; in: IRIS 2002-8:11/22; Straßburg, 2002.

Živković, Miloš: SERBIEN UND MONTENEGRO, Änderungen am Rundfunkgesetz vorgeschlagen; in: IRIS 2005-8:11/14; Straßburg, 2005.

Živković, Miloš: SERBIEN UND MONTENEGRO, Änderungsentwurf zum Rundfunkgesetz verabschiedet; in: IRIS 2004-9:7/10; und in: IRIS 2004-8:6/9;

Straßburg, 2004.

Živković, Miloš: SERBIEN UND MONTENEGRO, Neuer Geschäftsführer und neuer Verwaltungsrat des Staatssenders RTS ernannt; in: IRIS 2004-5:Extra; Straßburg, 2004.

Živković, Miloš: SERBIEN UND MONTENEGRO, Richtlinie zur Privatisierung von lokalen Rundfunkveranstaltern; in: IRIS 2004-9:7/11; Straßburg, 2004.

Živković, Miloš: SERBIEN, Ankündigung von Änderungen der Mediengesetze; in: IRIS 2008-10:17/28; Straßburg, 2008.

Živković, Miloš: SERBIEN, Gesetze über kommunale Selbstverwaltung stillschweigende Änderung des Rundfunkgesetzes?; in: IRIS 2008-2:17/27; Straßburg, 2008.

Zvonarić, Nives: KROATIEN, Elektronisches Mediengesetz geändert; in IRIS 2007-9:15/22, Straßburg, 2007.

Zvonarić, Nives: KROATIEN, Journalisten wegen Verleumdung verurteilt; in IRIS 2004-8:10/21, Straßburg, 2004.

### **Internetquellen:**

<http://europa.eu/scadplus>

<http://agbnielsen.net> – AGB Nielsen Media Research: Slovenia, Croatia, Serbia, Macedonia

<http://alsat-m.tv> – Alsat Mazedonien

<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=132&CM=1&DF=&CL=ENG> - Liste der Länder, die die Konvention über grenzüberschreitendes Fernsehen unterzeichnet haben

<http://www.alsat.tv> – Alsat Albanien

[www.a1.com.mk](http://www.a1.com.mk) – A1 Fernsehen Mazedonien

[www.aimpress.ch/dyn/trae/archive/data/200112/11219-002-trae-beo.htm](http://www.aimpress.ch/dyn/trae/archive/data/200112/11219-002-trae-beo.htm) - AIM – Alternative Information Network

[www.anem.org.yu](http://www.anem.org.yu) - Association of independent electronic Media; Serbien, Montenegro

[www.antenna5.fm](http://www.antenna5.fm) – Radio Antenna 5 Mazedonien

[www.ardcg.org](http://www.ardcg.org) - Regulierungsagentur Montenegros

[www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

[www.bhnovinari.ba](http://www.bhnovinari.ba) - Verband der Journalisten in Bosnien-Herzegowina

[www.bhrt.ba](http://www.bhrt.ba) - ÖR Rundfunk von Bosnien-Herzegowina

[www.bkrtv.com](http://www.bkrtv.com) - Braća Karić TV (Bogoljub Karić)

[www.bogoljubkarić.com](http://www.bogoljubkarić.com) - Webseiten des serbischen Unternehmers Bogoljub Karić, Besitzer des TV BK

[www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

[www.epra.org](http://www.epra.org) - European Platform of Regulatory Authorities

[www.foxtv.co.yu](http://www.foxtv.co.yu) - Fox TV Serbien

[www.globalpolitician.com/2619-yugoslavia](http://www.globalpolitician.com/2619-yugoslavia) - Medianarchiv bei Global Politician

[www.gom.cg.yu/](http://www.gom.cg.yu/) - Regierung Montenegros

[www.hayat.ba](http://www.hayat.ba) - NTV Hayat

[www.hnd.hr](http://www.hnd.hr) - Kroatischer Journalistenverband

[www.hrt.hr](http://www.hrt.hr) - Kroatischer ÖR Rundfunk

[www.imc-ko.org](http://www.imc-ko.org) - Independent Media Commission, Kosovo (Regulierungsbehörde)

[www.kanal77.com.mk](http://www.kanal77.com.mk) – Kanal 77 Mazedonien

[www.mediacenter.org.yu](http://www.mediacenter.org.yu) – Medieninstitut in Serbien

[www.mrezaplus.ba](http://www.mrezaplus.ba) - Netzwerk der TV Stationen in BiH

[www.mrt.com.mk](http://www.mrt.com.mk) - ÖR Rundfunk, Mazedonien

[www.novatv.hr](http://www.novatv.hr) - NovaTV

[www.ohr.int](http://www.ohr.int) - Office of the High Representative in BiH

[www.osce.org](http://www.osce.org) – OSZE

[www.pink.co.ba](http://www.pink.co.ba) - PinkBH

[www.pinkm.com](http://www.pinkm.com) - Pink TV Montenegro

[www.pulsdemokratije.ba](http://www.pulsdemokratije.ba) - Gemeinnützige Organisation, die Teil der Open Society of Bosnia and Herzegovina ist (Teil des Netzwerkes der Soros Foundation)

[www.radioros.com.mk](http://www.radioros.com.mk) – Radio Ros Mazedonien

[www.rak.ba/www.cra.ba](http://www.rak.ba/www.cra.ba) - Regulierungsagentur in Bosnien-Herzegowina  
[www.rra.rs](http://www.rra.rs) - Regulierungsbehörde Serbiens  
[www.rtrs.tv](http://www.rtrs.tv) - ÖR Rundfunk der Republika Srpska  
[www.rts.rs](http://www.rts.rs) - ÖR Rundfunk Serbiens  
[www.rtvbih.ba](http://www.rtvbih.ba) - ÖR Rundfunk der Föderation Bosnien-Herzegowinas  
[www.rtvpink.com](http://www.rtvpink.com) - Rundfunk Pink, Serbien  
[www.sitel.com.mk](http://www.sitel.com.mk) – Sitel TV Mazedonien  
[www.srbija.sr.gov.yu](http://www.srbija.sr.gov.yu) - Regierungsseiten Serbiens  
[www.srd.org.mk](http://www.srd.org.mk) - Regulierungsbehörde Mazedoniens  
[www.srdf.si](http://www.srdf.si) - Regulierungsbehörde Sloweniens  
[www.studio-b.co.yu](http://www.studio-b.co.yu) - Studio B; TV Station aus Belgrad  
[www.telma.com.mk](http://www.telma.com.mk) – Telma TV Mazedonien  
[www.unem.co.me](http://www.unem.co.me) - Vereinigung unabhängiger elektronischer Medien, Montenegro  
[www.unmikonline.org](http://www.unmikonline.org) - United Nations Mission in Kosovo (Regulations)  
[www.vem-mediji.hr](http://www.vem-mediji.hr) - Vijeće za elektroničke medije (Regulierungsbehörde Kroatiens)  
[www.verfassungen.de](http://www.verfassungen.de)

## **Selbständigkeitserklärung**

Hiermit erkläre ich, Marina Martinović, dass ich die vorliegende Arbeit ohne fremde Hilfe selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Teile, die wörtlich oder sinngemäß einer Veröffentlichung entstammen, sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde noch nicht veröffentlicht oder einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Unterschrift:

-----